



Jg. 17, Nr. 289, 14. 12. 87

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

5 DM

C 21734 E

Aus dem Inhalt

AIDS

Besonnene Kräfte raten im Interesse gezielter Vorbeugung zur Versackelung der Debatte. Moralapostel und Apokalyptiker hingegen schüren mit durchschlagendem politischen Interesse weiterhin die Hysterie.

Seite 16

Spontan und impulsiv begannen am 28. November Aktionen der Stahlarbeiter an der Ruhr, die vieles in den Schatten stellten, was das Revier erlebt hat, auch die Bergarbeiterauseinandersetzungen in den sechziger Jahren (ausgenommen die zwanziger Jahre und die Aktionen gegen Demontagen sowie die Hungermärsche nach dem Krieg). Die Ruhr brannte nicht, doch der Adenauer-Spruch aus der Bergbaukrise machte wieder die Runde: „Wenn das Revier brennt, hat der Rhein nicht genug Wasser zum Löschen.“ Einen so hohen Mobilisierungsgrad von Stahl-Beschäftigten, aus anderen Gewerkschaften sowie von zahlreichen Bürgern hat es in dieser Form in der bundesrepublikanischen Arbeiterkampf-Geschichte wohl nur selten gegeben.

Es fing am 27. 11. mit einer Indiskretion an, durch die vorzeitig der Stilllegungsplan von Krupp, Thyssen und Mannesmann für das Hüttenwerk in Duisburg-Rheinhausen bekannt wurde, der erst im Juni 1988 veröffentlicht werden sollte. So plötzlich für die Duisburger Stahlarbeiter diese Nachricht kam, so überraschend kam für fast alle dieser Ausbruch von Kampfbereitschaft.

Fortsetzung S. 3

Stahlarbeiter in



DER GIPFEL Ein Grund zum Feiern?

ständig ermahnen müssen, jetzt nicht etwa die Hände brennen in den Schoß zu legen, sondern mit ihrem Druck auf „die Stahlhelmer“ nicht nachzulassen. — Es bleibt nur die alte Frage jeder Pädagogik: Soll man Kinder belügen? Werden Atomwaffen wirklich vom Klapperstorch gebracht? Ist Gorbatschow der Weihnachtsmann?

Ist das Doppelnull-Abkommen ein Ergebnis der Friedensbewegung? Den Kampf um die Verhinderung der sogenannten Nachrüstung hatten wir bereits verloren, seit November 1983 wurden die neuen NATO-Mittelstreckenraketen stationiert. Der Druck der Friedensbewegung hatte nicht ausgereicht, die Raketen zu stoppen, und er wurde seit Stationierungsbeginn eher schwächer als stärker. Die Stationierung war, mit den Worten der DKP zu sprechen, politisch sehr wohl durchsetzbar. Die Regierung Kohl hat in dieser Zeit zwei Bundestagswahlen gewonnen. Die „Antiraketenmehrheit“, die sich bei allen Umfragen so schön errechnen ließ, trat an den Wahltagen nicht in Erscheinung.

Andererseits hatte Reagan die Null-Lösung schon 1981 vorgeschlagen. Das jetzt geschlossene Abkommen enthält keine Verbesserung gegenüber dem Angebot der USA, das schon vor sieben Jahren auf dem Tisch war. Mit anderen Worten: die Sowjetunion hätte mit gleichem Ergebnis schon damals unterschreiben können, und die DKP hätte sich schon damals aufatmend zuprosten können.

Ob Krimskat oder Asti Spumante — die DKP und mit ihr andere Teile der Friedensbewegung lassen für das Doppelnull-Abkommen die Korken knallen. Promille gegen Atomwaffen lautet diesmal die Kampfsparole. Schlucken für den Frieden. Georg Polikelt, Chefileologe der DKP-Zeitung UZ, hatte offenbar kräftig vorgefeiert und lallte bereits am 27. November in bester Stimmung: „Die Welt kann aufatmen — und wir können es mit ihr.“ — Aber logo, rund drei Prozent der weltweit vorhandenen Atomwaffen werden aufgrund des Nullnull-Abkommens vernichtet werden. Die verbleibenden 97 Prozent reichen gerade noch aus, um das menschliche Leben auf unserem Planeten 67 mal auszulöschen. Bisher waren es 68 mal. Da muß man schon ordentlich „einen im Tee“ haben, um diesen unglaublichen Fortschritt richtig würdigen zu können.

Nein, ich verstehe natürlich den pädagogischen Ansatz, der hinter der dick aufgetragenen Sekulaune der DKP steckt. Bewegungen brauchen Erfolgserlebnisse, damit es weitergeht, sagt man sich dort. Also stellen wir das Abkommen doch einfach als einen großen Sieg über Reagan und Strauß dar, an dem außer der flexiblen und kompromißbereiten Politik der Sowjetunion auch die Friedensbewegung einen wesentlichen Anteil hat. Also deklarieren wir das Abkommen doch einfach als Einstieg zum Ausstieg, wobei wir die Friedensbewegung selbstver-

Fortsetzung Seite 2

Startbahn West: Verhöre, Verhaftungen, Desinformation

Um es gleich zu sagen: Über die Vorgänge am Abend des 2. 11. 87, als anlässlich einer Demonstration im Süden des Frankfurter Flughafens zwei Polizisten erschossen wurden, hat außer der Bundesanwaltschaft niemand genaue Kenntnisse. Diese jedoch treibt ein großes Verwirrspiel, das die bürgerlichen Medien mitspielen. Unter dem Druck einer Fahndung wegen Mordes versucht die Behörde Rebmanns, eine Vielzahl gänzlich anders gelagerter Delikte zu erledigen, die dem Staat schon seit lan-

gem auf die Nerven fallen. Ende November teilte der Generalbundesanwalt mit, es werde gegen eine „terroristische Vereinigung“ im Rhein-Main-Gebiet ermittelt, die seit über einem Jahr eine Vielzahl von Anschlägen begangen habe: Umsägen von Strommasten, Brandanschläge auf Baumaschinen und -firmen und ähnliche Fälle von Sabotage und Kleinanschlägen, wie sie für die „revolutionären Heimwerker“ oder „sagenden Zellen“ typisch sind. *

Die Vorwürfe gegen diese Grup-

pe beinhalten also keineswegs, etwa die Tötung der beiden Polizisten kollektiv begangen zu haben. Sie werden vielmehr ausdrücklich mit der seit Anfang 1987 verschärften Gesetzgebung, die den Scharfmachern inzwischen schon wieder als zu lasch gilt, begründet. So sieht der erweiterte § 129a Störungen der Energieversorgung, schwere Eingriffe in den Verkehr u.ä. als „Terrorismus“ an.

Fortsetzung S. 5

Nahostkonflikt und Friedensbewegung — Nahostreise europäischer Friedensgruppen —

Weitaus weniger beachtet als der letzte Auftritt grüner Promis in Israel blieb eine Reise von sieben Mitgliedern europäischer Friedensorganisationen in mehrere Länder des Nahen Ostens.

Im Februar 1986 hatte die niederländische Pax Christi-Sektion in Amersfoort eine Konferenz unter der Fragestellung organisiert, welche Rolle europäische Friedensgruppen bei der friedlichen Lösung des Nahostkonflikts einnehmen könnten. Ein Ergebnis dieser Konferenz war die Entscheidung, eine Gruppe von Mitglie-

den bundesdeutscher Friedensgruppen in den Nahen Osten zu entsenden, um Ansätze einer Zusammenarbeit europäischer Friedensinitiativen mit entsprechenden Organisationen im Nahen Osten ausfindig zu machen. Die Gruppe bereiste im September dieses Jahres Syrien, Jordanien, Israel, die Westbank und den Gazastreifen. Während der zweiwöchigen Reise fanden über sechzig Gespräche mit Einzelpersonen, Organisationen und in Institutionen dieser Länder statt.

Dietrich Gaede, der in den Sieb-

zehn Jahren als Mitglied der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Israel Freiwilligenarbeit geleistet hatte, hat an der Reise teilgenommen. Er berichtet in diesem AK über Gespräche mit Mitgliedern jüdisch-israelischer und palästinensischer Friedensinitiativen, von Besuchen in Forschungszentren zur Lage der Palästinenser, bei Initiativen zur Verteidigung der Menschenrechte und bei einer arabischen Zeitung, die in hebräischer Sprache erscheint und den beziehungsreichen Namen „Die Brücke“ trägt.

Seite 23

Perestroika

In Moskau kamen erstmals unabhängige Initiativen zusammen. Hervorgegangen aus diesem Treffen sind die „Sozialen Initiativen in der Perestroika“. Ein Bericht und Auszüge aus der Grundsatzklärung auf

Seite 33

Bombe

Gleich welche der BRD-Parteien in den letzten Jahrzehnten regierte: im Streben nach bundesdeutscher Verfügungsgewalt über eigene Atomwaffen bestand Einigkeit. Teil IV von M. Kuntze's Artikel über den „Griff zur Bombe“ auf

Seite 19

Literatur

Lenin mochte Majakowskis Revolutionspoem „150 Millionen“ gar nicht und wünschte Lunatscharski wegen dessen Futurismus verprügelt zu sehen. — Wir dokumentieren eine szenische Lesung zu Literatur und Literaturpolitik nach der Oktoberrevolution auf

Seite 42

Hafenstraße

Wunderfäßer Dohnanyi ist in Ob Spiegel, Kommune oder Pfaffenstrand — sie alle sehen „die politische Kultur“ dieses Landes gerettet. Angesagt ist faul al-lenhalben Versöhnung statt Klassenkampf. Seite 9

Ein Grund zum Feiern

Fortsetzung von Seite 1

Konfrontiert mit der Frage, warum die Sowjetunion die Null-Lösung nicht bereits 1981 akzeptierte, pflegt die DKP zu antworten: Damals sei Reagan Angebot nicht ernstgenommen gewesen. — Das ist die dümmste aller denkbaren Antworten, denn die Sowjetunion hätte doch Reagan nur beim Wort nehmen und vorführen müssen. Ein nicht ernstgenommenes Angebot entlarvt man am wirkungsvollsten, indem man es akzeptiert.

Eine klügere Antwort wäre, daß die sowjetische Führung 1981 noch nicht so flexibel und kompromißbereit war wie unter Gorbatschow, oder daß man sich damals noch erhofft hatte, der Gegenseite bessere Konditionen abrotzen zu können.

Die 1981 von Reagan vorgeschlagene und jetzt unterschriebene Null-Lösung verschafft durch die Nichtberücksichtigung der britischen und französischen Atomwaffen dieser Kategorie der NATO einen erheblichen Vorteil. Aus diesem Grund hat die Sowjetunion die Null-Lösung damals für unausgewogen und absolut unannehmbar erklärt. Wir, ebenso wie die DKP, haben damals dieser Ansicht zugestimmt. Wir haben in dieser Zeitung damals versucht, den sowjetischen Argumenten unter anderem gegen die Parolen der Grünen Gehör zu verschaffen. Als die Sowjetunion im November 1983 nach Stationierungsbeginn die Genfer Verhandlungen abbrach, schien uns das ein plausibler Schritt. Die DKP verkündete damals, zusammen mit einigen SPD-Politikern, jetzt breche durch das Verschulden der USA eine Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen an. Katastrophale Folgen beispielsweise für die bundesdeutschen Handelsbeziehungen mit dem RgW wurden beschworen, als ob diese Beziehungen eine Belohnung wären, die die Sowjetunion für außenpolitisches Wohlverhalten zu stiften pflegt. Stattdessen war selbstverständlich „Business as

gesmoden halt prinzipieller Gesichtspunkte ist die Devisen.

Allerorten ist zu lesen, mit dem Doppelnull-Abkommen werde erstmals eine ganze Waffengattung oder gar „zwei ganze Klassen von Atomwaffen“ (Politiken) vernichtet. Aber erstens geht es nicht um eine oder zwei ganze Klassen von Waffen, sondern nur um Waffen einer bestimmten Reichweite. Zweitens geht es nur um die Waffen der USA und der Sowjetunion. Drittens unter diesen auch nur um Mittelstreckenwaffen, die am Boden stationiert sind. Erhalten bleiben Cruise Missiles auf Schiffen, in U-Booten und Flugzeugen. Unter dem Strich immer noch eine erhebliche quantitative und qualitative Zurücksetzung, wenn man etwa das Jahr des NATO-„Nachrüstungsbeschlusses“, 1979, als Vergleichszeitpunkt nimmt. So gesehen ist der Frieden heute unsicherer als jemals zuvor.



„Wenn der Bismarck schließlich auf dem Meer verbleibt, dann ist das ein sehr gutes Zeichen.“



„Wenn der Bismarck schließlich auf dem Meer verbleibt, dann ist das ein sehr gutes Zeichen.“

unter anderem gegen die Parolen der Grünen Gehör zu verschaffen. Als die Sowjetunion im November 1983 nach Stationierungsbeginn die Genfer Verhandlungen abbrach, schien uns das ein plausibler Schritt. Die DKP verkündete damals, zusammen mit einigen SPD-Politikern, jetzt breche durch das Verschulden der USA eine Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen an. Katastrophale Folgen beispielsweise für die bundesdeutschen Handelsbeziehungen mit dem RgW wurden beschworen, als ob diese Beziehungen eine Belohnung wären, die die Sowjetunion für außenpolitisches Wohlverhalten zu stiften pflegt. Stattdessen war selbstverständlich „Business as usual“ angesagt.

Wenn die Sowjetunion damals die Null-Lösung aus (unserem Eindruck nach plausiblen) militärischen Gründen als unannehmbar bezeichnet hat, aber heute die Ausklammerung der britischen und französischen Atomwaffen akzeptiert, kann ihre damalige Auskunft offensichtlich nicht richtig gewesen sein. Es könnte sein, daß die Sowjetunion es zukünftig schwerer hat, in der westlichen Linken Verständnis für ihre militärstrategischen Argumente zu finden, wenn sie diese vielleicht ein paar Jahre später selbst als reines Verhandlungsgeplänkel blamiert. Dasselbe gilt, wenn die Sowjetunion vor ein paar Jahren noch SDI wegen seiner angeblich destabilisierenden Wirkung als Hauptgefahr beschwor und zum Drehpunkt jedes Abrüstungsabkommens machen wollte, während sie es heute als sekundär in den Hintergrund schiebt. In meinem Zettelkasten finde ich noch die aufgeregten Kommentare, mit denen die DKP 1985-86 SDI als „Gefahr neuer Dimension“ zur neuen „Priorität“ der Friedensbewegung hochstilisierten wollte. Damals galt als Störenfried, wer über diesen „neuen Minimalkonsens“ die Nase rümpfte, so wie man heute als Spielverderber gilt, wenn man die herumgereichte Sektdudel dankend zurückweist. Ta-

Es bleibt die Tatsache, daß nach vielen „rüstungsbegrenzenden“ Abkommen — die uns übrigens von der DKP auch jahrelang als Nonplusultra der Entspannung angepriesen wurden — zum allerersten Mal ein Abkommen unterzeichnet wurde, das zur realen Vernichtung von bereits vorhandenen Waffen führen wird, statt lediglich die zukünftige Aufrüstung zu regulieren. Es könnte sein, daß diesem Abkommen weitere gleichen Charakters folgen, auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen etwa oder auch bei den sogenannten Gefechtsfeldwaffen, also Atomwaffen mit geringer Reichweite. Die Erde 67 mal vernichten zu können, macht auch für die härtesten „Stahlhelmer“ keinen Sinn, sondern läßt nur ihre militärische Handlungsfähigkeit. Stichwort: „Selbstabschreckung“. Man kann die Potentiale ohne weiteres halbieren und hätte dann immer noch genug Waffen, um die Menschheit 30 mal auszulöschen. Also immer noch 29 mal mehr als das mit Effekt einsetzbare Maximum. Möglich also, daß auf beiden Seiten weiter heruntergerüstet wird und noch manches Saufgelage, noch manches erleichterte Aufrülpfen fällt. Allerdings ist zu bedenken, daß das jetzt geschlossene Abkommen nur der Bereitschaft der Sowjetunion zur Hinnahme einer erheblichen „Agonie“ zu verdanken ist. Im Westen scheint die Erwartung vorherrschend, das müsse nun immer so weitergehen. Umgekehrt scheint sich in der Sowjetunion vorerst eine Denkschule durchgesetzt zu haben, die angesichts der so wieso vorhandenen Überrüstung bei der Blocke zahlenmäßige Ausgewogenheit für sekundär hält, insofern also die klassische sowjetische Doktrin von der „gleichen Sicherheit“ außer Kraft gesetzt hat. Daß überhaupt abgerüstet wird, erscheint dieser Richtung wichtiger als die Frage, ob die Zahlenverhältnisse „ausgewogen“ sind. Man ist demnach bereit, in die Abrüstungsverhandlungen größere Leistungen als die Gegenseite einzubringen, in der wohl plausiblen Annahme, daß es bei den erreichten Dimensionen von Überkapazitäten an Vernichtungswaffen auf exakte Gleichgewichte sowieso nicht mehr ankommt. Die nur spekulativ zu beantwortende Frage ist, ob die Vorteile dieser neuen Sicht der Dinge die Risiken weitmachen können, die sich aus der appetitfördernden Wirkung sowjetischer Vorleistungen an die NATO ergeben. Mit dieser Frage könnte auch das innenpolitische Schicksal Gorbatschows und seiner Reformpolitik eng verknüpft sein.

Kt., Hamburg

Alles Kohl

Im 120-seitigen Vertragswerk des neuen Abkommens befindet sich eine „geheime“ Aufstellung, was tatsächlich an landgestützten Mittelstreckenwaffen in Ost und West vorhanden ist. Und schon die ersten Veröffentlichungen dazu machen deutlich, daß nicht nur die bisher von der NATO behaupteten Zahlen bei den sowjetischen Raketen zu korrigieren sind, sondern daß bei den NATO-Raketen die öffentlich behaupteten Zahlen nicht stimmen. Der Kreis der Heuchler und Lügner ist wieder ein Stück größer geworden. Wir wollen aber doch auch erwähnen, daß der aufmerksame AK-Leser es vorher schon besser wußte bzw. gewußt haben konnte.

Pershing IA: Hier gab es angeblich nur noch 72 Raketen bei der Bundeswehr mit US-Sprengköpfen. 108 Raketen der USA waren gegen die neue Pershing II ausgetauscht worden. Inzwischen konnte man lesen, daß für die Bundeswehr allein „mehr als 100“ Raketen zur Verfügung standen. (1) Wegen der Pershing IA gehören aber auch Middle River in Maryland, wo die Abschlußrampen produziert wurden, und die Longhorn-Munitionsfabrik in Texas zu den Orten, wo sowjetische Inspektoren zukünftig die Verschrottung kontrollieren sollen. (2) Man kann getrost davon ausgehen, daß sowohl die alten 108 US-Pershing IA als auch entsprechende Reservetaken dort noch vorhanden sind. Auch wenn wir hier noch keine Zahlen liefern können, wird man sie demnächst auch noch hören. Die Bundesregierung weiß es besser und hat unter „Geheimverschluß“ die zuständigen Bundestagsabgeordneten über diese Zahlen informiert.

gen der Pershing IA gehören aber auch Middle River in Maryland, wo die Abschlußrampen produziert wurden, und die Longhorn-Munitionsfabrik in Texas zu den Orten, wo sowjetische Inspektoren zukünftig die Verschrottung kontrollieren sollen. (2) Man kann getrost davon ausgehen, daß sowohl die alten 108 US-Pershing IA als auch entsprechende Reservetaken dort noch vorhanden sind. Auch wenn wir hier noch keine Zahlen liefern können, wird man sie demnächst auch noch hören. Die Bundesregierung weiß es besser und hat unter „Geheimverschluß“ die zuständigen Bundestagsabgeordneten über diese Zahlen informiert.

Pershing II: Hier kam heraus, daß in der BRD nicht 108 Raketen stationiert sind, wie bisher immer behauptet wurde, sondern 120. Außerdem befinden sich 39 Abschlußrampen in Fort Sill in Oklahoma „zu Versuchszwecken und für weltweiten Einsatz“. (2) Die Zahl der Reservetaken (ohne Abschlußrampen) ist uns nicht bekannt. Schon 1982 hatten wir im AK geschrieben, daß 186 Pershing für die BRD vorgesehen und 226 bei der Firma bestellt worden seien. (3) Als Stationierungsorte in der BRD werden die bekannten Orte Neu-Ulm (36 Raketen), Schwäbisch-Gmünd (36) und Waldheide/Neckarsulm (36) und Wellerbach als Zentraldepot genannt. (2)

Cruise Missiles: Hier hieß es bisher, daß 52 Abschlußrampen mit 208 CM sich in Europa befänden. (5) Die Stationierung sollte bis Ende 1988 mit 116 Rampen mit 464 CM abgeschlossen sein. Tatsächlich sind bereits 109 Abschlußrampen mit 436 CM in Europa, also mehr als doppelt so viel, wie bisher angegeben wurden. Außerdem sind 100 CM in den USA in Titusville (Florida) und Diego (Kalifornien) „einsatzbereit“. (2) Auch hier hatten wir 1982 bereits die Zahl von 696 angegeben und daß hier außerdem die Reagan-Berater auf eine weitere Aufstockung drängen würden. (3)

Frankfurt-Hausen: Inzwischen ist es auch amtlich, daß mitten in Frankfurt „die Anlagen zur Modifizierung und zum Austausch von Ersatzteilen für die Pershing-Raketen“ liegen. Als 1983 die Grünen entsprechende Dokumente dazu veröffentlichten, hatte Kohl das als „unwahr“ zurückgewiesen und der damalige hessische Ministerpräsident Börner konnte „sich nicht vorstellen“, daß Kohl die Unwahrheit sagen würde. Börner selbst wußte natürlich gar nichts und ebenso Wallmann, der zudem auch gar nichts wissen wollte. (5)

Bei den Raketen der Sowjetunion gibt es in aller Regel bisher keine öffentlichen Angaben, sowjetische Politiker nehmen häufig sogar die westlichen Veröffentlichungen zu Hilfe. Hier ergeben die Vertragszahlen Korrekturen nach oben und nach unten.

jede stationierte Rakete eine zweite zur Reserve, zum Nachladen, Reparatur- und Testzwecken bereithält. (6)

SS-23 und SS-12/22: An 130 Orten unterhält hier die SU, u.a. in der DDR und CSSR 110 Abschlußrampen für SS-12 und 87 für SS-23 Raketen, wobei immer eine zweite Rakete zur Nachladung vorhanden ist. Bisher war man im Westen von „nur“ 130 bis 140 Abschlußrampen ausgegangen. Außerdem wird die Zahl der Reservetaken mit 506 SS-12 und 33 SS-23 angegeben.

Cruise-Missiles: Durch den Vertrag wurde jetzt bekannt, daß auch die SU inzwischen ebenfalls Cruise Missiles besitzt, und zwar 84 landgestützte. Sie seien einsatzfähig aber noch nicht stationiert. Schon länger war in westlichen Fachkreisen behauptet worden, daß die Sowjetunion die Entwicklung weitreichender Cruise Missiles abgeschlossen habe. (2)

ANMERKUNGEN

- (1) FAZ, 9.12.87
- (2) FAZ, 11.12.87
- (3) AK 227, 15.11.82, B. 1/2: „Nachrüstung“ viel höher als angegeben!

- (4) Europäische Wehrkunde 9/87, S. 494
- (5) AK-Artikel zu Frankfurt-Hausen, AK 236, S. 14, AK 239, S. 21, AK 241, S. 16
- (6) FAZ, 26.11.87

Franz-Josef will nicht...

Am 27.2.1983 erklärte Franz Josef Strauß, er werde eine Wallfahrt von Schongau nach Altötting mit der Kerze zu Fuß machen, wenn die Sowjets auf die Reagan'sche Nulllösung eingehen sollten. Jetzt beim Gipfel wurde Strauß im Fernsehen öffentlich von Egon Bahr danach gefragt. Und Strauß behauptete, daß die „Geschäftsgrundlage“ für seine Zusage inzwischen entfallen sei, weil die SU jetzt auf die SS-20 verzichten könne, weil sie im Kurzstreckensbereich so sehr auferüstet hätte. Auch Bahr's Hinweis, daß die SU zumindest die Raketen wieder abbaut, die sie als „Gegenmaßnahme“ gegen die NATO-„Nach“-Rüstung bezeichnet hatte, mochte Strauß nicht umstimmen. Wenn das der Seele von Strauß nur gut bekommen wird!

Feste feiern wie sie fallen

Der ideale Gesamtgrüne liebt die Versöhnung und haßt den Streit. Harmonie im Kleinen stimmt ihn heiter. Harmonie im Großen führt zu Euphorie: Denn nur dann sind die ganze Welt und die grüne Innerlichkeit Eins. Wenn diese Befindlichkeit zur Praxis wird, wenn sich also ganz real der

aus dem veranschlagten Etat von 20.000 DM.

Es traten auf:
— Eine Vertreterin der amerikanischen Botschaft, die das markenschildernde Gelächter des Botschafters nach Erhalt der Einladung geflissentlich verschwiegen und es „very toll“ fand, an diesem Abend dabei sein zu dürfen. Der Herr Botschafter würde seine Unpäßlichkeit „wirklich sehr bedauern“, Beifall ...

Feste feiern wie sie fallen

Der ideale Gesamtgrüne liebt die Versöhnung und haßt den Streit. Harmonie im Kleinen stimmt ihn heiter. Harmonie im Großen führt zu Euphorie: Denn nur dann sind die ganze Welt und die grüne Innerlichkeit Eins. Wenn diese Befindlichkeit zur Praxis wird, wenn sich also ganz real der Kleinbürger als der ideale Weltmittelpunkt geriert — dann entsteht ... Klischee!

Selten wurde dies so offenkundig wie am 7.12.87, als die Grünen im Bundestag zum Abrüstungsgipfel einen Gipfel an Realisatire, an unfreiwilliger, schmunzelter Parodie zelebrierten. Vor allem wollten es die Grünen nicht via Satellit sondern live, sozusagen vom Anfassen. Nicht im Krell oder Weißen Haus — nein: bei einem Empfang der Bundestagsgrünen sollten die Supermächte das Sektglas kredenzen. Mit Mehrheitsbeschluß eingeladen wurden aus diesem Grund US-Botschafter Burt und sein sowjetischer Kollege Kwisinski. Für die feierliche Umrundung kam nur eins in Frage: Klassische Musik live. Eigens zum Empfang wurde folgerichtig ein komplettes Orchester nach Bonn beordert. Der gestrige Höhepunkt, sozusagen das Tüpfelchen auf dem i aber sollte eine Rede sein, die von keinem geringeren als einem waschechten Philosophen gehalten werden konnte. Also setzte sich Udo Knapp, Urheber dieser grandiosen Inszenierung, an sein Telefon und verlangte Jürgen Habermas. Das war der erste Fehler. Habermas (föhlte sich nicht geschmeichelt sondern beleidigt. Wie könne man ihm, dem Philosophen, zumuten, mit einem Herrn Burt auch nur eine einzige Minute gemeinsam in einem Raum zu verbringen ...? Dies war zweifelsohne der kritische Moment in der Knapp'schen Inszenierung. Heidegger und Jaspers sind schließlich tot.

Doch dann der rettende Einfall: Ein Deutsch-Amerikaner, der Philosoph Hans Jonas, sollte aus New York eingeflogen werden, um vor dem Angeordneten Knapp, den Supermächten sowie den Grünen das Wort zum Gipfel zu ergreifen. Aber auch dieser sog es vor zu schweigen und damit Philosoph zu bleiben: „Wann sollte es denn sein?“ fragte er den Mitarbeiter Waltraud Schoppes. „Ach, bereit in 18 Tagen? Wissen Sie, Herr Knapp, ich bin Philosoph. Da brauche ich keine 18 Tage sondern vier Jahre bevor ich mich in dieser Angelegenheit äußere.“ Und so geschah es, daß der Schwarze Peter wieder einmal bei dem Psychoanalytiker, dem Gelehrten Professor Horst Eberhard Richter, hängen blieb, der bei dieser Offerte zwar ebenfalls mit „Beklemmungen“ zu kämpfen hatte, nach gutem Zureden des Abgeordneten Mechttersheimer den Weg nach Bonn aber schließlich antrat.

aus dem veranschlagten Etat von 20.000 DM.

Es traten auf:
— Eine Vertreterin der amerikanischen Botschaft, die das markenschildernde Gelächter des Botschafters nach Erhalt der Einladung geflissentlich verschwiegen und es „very toll“ fand, an diesem Abend dabei sein zu dürfen. Der Herr Botschafter würde seine Unpäßlichkeit „wirklich sehr bedauern“, Beifall ...

— Der sowjetische Botschafter Kwisinski, der sich auch in diesem Rahmen nicht verkneifen konnte, in Anlehnung an die Prawda-Sprachregelung die positive Rolle der Bundesregierung bei dem Zustandekommen des INF-Abkommens zu würdigen. Beifall ...

— Der Psychoanalytiker H.E. Richter, der den Aufruf zum Abbau der Feindbilder gekonnt verknüpfte mit einem Plädoyer — wie kommt es anders sein — zur Beendigung des Flügelstreits innerhalb der Grünen. Starker Beifall ...

— Ein Vertreter der Bonner Friedensbewegung, dem es gestattet wurde, ein nicht ganz humorloses und dennoch kritisches Gedicht über die real existierende Abrüstung vorzutragen, der jedoch mit einem abschließenden Appell, die Sektgläser ab jetzt nur noch halbvoll zu gießen, da die Abrüstung so doll doch nicht sei, die Groteske lediglich komplettierte: Wer es jetzt mit der Friedensbewegung gut meinte, durfte sich fortan die doppelte Menge halbvoller Sektgläser vom Tablett nehmen ...

Als schließlich das Orchester eine gefühlvolle Kammer Suite des US-Komponisten Charles Ives anstimmte, und auch auf dem Buffet nur noch Reste der Garnierung herumlagen, machte sich der Beobachter fluchtartig aus dem Wind.

Für die meisten Gäste, soll es aber noch eine lange Nacht gewesen ein. Zwar wurde auf die Darbietung der „Kleinen Nachtmusik“ von W.A. Mozart, die ein echter Treffer gewesen wäre, verzichtet (unbarmherzig aber „symbolhaft“) wurde stattdessen dem US-Komponisten das Werk eines sowjetischen Künstlers, Schostakowitsch, gegenübergestellt — dafür aber durfte mensch zu später Stunde zum Bluesrock des „Frankfurter Kurorchesters“ noch einige Stunden lang vorzüglich und ausgelassen schwoofen. Und die Franktonslinks? Thomas Ebermann, der Fraktionssprecher ist durch Nicht-Anwesenheit mal wieder unangenehm aufgefallen. Seine Kollegin Baur jedoch war dabei — hatte sie doch, um das von ihr initiierte „Feit“ durch die Fraktion zu bringen sogar die Einladung an Burt akzeptiert. „Eine Taube macht noch keinen Frieden“, hieß es in den Einladungskarten, „aber Mut zum Feiern!“ Und Mut haben sie, diese Grünen.

ms, Bonn

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abowerbung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abrol, sonst Pscha Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 600 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4.800 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Ausbändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Grund der Nichtausbändigung zurückzusenden.

Fortsetzung von Seite 1

Selt dem 28.11. verging kaum ein Tag, an dem nicht eine größere Aktion stattfand. Vor allem blieben diese Aktionen nicht auf das Hüttenwerk beschränkt, sondern erfaßten nahezu die gesamte Stadt Duisburg und Umgebung und breiteten sich auch in andere Stahlbetriebe aus. Mit dem Stahlaktionstag am 10. Dezember, zeitgleich zu den Warnstreiks der Bergarbeiter, war das gesamte Ruhrgebiet in Bewegung.

In diesem Ausmaß neu waren die bei gewerkschaftlichen Kämpfen kaum gewohnten Aktionen, die neben den wiederholten Streiks und Demonstrationen praktiziert wurden. Die blitzschnellen Besetzungen von wichtigen Räumen und Gebäuden, vor allem aber die Verkehrs- und Brückenblockaden zeigten Wirkung und drückten Entschlossenheit aus. Nicht nur hier scheint man von den politischen Protestbewegungen der letzten fünfzehn Jahre effektive Protestformen abgeschaut zu haben. Es ist schon erstaunlich, daß auf dem Werksgelände ein Piratenwender „Radio Stahlwelle“ agierte, dessen mangelnde Reichweite und noch mangelhaftere Sendequalität Eingeweihte an die ersten alternativen Radios, vor allem aber an „Radio Hafenstraße“ erinnert, das mit den gleichen Macken anfing. Auch das häufiger als Drohung in den Raum geworfene Schreckbild „wie Kreuzberg, wie die Hafenstraße“ scheint die dortigen Ereignisse nicht einseitig als blindes Chaotikum abqualifiziert widerzuspiegeln, sondern feste Entschlossenheiten anzukündigen.

Umgekehrt erweist sich der Staat als äußerst vorsichtig und zurückhaltend. Besetzungsaktionen und Blockaden in anderen Zusammenhängen haben sofort den staatlichen Repressionsapparat auf den Plan gerufen. Räumungen, Festnahmen, Anklagen und Strafen waren gegenüber der Friedensbewegung die Regel. Und jetzt? Innenminister Schnoor verteidigt entschieden das Demonstrations- und Arbeitskampfrecht für die Kumpels von der Ruhr. Blockaden? „Verkehrsbeeinträchtigungen müssen hingenommen werden. Wenn Tausenden der Verlust des Arbeitsplatzes zugemutet werden soll, werden diejenigen, die Arbeit haben, mal einen Stau ertragen können.“ (WAZ, 11.12.87). Äußerst bedacht auf Konfliktvermeidung agieren SPD und Polizei, bemüht, nur je kein Öl ins Feuer zu gießen. Schnoor's Hinweis, daß sich andernfalls mit Stahlarbeitern und Polizei „Kinder des Reviers gegenüberstehen“, verweist auf den sozialen Sprengstoff des Konflikts. Und daß sich andernfalls mit Stahlarbeitern und Polizei „Kinder des Reviers gegenüberstehen“, verweist auf den sozialen Sprengstoff des Konflikts. Und auch die CDU hält sich zurück. Zimmermann — sonst immer die Schnauze vorn, wenn's um die formale Rechtsstaatlichkeit geht — schweigt. Allein die FAZ traut sich — wohl wissend, daß sie die Täter nicht erreicht —, die „Duldung von Rechtsbrüchen“ und die Verletzung der Normen zu beklagen.

Allen scheint klar zu sein, daß die finsternen Drohungen mit Randalen, Bräunnen auf die Autobahnen schmeißen etc. Gefahren in sich bergen, die anderen Kalibers wären, als das, was heute in der Gewaltdiskussion abgehandelt wird. Bloß den schlafenden Riesen nicht zur Auseinandersetzung außerhalb der Arbeitskämpfe reizen, scheint hier die Devise zu sein. Dies läßt auch ahnen, was an gesellschaftlicher Kraft in einer politisch handelnden Arbeiterbewegung schlummert.

Reviersterben auf Raten

Woher dieser plötzliche Auf-Ruhr, wo doch schon seit Jahren Zechen stillgelegt und Stahlbetriebe dichtgemacht, die Belegschaften immer weiter reduziert worden sind? In Rheinhausen war gerade zwei Monate zuvor der Beschäftigtenabbau um 2000 vereinbart worden. Die heute noch arbeitenden 5.300 Hüttenwerker sind von einmal 16.000 im Jahre 1960 nachgeblieben. Kohle und Stahl, die tragenden Säulen des Ruhrgebiets, sind schon lange in der Krise, nicht sterbende, aber in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gesunkene Branchen. Das Ruhrgebiet, diese einmalige Zusammenballung von Menschenmassen und Fabriken auf kleinem Raum, blutet strukturell und finanziell aus, ohne daß ein Ende abzusehen ist und ohne daß Ersatzarbeitsplätze in Sicht sind. Das Spiel ist immer das gleiche: Entweder es wird in Schüben entlassen, die Entlassenen bekommen häufig Umschulungen oder günstige Sozialpläne, fallen also nicht ganz, sondern nur halb ins Nichts. Viele verlassen das Ruhrgebiet, die Großstädte haben seit Jahren Einwohnerchwund. Oder die Belegschaften baumten sich auf, wie 1984 bei Monninghoff, zwei Jahre später bei Thyssen in Oberhausen oder — allen noch frisch in Erinnerung — in diesem Jahr

AUF-RUHR AUF-RUHR AUF-RUHR



auf der Heinrichshütte in Hattingen. Sie war Vorbild für friedlichen, breiten Protest, für eine Volksbewegung unter dem Motto „Stirbt die Hütte, stirbt die Stadt“. Höhepunkt war im März beim „Generalstreik“ im 60.000 Köpfe zählenden Städtchen die Demonstration mit 30.000 Menschen. Kaum einer, der gehen konnte, fehlte. Zwar konnten die rabiaten Entlassungspläne immer behindert, aber der Arbeitsplatzabbau nicht verhindert werden, so auch in Hattingen. Es droht das schlechende Ausbluten der Betriebe. Und vieles spricht dafür, daß die Konzerne dies untereinander abgestimmt, schichtweise praktizieren. Das ist eine Erfahrung.

Die andere: Die Gewerkschaften untereinander abgestimmt, schichtweise praktizieren. Das ist eine Erfahrung. Die andere: Die Gewerkschaften setzen dem nichts entgegen, sondern machen mangels Alternative diese Entwicklung mit. Die IG Metall hatte stolz die „Frankfurter Vereinbarung“ vom Oktober als Gegenhandeln beschrieben, obwohl sie dort dem Abbau von 35.000 Stahlarbeitsplätzen zugestimmt hat. Das Beharren auf Ersatzarbeitsplätzen und Beschäftigungsgesellschaften ist Handlungssatz, weil die Stahlkonzerne daran nur reduziertes Interesse haben. Wichtiger Teil von Vereinbarungen ist für sie der, wo sie für Rationalisierung und Entlassungen grünes Licht bekommen. Da wird gehandelt. Und danach setzen die Stahlmanager noch einen obendrauf und

beschließen trotz Montanmitbestimmung zusätzlich die Schließung eines wichtigen und modernen Stahlstandorts. Noch krasser läuft die wehrlose Anpassungsentwicklung im Steinkohlebergbau, wo die IG Bergbau völlig widerstandslos dem Abbau von weiteren 30.000 Arbeitsplätzen zustimmt und die Bergarbeiter wie am 10.12. nur mobilisiert, um der Gegenseite zu beweisen, daß sie es kann. Dann sind zwar 100.000 in Aktion, aber so richtig ernst nimmt das niemand.

Schließlich die Erfahrung mit den Regierungen. Im besten Fall beteiligen sie sich finanziell an der „sozialverträglichen“ Anpassung. Immer mehr kommt es fast zu einem Rollenspiel zwischen CDU und SPD. Johannes Rau sagt vor den Rheinhausener Stahlwerkern: Jawohl, wir wollen die Hütte retten, aber „was soll ich denn machen, die Musik wird in Bonn bestellt.“ Bonn wiederum findet, die Musik müsse aus Düsseldorf, vor allem aber aus Brüssel kommen. Bei so was wird nicht nur der Bauer sauer. Wenn sich dann noch Norbert Blum zu Wort meldet, er hätte einige hundert Arbeitsplätze in vier verschiedenen Betrieben aus drei völlig unterschiedlichen Branchen (Bayer und Henkel/Chemie, Burda/Druck und Bofrost/Nahrung) anzubieten, dann wird klar: die lassen das Stahlwerk sausen. Vieles davon mag zum Rheinhausener

Ausbruch beigetragen haben. Auf jeden Fall die Unverschämtheit der Krupp-Bosse, mit dem Betriebsrat einen Sozialplan für 2000 Abgebauten zu unterzeichnen, dabei eine Standortgarantie für die Hütte zu geben, mit der IG Metall Stillhalteabkommen zu schließen und kurze Zeit später das Gegenteil bekannt werden zu lassen. Nicht umsonst ist Vorstandsvorsitzender Cromme, der an all diesen Vorgängen beteiligt war, der bestgehaßte Mann bei Krupp. Nicht wenige stehen hinter dem Spruch „Stirbt Krupp, stirbt auch Cromme“.

Neue Erfahrungen

Neue Erfahrungen

Blamiert hat sich in der Notsituation die gepriesene Montanmitbestimmung, was natürlich wieder nur „Mißmanagement“ angehängt werden dürfte. Blamiert hat sich die IG Metall, die offenkundig ihre Bergbau-Schwestergewerkschaft kopieren wollte. Sie ist mit dem Frankfurter Befriedigungsabkommen auf die Nase gefallen und erwies sich als handlungsunfähig. Nicht zufällig geistert durch die Presse die Geschichte vom kühlen Empfang für Steinkühler in Rheinhausen am Stahlaktionstag. Unmittelbar war die Enttäuschung über die eigene Gewerkschaft groß. Das erste Handeln lag in den Händen der betrieblichen und örtlichen Funk-

tionäre, wenngleich die Sozialdemokratie schnell auf die spontane Entwicklung reagiert hat und behutsam um Mäßigung bemüht ist. Dennoch ist der unterschiedliche gewerkschaftliche Hintergrund der Stahlarbeiter im Vergleich zum befriedeten Bergbau deutlich zu bemerken gewesen: häufigere Kampferfahrung und größere Kampfbereitschaft ließen sich unmittelbar — spontan und kurzfristig organisiert — umsetzen.

Und die Rheinhausener haben gegenüber dem vorherrschenden Entwicklungstrend des Sterbens im Revier wichtige Signale gesetzt: Sie haben nicht abgewartet und einen Unterhändler nach Essen geschickt. Sie haben zu konsequenteren Aktionsformen nicht abgewartet und einen Unterhändler nach Essen geschickt. Sie haben zu konsequenteren Aktionsformen gegriffen, als man sie gemeinhin aus den letzten Jahrzehnten bundesdeutscher Arbeiterbewegung kennt und damit, unbewußt vielleicht, zu verstehen gegeben, daß sie eine ganze Menge von den politischen Protestbewegungen der letzten Jahre aufgenommen haben. Es gab am Stahlaktionstag Zusammenarbeit zwischen Stahl- und Bergarbeitern, von denen Teile sich an den Blockaden beteiligten und aus den IGBE-Ritualen ausbrachen. Es gab Zusammenarbeit mit um die Arbeitsplätze konkurrierenden Stahlbetriebern; auch wenn dort noch der Wunsch, der Kelch möge diesmal noch am eigenen Betisch vorbeigehen, dominiert, wie Krupp-Kollegen beklagen. Doch könnte die kämpferische Antwort der Krupp-Belegschaft auf die Herausforderung des Managements die Diskussion darum fördern, daß auf so etwas wie *Solidarität* die sukzessive Zerstörung von Arbeit und Leben im Revier aufzuhalten vermag.

Die Ruhrgebietskrise ist an einem Punkt des Dahinsiechens angelangt, wo das Vertrauen in die soziale Abfederung als kleineres Übel sich ersetzen muß, wo die Einsicht her muß, daß, man mit den bisherigen Verfahren von rechtlich begrenzten Kampfkaktionen und anschließender Verhandlungslösung heute keine Nischen mehr findet, sondern neue Löcher reißt. Auch die notwendigen Diskussionen um Vergesellschaftung, Beschäftigungsprogramme und Produktalternativen sind an Umsetzungsgrenzen der Kapitalmacht angelangt, wo klar ist: Der Gegenseite geht es um das Durchbrechen der Sanierung. Die Antwort von Thyssen-Sprecher Dreesbach auf die Protestwelle „Ohren zu und durch!“ belegt nicht nur dies, sondern zeigt, daß man darauf vertraut, auch diese Aktionen werden sich totlaufen, bis die Leute für die Abfederungs-Verhandlungen weich sind. Die Spekulation mag aufgehen. Doch haben die Krupp-Aktionen neue Impulse für die Auseinandersetzung gegeben. Vielleicht zeugen die herben Sprüche à la Kreuzberg, Hafenstraße davon, daß man den Willen, sein Ziel durchzusetzen, dort eher wiederfindet, als in den bisherigen gewerkschaftlichen Aktionen.



Rheinbrückenblockade am 2.12.

hr.

Und doch, die Menschen arbeiten hier nicht nur oder sind arbeitslos, sondern sie wohnen und leben in Duisburg. Wenn die Umfrage der illustrierten Bunte vom November 1987 in zwölf bundesdeutschen Großstädten stimmt, dann wohnen und leben sie gern in Duisburg: nach Essen und vor Hamburg rangiert die Stadt an zweiter Stelle.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Was ist die Kohlekrise?

Am 11. Dezember hat die „Kohlerunde“ aus Regierungsvertretern des Bundes und der Länder Saarland und NRW, aus Bergbau-Unternehmern und der IG Bergbau den Abbau von 30.000 Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau beschlossen. Dieser Arbeitsplatzabbau bis in die neunziger Jahre soll wie üblich sozial abgemildert werden. Massentlassungen will man vermeiden.

Damit schrumpft die Beschäftigung im Bergbau weiter dramatisch. Von über 600.000 Arbeitern 1957 über weniger als 300.000 im Jahr 1970 sind heute noch 170.000 Bergarbeiter geblieben. In den neunziger Jahren werden es maximal noch 140.000 sein. Die „Kohlerunde“ war sich darin einig, eine Überkapazität von etwa 13 Millionen Tonnen Kohleförderung abzubauen. Vielfach wird auch diese Schätzung für unrealistisch angesehen und das Doppelte an Abbau von Kapazitäten und Arbeitsplätzen erwartet.

Was ist der Hintergrund für den Rückgang der Kohleproduktion und die Tatsache, daß überproduziert wird und die Subventionen für die Kohle heute bereits die Hälfte des Umsatzes im Bergbau erreicht haben? Aktuell wird der Druck auf die Kohle durch den Fall des Dollar, sinkende Ölpreise und den Absatzrückgang bei Stahl beschleunigt. Seit Jahren schon ist die Kohle als Energieträger vom billigen Öl, vom Ausbau der Kernenergie und in geringem Maße von billiger Importkohle (die ca. 90 DM pro Tonne gegenüber 130 DM heimischer Kohle kostet; auffällig angestiegen sind die Importe aus Südafrika von 2,2 auf 4 Millionen Tonnen seit 1985) verdrängt worden. Würde freier Markt herrschen, wäre die heimische Kohle vermutlich bereits wesentlich stärker verdrängt. Aus Gründen der Energie-Autarkie und mit Rücksicht auf einen Teil der Arbeitsplätze ist die teure bundesdeutsche Kohle subventioniert worden. Seit 1969 ist — mehrfach den Veränderungen angepaßt — ein Vertrag zur Sicherung des Steinkohleanteils für die Energieversorgung geschlossen worden. Zuletzt 1980 sa dieser „Jahrhundertvertrag“ vor, daß die Energieversorgungsunternehmen einen bestimmten Steinkohleanteil mit jährlich steigender Tendenz für die Verstromung verschauern.

Über einen steigenden Tendenz für die Verstromung verschauern. Über einen „Kohlepfennig“ erhalten die Unternehmen aus einem Ausgleichsfonds den Preisausgleich für die deutsche Kohle. Lag der Kohlepfennig im letzten Jahr noch bei 4,5 % des Strompreises, mußte er dieses Jahr auf 7,5 % erhöht werden. Angesichts von Dollar- und Ölpreisenentwicklung hätte er sogar auf mindestens 9 % erhöht werden müssen.

Bundesregierung, die Atomlobby und CDU-Länderregierungen außerhalb der Kohlereviere erhöhen den Druck auf die Kohle durch Senkung des Kohlepfennigs (schrittweise ab 1988 beschlossen), Abbau der Subventionen und vor allem die bewußt herbeigeführten Überkapazitäten bei der Kernkraft (die ihre Wurzel in den Fehlprognosen der siebziger Jahre haben) und billigeren Atomstrom. Mehr Atomstrom, weniger Kohle heißt die Forderung der Bundesregierung und einiger CDU-Länder mit hohem Kernenergieanteil. Mit der Androhung, den „Jahrhundertvertrag“ nicht mehr mitzutragen, wird damit auch Druck auf die Kernenergieausbaudiskussion in der SPD gemacht. Mit einer anderen Energiepolitik wäre dieser Druck auf die Kohle vermeidbar, ohne Kernenergie gäbe es die Absatzprobleme bei der Kohle nicht.

Kohle statt Kernenergie, das ist eine arbeitsplatzschaffende Dimension der Ausbaudiskussion für den Bergbau. Doch wer so kalkuliert, hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die IG Bergbau setzt treu ihre alte Linie der Parallelentwicklung von Kohle und Kernenergie fort, die in der Realität Vorrang für Atomstrom bedeutete. Sie hat den neuen Bittausungs-Pakt beschlossen. Ihr Ziel in ihrem Bergbau-„Überbrückungskonzept“ war, vorübergehend bis 1995 den Kernenergieanteil um 10 % zurückzuschrauben, in der Zwischenzeit vertrauensbildend Pro-Kernenergie zu arbeiten, und dafür den Kohleanteil in den Kraftwerken ab 1990 jährlich um 1 Millionen Tonnen zu erhöhen. Nach der „Überbrückungsphase“ sollte die Kernenergie weiter ausgebaut werden.

Der Preis der Befriedung

Unser aller Präsident stiftete die Monatslösung. Befragt zu den rechtlichen Konsequenzen nach den Schüssen von Frankfurt und dem Wunder von Hamburg, gab Weizsäcker der Nation zu Protokoll: „Was ist denn Recht? Das Recht ist in der Hand des Staates. Wer ist der Staat? Der Staat ist keine vorgesetzte Behörde, sondern die Gemeinschaft der Bürger.“ Zum Recht gehörte der Rechtsfriede, das Rechtsbewußtsein und die Rechtsordnung. Es diene dem Schutz der Schwachen, der Gerechtigkeit und dem Frieden. Der Staat müsse zwar das ihm allein zukommende Monopol zur Durchsetzung des Rechts, das Gewaltmonopol, „handhaben“, aber letztendlich könne „Recht nicht eingeprägt“, sondern müsse „eingesehen“ und dann auf alle gleichermaßen angewandt werden.

Vermummung dagegen, konkretisierte er, sei, wie „an den Kulturen nahezu aller Völker auch in anderen Kontinenten“ zu sehen, die Maske, „mit der die eigene Person verborgen“, ein „anderes Gesicht und damit eine andere Absicht dokumentiert“ werde. Sie sei die „Annäherung von Autorität“, „die Verbreitung von Furcht und Schrecken, und das ist nach den Grundsätzen einer freien und selbstverantwortlichen Gesellschaft einfach nicht human.“

Vergleich zu den Verhältnissen der Weimarer Republik.“ (FAZ, 17.11.) Sie sprach von einem „schamlosen Mißbrauch des liberalen Demonstrationsrechts.“ Die Weimarer Republik sei gescheitert, weil Liberale nicht rechtzeitig die Gefährdung erkannt hätten und „das Potential der starken Demokraten“ nicht immer stark genug gewesen sei. Die Demokratie müsse jetzt über eine Krise getrieben werden.

Die Vermummung avanciert folgerichtig zur demokratischen Gretchenfrage, an der um liberale, halbliberale und GRÜNE Profile mit Blick auf zukünftige Wahlergebnisse gerungen wird. Soll die demonstrative, aber bedauerlicherweise nicht zu verhindernde Verweigerung der zivilisierten Umgangsformen beim Protest gegen staatliche Maßnahmen eine Ordnungswidrigkeit bleiben, wie die GRÜNEN meinen? Soll sie als staatsfeindlicher Akt zum Straftatbestand erhoben werden, wie es Zimmermann will? Kann man den diversen Scharf- wie WeichmacherInnen Kompromisse unterliberalen? Etwas die neuesten Pläne eines Burkhard Hirsch und Gerhard Baum, nach denen eine Erklärung der Vermummung zum Straftatbestand vermieden, aber ihre Ordnungswidrigkeit auf An- und Abreise zu und von Aktionen, Versammlungen und Demonstrationen

eingeführt erweiterten Fassung des § 129a, sowie den der Bundesanwaltschaft im selben Zug zugesprochenen erweiterten Kompetenzen in der Terrorismusfahndung öffentlich begründeten Gebrauch gemacht.

Die Erklärung irgendeiner Gruppe von Personen zur „terroristischen Vereinigung“ erscheint unter juristischen, selbst unter den aktuell als rechtsstaatlich geltenden Gesichtspunkten rein willkürlich. Bundesanwalt Prechtel legte bei Verkündung der Haftbefehle noch „Wert darauf zu betonen“, daß zwischen den Schüssen und den Haftbefehlen kein Zusammenhang bestehe. Die Ermittlungsergebnisse zu den Anschlägen liegen z. Z. schon seit Jahren vor. Bei den vorläufigen Verhaftungen in den ersten Monaten begegnete die Bundesanwaltschaft erstaunten Fragen mit dem Bekenntnis: „Wir kennen unsere Pappenheimer.“ Die jetzt veröffentlichten Ermittlungsergebnisse veraten beachtliche Kenntnisse der Bundesanwaltschaft über personelle und strukturelle Details der Szene. Mehr als je zuvor erweist sich hier eine Anklage nach dem § 129a als opportunes Konstrukt mit eindeutig politischer Funktion, das an der aktuellen Gelegenheit aufgebaut wird: Mit diesem Schritt wird das Feld der Terrorismusfahndung praktisch auf Demonstrationen

Fortsetzung von Seite 1

Rebmann zieht aber eine Verbindung zwischen den „Heimwerkern“ und dem 2.11.87, indem er behauptet, diese Gruppe sei es gewesen, die die angebliche Tatwaffe, eine Sig Sauer-Polizeipistole, auf der großen Hanauer Anti-AKW-Demonstration im November 1986 einem Polizisten entwendet habe. Sie soll sogar noch eine weitere solche Dienstpistole gestohlen haben — bereits im September 1984, ebenfalls anläßlich einer Hanauer Demonstration. Weiter behauptet der OGA, der am 3.11. festgenommene und seitdem inhaftierte Andreas Eichler, bei dem die erstgenannte Waffe gefunden wurde, sei der „Kopf“ dieser Gruppe gewesen. Und schließlich habe auch der nach wie vor gesuchte Frank Hoffmann, gegen den ebenfalls wegen Mordverdachts ein Haftbefehl ausgestellt wurde, dieser Gruppe angehört.

Die verwirrende Situation besteht also darin, daß zwei Personen zunächst als Einzeltäter verdächtigt werden, die Schüsse vom 2.11. abgegeben zu haben oder daran beteiligt gewesen zu sein. Diese beiden sollen gleichzeitig den „Heimwerkern“ angehört haben, die man zur „Terrorgruppe“ hochstilisiert, aber — bisher — nicht wegen der Schüsse. Die Konfusion wird komplett durch einen „Spiegel“-Artikel vom 23.11.87, der das Foto eines Vermummten mit einer Faustfeuerwaffe zeigt. Angeblich soll es am 2.11.87 an der Startbahn aufgenommen worden sein. Die abgebildete Pistole sei jedoch wahrscheinlich keine Sig Sauer, sondern möglicherweise eine zur Verwendung von Signalleuchtmunition umgebaute Waffe. Unter Berufung auf die Polizei schreibt der „Spiegel“, es werde gegen eine — nun „kriminelle“ — Vereinigung ermittelt, die am 2.11. die Polizei in eine Falle gelockt habe, wo dann die Schüsse gefallen seien.

So haben wir die absurde Konstruktion, wonach der Verdacht, an irgendwelchen Strommast-Aktionen teilgenommen zu haben, „Terrorismus“ begründet, der Vorwurf, die Polizei in eine Falle gelockt zu haben, einer „kriminellen Vereinigung“ angelastet wird, wegen der Tötung selbst hingegen ein „gewöhnlicher“ Mordvorwurf erhoben wird. Dieses Rechtsgebäude ist bemerkenswert — unabhängig davon, ob die Vorwürfe, die konkret gegen bestimmte Personen erhoben werden, nicht frei erfunden sind.

Ausschließlich wegen der „Heimwerkeln“ hat die Bundesanwaltschaft etwa zehn Haftbefehle ausgestellt. Der kleinere Teil davon wurde vollstreckt, einige Haftbefehle sind außer Vollzug gesetzt, einige Personen konnten von der Polizei nicht gefunden werden. Die Karlsruher Behörde ist offenbar bestrebt, die ganze Angelegenheit möglichst unübersichtlich zu machen, die ganze Angelegenheit möglichst unübersichtlich zu halten und den verdächtigen Personenkreis zu erweitern. Allmählich wird konkret deutlich, welche Möglichkeiten der neue erweiterte § 129a dem Staatsschutz gegen die gesamte autonome Szene bietet.

Was Andreas Eichler und Frank Hoffmann betrifft, so hat letzterer in einem Brief an die „faz“ erklärt, er habe mit den Schüssen „absolut nichts“ zu tun, wolle sich der Polizei aber nicht stellen, da er im gegenwärtigen aufgeheizten Klima kein faires Verfahren erwarten könne. Von Eichler heißt es in der Szene (unter Berufung auf seinen Anwalt), er habe ebenfalls erklärt, nicht der Täter gewesen zu sein, er verurteile die Schüsse und bedauere das Geschehen. Unverständlich bleibt, weshalb immer noch keine definitive Stellungnahme Eichlers veröffentlicht wurde.

Ruhig geworden ist es um die anfängliche Behauptung Rebmanns, auf der Demonstration am 2.11. sei ein Kommando „Scharfschützen Feuer“ ausgegeben worden; danach seien die Schüsse gefallen. Diese Behauptung war durch die Schlagzeilen der Boulevardpresse gegangen, um die Demonstration als ganze zu beschuldigen. Um diese üble Meldung ist es sogar so still geworden, daß man ziemlich sicher davon ausgehen kann, daß sie sich nicht halten läßt. Gegen die Bundesanwaltschaft wäre dann der Vorwurf der Stimmungsmache zu erheben, aber wen interessiert das schon.

Beharrliches Schweigen existiert um den interessanten Widerspruch zwischen Karlsruhe und Wiesbaden über die Obduktionsergebnisse. Wallmann hatte behauptet, einer der beiden Polizisten sei in den Rücken geschossen worden. Die Bundesanwaltschaft dagegen stellt es so dar, daß beide von vorn in den Bauch getroffen wurden. Auch über die völlig unwahrscheinliche Entfernung von 300 und mehr Metern, aus denen geschossen worden sei, verläutelt nichts und ebensowenig darüber, wie und von wem die Demonstration beobachtet worden war! Nachrichtenapere.



„Von allen Beteiligten wirklich einsehbar sein mußte“ nach Meinung des Präsidenten, das ist die Maske, mit der die eigene Person verborgen wird.

„Von allen Beteiligten wirklich einsehbar sein mußte“ nach Meinung des Präsidenten, das ist die Maske, mit der die eigene Person verborgen wird. „Nicht das auch durchsetzbar sein muß.“ Damit damit bessere Fahndungsfortschritte gemacht werden können, aber um den Umgang unter uns Menschen zu humanisieren.“

Ja, das ist Rechtsstaatsfrieden! Das ist demokratische Kultur! Das ist unsere Verantwortung vor der Geschichte. Das ist Humanität. Das ist Ausgleich über kleinteiligen Gruppeninteressen, Lager- und Klassenkampfmentalitäten. Zivilisation! Wir sind ja hier nicht im Busch! Da darf auch der bekante Staatsfeind mitjubeln. Neues Denken auch in der Innenpolitik: Friede, Glaube, Hoffnung, Sicherheit durch Deeskalation! Lernen auch von Gorbatschow! Abrüstung nach innen wie nach außen. Weg mit den Zwölfen! Weg mit den Helmen und Wollmützen! Offenen Auges und mit ausgebreiteten Armen hinein in das Zeitalter der Vernunft. Schmeißt die Feindbilder weg! Das Wunder von Hamburg beweist: Die Demokratie der BRD tritt aus den autoritären Kinderschuhen der 60er und 70er Jahre jetzt sichtbar ins Stadium des demokratischen Dialogs, der Versöhnung, des inneren Friedens, des „Zivilismus“. Ja, wenn nicht gar, wie Ex-KBler Joscha Schmieder in der neuesten Ausgabe der „Kommune“ aufdeckte, der „Zivilismus“! Warum sollte das nicht möglich sein, wo doch alle wichtigen Leute in diesem Staat von Staatspräsidenten bis zu Bürgermeistern, vom Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes bis zum Chef des LfV-Hamburg, vom Pfisterstrand bis zur taz, von Joschka Fischer bis Joscha Schmieder dies wollen? Einzige Bedingung: Gewaltlosigkeit der Proteste, Versöhnung mit dem Staat, Kooperation von Verantwortlichen mit der Polizei bei Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen.

Aber nichts ist umsonst. Der erreichte Kulturzustand muß verteidigt werden. Freiheit hat ihren Preis! Das verdeutlicht die FDP-Bundestagsabgeordnete Hanne-Brücher. Sie machte, wie die FAZ schrieb, „Eindruck mit einem

ausgedehnt werden soll?

Um diese Frage erhitzen sich zur Zeit die Gemüter. Es gibt kaum eine Körperschaft, die an dieser Frage nicht die Befriedung des Rechtsstaats thematisiert, sei es von rechts, Mitte oder links. Der eigentliche Preis der Befriedung bleibt ungenannt. Er heißt: Verfolgung und Verhaftung einer Gruppe von militanten Starbahngegnern als „terroristische Vereinigung“ durch den Bundesanwalt Rebmann!

Nahezu unbeachtet und ohne jeglichen Protest auch der linken Öffentlichkeit erklärte die Bundesanwaltschaft am 27.11. eine Gruppe von „mindestens acht Personen“ um den als verhafteten Andreas Eichler zu einer „terroristischen Vereinigung“ und Eichler zu ihrem Rädelsführer. Elf Haftbefehle wurden inzwischen erlassen. Einschließlich A. Eichler sind fünf Personen inhaftiert, vier werden in Haftverschonung gehalten, zwei weitere noch gesucht. Ihnen wird vorgeworfen, seit 1984 als „Revolutionäre Heimwerker“, „Kommando Sag weg den Scheiß“, „Revolutionäre Zellen“, „Autonome Zählergruppe“ an 14 Anschlägen gegen Strommasten im Rhein-Main-Gebiet u.a. beteiligt gewesen zu sein.

Die Bundesanwaltschaft hatte die Ermittlungen bereits am 3.11.87 mit der Begründung an sich gezogen, es bestehe der Verdacht, daß die „Ermondung der Polizeibeamten nach den Umständen bestimmt und geeignet ist, den Bestand der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen. Unter dieser Voraussetzung kann der Generalbundesanwalt nach der seit 1. Januar 1987 geltenden Gesetzesfassung auch Tötungsdelikte verfolgen, die einer konkreten terroristischen Vereinigung nicht zugeordnet werden können. Die besondere Bedeutung des Falles ergibt sich nach Auffassung des Generalbundesanwalts aus der Tötung von Polizeibeamten mit Schusswaffen am Rande einer Demonstration, aus der heraus verurteilte Täter Gewalttaten begehen.“

Damit hat die Bundesanwaltschaft erstmals von der Anfang des Jahres '87

ausgedehnt.

Einmal mit Erfolg, d.h. ohne öffentlichen Protest, aber ohne Demonstration ausgedehnt.

Einmal mit Erfolg, d.h. ohne öffentlichen, selbst linken Protest praktiziert, ist dieser Vorgang beliebig wiederholbar. Die Drohung mit dem § 129a wird damit zum immanenten und allfälligen Bestandteil der Befriedung von Demonstrationen. Das ist der Preis, den FDP, SPD, GRÜNE und staatsfromm gewordene Alt-Spontis für den Abbau der Lagermentalität, die Festigung des inneren Friedens, die Versöhnung mit dem Staat stillschweigend zu zahlen bereit sind. Die Drohung mit dem Terrorismushammer ist prinzipieller Konsens der autoritären parlamentarischen Bürokratie der BRD.

Dieser Konsens wird in den gegenwärtigen Verhandlungen um die Demonstrationenfreiheit praktisch erweitert.

Niemand muß glauben, dieser Staat hätte alles im Griff. Die Unkalkulierbarkeit der neueren politischen Szene ist seinen Ermittlungsorganen zweifellos ein Problem, auch wenn sie mehr an „Erkenntnissen“ gesammelt haben, als sie aktuell praktisch verwerten wollen oder können. Aber solange es den Staatsorganen so leicht gelingen kann, militanten Protest als Terrorismus zu stigmatisieren und solange selbst die radikale Linke, von SPD, FDP und GRÜNEN ganz zu schweigen, bereit ist, im Tausch für den inneren Frieden ein paar „Terroristen“ stillschweigend einfahren zu lassen, solange kann weder von Rechtsfrieden, noch sonst einem Frieden in diesem Land die Rede sein. Bestenfalls von Friedhofsruhe. Solange die Polizei nicht abrüstet, ist alles Geschwätz von offenen Visieren, Dialog und innerem Frieden seither nichts anderes als Maskerade, die, wie unser Staatspräsident auch noch richtig bemerkte, auf „die Verwendung dessen, der dem Maskierten gegenübersteht“ zielt. Nehmen wir also unseren Weizsäcker ernst: Runter die Masken! Fort die Illusionen! Mir will es scheinen, als müßten wir unsere Feindbilder scharfen.

F.

„... und halten wir es für notwendig, uns Gedanken zu machen“

Das nächtliche Geschehen des 2.11.87 am Frankfurter Flughafen, das zwei Polizisten das Leben kostete, hat zu einer intensiven Debatte unter den im weitesten Sinn autonomen Gruppen geführt. Alle Meinungen sind vertreten: sowohl allgemeine Rechtfertigungen der Schüsse wie auch — mehrheitlich — scharfe Verurteilungen. Die Fülle kursierender Papiere ist allerdings geeignet, den entscheidenden Mangel zuzudecken: Ein Bekenntnisschreiben gibt es nicht. Sechs Wochen nach der Tat ist das nicht nur ein Verstoß gegen eine Guerilla-Regel, sondern auch ein Umstand, der es nach wie vor zweifelhaft erscheinen läßt, ob die Aktion wirklich von einem linken Kollektiv durchgeführt wurde.



Um mit dem (scheinbar) härtesten Papier anzufangen: Eine sich „Off-Autonomie“ titulierende Gruppe gibt ihren Ausstieg aus der Szene bekannt, der sie Scheinheiligkeit, armseliges



Um mit dem (scheinbar) härtesten Papier anzufangen: Eine sich „Off-Autonomie“ titulierende Gruppe gibt ihren Ausstieg aus der Szene bekannt, der sie Scheinheiligkeit, armseliges Selbstbewußtsein, Distanzierungs- und den allerfurchtbarsten Vorwurf entgegenschleudert: Angst. Solche Entmischungen sind gut und nicht schlecht. Tschüß!

Wer den betreffenden Text, der in der Form eines offenen Briefs „An die (Frankfurter) Autonomen und andere staatstragende Parteien“ verfaßt ist, genauer studiert, kann anhand der krampfhaft zusammengeklauten Radikalismen unschwer erkennen, daß es sich um Trockenwischer handelt. Die Schüsse seien nicht von ungefähr gekommen. Nach der letzten Wackersdorf-Demonstration sei die öffentliche Kritik an der Polizei angewachsen wie in den letzten fünf Jahren nicht mehr. Die Verfasser versuchen mühsam, eine Rechtfertigung zu konstruieren, wonach die Schüsse die Empörung in der Oberpfalz zur rechten Zeit aufgegriffen und in Südhessen „verschärft“ hätten. Bullen seien zwar nicht die Urheber der Repression, wohl aber diejenigen, „die sie im täglichen Kampf gegen uns durchsetzen.“ Diese sensationelle neue Erkenntnis hat die „Off-Autonomie“ so erschüttert, daß sie vergessen haben, zu erklären, was sich an dieser Situation durch die Tötung zweier Polizisten geändert hat.

Hier fehlt eindeutig ein Satz der Art, daß nun ein Pfeiler des Systems wankt.

Höhnisch versuchen die „Off-Autonomie“, auf eine Reihe gängiger Argumente gegen die Schüsse zu antworten. Der Befürchtung, daß der Staat die Gesetze verschärfen werde, begegnen sie — „Na toll!“ — mit der Bagatelisierung, daß es schließlich nicht um die Todesstrafe gehe. Ebenso wenig würde es sie stören, wenn Demonstrationen „nie wieder wie zuvor“ durchgeführt werden könnten: „No prima!“ Denn das Anrennen gegen Betonmauern sei zum Alibi geworden „für den fehlenden Widerstand gegen Projekte, die erst dahinter liegen“. Mit ihrem demonstrativen Desinteresse an der staatlichen Repressionspolitik, das Stärke markieren soll, haben sich die Verfasser wohl verhaspelt. Ungewollt wird gesagt, daß sie das Schießen auf Polizisten als Ersatz für den fehlenden Kampf gegen die Urheber der Unterdrückung begreifen.

Den Autonomen wirft die Gruppe vor, zu politisch zu sein: „Ihr seid die kühlen StrategInnen der Eskalation, die Gewalt ausschließlich als politisches Kalkül ausüben. Eure akademische Sozialisation hat euch das Dogma der Gewaltvermeidung so tief ins Hirn gebrannt, daß ihr Emotionen wie Haß schon im Keim bei euch erstickt. Ihr seid die Liquidatoren jeder Befreiung, jeder Lebensäußerung.“ Aus diesen Zeilen hört man nur zu deutlich die Schreibtischstrategen heraus, die selber nach beachtlichen Semesterzahlen ihren Frust gegen „Authentisches“ eintauschen möchten und einer Gewaltromantik anhängen, die konterrevolutionär ist, weil sie die Unterdrückten nur diskriminiert: Prolet gleich Haß gleich Faust gleich prima. Die einer Befreiungsbewegung unterstellte Verwechslung von Lebensäußerungen mit Totschlagphantasien ist eine Beleidigung, wie sie von der reaktionären Hetzpropaganda nicht besser formuliert werden könnte.



den könnte.



Schließlich dozieren die „Off-Autonomie“, eine Spaltung in den sozialen Bewegungen und Isolierung der Linken werde es zwar geben — „No sicher!“ —, aber nur deshalb, weil die Militanten ihren Bündnispartnern keinen reifen Wein eingeschenkt hätten. „Ihr habt ihnen ja auch nie wirklich erklärt, daß die Konsequenz eurer Antistaatlichkeit noch viel mehr Menschen vom Leben zum Tode befördern müßte und nicht mit dem Regenbogen der

Flower-Power-Generation auf uns niederschwebt.“ Es fragt sich, was die Schreiberlinge bisher davon abgehalten hat, diese freundliche Perspektive „wirklich“ unter die Menschen zu bringen und sich nun — anders als alle anderen Linken — im Lichte massenhafter Zustimmung zu sonnen? Vielleicht kann ihnen bei Gelegenheit jemand klarmachen, daß die klassenlose Gesellschaft vor allem deswegen erfunden worden ist, um das Töten von Menschen zu beenden. Und zwar nicht in der Phrase sondern in der Praxis.



Sprücheklöpfer dieser Art hat es schon in der früheren ML-Bewegung gegeben. Daß deren Laufbahn sich häufig in gurbürgerliche Zeitungstuben, grüne Abgeordnetenbüros oder protestantische Kirchenkanzeln verlängerte, hat nur bedingt etwas mit „Verrat“ zu tun. Indem sie so „böse“ sind, geben sie zu verstehen, wie „lieb“ sie sein könnten. Vor allem müssen sie Aufmerksamkeit auf sich lenken. Das ist ihnen wieder mal gelungen.

Gegen bürgerliche Moral

„Seid ehrlich: Wer hatte noch nicht den Wunsch zu schießen?“, argumentiert ein Papier „Wider die bürgerliche Moral“. Anhand dieser Frage die Revolution von bürgerlicher Moral abgrenzen zu wollen, ist freilich absurd. Die bürgerliche Moral widerspricht bekanntlich weder der Bundeswehr noch den Schützenvereinen noch den Gewaltvideos. Sie ist sogar begeistert, wenn ein Mann rot sieht und in der

Gegen bürgerliche Moral

„Seid ehrlich: Wer hatte noch nicht den Wunsch zu schießen?“, argumentiert ein Papier „Wider die bürgerliche Moral“. Anhand dieser Frage die Revolution von bürgerlicher Moral abgrenzen zu wollen, ist freilich absurd. Die bürgerliche Moral widerspricht bekanntlich weder der Bundeswehr noch den Schützenvereinen noch den Gewaltvideos. Sie ist sogar begeistert, wenn ein Mann rot sieht und in der U-Bahn Schwarze abknallt. Im Stil einer ewigen Standardfrage heißt es: „Wir müssen uns entscheiden — ganz grundsätzlich — ob wir Tote mit unserem Gewissen vereinbaren können. Wer das für sich ausschließt, muß sich fragen, was er/sie im Falle einer Revolution tut.“ Abgesehen von der Kleinigkeit, daß die Mehrheit einer revolutionären Bewegung nie aus Knarrenträgern bestand wären die Kriegsdienstverweigerer in dieser Sicht Feinde der Revolution, womöglich sogar eine „Hauptgefahr“. Im Konkreten kritisiert das Papier allerdings die Schüsse von Frankfurt. Politisch seien sie ein Fehler gewesen, „weil nämlich die Situation zwar subjektiv, aber nicht objektiv reif dafür ist.“ Die in den siebziger Jahren verfolgte Taktik einer Demaskierung des Staates durch Vortreiben der Eskalation (gemeint ist offenbar die RAF) wird abgelehnt.

Das Papier hat ganz und gar unrecht, wenn es davon ausgeht, daß die Bereitschaft, eine Pistole zu gebrauchen, um Gewalt gegen den Staat auszuüben, ausreichend dafür sei, daß die

Situation für Schießereien mit der Polizei „subjektiv reif“ sei. Vielmehr ist es der allererste und schwerste Fehler aller bewaffneten Ansätze, zu glauben, jeder könne anfangen, wenn er nur wolle (Horst Mahler). Nicht umsonst haben die Klassiker der Guerilla-Theorie sich bemüht, revolutionäre KämpferInnen von normalen Soldaten wie auch von „unherschweifenden Rebellenhaufen“ zu unterscheiden, indem sie sehr hohe individuelle Anforderungen stellten und sich Gedanken darüber machten, wie deren Einhaltung kontrolliert werden könnte. Indem das betreffende Papier die Frage in Wahrheit ganz genauso stellt wie die bürgerliche Moral, versucht es, wie beim Gewissens-TÜV die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung zu senken. Revolutionäre wurden umgekehrt herangehen.

Wie die Off-Autonomie geht auch dieses Papier davon aus, daß die Tat von diesem Barrikade aus verübt wurde: „Wenn es ne gezielte Provo gewesen wäre, wäre die staatliche Reaktion ungleich heftiger gewesen!“ Diese tchafstänische Überlegung kann genau-



so richtig sein, wie sie auch wiederum falsch sein kann. Absicht oder nicht — heuchlerische Demagogie spricht aus der Formulierung: „Auch wenn die Tat von Andreas Eichler wenn er's wahr falsch war, dürfen wir ihn nicht absteampeln und ausgrenzen.“ Wenn die Verfasser außer Kenntnissen aus der Boulevardpresse nichts über die Urheber wissen, verbietet es sich, von einer Tat des A.E. zu sprechen. Auch eine vorsichtshalber in Klammern angelegte Einschränkung ändert an der Sauerkeit nichts. Manchmal fragt man sich, wie solche Sätze zustande kommen.

Keine Gewaltdiskussion wünschen Genossen und Genossinnen aus Westberlin („Laßt uns auf unsere eigene Kraft vertrauen“). Stattdessen geht es um die Verteidigung der Hafenstraße, wo „weit über die konkrete Frage der Häuser hinaus vom revolutionären Widerstand die Machtfrage gestellt wird“ (immer noch?). „Lassen wir uns nicht eine Diskussion aufdrücken, die die Schweinepropaganda vorgibt.“ Wie recht sie haben. Aber das sind so Appelle ... Von den Schweinen ist nix Gutes zu erwarten. Aber ausgerechnet die ungewünschte Diskussion der Unbekannte mit der Sig Sauer. Nur wenn wir ausschließen könnten, daß diese Person in unseren Reihen operierte, könnten wir uns der Auseinandersetzung entziehen.

„Es ist grundsätzlich falsch, eine Demo als Schutz für eine bewaffnete Aktion zu benutzen“, stellen Antimilis fest („Der Repression revolutionäres Handeln entgegenzusetzen“, in „Aktion“ Nr. 31). Die Aktion sei als individualistisch, losgelöst von kollektiven Widerstandsstrukturen und verantwortungslos gegenüber den Demonstranten zur kritisieren. Daß aus Perspektivlosigkeit und Haß geschossen wird, „ist Teil der Realität in der Metropole hier, hat aber auch mit uns zu tun. Daraus stellen sich für den Widerstand Fragen nach unserer Verantwortlichkeit im Umgehen miteinander, nach der Genauigkeit in den Diskussionen um Inhalte und Ziele unserer Politik, danach was revolutionärer Widerstand

hier als Perspektive für Menschen bietet.“ Man müsse aber auch im Kopf haben, „daß die Aktion von Bullen/Geheimdienst gelaufen sein kann.“

Der revolutionäre Widerstand dürfe sich die Wahl seiner Mittel nicht durch Distanzierungs- und Legitimationsdruck von außen aufzwingen lassen. Er dürfe sie aber auch nicht „als Selbstzweck“ einsetzen. Das Papier wird schwammig an dem Punkt, wo indirekt die RAF tangiert und von einem „Prozeß“ und einer „Entscheidung“ gesprochen wird, „die GenossInnen verantwortlich getroffen haben, um das Ganze voran zu bringen“. Man brauche jetzt Auseinandersetzung, Diskussion, Information und handlungsfähige Strukturen und müsse „gemeinsam den Durchmarsch der Konterrevolution stoppen“.

Kritik der Waffen

„Kritik der Waffen“ ist ein Text aus Westberlin (abgedruckt in „Aktion“ Nr. 31) überschrieben, der die Reaktionen, die von einigen Autonomen gekommen seien (gemeint sind wohl die ersten Stellungnahmen von Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet; s. AK 288) für „völlig daneben“ hält. Dabei habe es sich nämlich um „Distanzierungen“ gehandelt und nicht um Kritik/Selbstkritik. Diese Unterscheidung, die wichtig sei, wird so definiert, daß man nicht von jeglicher Gewalt abschwören soll. Aber welche Autonomen haben das getan? Die Schüsse an der Startbahn seien „fatal“ gewesen. „Sie passen voll in das Konzept der Staatschützer“ und fördern die Entsolidarisierung. „Der Gebrauch von Schußwaffen in der Situation in Frankfurt, aber auch auf anderen Demos unter den jetzigen Bedingungen in der BRD ist unsinnig und verheerend.“ Militanz müsse sich am Stand der Klassenkämpfe orientieren. „Eine revolutionäre Perspektive schließt immer Gewalt mit ein. Sie muß sich eindeutig gegen die Herrschenden richten und sich in der Massenbewegung entwickeln. Revolutionäre Moral heißt, daß in den gewählten Mitteln (z.B. der Tötung von Menschen) immer das Ziel der sozialen Befreiung sichtbar ist.“

Offenbar ist es dieser letzte Satz, den die Verfasser in den kritisierten autonomen „Distanzierungen“ vermißt haben. Aber man soll nicht so tun, als ob eine solche Aussage das Problem lösen könnte. Ist sie nicht tausendfach interpretierbar? Wird nicht jede konkrete Situation diesem Satz eine andere Bedeutung geben? Und ist nicht schon der Ansatz falsch? Nicht der abstrakte gute Wille, die Moral und das einwandfreie sozialistische/anarchistische Ziel des Täters und auch nicht die Zustimmung einer Massenbewegung lassen uns im allgemeinen Gewalt gegen Menschen gerechtfertigt erscheinen, wohl aber der Terror der Herrschenden, wobei durchaus nicht jede Repression Terror ist.

Eine weitere Erklärung aus Westberlin, unterzeichnet mit „Einige Autonome“ (Titel: „Zu den Vorfällen an der Startbahn West“), plädiert für „überlegtes politisches Handeln“ anstelle von „berechtigtem Haß“. „Scharfe Knurren haben auf Demos nichts zu suchen. Wir wollen keine Konfrontation, der wir nicht gewachsen sind.“ „Wir finden die Schüsse auch deswegen falsch, weil die ‚kleinen Bullen‘ nicht unsere Hauptfeinde sind. Wir müssen uns verteidigen, wollen sie aber nicht töten.“ Anhand einiger alterer Textzitate der Bewegung 2. Juni wird gegen die Tendenz argumentiert, Situationen, in denen man mit dem Rücken an der Wand steht, durch die Erhöhung des militärischen Einsatzes zu überwinden.

Düsseldorfer Autonome („Erklärung zu den Schüssen in Frankfurt“) sind der Ansicht, es gehe jetzt um nicht weniger als die Existenz der revolutionären Linken in der BRD. „Diese Schüsse trafen auch den Widerstand, und wer auch immer sie abgegeben hat, mußte das wissen.“ Der Bauch könne nicht das Kriterium sein, nach dem bestimmt wird, was politisch sinnvoll ist, und es gehe nicht an, „daß sich Leute im persönlichen Kriegszustand mit dem Imperialismus begreifen und jeden Blick für politische Realitäten verlieren.“ Revolutionäre Gewalt sei „kein Selbstzweck, sondern notwendiges Mittel auf dem Weg zur Befreiung. Nur die Gewalt, die tatsächlich notwendig ist, um dieses System zu zerstören, können und müssen wir ver-

Mut zur Verdrängung

Fortsetzung von vorheriger Seite

treten. Ihr Angriffspunkt ist der Kapitalismus und nicht seine Helfershelfer, die zwischen uns und dem Feind stehen."

Militanz müsse in ihren Inhalten, Hintergründen, ihrem Zeitpunkt und in der praktischen Durchführung nachvollziehbar sein. Sie müsse geeignet sein, "mit den Menschen gemeinsam zu kämpfen, die unterdrückt sind und Befreiung wollen", weil revolutionäre Politik "in den Köpfen und Herzen der Menschen erst wieder als Möglichkeit verankert sein muß". In diesem Kontext legen die Düsseldorf großen Wert auf den Aufklärungscharakter von Aktionen. "Bei allen Nacht- und Nebelaktionen bisher ging es darum, aufzuzeigen, wo die Herrschenden sitzen, was sie tun, wie sie arbeiten." Deshalb versuche man beispielsweise, Akten zu klauen und zu veröffentlichen (das ist freilich eher die Ausnahme bei diesen Aktionen). Ferner müsse die Angreifbarkeit des als übermächtig erlebten Systems bewiesen "und damit überhaupt der Blick für die Chancen von Verweigerung und Widerstand" geöffnet werden. "Wenn auf Demos Steine gegen die Fenster von Banken, Versicherungen, Daimler-Benz-Filialen etc. fliegen, soll das zeigen, wer die sind, gegen die da demonstriert wird." Falls man es nicht schon vorher wußte.

Die Düsseldorf bekennen sich zu ihren Schwierigkeiten, sich vorzustellen, "wie das abgelaufen sein soll". Nach den bisher behaupteten Umständen, unter denen die Schüsse gefallen sein sollen, müsse eigentlich John Wayne geschossen haben. Der angebliche Umgang mit der Tatwaffe spreche aber für völlige Ahnungslosigkeit. "Es findet sich hier eine gewisse Widersprüchlichkeit zwischen eisiger Kaltblütigkeit und kindlichster Naivität." Die Möglichkeit, daß der Staatsschutz beteiligt sei, sei daher nicht abwegig.

Bonner Autonome sind der Ansicht, da man sich vorstellen könne, "daß es einer von uns gewesen ist", müsse man mit den Schüssen so umgehen, "als wenn es so wäre". Sie plädieren dafür, mit dem Mißverständnis aufzuräumen, "die Radikalität des Kampfes lasse sich an der Gewalttätigkeit der Mittel bestimmen." Die Tötung eines Menschen sei nicht damit zu rechtfertigen, daß er auf der Seite der Herrschenden steht. Sonst würde man eine Gleichgültigkeit gegenüber Menschenleben zeigen, "die zum Charakter des Systems gehört, das wir bekämpfen". Weil aber eine solche Gleichgültigkeit in den eigenen Reihen zugelassen worden sei, müssten die Autonomen politische Verantwortung übernehmen.

Profiteure profilieren

Schließlich haben die Frankfurter Autonomen ein längeres Papier herausgebracht (größtenteils abgedruckt in "Pflasterstrand" Nr. 27/278). Darin heißt es, man sei von den Schüssen genauso überrascht worden wie die Polizei. Schußwaffeneinsatz sei keine Konsequenz des Startbahnwiderstands, sondern ein Bruch, eine Mißachtung des gemeinsamen Konzepts. Das "Blutbad" habe die Vorstellungen von militantem Widerstand, für sich selbst zu sprechen, ins Gegenteil verkehrt. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Wackersdorf habe man schon seit längerem diskutiert, sich vom Staat keine militärischen Auseinandersetzungen aufzwingen zu lassen, weil man darin nur unterliegen könne. "Unsere Augen und Sinne haben sich deshalb auch bewußt wegbewegt von großräumigen, zentralen und mediengetriebenen Großereignissen, hin zu den tatsächlichen Strukturen, die — unscheinbar, aber umso wirksamer — das Fundament jener Symbole und Prestigeobjekte sind, gegen die wir jahrelang anrannien."

Gerade um einer militärischen Konfrontation mit der Polizei auszuweichen, hätten sich die verschiedensten Formen von "Störung und Zerstörung" der Infrastruktur entwickelt, "von Fälschungen zur Volkszählung bis hin zum Fällen von Strommasten". Diese Widerstandsformen zu zerschlagen,

Gerade um einer militärischen Konfrontation mit der Polizei auszuweichen, hätten sich die verschiedensten Formen von "Störung und Zerstörung" der Infrastruktur entwickelt, "von Fälschungen zur Volkszählung bis hin zum Fällen von Strommasten". Diese Widerstandsformen zu zerschlagen, sei auch das Ziel der gegenwärtigen Fahndungen der Bundesanwaltschaft. Die umfangreichen Ermittlungen würden die zwei toten Polizisten nur als "willkommene Brücke" benutzen, um Namen, Strukturen, Aktivitäten und Kleingruppen offenzulegen. Die Verfasser warnen vor den zur Zeit stattfindenden Verhören und "Zeugenvernehmungen", in denen die Bundesanwaltschaft den Schock über die Schüsse benutzte, um Aussagen zu ganz anderen Fragen zu bekommen.

Die Schüsse seien wie auf Bestellung gefallen und hätten allen rechten Scharfmachern, meinen Berliner Anarchistinnen (L. Die Scheiße an der Startbahn West ...), "Aktion" Nr. 31). Sie behandeln die Möglichkeit einer Provokation nicht nur allgemein, sondern spielen verschiedene konkrete Versionen durch. Wenn die Schüsse aus einer Pistole abgegeben worden sind, "hätten Knall und Mündungsfeuer ... unbedingt gesehen und gehört werden müssen." Wegen der "hohen Treffergenauigkeit" wäre aber auch ein Gewehr mit 9mm Kaliber denkbar. Dann wären auch größere Entfernungen realistisch. Wenn die Schüsse jedoch im allgemeinen Getümmel und Toben gar nicht mehr auffielen, könnten die Aussagen der Polizeizeugen nicht zutreffen. "Was wäre dann der Grund die Unwahrheit zu sagen?" Etwa, daß sich Polizisten zweier verschiedener Trupps versehentlich gegenseitig beschossen?

Auch in einer weiteren anarchistischen Stellungnahme (L. Im Zweifel ...?) wird gewarnt, ohne weiteres davon auszugehen, daß die gefundene Sig Sauer wirklich die Tatwaffe gewesen sei. "All die unglaublichen Unstimmigkeiten. Kann ein bedächtig planender Killer so dumm sein, wie Eichler angeblich gewesen sein soll?" Man lebe im Land der Lüge und Manipulation und müsse versuchen, sich einen eigenen Reim auf die Dinge zu machen. Wenn tatsächlich "ein Genosse geschossen" hätte: "Sein Haß wäre verständlich. Er wurde herangezogen." Auch in diesem Fall wären das System und seine großen Nutznießer indirekt verantwortlich, "nicht wir". "Unsere Selbstverteidigung bedient sich der angemessenen und gerechtfertigten Mittel. Der Tod von einigen Polizisten greift die bestehenden Machtverhältnisse nicht an, sondern verschlimmert sie zu unseren Ungunsten, zu Ungunsten einer freiheitlichen Entwicklung. Der Tod unserer kleinen Gegner war grausam und unnötig. Er hilft niemand. Er schadet den Interessen der Allgemeinheit. Nur die Profiteure profitieren von ihm."

Noe, was alles gegeben hat! Eine nach der anderen publizierten die Zeitungen die Geschichte der Kämpfe um die Frankfurter Flughafenveränderung, und alle ehrlichen Startbahneegner dürften nochmal von den guten, den herrlichen alten Zeiten schwärmen. Umweltpfarrer Oeser und seine Interessengemeinschaft, Morfelden-Walldorf und seine Partisanengemeinschaft unter den Fittichen des DKP's Rudi Hechler, Gründung der BI und Bau einer Hütte im Wald, Einsprüche, Widersprüche, Demos, Volksbegehren, Küchenbrigaden, Loden- und Lederjackets, Grau- und Langhaare. Und die unvergesslichen Daten: 7.10. (Besetzung im Wald), 11.10. („Blutsonntag"), 1.11. (erster Angriff auf die Mauer), 2.11. (Räumung des Hüttenbergs), 3./4.11. (Polizeiterrör in der Frankfurter Rohrbaustraße), 7.11. („Nacktsamstag"): alles 1981.

Uns' taz war auch nicht faul und hat eine Chronik „des 22jährigen Widerstands" gemacht. Das gehört einfach dazu zu einem siebenjährigen Sonderfall (Manfred Kriener in taz, 26.11.87). Die überschrittlich gestellte Frage „Warum das Beien nicht gehoffen hat" hätte materialistisch natürlich sehr knapp, um nicht zu sagen extrem knapp, beantwortet werden können. Egal. Der Autor täuscht eben nur im

entgegenzusetzen hatte. Sie geriet in die Defensive, sowohl argumentativ als auch praktisch, erreichte nie wieder diese Mobilisierung und gab die Initiative an die Landesregierung ab, die sich die Chance nicht entgehen ließ. Gerade weil die Dramatik dieses Wochenendes filmreif war, gerade weil die (massenhafte Phase der) Startbahnbewegung mit einem hollywoodmäßigen „showdown" endete, sollte man eigentlich wissen, wo man zu suchen hat, wenn man prüfen will, was falsch gelaufen ist. Komischerweise wird dieser Wendepunkt kaum — nein: gar nicht — diskutiert. Das liegt einfach daran, daß eine Reihe von Politamateuren, die heute Artikel und Papiere verfassen, keine Aktien in jenem Geschehen hatten. Und daß andererseits eine Reihe von Profis sich mit wortkargen Anmerkungen begnügt, weil sie das schlechte Gewissen plagt.

Wie alle Ressourcen hat auch die Gutmutigkeit ihre Grenzen. Sie werden vom Gedächtnis gesetzt. Der KB legt keinen Wert darauf, bei jeder Gelegenheit daran zu erinnern, daß KB-Mitglieder in der BI vor der Flughafenblockade — nicht generell, wohl aber zu dem fraglichen Datum — gewarnt haben, weil sie unter Bruch von Plenumsbeschlüssen putschistisch durchgezogen wurde und weil sich zu diesem

Zeitpunkt. Wenn man an einem Tag 150.000 Menschen mobilisiert und am nächsten mit dem fünfzehnten oder zwanzigsten Teil davon halsüberkopf in ein planloses Scharmützel zieht, hat man natürlich verloren. Börner mußte nur noch darauf achten, seinerseits keinen Felder mehr zu machen. Die Sache war gelaufen.

„Mut zur Verzweiflung", Panik, Hysterie. Jetzt oder nie, die nächste Aktion entscheidet über alles oder nichts. Die taz wäre mit diesen Parolen nicht durchgekommen, wenn nicht die Stimmung in einem Großteil der Protestbewegung dem entsprochen hätte: Im Wald kreischen täglich die Sägen, die Bäume fallen, wie schrecklich, wir müssen doch was tun. Genau das mache die Unerfahrenheit und den (relativ) unpolitischen Charakter der Bewegung aus. Solchen Stimmungen nachgegeben zu haben, muß sich die Bürgerinitiative vorwerfen lassen. Die spezielle Rolle der taz jedoch bestand darin, diese politische Zurückgebliebenheit als besonderes Merkmal von Radikalität verkauft zu haben. Aus der taz Frankfurt wurde sogar der irrsinnige Vorschlag in die BI getragen, die Wiesbadener Demonstration kurzfristig abzusetzen, um stattdessen nur noch die Flughafenblockade durchzuführen. Vor diesem Hintergrund wirkt die jetzt in der taz publizierte Chronik wie eine krasse Retuschierung von Geschichte.

Sieg und Niederlage lagen damals dicht beieinander. Hätte man nur eine Woche länger gewartet, man hätte nicht nur einen Baustopp erkämpft; man hätte mit dieser Bewegung wahrscheinlich noch ganz andere Sachen anstellen können als ein spektakuläres, aber kopfloses Verkehrschaos. Die taz (natürlich nicht nur sie) hat uns in den Kram gepfuscht. Da gibt es nichts drumrumzureden.

Über die kritischen Momente wird häufig am wenigsten gesprochen. So kommt es, daß diejenigen, die den Vorhang etwas lüften, manchmal den Eindruck erwecken, eine abwegige Version zu vertreten. Aber so ganz alleine sind wir mit dieser Meinung nicht. Von einem ehemaligen „Pflasterstrand"-Mitarbeiter wurde später berichtet, ein Mitglied der Frankfurter taz sei am Abend des 15.11. hochkantig aus den Räumen der PS geflogen.

Tatsächlich wurde in der Folge die gesamte Frankfurter taz-Redaktion ausgewechselt (bei diesen Vorgängen geht es also nicht um kpk). Alexander Schubart wurde wegen des Aufrufs zur Flughafenblockade angeklagt, den jemand anderes vortragen sollte, der dann nicht mehr mochte. Seitdem hat Aschu Berufsverbot. Ja, es ist ein recht unangenehmes Kapitel, wenn man mit Verantwortung nicht nur in Sonntagsreden umgeht.

Davon hat der heutige taz-Chronist sicher keine Ahnung. Wie er überhaupt ziemlich unbeleckt an die ganze Problematik des Frankfurter Flughafens herangeht. Der Niedergang der Bewegung habe sich, so Kriener, nicht nur mit der aufgezogenen „Militarisierung der Aktionsformen" vollzogen, sondern auch mit einer Veränderung der Inhalte. „Der Kampf um drei Millionen Bäume war zum Kampf gegen die NATO-Startbahn mutiert" (taz, 26.11.87). Zu dieser Mutation haben KBler seinerzeit, was niemand überraschen wird, so gut es ging beigetragen. Und wenn heute irgendwer tatsächlich einen Gedanken darauf verschwenden sollte, daß es mit den Sonntagsparadezügen als sozialem Treffpunkt zwischen verschiedenen autonomen Gruppen nicht getan ist und eine Auseinandersetzung mit der Expansion des Rhein-Main-Flughafens wieder aufgenommen werden müßte, dann wird er/sie dort wieder anknüpfen müssen. Das ist nämlich der einzige Punkt, der über die Jahre nichts an Aktualität und Brisanz verloren hat.

Der sog. Knackpunkt des Frankfurter Flughafens ist ganz offenkundig und naheliegend: Nach wie vor ist unerrätlich, daß einer der größten Zivillughäfen der Welt mit der US Air Base gleichzeitig einen der größten Militärstützpunkte beherbergt. Wenn also Joschka Fischer wirklich der Meinung wäre, es müsse „jetzt ein politischer Angebot gemacht werden" (taz, 26.11.87), bräuhete er sich nicht lange den Kopf zu zerbrechen. Die Air Base muß weg. Das weiß jeder, der sich mit dem Flughafen jemals ernsthaft befaßt hat. Und das wäre auch ein geeigneter Projekt, um zu testen, ob Realpolitik oder Militanz eher zum Ziel führen. Nur: Das paßt nicht zur Außenpolitik der Realos. Denn die NATO ist ja die neue Liebe.

KB/Gruppe Frankfurt



Startbahn West 1984



Startbahn West 1984

Titel die ewigen Menschheitsfragen an, um sich abseits der schönen Zeit und ihrer Politik zu widmen, aus welcher Lehren zu ziehen ihm offenbar leichter erscheint. Aber da irrt der Manfred, bei allem Lob für den Aufarbeitungsfluß.

Aus vergüßten tazzen zitierend und das alte Papier auf diese wunderbar unökologische Weise wiederverwendend rekonstruiert der Chronist das massenhafte Anwachsen und die Politisierung der Protestbewegung bis zur Besetzung des umstrittenen Waldstücks Anfang Oktober 1981. Dann habe die Polizei durch harte Schlagstockeinsätze den bürgerlichen Flügel vertrieben und dem schrumpfenden Rest eine Militarisierung der Auseinandersetzung aufgezwungen. „Nach der Ablehnung des Volksbegehrens und der Kriminalisierung seines Initiators (Alexander Schubart) verlor die „größte Protestbewegung der Nachkriegsgeschichte gegen ein Großprojekt" zunehmend an Beachtung." Übrig geblieben seien am Ende die bis heute vornehmlich von Autonomen veranstalteten Sonntagsparadezüge und Jahrestage. Ungefähr hat sich die Sache tatsächlich so abgespielt. Aber hier haben wir ein hübsches Beispiel dafür, wie eine Beschreibung, die nur ungefähr und über den Damm hinweggeht, "hinher", kraß falsch wird.

Von einer Chronik sollte man erwarten, daß sie die Höhepunkte oder gar den Höhepunkt einer Auseinandersetzung, sofern es einen solchen gegeben hat, wiedergibt. Der Startbahnkonflikt hatte einen solchen klar definierten Höhepunkt am Wochenende des 14./15.11.81. An jenem Samstag fand mit 150.000 Teilnehmern die größte Demonstration statt, die das Bundesland Hessen jemals erlebt hat. Der Anlaß war die Abgabe der Unterschriftenlisten für ein Volksbegehren nach der hessischen Landesverfassung (es wurde später abgewiesen, weil es beim Flughafenbau ähnlich wie bei Atomkraftwerken und Raketen um Bundespolitik gehe). Einen Tag später führten die Startbahneegner mit knapp 10.000 Teilnehmern ihre spektakulärste und radikalste Massendemonstration durch, indem sie versuchten, die Zufahrten zum Frankfurter Flughafen zu blockieren und sich stundenlange Barrikadenkämpfe mit Polizei und Bundesgrenzschutz auf der Autobahn lieferten.

Der Höhepunkt war gleichzeitig eindeutig der Wendepunkt: Die Bewegung sah sich mit einer massiven Pressekampagne konfrontiert, auf die sie nicht vorbereitet war und der sie nichts

Zweck ein suspektes Bündnis von Pseudoradikalen und Sozialdemokraten zusammengefunden hatte. Übrigens haben wir nicht nur gewarnt, wir haben uns heftig widersetzt. Wir hatten die Einschätzung oder vielleicht auch nur die instinktive Ahnung von Leuten, die sowas nicht zum ersten Mal gemacht hatten, daß dieser Höhepunkt der Wendepunkt sein würde, daß er nicht den Durchbruch sondern das Ende bringen würde.

Sei's drum: Wer nicht von alleine checkt, daß in Tagen zwischen dem 7.11. und 15.11.81 — als es darauf ankam — die Mehrheit der BI-Delegierten der Situation weder politisch noch psychisch gewachsen war, sondern schlicht den Koller bekam, der wird sich von uns ohnehin nicht überzeugen lassen. Daß aber ausgerechnet die taz hurtig über die fraglichen, entscheidenden Tage hinweghüpft, überschreitet doch die Grenze des guten Geschmacks. Gerade weil heute so viel von unserer aller Verantwortung die Rede ist.

Über den 14./15.11. und die Doppelaktion Wiesbaden/Frankfurt Flughafen wird in besagter Chronik kein Wort verloren. Der Manfred ist vielleicht nicht so dicht an den Sachen dran (gewesen). Aber im taz-Archiv hätte ihm doch eine damals produzierte Sonderbeilage seiner Zeitung auffallen müssen, die am 14.11. in einigen zehntausend Exemplaren kostenlos auf der Demo verteilt wurde. So hat sich die taz ja mal aufgebaut: In den Bewegungen, Ihrem Selbstverständnis entsprechend, nicht nur journalistisch zu berichten, sondern ausdrücklich politisch zu intervenieren. Kurz: Bei der Inszenierung des „showdown" spielte die damalige taz Frankfurt eine katastrophale politisch-psychologische Rolle.

Zu einem Zeitpunkt, wo die Bewegung nicht nur expandierte, sondern geradezu lawinenartig anwuchs, gab die taz das verhängnisvolle Stichwort vom „Mut zur Verzweiflung" aus. Begründung: Was nutzt alle politische Stärke, wenn doch gleichzeitig im Wald die Bäume fallen. Anstatt zu realisieren, daß man in jenen Tagen auf einem beispiellosen Erfolgskurs segelte, anstatt den stündlich wachsenden Druck auf die Landesregierung (SPD/FDP) optimal zu nutzen, wurde wegen der dämlichen Bäume auf Panik geschaltet. Ja: Wegen der dämlichen Bäume. Um deren Erhalt es ging, gewiß. Aber man muß in solchen Situationen die Nerven behalten und darf sich nicht die Entscheidung aufzwingen lassen: Weder den Ort noch den

STACHLIGE ARGUMENTE

Zeitschrift der Alternativen Liste

STACHLIGE ARGUMENTE

Zeitschrift der Alternativen Liste

Ob TAZ, FAZ, KONTRASTE, SPIEGEL oder ZEIT: Über die AL wird viel behauptet.

Authentische Informationen bieten:

STACHLIGE ARGUMENTE



Der SPIEGEL der IGEL

Zu abonnieren über Alternative Liste STACHLIGE ARGUMENTE Badische Str. 29 1000 Berlin 31

Ich abonniere bis STACHLIGE ARGUMENTE für 10 Ausgaben

Den Betrag von:

DM 28,- 0 (in Berlin)

DM 40,- 0 (außerhalb)

Neben ich auf das Postfachkonto Berlin West

Nr. 384 88 - 103 überweisen.

(Name)

(Ort)

(Datum/Unterschrift)

Tazsachen und die Wahrheit

Die „taz“ am eigenen Anspruch gemessen

„Der Fetisch Objektivität muß meist gerade dann herhalten, wenn politisch unangenehme Ansichten und Informationen eingeschlagen werden sollen. Wir verstehen journalistische Sorgfaltspflicht in der Weise, daß alle — auch subjektiv verfälschte — Nachrichten und sogar bewußt in die Welt gesetzte Gerüchte einen Wahrheitsgehalt mit sich tragen; der aber nur dann zur Geltung kommen kann, wenn dem Leser die genaue Quelle und die Ecke, aus der die Nachricht kommt, nicht vorenthalten wird.“ (These 3 aus dem Prospekt: „Tageszeitung“, 1978) Ohne den deutschen Herbst 1977, ohne Nachschärfung und Medienhetze gegen die radikale Linke in der BRD gäbe es keine taz. In einer Situation, in der ähnliche Züge des Rechtsstaates BRD sichtbar werden, lohnt eine Analyse der taz-Berichterstattung: schafft sie Öffentlichkeit für die Anliegen der Startbahn-Bewegung, verhilft sie der Wahrheit in Zeiten der Stimmungsanarchie zum Durchbruch, erfüllt sie die selbstgesetzten Maßstäbe journalistischer Sorgfaltspflicht?

Die taz kennt den Mörder

Über Andreas Eichler wird zwei Tage nach seiner Verhaftung — dem 3. November — berichtet: „Als Beamte des hessischen Landeskriminalamtes am Dienstag morgen gegen 6 Uhr in die Frankfurter Wohnung der Freundin des Angestellten Andreas Eichler eindringen, lag das Paar im Bett. An der Wand des Schlafzimmers lehnte ein Rucksack, aus dem die Beamten zwei leere Pistolenmagazine, Leuchtspurmunition, ein Gerät zum Abfeuern derselben und das corpus delicti (...) eine Sig-Saur Pistole, Kaliber 9mm, mit insgesamt neun Schuß (herausgeschossen)“. Dieser taz-Artikel vom 3.11.87 ist symptomatisch für den Umgang der Zeitung mit Eichler und den Fakten. Um den locker-flockigen Reportage-Stil wahren zu können, wird auf die Nennung von Quellen verzichtet, werden Dinge, die der taz-Redakteur nur vom Hörensagen wissen kann, als feststehende Tatsachen beschrieben. Ähnlich dem „Spiegel“ operiert die taz hier außerdem mit besonderen, für die Geschichte belanglosen Details, um das Beschriebene authentisch erscheinen zu lassen. Ob der Rucksack nun wirklich im Zimmer stand oder, wie die Frankfurter Rundschau berichtet, auf dem Vordach gefunden wurde, ob tatsächlich zwei leere Pistolenmagazine in dem Rucksack gefunden wurden, und woher die taz wissen will, daß Eichler im Bett lag — das geht auch aus dem Artikel nicht hervor. Stattdessen rühmt sich die taz, besser informiert zu sein als Hessischer Rundfunk und Abendpost/Nachtausgabe, die tags zuvor noch behauptet hatten, Eichler sei in seiner eigenen Wohnung festgenommen worden. „Bundesanwaltschaft und Polizei inszenieren Verwirrspiel um Festgenommenen und Tatverdächtige“, kritisiert die Unterzeile dieser Tagesthemenseite. Was diese Kritik meint, wird dann im Vorspann deutlich: „daß der Todeschütze aus

den Reihen der Startbahngegner kommt, ist mittlerweile unstrittig“. Da kommt angesichts des Wissensstandes zu diesem Zeitpunkt nur ein einziger in Frage: Andreas Eichler. Folgerichtig bleibt er auch die nächste Zeit im Visier der taz-Reporter. Wenn er auch nicht ausdrücklich zum Mörder gemacht wird, so gilt er der taz doch ebenso wie der Bundesanwaltschaft als Hauptverdächtiger.

Am nächsten Tag, dem 6.11., erfahren die taz-LeserInnen, daß Eichler von „Bekannten“ als „unpolitisch“ bezeichnet wird, daß er „brav und bürgerlich“ gelebt und „kein einziges politisches Buch in seiner Wohnung“ besessen habe. Wer diese „Bekannten“ sind — darüber kein Wort, noch nicht mal ob sie aus den Reihen der Startbahn-GegnerInnen kommen oder nicht. Wem diese vagen Informationen, eher noch: Gerüchte, dienen sollen: auch darüber nichts. Es dauert vier weitere Tage, bis die taz wenigstens in einer Überschrift feststellt, was eigentlich selbstverständlich sein sollte: „Zweifel an Eichlers Täterschaft“ (taz 10.11.). Der Artikel selber ist allerdings wieder bemerkenswert ungenau. Heißt es im ersten Satz noch, „Eichler soll (...) einen noch unbekannten Mann belastet haben“, wird diese Angabe der Bundesanwaltschaft im nächsten Satz schon zur feststehenden Tatsache: „Eichler behauptete, die Tatwaffe in der Mordnacht (...) in die Hand gedrückt bekommen zu haben.“ Zwei Seelen streiten in des Schreibers Brust: die journalistische, die darauf beharrt, Behauptungen mit Zweifeln zu begegnen, und die politische, die davon überzeugt ist, daß Eichler der Mörder war und deswegen die Version der Bundesanwaltschaft als Wahrheit verkaufen will. Ernste Zweifel an der Version der Bundesanwaltschaft, die über das sowie gegenüber ihr angebrachte Mißtrauen hinaus gehen, waren dabei schon tags zuvor angebracht gewesen: Am 9.11. berichtet die taz über die monatelange Observation Eichlers durch den Verfassungsschutz und über ein am Tag der Schüsse abgeleitetes Telefonat, das Eichler mit Unbekannten geführt haben soll. Auf welcher Rechtsgrundlage der Geheimdienst gearbeitet hat, mit welchem Erkenntnisinteresse er gerade Eichler überwacht hat, und warum das erst so spät bekannt wird — danach wird in der taz weder gefragt noch darüber nachgedacht. Denkwürdiges liefert auch ein taz-Kommentar vom 10.11.: „Die Polizisten wurden Opfer eines offenbar durchgeknallten Gewalttäters — falls der in U-Haft sitzende Eichler tatsächlich der Mörder ist.“ Ohne Beleg wird damit Eichler, ohnedies schon zum Mörder stilisiert, auch noch psychiatriert.

Zwei Tage später erscheint ein Artikel, der den Höhepunkt dieser Art von taz-Journalismus darstellt: „Paranoia in der Frankfurter Szene“. Ein mit Offenbacher Autonomen geführtes Gespräch wird dazu benutzt, weiter Stimmung gegen Eichler zu machen, der „schon immer nicht ganz koscher gewesen“ sei, angeblich mit einem Typen, der vielleicht V-Mann des Verfassungsschutzes sei, verkehrt habe und überhaupt: „Ob die horten Kämpfer aus der Lederstadt an einer Legende

stricken, oder ob ihnen konkretere Hinweise vorliegen — wer will das wissen?“ Die taz kann es offensichtlich nicht wissen und will es auch nicht — denn wenn nur Gewußtes verbreitet würde, ließe sich weder mit intimer Szenekenntnis protzen noch alle Tage wieder der Anschein exklusiver Informationen erwecken. Daß auch die Aussagen der taz-Informanten erstellt wiedergegeben werden, ist einer Stellungnahme der Autonomen vom 23.11. zu entnehmen, wonach sich die Gesprächspartner der taz-Film „mißbraucht und hintergangen fühlen“.

Die taz hat unterdessen einen weiteren Menschen am publizistischen Wickel: Frank Hoffmann, von der Bundesanwaltschaft seit dem 6.11. wegen Mordes gesucht. Die merkwürdigen Umstände dieses Haftbefehls werden von der taz nicht besonders problematisiert: obwohl Eichlers angebliche (!) Einlassung, er habe den Rucksack mit der Pistole von Hoffmann in die Hand gedrückt bekommen, von der Bundesanwaltschaft ausdrücklich als unglaubwürdig bezeichnet wird, weil E. selbst geschossen habe, hat sie den „dringenden Verdacht“, daß die Schüsse „in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit dem H. geschossen (sind)“ (BAW laut taz, 11.11.87). Auf Seite 1 gelangt Hoffmann wieder am 21.11.: Die taz behauptet, einen Brief von Hoffmann bekommen zu haben, dessen Echtheit die Mutter in der taz-Redaktion bestätigt habe. Statt diesen Brief zu dokumentieren, der, so er wirklich an die taz gerichtet war, ja wohl zur Veröffentlichung gedacht war, wird die taz-Leserschaft mit vier zurechtgestutzten Zitaten H.'s abgefertigt: „falsch“, „nicht im geringsten etwas zu tun“, „Interesses der Bundesanwaltschaft an der Konstruktion eines Mordkomplotts“, „durch die Vorverurteilungen und Hetzkampagnen in Teilen der Medien“. Vier Tage später beklagt die Frankfurter Redaktion dann „Pannen bei Startbahn-Fahndung“: trotz des Haftbefehls vom 6.11. habe Frank Hoffmann noch am 7.11. unbehelligt bei seiner Mutter sein und Radfahren können. Einen Tag danach, am 26.11., erscheinen sieben Sonderseiten in der taz zur Startbahn-West. Der Artikel zur Fahndung, als erster platziert, beschäftigt sich wieder intensiv mit den beiden Mordverdächtigen: „nichts neues“ hat der Oberstaatsanwalt Prechtel den täglich anrufenden Journalisten zu berichten. Aber die taz weiß Neues: „Nach Informationen der taz steht fest, daß der gesuchte Frank Hoffmann, der in einem Brief an die taz erklärt hat, nichts mit den Morden zu tun gehabt zu haben, seit geraumer Zeit mit dem jetzt inhaftierten Andreas Eichler zusammengekehrt hat. Unstrittig ist auch, daß im Rhein-Main-Gebiet mehrere Gruppen „operieren“, die Aktionen weit über das Maß der „gewöhnlichen“ Demonstration hinaus durchführen. Daß die gesamte Szene aufgrund der anhaltenden Fahndungsmaßnahmen der „Soko-Startbahn extrem verunsichert ist und in einigen Städten die „Schatten“ dicht gemacht werden (...) versteht sich da von selbst.“ Die Zusammenstellung von „Informationen der taz“ mit dem Dementi Hoffmanns bezüglich der Morde suggeriert, obwohl

nicht ausdrücklich geschrieben: so ganz stimmt Hoffmanns Dementi nicht. Die nachfolgend beschriebenen Aktionen über das Maß der gewöhnlichen Demo-Militanz hinaus legen einen Zusammenhang mit den Schüssen nahe und das behauptete Abschotten großer Teile der Szene „beweist“, daß — irgendwie — doch alle Militanten unter einer Decke stecken. Daß die taz weder genau bezeichnet, welche Informationen sie aus welchen Quellen schöpft, noch was sie unter Zusammenarbeit versteht und was unter Aktionen (wenn sie Strommast-Knacken meinte, könnte sie das ja schreiben), erweist sich nicht als Schlämperei sondern als Methode. So gesehen ist die Unterzeile des Artikels „Neue Verhaftungen in Frankfurt“ am 10. Dezember nur konsequent: „Noch kein Geständnis Eichlers“. Das „noch“ ist das Entscheidende, denn daß eines kommen muß, steht für die taz schon lange fest.

Die taz und die Autonomen

Neben der weitgehenden Wiedergabe der Verlautbarungen der Bundesanwaltschaft bietet die taz gerade noch ein paar wenige Veranstaltungsberichte und ein Tagesthema über die Vollversammlung der Bürgerinitiative am 13.11.87. Sowohl die Veranstaltungsberichte als auch der Bericht von der VV verfolgen dabei vor allem das Interesse, die Autonomen als isolierte, politisch für die Schüsse verantwortliche, aber nicht lernfähige Gruppe darzustellen. In dem Bericht von der VV geschieht das vor allem durch Zitieren und Erwärmen von aus ihrem Zusammenhang gerissenen Äußerungen. Ein Beispiel: Es wird eine Frau zitiert, die die Schüsse kritisiert, gleichzeitig aber festgestellt hatte, sie könne sich „gleichwohl die Zukunft nicht schußfrei“ vorstellen“. So heißt das: die Schüsse sind zwar zu verurteilen, können aber wieder fallen oder sich gar als notwendig erweisen. Im Zusammenhang des Beitrags ist der Akzent deutlich anders gesetzt worden: die Frau hatte festgestellt, daß Schüsse wie die an der Startbahn grundsätzlich zu verurteilen seien, daß es aber auch ganz andere Situationen gebe, wie beispielsweise in El Salvador, in denen es „nicht schußfrei“ zugehen können. Deshalb sei es zu kurz gegriffen und nicht ausreichend, nur den Schußwaffengebrauch an der Startbahn zu kritisieren. Daß in dem Artikel ein Unterschied gemacht wird zwischen den Bürgern, die nicht zur VV gekommen sind und der „bürgerlichen“ (Anführungszeichen taz) Pressesprecherin Arnold, daß Achim Bender als „Aushängeschild der militanten Startbahngegner in der BI“ bezeichnet wird, dokumentiert die Nähe zwischen FAZ und taz. Bezeichnend ist, daß selbstkritische Stellungnahmen von Bllern auf wenige Stichworte verkürzt, Kritik an der Repression des Staates vergleichsweise ausführlich wiedergegeben und so der Anschein einer Repressionsdiskussion in der BI erweckt wird.

Ähnlich auch der Artikel „Militanz Sprachlosigkeit im Horsaal VI“ (taz 21.11.87), dessen Störfunktion schon in der Unterzeile offensichtlich wird:

„Flucht in Floskeln und Bekenntnisse“ wird dort konstatiert, und zum Beleg werden Eindrücke des Schreibers zu Zitaten verdichtet, die nicht gefallen sind, die der Schreiber vorsichtshalber auch niemanden konkret in den Mund legt, sondern einfach so in Anführungszeichen stehen läßt: „Daß sie (die Bewegung, Anm. AK) — auch im Saal — schon längst in konkurrierende Gruppen und Grüppchen zerfallen ist, weiß zwar jeder, bloß sagen darf man nicht. Denn: Es geht doch um viel mehr als zwei Morde. Es geht um Mollis, Strommasten, Startbahn, Wackersdorf.“ Die Autonomen antworteten mit einer umfangreichen Stellungnahme auf der Leserbriefseite. Interessant ist die Reaktion der taz darauf: Die Autonomen hatten in ihrer Stellungnahme Kontroversen innerhalb der taz behauptet. Diese reagierte erbozt: „Die Glaubwürdigkeit dieses Vorwurfs (Eichler würde zum Mörder stilisiert, Anm. AK) wird mit dem Hinweis scheinbar untermauert, auch taz-intern sei die Arbeit unserer Frankfurter Redaktion heftig umstritten. Dem ist nicht so.“ (taz intern 4.12.) Na ja: Bombastische Elchitsbekundungen und Schulterschlässe sind oft ein Zeichen dafür, daß es um ziemlich haarige Sachen geht.

Nostalgie

Der Wahrheit hat die taz-Berichterstattung bisher nicht auf die Sprünge geholfen. Sie hat sich im wesentlichen darauf beschränkt, Informationen der Bundesanwaltschaft und des Landeskriminalamtes sowie einzelne Rechercheergebnisse von Stern und FR wiederzugeben. Die zahllosen, sich widersprechenden Versionen über den Tatverlauf hat sie weder auf offensichtlichste Lügen hin untersucht, noch auf ihre Interessen hin — sie hat sie nicht einmal vollständig zur Kenntnis gegeben. Die ziemlich unglaubwürdige Behauptung der Polizei beispielsweise, daß die Schüsse aus 300 Metern Entfernung mit einer Pistole (!) abgefeuert worden sein sollen, können LeserInnen der taz nur, wenn sie auch andere Pressezeugnisse beziehen. Über die Diskussion in der Linken und der Startbahn-Bewegung berichtet die taz — mit Ausnahme eines zweiseitigen Interviews in der Sonderbeilage („Es gibt keine Taktik ohne Menschlichkeit“) — tendenzlos: die Autonomen werden insgesamt als politisch nicht lernfähig dargestellt, durchgängig wird die „Zwangslage“ von Moll über die Zelle zur Sig-Saur behauptet. „Das Spektrum wird und soll breiter sein, als es den Vorstellungen irgendeines Lesers oder Mitarbeiters entspricht“, heißt es in der These 2 des ursprünglichen „Prospekt: Tageszeitung“. Faktisch ist das Spektrum gerade mal ein bißchen breiter, als es den Vorstellungen der Ermittlungsbehörden entspricht. „Bei dem miserablen Zustand der deutschen Öffentlichkeit, wo nichts offen ist und wo kein Licht ist, daß da eine Zeitschrift, eine Tageszeitung, überhaupt ist, ist keine Frage!“ (Rudi Dutschke 1978) Der Mensch denkt, der Markt lenkt ...



Foto taz-Montage

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bürger, die gegen die Militärs stehen, jenen rechten Flügel des Staates plus Autonome und sonstige militant denkende Linke. Das ist das neue Feindbild. Da wird selbst der Bulle, der wegen Rümpf seine Karriere nicht riskieren will, diesseits der Barrikade geschickt. Als Mensch jenseits dieser Barrikade verstehe ich unter dieser neuen Begrifflichkeit, die in Abgrenzung zu sozialistischen und kommunistischen Vorstellungen rund um die Grünen entwickelt wird, noch mehr als zivil gleich nicht-militärisch. Es handelt sich hier um einen Begriff aus der bürgerlichen Revolutionszeit des letzten Jahrhunderts, der heute noch mehr meint: anständig (siehe Duden). Ex-KDZ-Chef Schmirer prüft dafür den neuen Modebegriff „Zivilität“, der mit Höflichkeit, Anstand zu übersetzen ist. Na bitte, da haben wir das neualternative Spielertum. Mehr Substanz scheint mir dahinter auch nicht zu stecken.

Versöhnung statt Klassenkampf?

Zurück zur Hafenstraße. Es stimmt ja, daß sie fast alle mitgefiebert haben in den heißen Tagen; daß es viel an der Sache orientierte Unterstützung für die Hafenstraße gegeben hat, die sich — wie beispielsweise der Initiativkreis — mit dem Wohnprojekt Hafenstraße identifiziert hat, ohne die Bewohner im Sinne eigener Interessen oder politischer Strategien gänzlich zu wollen und viel geleistet hat. Es stimmt auch, daß Hamburgs linke Schicki-Micki-Szene (und darüberhinaus zum Abenteuer-spielplatz Hafen flaniert ist, daß dies der SPD und dem Bürgermeister das harte Agieren erschwerte hat.

Es hat aber auch andere Interessen gegeben in dem, was als Solidarität auftrat. Wenn sie nicht stimmt, so ist sie doch gut erfunden, die Äußerung von Thalia-Intendant Plimm, er set vor Ort, „nicht für die Hafenstraße, sondern gegen Tote“. Oder anders gesagt: Alles wollte diese im weitesten Sinne Linke, nur nicht einen Staat, den sie hassen muß. Viele waren am Hafen wegen ihrer eigenen Nöte, die seit Monaten unter dem Stichwort „Versöhnung“ (mit dem Staat) diskutiert werden, nicht aber für die der Hafenstraßenbewohner. Sie alle hat Dohnanyi befreit und erleichtert. Jetzt darf am Hafen gewohnt, aber kein politischer Unsinn mehr gemacht werden. Sicher kann man als radikaler Linker über Antje Vollmer und ihre nebensächliche Predigt schmunzeln, sie reizt geradezu zum Witzmachen. Aber sie ist nicht isolierter Bestandteil einer Bewegung in einem politischen Potential, das den Weg vom Protest zur Anerkennung sucht, und diesen Weg ausdrücklich als Linke gehen will. Am 17.11. verfluchte Antje Vollmer bitterböse in der „taz“ Dohnanyi, diese „Inkarnation des tief



Foto: H. Weyh

beleidigten Gutsherrenstaats“: Kreuziget ihn. Zwei Tage später predigte sie Hosanna, nie war er so friedlich wie heute. Und lag am 17.11. für Vollmer Kiel näher an Hamburg als geglaubt (taz), so dürfte zwei Tage später das Gegenteil gegolten haben. Womit wir bei der Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Politiker wären, wie der eingangs zitierte Chefredakteur meint. Diese scheint heute auch schon den Grünen Parlamentariern ein Herzensanliegen zu sein.

Wenn ein und dieselbe Politik solche Wechselbäder bei politisch denkenden Menschen erzeugt, dann sagt dies sehr viel über ihre Befindlichkeit aus. Dohnanyi hat sie letztlich nicht enttäuscht, sie können weiter für Frieden und Versöhnung eintreten, obwohl die gesellschaftliche Situation alles andere als friedlich und versöhnlich ist. (Der gleiche Film läuft übrigens in der Abrüstungspolitik ab.) Es ist nicht der Wunsch nach Frieden und Harmonie, den ich kritisiere. Es ist nicht die Um-

kehrung, daß Blut hätte fließen müssen, die ich wünsche (das unterstellt man uns Kommunisten ja). Es ist mein Wunsch nach rationaler, bewusster Auseinandersetzung mit den politischen Prozessen die ablaufen: zu erkennen, daß der Vertrag mit einem Wunder am wenigsten zu tun hat, sondern ein Kompromiß ist. Zu seinem Zustandekommen haben viele politische Faktoren beigetragen — sowohl die militante Arbeit der Hafenstraße, als auch das vor allem vom Initiativkreis getragene Bemühen um Bündnispolitik, als auch die politische Parteiloyalität in Hamburg sowie die Hin- und Herbewegung der SPD zwischen rechter und linker Klientel, also auch die GAL. Der Vertrag ist ein Kompromiß, bei dem beide beteiligten Hauptseiten Federn gelassen haben. Er hat aber auch die politischen Bedingungen verändert: Die Hafenstraßen-Auseinandersetzung soll in Hamburg und bundesweit zum Bestandteil einer Befriedungspolitik für die Linke gemacht

werden. Preis und Erfolg gegeneinander abzuwägen, heißt nicht den Erfolg runterzuspielen, sondern ihn nur etwas realistischer zu bewerten. Eine „Lösungs-Modell“ Hafenstraße unter Ausblendung aller seiner Faktoren, die zu dem derzeitigen Ergebnis geführt haben, zu verallgemeinern und daraus eine neue Versöhnungslinie in der Politik zu machen, geht nur unter Nicht-Zurkenntnisnahme oder Verdrängung der gesellschaftlichen Realitäten.

Der Vertrag

Der Vertrag ist ein Pachtvertrag zwischen dem Verein Hafenstraße und der Stadt Hamburg. Der Verein schließt mit den Bewohnern des Hauses Einzelmietverträge ab. Der Vertrag gilt für fünf Jahre mit einer Option auf fünf weitere Jahre (§ 9). Der Verein ist laut Pachtvertrag verpflichtet, Mieter sowie deren Untermieter, für die der Mieter eine Erlaubnis einholen muß, der Stadt anzuzeigen. Wohnen Personen unzulässigerweise länger als zwei Monate in den Häusern, muß deren Räumung veranlaßt und die Stadt hierüber informiert werden (§ 3). In § 7 verpflichtet sich der Verein als Pächter, die Integration der Häuser in die (bisher bekämpfte) Hafenrandbebauung anzuerkennen. „Gestaltung und Farbgebung der Außenwände sowie evtl. Beschriftungen, Bemalungen und Plakatisierungen (...) haben sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu halten“, wurde ausdrücklich festgelegt. Besonders heikel ist der Kündigungsparagraf 9, der eine fristlose Kündigung des Pachtver-

trages dann vorsieht, wenn gegen einzelne Klauseln des Vertrages verstoßen wird. Wiederholen sich Einzelverstöße trotz zweimaliger Mahnung mit angemessener Fristsetzung, kann der gesamte Pachtvertrag für null und nichtig erklärt werden, gibt es keinen Kündigungsschutz für sämtliche Mieter. (Mieteranwälte halten insbesondere diese Klausel für juristisch schwer haltbar.) In § 17 muß sich der Verein Hafenstraße verpflichten, dafür zu sorgen, daß Vertreter staatlicher Organe „ohne Zwang zu größerer politischer Präsenz die Häuser betreten können“ und darauf hinzuwirken, daß „aus dem Pachtobjekt heraus keine strafbaren Handlungen begangen werden“. Im Einzelmietvertrag der Bewohner mit dem Verein Hafenstraße müssen diese die Vereinssatzung unterschreiben, nach der der Verein „selbstbestimmtes Wohnen auf der Basis von Gewaltfreiheit noch innen und außen fördert. (...) Ein Verhalten des Mieters, das diesem Ziel zuwiderläuft, berechtigt den Verein zur Kündigung des Mietvertrags.“

Merkt euch das, Stahlarbeiter von Rhein und Ruhr! Ein Krupp-Betriebsrat sagte: „Wenn wir richtig loslegen, dann sind die Demonstranten von der Hamburger Hafenstraße noch liebe Jungs gegen uns.“ Reicht hätte er, „wenn“ ... Das ist nicht versöhnlich, das ist die Androhung von Gewalt. Auf jeden Fall blickt (fast) alles besorgt auf das Duisburger Pulverfaß.

Was würde hier die „Friedensarbeit, die Versöhnung heißt“, um mit Antje Vollmer zu sprechen, machen? Verträge & in Hafenstraße, verhandeln? Wenn eines passiert, dann mit Sicherheit dieses: Verhandeln, Verträge und mehr oder eher weniger sozial abgeleiteter Arbeitsplatzabbau. Auf Kosten von Leben, Wohnen und Arbeiten der Leute im Revier. Es sei denn, die Stahlarbeiter werden unversöhnlicher als bisher. Das Denken in gesellschaftlichen Widersprüchen, in Gegensätzen, ja in Klassengegensätzen — siehe Duisburg — ist zwar unmodern, aber realistisch.

Wenn Stahlarbeiter Aktionsformen der politischen Bewegungen der letzten Jahre übernehmen, dann durchaus im Bewußtsein, daß ihre herkömmliche Gewerkschaftspolitik angesichts dieses Konflikts nicht helfen wird. Wenn sie starke Sprüche mit Bezug auf die Hafenstraße klopfen, dann weil sie mitbekommen haben, daß die „Chaoten“ nur etwas erreicht haben, weil sie sich gegenüber dem Gegner gerade gemacht haben. Deshalb lügen alle, die grünen Realos am meisten, die in der Hafenstraße von einem Sieg der Abrüstung und Vernunft sprechen und die Barrikaden — auch wenn sie in erster Linie Symbol der Entschlossenheit, Widerstand zu leisten waren — als lächerlich und überflüssig denunzieren. Sie sind nicht Sieger, sie sind Schmarotzer der realen Entwicklung.

Dr.

Anmerkungen

- (1) Scharbo-Papier von Frankfurter Autonomen
- (2) Jarmisch/Rickmann/Back in „Hamburger Rundschau“, 26.11.87 und Jarmisch/Rickmann in „Kommune“ 12/87
- (3) Schmirer in „Kommune“ 12/87
- (4) Cohn-Bendit vollbringt im „Pflasterstrand“ vom 28.11. unter der Überschrift „Breiter so, Dohnanyi“ eine Leistung, die nicht einmal die Springer-Pressen hat. Er behauptet „sich laufende Gerüchte von Vergeßlichkeiten und Gewalt unter den Bewohnern“, die „aus Angst vor dem Fauchrecht einiger Benutzer als öffentlich gemacht“ wurden. Der einzige Fall von Vergeßlichkeit stammt aus dem Jahre 1984 und ist von den Bewohnern selbst öffentlich gemacht worden.

Antje Vollmer —

Bußtags-Predigt

Antje Vollmer ist grüne Bundestagsabgeordnete. Und Pastorin. Sie war einmal Mitglied im KSV, dem Studentenverband der aufgelösten KPD/NAH. Damals schrieb sie Bücher im ebenfalls aufgelösten Oberbaumverlag. Bücher über Clara Zetkin und die russische Revolution. Da hieß sie Karin Bauer. Heute hält sie Reden: im Bundestag oder von der Kanzel. So auch am Bußtag des Jahres 1987, als sie in der Hamburger St. Katharinenkirche über den Zusammenhang von Bußen und Hafenstraße predigte:

Liebe Gemeinde, ich möchte gern mit Ihnen etwas feiern — Bußtag hin oder her. Ich mag gar nicht diese ernste Tonlage anschlagen. Es ist etwas passiert, was ich nicht für möglich gehalten hätte. Ich meine diese unglaubliche Geschichte, die sich an zwei Orten dieser Stadt zugegetragen hat: in der Hafenstraße und im Rathaus.

Ich freu' mich so, mein Gott, es ist lange her, daß ich mich so gefreut habe. Also: Zu dieser Stunde werden die Barrikaden und die Befestigungsanlagen abgebaut. Und ich finde: Wir sollten nachher, nach diesem Gottesdienst dabei mithelfen. Selten hat es einen besseren Grund gegeben, mit Hand anzulegen ...

Von dem Vorgehen ihres Bürgermeisters und all derer, die ihn unterstützen haben, geht eine markwürdige Kraft aus, die die ganze Republik fasziniert. Was ist das?

Wir begreifen auf einmal, was das sein kann: Frieden in einer Stadt. Frieden ist nicht, daß niemand nichts mehr tut, schon gar nicht Ärgerliches.

Frieden ist aufregend, erzeugt heiße Debatten in allen Häusern. Plötzlich können sie handeln wie noch nie. Ein richtiges Friedenschaos. Und das Komische ist: Das macht die Menschen irgendwie glücklich, aufgeregt, zeigt Auswege, macht erfindend. Und es löst die Ränder auf, wo sich die Ordentlichen von den ausgeschlossenen Unordentlichen sauberlich trennen ließen

Auch Franziskus hat das gesehen. Ihnen von weit ausgeblühten Orten: Unordentlichen sauberlich trennen ließen

Auch Franziskus hat das gesehen. Um die Ausgeschlossenen wieder zu integrieren, mußte er im Innern der Kirche, im Innern der Stadt handeln. Wenn nämlich die Bedrohung von den Rändern überhand nimmt, dann ist die Gemeinschaft ständig damit beschäftigt, ihre Abgrenzungen, ihre Befestigungen und Außenmauern aufzubauen, indem sie sich so nach außen abgrenzt, mauert sie sich ein — wird immer starrer.

Da haben wir es nun, das eigentliche Motiv, unser ureigenes Interesse, warum uns die Ausgeschlossenen etwas angehen. Nicht aus reiner Barmherzigkeit oder aus Mitleid oder aus mildem Verständnis müssen wir uns mit ihnen belesen, sondern wegen unserer eigenen Utopie einer lebendigen Stadt. Weil wir nicht in einem eingemauerten Gemeinwesen leben wollen, weil, wenn wir selbst immerzu Barrikaden nach außen aufrichten, sich dann im Innern nichts mehr bewegen und verändern läßt.

Man kann das Gottesvolk nicht verändern, wir können uns selbst nicht mehr verändern, wenn man die Ausgeschlossenen, die out-laws nicht zu integrieren versucht. Das ist die große Friedens-Arbeit, die Versöhnung heißt.

Eine Bußtagspredigt sollte das sein. Und Buße heißt ja im klassischen Sinne: Umkehr. In diesem speziellen Falle aber heißt Umkehr, glaube ich: Weitermachen beim Barrikaden- und Befestigungsabbau. Und feiern sollten wir, daß es gelingt.

Anmerkung: Die AK-Leser mögen dies für einen Witz halten. Wir berufen uns auf die Textquelle: Die „Hamburger Morgenpost“ vom 19.11.87. Augenzeugen berichten zudem, daß die Abgeordnete am Ende der Predigt zum gemeinsamen Barrikaden-Abbau in der Hafenstraße aufgerufen hat, wo sie an der Spitze einer hundertköpfigen Gefolgschaft eintrat.



Über „kämpfende“ und „gemäßigte“ Linke

Lagebericht des Hamburger Verfassungsschutzes über die Hamburger Hafenstraße, vom 16.11.87

Nuhezu gleichzeitig zum letzten ultimativen Vertragsangebot Klaus von Dohnanyi an die Bewohner der Hafenstraße vom Abend des 16. November ließ Innenminister Volker Lange gezielt und ausgerechnet an die Fraktionsvorsitzenden von SPD, FDP und CDU — unter Ausparung der GAL — einen „Lagebericht“ seines Hamburger Verfassungsschutzes verteilen, der die Räumungsvarianten zur Lösung des Hafenstraßenkonfliktes untermauern sollte. Der AK dokumentiert diesen Bericht, der Zeugnis über das ablegt, was im Senat des Wunderdoktors Dohnanyi auch gedacht (und gemacht) wird.

Entwicklung in der St. Pauli Hafenstraße

Die Bewohner der St. Pauli Hafenstraße haben die Möglichkeit, in den Häusern auf vertraglicher Grundlage zu wohnen bewußt ausgeschlagen.

Es ging ihnen nicht darum, ein alternatives Wohnmodell zu verwirklichen. Dieser Begriff ist nie von den Bewohnern, sondern nur von Außenstehenden verwendet worden. Es geht um die Aufrechterhaltung des Symbols Hafenstraße als „kämpfende“ Linke und inwieweit die Machtfrage Symptomatisch ist die Ablehnung des § 19 des vorgeschlagenen Pachtvertrages. Dann darf nicht nur der Abbau von Befestigungsmaßnahmen verlangt, sondern die Gewähr für den ungehinderten Zutritt von Autos, Personen, Geräte die die Selbstverständlichkeit wird von den Bewohnern auch für die Zukunft abgelehnt. Sie haben deutlich gemacht, daß beispielsweise auch Durchsuchungen von ihnen als Räumung verstanden und entsprechend beantwortet werden. Während einer Reihe von Jahren herauf und herab, die Vertragsmodelle (Hochhaus-St. Pauli-Modell) erörtert wurden, ist andererseits von den Bewohnern ein systematisches der Abbau der Befestigungsmaßnahmen und der Barrikadenbau beibehalten worden.

In den Häusern haben nur noch militante Autonome und Antimperialisten und die sogenannte „Versteinerung“ noch die Pläne mit bis zum Teil 500 Teilnehmern (darunter viele Vertreter gemäßigter und gewaltfreier Gruppen) sind legitimiert, für die Bewohner zu sprechen. Die Zahl der Bewohner hatte abgenommen, ist aber inzwischen durch entschlossene Militante aufgefüllt worden. Bezeichnend für das Auseinanderklaffen von friedlichem Anspruch der Nachbarn und gewaltbereiter Wirklichkeit der Bewohner sind die Vorgänge in der Nacht vom 11. zum 12. November. Als die Gewaltfreien noch über Maßnahmen debattierten, beläuterten Bewohner zusammen mit auswärtigen Militanten bereits Barrikaden.

Die harte Haltung der Bewohner wurde durch zugezwinkertes Verhalten von außen unterstützt. Die Aufforderung, Zeichen zu setzen und den symbolischen Abbau von Drahtrollen als Beweis guten Willens genügen zu lassen, mußte bei den Bewohnern den Eindruck von Nachgiebigkeit in der Durchsetzung und Verteidigung der Rechtsordnung erwecken. Das wurde verstärkt durch den Rat, den Vertrag zu unterzeichnen und ihn später phantasienvoll auszugestalten.

Weder die militanten Bewohner noch die sie unterstützenden Hamburg oder auswärtigen Militanten lassen sich in Vorhaben zum Verfall der Hafenstraße oder einem von gemäßigten Kräften dominierten Plenum vorschreiben. Sie haben durch ihre unerschütterliche Haltung dem Senat die Machtfrage gestellt. Ihr Konzept des „Abbaus der belagerten Räume“ (ist) durch das kluge Verhalten der Polizei nicht aufgegangen. Ein Einlenken ihrerseits ist nicht zu erwarten.

Chronologie

Sonntag, 21.10.87

Die Bewohner der St. Pauli Hafenstraße und ihre Unterstützer führen am 21.10.87 eine Demonstration durch, die sich gegen den vom Hamburger Senat angebotenen „Knebelvertrag“ richtet. Mit der Demonstration soll die Aufnahme neuer Vertragsverhandlungen verhindert werden. Zur Unterbrechung des Druckes auf den Senat findet ein rund 1.000 Personen starker „Revo-

lutionärer Block“ als Drohpotential. Das gesamte an der Demonstration beteiligte Spektrum ist sich darüber einig, daß es keine Schutten- und Powerdecks werden soll. Vorbedingung dafür ist, daß die Innenstadtroute für die Demonstration genehmigt wird und es kein „Polizeisperrgebiet“ geben wird. Trotz dem kommt es am Straßenzuggebäude zu Steinwürfen auf die Polizei, zerstoßen Scheiben und Eindringen in Privatwohnungen.

Die Verteidigungsmaßnahmen in und an den Häusern der St. Pauli Hafenstraße sollen weiterhin bestehen bleiben, da einem Gefecht zufolge GBA-Rebmann nach Absprache mit BGM Dohnanyi fünf Wohnungen durchsucht werden lassen will.

Montag, 02.11.87

Auf einer Pressekonferenz am 02.11.87 äußern die Bewohner der St. Pauli Hafenstraße ihre Bereitschaft zur Unterzeichnung des 24-Seiten-Vertrages, wenn der § 19 wegfällt. Die Befestigungsmaßnahmen sollen bleiben und der Zutritt für Amtspersonen einschließlich der Polizei aus Gründen der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr weiterhin unmöglich sein.

Freitag, 06.11.87

Auf einem Plenum im Zell (die Halle des autonomesozialistischen Spektrums, West-Initiativen, DKP, GAL, Nachbarn und Auswärtige) berichten Vertreter des „Vermittlerkreises“ von einer 10-prozentigen Chance, die Räumung auch jetzt noch durch Abbau der Verteidigungseinrichtungen zu verhindern. Dazu mußte aber sofort ein sichtbares Einlenken z.B. durch Abbau des Stacheldrahtes auf den Dachern signalisiert werden. Gerade mit dem Draht wurde man sich nichts verbieten, den könne man schließlich in der nächsten Stunde wieder ausrollen.

Autonome und Antimperialisten setzen sich mit ihrer harten Linie durch.

Der Senat hat die Barmarkierung wieder vor-



Foto: H. W. Müller

Sonntag, 08.11.87

Auf einem Plenum (überwiegend Bewohner, Angehörige der Autonomen/Anarchistenszene, Antimperialisten, Mitglieder von DKP, SDAJ und Jusos sowie auswärtige Autonome) treten ein Besetzer und eine Antimperialistin mit, daß sich die Standpunkte der „Gemäßigten“ und der „Hardliner“ zum punktuellen Abbau von Verteidigungseinrichtungen verhält. Hätten Durchgesetzte sich die Meinung als symbolische Geste die Entleitung einer Rolle NATO-Draht anzubieten.

Auswärtige kritisieren diesen Vorschlag. Jusos und andere Vertreter gewaltfreier Gruppen begrüßen ihn.

Ein militanter Autonome und eine Antimperialistin weisen darauf hin, daß die Mobilisierung um entschlossene Verteidiger für die Wohnungen der St. Pauli Hafenstraße und der umliegenden Häuser bereits angelaufen sei.

Montag, 09.11.87

Thema der Diskussion auf einem Plenum (Hafenstraßen, Autonome, Anarchisten, Antimperialisten, DKP, SDAJ) ist eine angeblich am 09.11.87 vom FDP-Fraktionsvorsitzenden abgegebene Äußerung, daß die Häuser am 10.11.87 ab 14.00 Uhr weitläufig abgesperrt werden würden und der Abbau der Befestigungsanlagen beobachtet werden sollte.

Dies wird von den Anwesenden als eine „Räumungsvorstufe“ bewertet. In

der Nacht sollte deshalb bundesweit mobilisiert werden und Material zum Barrikadenbau herangeschafft werden. Mit einem Flugblatt soll die Nachbarschaft dazu aufgefordert werden, Sperrmüll auf die Straße zu stellen und die Haustüren nicht abzuschließen.

Es besteht weitgehend Einigkeit, daß eine Abriegelung der Straßen und eine Begehung der Häuser nicht hingenommen werden. Die DKP, die Schülerkammer und andere gemäßigte Gruppen wollen gegen mögliche Absperren demonstrieren, z.B. Menschenketten bilden. Die Bewohner der Hafenstraße und die Autonomen plädieren dafür, schon zum Zeitpunkt des Plenums mit dem Barrikadenbau zu beginnen.

Den vollzogenen Abbau des NATO-Drahtes stellen einige Bewohner als taktische Maßnahme dar, die auch unter den Bewohnern keine ungeteilte Zustimmung gefunden habe.

Dienstag, 10.11.87

Die wegen der befristeten polizeilichen Absperzung und anschließenden Räumung ausgelöste Telefon-Alarmkette veranlaßt viele Personen dazu, in die Hafenstraße zu kommen. Diskussionspunkt im Plenum im Zell zwischen den Häusern der St. Pauli Hafenstraße (Autonome, Hafenstraßen, Jusos, DKP, SDAJ, Auswärtige) ist das verlängerte Ultimatum zum Abbau der Verteidigungsmaßnahmen bis zum 11.11.87 15.00 Uhr und das Sich-dazu-verhalten.

Vertreter des Vereins Hafenstraße Jusos, DKP, GAL-Angehörige und Vertreter anderer gemäßigter Gruppen setzen sich für ein Nachgeben der Bewohner ein.

Die Mehrheit der Bewohner und die Autonomen machen deutlich, daß es keinen weiteren Abbau von Verteidigungseinrichtungen geben werde. Man müsse wegen der Mithatetaktik des Senats die Befestigungen wieder vor-

Die Aktionen sollen so angelegt sein, daß sie die Polizei zu einem Einsatz in der Hafenstraße zwingen sollen. Aus dem abgehörten Polizeifunk und der eigenen Polizeibeobachtung bei der Bereitschaftspolizei in Alsterdorf merkt man im Laufe der Nacht, daß sich die Polizei nicht in diese gewünschte Auseinandersetzung verwickeln will.

Die Verteidigungskonzeption für die Häuser sieht drei Verteidigungsringe vor.

1. Kreis: wird durch die Wurfweite von den Häusern begrenzt. Hier soll sich keiner aufhalten, wer er sonst von eigenen Steinen getroffen werden könnte.

2. Kreis: reicht bis zur Höhe Pinneberg. Dort sollen Barrikaden errichtet werden, die sich auch verteidigen lassen.

3. Kreis: beschreibt die Linie Nobistor/M. Hier sollen durch Abienkungsaktionen Polizeikräfte gebunden werden.

Eine Antimperialistin (RAF-Anhängin) erklärt, daß die Stimmung und die Situation bis zum Wochenende aufrechterhalten werden kann.

Jusos, GAL und DKP/SDAJ versuchen auf eine friedliche Lösung hinzuwirken. Auswärtige und Autonome verlassen daraufhin das Plenum, um mit dem Bau der Barrikaden zu beginnen. Grund ist ein internes Plenum der Bewohner, wo sofortiges Handeln beschlossen worden ist.

Gegen 14.50 Uhr sind die für eine friedliche Lösung präferierenden Teilnehmer des Plenums nahezu unter sich. Gegen 20.00 Uhr wird die erste Barrikade in Brand gesetzt. Am Morgen des 12.11. herrscht im Bereich der Häuser eine entschlossene Grundstimmung, die Verteidigung mit allen Mitteln fortzusetzen.

Konkrete Planungen für das weitere Vorgehen gibt es noch nicht.

Donnerstag, 12.11.87

Um 16.00 Uhr findet ein Treffen im Zell statt, an dem hauptsächlich Autonome teilnehmen.

Um 16.00 Uhr findet ein Treffen im Zell statt, an dem hauptsächlich Autonome, Anarchisten und Bewohner teilnehmen. Daneben sind Vertreter der DKP, SDAJ, Jusos, GAL und des linken Kreises für den Erhalt der Hafenstraße sowie einige Antimperialisten anwesend.

Diskussionspunkte sind die gewalttätigen Ausschreitungen der letzten Nacht und der eigenmächtige Barrikadenbau. Es stellt sich heraus, daß einer Autonome die Barrikaden in Abstimmung mit Bewohnern der Hafenstraße errichtet haben. Die Anwesenden halten den Barrikadenbau grundsätzlich für notwendig und richtig, bemängeln jedoch, daß darüber keine Abstimmung im Plenum stattgefunden hat.

Eine Antimperialistin betont die jetzt starke Bedeutung einer gemeinsamen Übung, da der Senat versuche den Widerstand aus den Häusern in „gut und böse“ zu teilen. Eine abgestimmte Aktion sei der Abbau der Barrikaden in der Hafenstraße gewesen, die jedoch auch schnell wieder errichtet werden könnten. Alle Anwesenden stimmen dafür, keine weiteren Verteidigungsmaßnahmen abzubauen. In der weiteren Diskussion solidarisieren sich die Anwesenden im nachhinein mit dem unabhängigen Barrikadenbau der letzten Nacht.

Um 20.00 Uhr findet im Café St. Pauli Hafenstraße 126 ein weiteres Treffen von Autonomen, dabei auch Auswärtige statt. Thema sind die Vorfälle in der letzten Nacht. Die Anwesenden teilen die Auffassung des vorangegangenen Plenums, daß isolierte Aktionen zur Spaltung des Widerstandes führen.

Die breite Zustimmung zum Erhalt der Barrikaden wird positiv bewertet, da diese sich im Umgehen mit dem Senat als politische Manövermasse nutzen lassen.

Auf der Zusammenkunft um 22.00 Uhr stellt ein SPD-Bürgerschaftsmitglied die Möglichkeiten für eine friedliche Lösung dar. Autonome unterbrechen ihn mit dem Hinweis, daß er genug geredet hätte.

Ein Vertreter der „Dev. Gen.“ sagt der Hafenstraße in ihrem Kampf gegen den Senat die Unterstützung seiner Organisation „mit allen Mitteln“ zu. Ein Bewohner der Schanzestraße 41a kündigt für den 14.11.87 eine Räumung „zugunsten der Bewohner der Hafenstraße“ an, die den öffentlichen Druck auf den Senat zum Erhalt der Häuser verstärken soll. Aus Anwesenenden, die wollen sich an der Demonstration beteiligen.

Autonome haben für Auswärtige in der Bernhard-Nochi-Straße Schlafplätze.

ze organisiert. In der Bernhard-Nochi-Straße 51 wurde eine Schlafstätte eingerichtet. Zur Verteidigungsbereitschaft wird gesagt, daß die Mitte oder die Mitte der Mitte auf der Höhe Pinneberg verankert mit einer Verteidigungswelle. Die innere Linie um die Häuser ist von Gewalttätigen besetzt werden. An der äußeren Linie (Nobistor/M.) soll von den Unterjüngern zugegriffen nach Einschätzung der jeweiligen Lage gehandelt werden.

Es wird erwähnt, daß die Auseinandersetzungen in der letzten Nacht auf der Reeperbahn hauptsächlich von den Jusos getragen worden waren.

Freitag, 13.11.87

Um 18.00 Uhr findet im Zell in der Hafenstraße ein „offenes“ Plenum statt. daran beteiligten sich Angehörige gemäßigter Gruppen, Autonome und Hafenstraßen-Bewohner. Thema ist die für den 14.11.87 für 15.00 Uhr geplante, inzwischen aber verbotene Demonstration.

Sprecher der GAL, DKP und anderer gemäßigter Gruppen wollen auf dem Rechtsweg versuchen, die Demonstration durchzusetzen. Wenn es nicht möglich sein sollte, mußte auf die Demonstration verzichtet werden. Die Autonomen bestehen dagegen auf dem Demonstrationsrecht. Sie wollen mit der Demonstration möglichst viele Leute in die Hafenstraße ziehen. War die Kleidung und ein Mindestmaß an Ausrüstung mitgebracht werden, um Provokationen der Polizei begegnen zu können. Wegen des derzeitigen Kräfteverhältnisses soll die Konfrontation nicht gezielt gesucht werden. Da der Polizei die geplante Demonstration bekannt ist, soll eine neu aufgearbeitete am 14.11.87 bekannt gegeben werden. Für den Fall, daß man die Demo selbst auflösen muß, ist es vorgesehen, in kleinen Gruppen in den Hafen zu gehen.

Der Barrikadenbau in der Nacht vom 11. auf den 12.11.87 wird von den meisten Anwesenden als Ausdruck der Stärke und Entschlossenheit sowie als Zeichen absoluter Verteidigungsbereitschaft beurteilt. Solche Aktionen dürfen jedoch nicht so weit führen, daß kleine Geschäfte geplündert und die Nachbarn in Solidarität über Gebühr behindert würden, denn auf deren Solidarität oder Verständnis sei man angewiesen.

In der Zeit vom Ende des Plenums um 21.00 Uhr bis zum nächsten Treffen um 22.30 Uhr wird eine Presseerklärung zur Demonstration ausgearbeitet, die auch über die 107 Verordnungen werden soll. Daneben wird ein Szenario-Kneipen und über Gruppen-Zusammenhänge für die Demonstration am 14.11.87 mobilisiert.

Thema der Zusammenkunft von 22.30 bis 24.00 Uhr ist ausschließlich die Demonstration am 14.11.87. Die Teilnehmer haben eine Zahl von 3.000 bis 7.000 Demonstranten für nicht mehr erreichbar. Hier sei nicht mehr mitgenommen werden. Ziel der Demo ist nicht die Konfrontation. Es soll deutlich gemacht werden, daß man das Verhalten nicht hinnimmt. Wer sich nicht an die Regeln hält, wird von den Leuten in den Häusern „gerufen“ werden. Bei zu starker Polizeipräsenz wird man in kleinen Gruppen in den Hafen gehen.

Thema der Zusammenkunft von

22.30 bis 24.00 Uhr ist ausschließlich die Demonstration am 14.11.87. Die Teilnehmer haben eine Zahl von 3.000 bis 7.000 Demonstranten für nicht mehr erreichbar. Hier sei nicht mehr mitgenommen werden. Ziel der Demo ist nicht die Konfrontation. Es soll deutlich gemacht werden, daß man das Verhalten nicht hinnimmt. Wer sich nicht an die Regeln hält, wird von den Leuten in den Häusern „gerufen“ werden. Bei zu starker Polizeipräsenz wird man in kleinen Gruppen in den Hafen gehen.

Samstag, 14.11.87

Am 14.11.87 findet um 23.00 Uhr auf der Baldi-Treppe eine „offene“ Plenum statt, an dem hauptsächlich Vertreter des „linken Kreises“ für den Erhalt der Hafenstraße, der GAL, DKP, Jusos und in geringer Zahl Autonome, Antimperialisten und Hafenstraßenbewohner teilnehmen. Parallel dazu finden interne Plenums statt.

Thema des Plenums sind die ungeschützten Gespräche in Kneipen und Ausschau. Die Aufforderung, die Hafenstraße, sich von der Gewalt zu distanzieren, wird unter dem Beifall der Anwesenden zurückgewiesen. Wer wird über einen ernstlich gefährlichen Platz zu Hause die Häuser umstellt. Die Teilnehmer wollen, daß die Polizei nicht durch Aktionen provoziert wird, sondern entschlossen, die Häuser zu verteidigen.

Sonntag, 15.11.87

Am Sonntag vormittag wird der Zaun der um den Schahof Friedhofstraße verläuft, mit Stacheldraht verstärkt und parallel dazu ein Grabmal angebracht. Die Bewohner der Hafenstraße nehmen an, daß sich dort Polizeikräfte sammeln werden.

A sepia-toned photograph of a large, gnarled tree trunk. The bark is thick and deeply textured, with many cracks and crevices. The tree appears to be old and possibly damaged or decaying, with some parts of the bark missing or peeling. The background is dark and indistinct.



Ein Zerrbild des „Fundi-Flügels“

Regula Bott, Thomas Ebermann und Ellen Olms zum Brief der 23

1. In dem Brief ist merkwürdig neutral die Rede davon, daß „das Wort vom Verlassen der Fraktion in einiger Leute Munde und von der Spaltung in mehrerer Leute Köpfe ist.“ Unter Hinweis darauf, daß die Medien diese Entwicklung vom linken „Ende“ bis hin zur Aufregung auf die Exponenten der Flügel konzentrieren“, wird die Gefahr beschworen, „daß der Konflikt sich vom linken Ende...“

2. Mit dieser Darstellung der Dinge können wir uns nicht einverstanden erklären. Nicht irgendwelche „Flügel-Exponenten“, sondern Otto Schily droht in persöhnliche Konsequenzen an, falls er nicht die in der Fraktion aufgetauchten Forderungen erfüllt werden. Es war Helmut Klemm, der sagte, daß in einem solchen Falle Schily nicht allein gehen würde. Kurz darauf gab Joachim Fischer in einem Zeitungsinterview zu Protokoll, die Grünen stünden kurz vor der Spaltung. Schließlich wurde Unruhe in der Bund-Zeitung „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“ Die Fundamentalkritik durfte zwar weiter Politik machen, aber nicht bei den Grünen. Im vorletzten Spiegel konnten wir dann nachlesen, daß wiederum Joachim Fischer uns mit den Forderungen im Fritz saßene Mundes vergleicht. Wie geht man mit Ungerechtigkeit um?

3. Es bringt unseres Erachtens gar nichts, wenn die AutorInnen des Briefes an die Orte und Kreisverbände sich „um bei sympathischen Geste für die...“

4. Was ist das? Ist das die Aufforderung, sich sachkundig und... in die... zu...? Es ist zweifellos richtig, daß auch

1. Verteidigung grüner Programmatik wie immer oder ob jemand mit Spaltung droht um der Revision gültiger Beschlüsse wegen und damit zu erkennen gibt, daß es sich um innerparteiliche Willensbildungsprozesse nicht zu scheitern verdient.

2. Wir sind allerdings der Auffassung, daß die Aufgabe grüner Parlamentarier in der Umsetzung demokratisch gefaßter Parteibeschlüsse besteht. Abgeordnete, die daran Kritik haben, müssen, wie jedes andere Parteimitglied auch, die Partei von der Richtigkeit ihrer Auffassungen überzeugen und nicht via Medien überumpeln oder mit Ausdrucksdrohungen zu erpressen versuchen.

3. Aus diesem Grunde mögen wir uns auch mit dem Anliegen der AutorInnen, die Kreisverbände zu „beruhigen und Entwarnung zu geben“, überhaupt nicht anfreunden. So gut es ist zu wissen, daß viele Fraktionsmitglieder für eine Spaltung nicht zur Verfügung stehen, Beruhigung und Entwarnung darf das politische Ziel in diesem Streit nicht sein.

4. Wir möchten im Gegenteil die Basis auffordern, sich stärker einzuschalten und den Mandatierten klarzumachen, daß die Entscheidung über die Inhalte grüner Politik nicht bei ihnen liegt. [...] Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

5. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

6. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

7. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

8. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

9. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

10. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

11. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

12. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

13. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

14. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

15. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

16. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

17. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

18. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

19. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

20. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

21. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

22. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

23. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

24. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

25. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

26. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

27. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

28. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

29. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

30. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

31. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

32. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

33. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

34. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

35. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

36. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

37. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

38. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

39. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

40. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

41. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

42. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

43. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

44. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

45. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

46. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

47. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

48. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

49. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

50. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

51. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

52. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

53. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

54. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

55. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

56. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

57. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

58. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

59. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

60. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

61. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

62. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

63. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

64. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

65. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

66. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

67. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

68. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

69. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

70. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

71. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

72. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

73. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

74. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

75. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

76. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

77. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

78. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

79. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

80. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

81. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

82. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

83. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

84. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

85. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

86. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

87. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

88. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

89. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

90. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

91. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

92. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

93. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

94. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

95. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

96. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

97. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

98. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

99. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

100. Wir können schlechterdings nicht nachvollziehen, warum die UnterzeichnerInnen eine Frage, um die der Streit sachlich ging, „von der NATO-Frage bis zum Staatsverständnis...“

1. nicht im Parlament sein und gleichzeitig so tun, als wären wir eigentlich nicht hier.

2. Eigentlich überflüssig, dies extra noch zu zuschreiben. Entscheidend ist aber jene Passage des Briefes, in der die VerfasserInnen beschreiben, wie hier die Auffassung nach der Unterscheidung in „Parlament“ und „Außenpolitik“.

3. Sie werden verständlich machen, warum z.B. der eine Teil der Grünen zu einem sehr staatskritischen, der andere zu einem reformistischen Ansatz neigt. Mit Verlaub, dieses Gegensatzpaar hatten wir für demagogisch. Wir können nicht beurteilen, ob der zu einem „reformistischen Ansatz“ neigende Teil der Grünen die Unterstellung akzeptiert, wenig oder gar nicht staatskritisch zu sein, wir können nur, da wir wohl zum „sehr staatskritischen Teil“ gerechnet werden, klarmachen, daß eine solche Haltung nicht die Verhinderung, sondern die Voraussetzung von Reformpolitik darstellt.

4. Es ist schon sehr ärgerlich, wenn in ein und demselben Brief die Bereitschaft zu „offenen“ Auseinandersetzungen, zu „ehrlichen“ statt „taktischen“ Bündnissen beschworen wird und gleichzeitig in Übereinstimmung mit dem politischen Gegner und dessen Medien das Zerrbild eines an Reformen des verabschiedeten „Fundi-Flügels“ gezeichnet wird.

5. Zum Schluß wollen wir zwei Punkte ansprechen, die besonders genervt haben: a) Ganz zu Anfang ihres Schreibens üben die AutorInnen Selbstkritik. Sie betonen sich müssen wir loslassen, daß wir zu lange geschwiegen haben, und daß wir von der Absicht gehen, die Fraktion zu integrieren, uns den Sachthemen zu widmen oder unsere Energien wieder nach außen gegen den politischen Gegner zu kehren — nicht immer entscheidend genug auf Klärung inhaltlicher Fragen und auf den Zurückdrängen des Flügelstreits gedrängt haben.

6. Abgesehen davon, daß auf einige, die diesen Satz unterschrieben haben, der Vorwurf zu lange geschwiegen zu haben, ganz und gar nicht zutrifft — es war Peter Sellin, der die innergrüne Distanzierung von Juli 81 durch die Forderung nach „einem positiv entwickelten formulierten Staatsverständnis“ kleidete, es war Anja Volmer, die vor Monaten anläßlich der Bundesvorstandswahl dazu aufrief, das Hauptquartier zu boykottieren“, verhält sich dieses ziemlich dicke Eigenlob ignorant gegenüber den Gründen des Streits.

7. Was ist die NATO-Frage, wenn es gilt, rangt gegenüber den Gründen des Streits.

8. Waren die NATO-Frage der sofortige Atomaustritt, Volkszählungsboykott, die Rüstungsexporte keine Sachfragen? Haben diese Konfliktpunkte nichts mit der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, „nach außen zu tun? Und was ist von dem Versuch zu halten, die Fraktion jenseits der Auseinandersetzung in diesen Punkten „zu integrieren“?

9. Es stimmt, wir haben nicht geschwiegen, aber niemand kann von uns verlangen, deshalb das falsche Gemälde von Leuten, die den „Flügelstreit“ aus purem Selbstzweck führen, auch noch durch die eigene Unterschrift zu bestätigen.

10. Es wird die Forderung erhoben, künftig „ehrliche“ statt „taktische“ Bündnisse einzugehen. Der Brief läßt offen, welche unehrlichen Bündnisse es bisher gegeben hat.

11. Wir haben zu Anfang kritisiert, daß der Brief sich abstrakt gegen „Spaltungsabsichten“ ausspricht, ohne die Personen zu benennen, die der Spaltung das Wort reden. Viele uns politisch nahestehende Fraktionsmitglieder haben trotzdem den Brief unterschrieben. Wir ehrlich ist ein geschäftliches Bündnis, wenn eine seiner MitgliederInnen in einem kurz darauf erfolgten Interview mit dem Deutschlandfunk auf die Frage, was sie zu tun gedenke, wenn Otto Schily seine Drohung wahr machen würde, folgendes antwortet: „Ich würde aber vor allen Dingen mit ihm darüber diskutieren, was hinter diesem Moment, spalten zu wollen — von dem ich übrigens denke, daß Otto Schily gar nicht so will, sondern eher als Unentschieden aus den siebziger Jahren.“ (Anja Volmer)

12. Diejenigen, die öffentlich mit Spaltung drohen, meinen es gar nicht ernst, sagt Anja Volmer, aber diejenigen, die sich öffentlich gegen Spaltung wenden, wollen sie eigentlich, sagt Anja Volmer.

13. So sind zum Schluß, doch wieder die wirklich Schuldigen ermittelt worden.



Brief an die Militanten, ihre Sympathisanten und intellektuellen Helfer von Angelika Beer, Regula Bott, Thomas Ebermann

Die grüne Bundestagsfraktion hat am 8.12. mehrheitlich einen Euch betreffenden Beschluß gefaßt (...)

Nicht beschlossen wurde, daß der „Grundsatz der Gewaltfreiheit“ in irgendeinem Widerspruch zur staatlichen Gewalt steht. Das erklärt sich nicht nur daraus, daß man an einem Tag nicht alles schaffen kann, sondern ist Trend.

Die grüne Bundestagsfraktion würde niemals die Zusammenarbeit mit Sozial-, Christ- und Freidemokraten ablehnen, nicht die Zusammenarbeit mit Polizei und Militär, die Beurteilung der NATO-Mitgliedschaft der BRD ist offen, und die Kooperation mit Kirchenführern angestrebt. Das alles wird sogar erleichtert, wenn mit Euch jede Zusammenarbeit „ausdrücklich“ abgelehnt wird.

Vielleicht fragen sich einige von Euch, wer wohl gemeint sein mag, denn die Fraktion hat sich nicht die Mühe gemacht zu definieren, was militante Aktionsformen sind. Solltet ihr der Meinung sein, keiner Gruppierung anzugehören, die militante Aktionsformen praktiziert, könntet ihr trotzdem gemeint sein. Ihr könntet natürlich auch hoffen, Eure Aktionsformen für militante zu halten, aber nicht gemeint zu sein. Der berühmte SPD-Beschluß gegen jede Zusammenarbeit mit Kommunisten war halt präziser. Einige Anhaltspunkte können wir Euch jedoch geben. Solltet ihr bisweilen vermuten sein, gehört ihr wahrscheinlich zu den Gemeinten, bezeichnet man euch als „schwarzen Block“ oder „Chaoten“, dann mit Sicherheit.

Habt ihr schon einmal Gewalt gegen Sachen praktiziert, seid ihr nicht automatisch gemeint. Die Verstümmelung eines Fragebogens z.B. verunmöglicht der Fraktion nicht jede Zusammenarbeit mit Euch. Bauzune aller Art gelten als Grenzfälle. Habt ihr gegen Gesetze verstoßen, könnt ihr gemeint sein (Einzelfallprüfung!); keine Sorgen müßt ihr haben, wenn ihr an Prominenten- oder Richterblockaden beteiligt wart.

Sorgen müßt ihr haben, wenn ihr an Prominenten- oder Richterblockaden beteiligt wart.

Sympathisanten von Gruppen, die militante Aktionsformen praktizieren, sind nicht gemeint, wenn sie ihrerseits die Zusammenarbeit mit Gruppen, die militante Aktionsformen praktizieren, nicht länger praktizieren.

Aber auch die Gemeinten müssen nicht befürchten, daß wir sie wortlos aus jeder Zusammenarbeit ausgrenzen, sie aus Bündnissen entfernen wollen — wir praktizieren das dialogisch. Alle Ausgrenzungen haben, weil wir Feindbilder ablehnen, das Recht auf ein Gespräch. Dialoge sind ohnehin fruchtbarer, wenn sie nicht durch mögliche Zusammenarbeit belastet werden.

Zynismus beiseite! Sollte der Beschluß der grünen Bundestagsfraktion sich in der grünen Partei durchsetzen, dann wären die GRÜNEN die Spalter des Widerstands, wie von Zimmermann diktiert. Dann wären gemeinsame Bündnisse und Kämpfe wie in Brokdorf, Helsenstraße und Wackersdorf nicht mehr möglich. Diese Bündnisse waren oft konfliktreich. Ihr habt die GRÜNEN häufig kritisiert wegen ihrer ritualisierten „Latachdemos“. Wir haben Euch oftmals kritisiert, wenn ihr durch Eure Aktionen andere Demonstrationsteilnehmer gefährdet habt, wenn durch Verunsicherungen von „Militanz“ die Verletzung von Menschen riskiert wurde. Wir wissen, daß ihr diese Probleme auch unter Euch diskutiert, das ist gut so. Zugleich haben die GRÜNEN die Pflicht, ihren gewaltfreien Weg effektiv, d.h. nicht in Unterwerfung unter staatlich verordnete Anpassung zu gehen. Dies alles muß in der Zusammenarbeit und im Bündnis lauten. Der Kampf um den Erhalt der Häuser an der Hafenstraße war ermutigend.

Wir hoffen, daß die Partei und viele ihrer Gliederungen sich dem Unvereinbarkeitsbeschluß der Fraktionsmehrheit widersetzt. Es ist ohnehin ein Unding, daß eine Fraktion die Bündnispolitik einer Partei bestimmen will. Eine Partei zudem — die sich basisdemokratisch nennt.

Bonn, den 9.12.87 - Angelika Beer, Regula Bott, Thomas Ebermann



von unserer Seite gestirrt wurde, und des nicht zu knapp. Wir legen aber Wert auf die Darstellung der inhaltlichen Streitpunkte. Es hat nämlich nichts mit Streitsucht, dafür aber viel mit Bewahrung grüner Identität zu tun, wenn wir im Verlaufe dieses Jahres dagegen Protest erhoben haben, daß Exponenten der realpolitischen Flügel wiederholt versucht haben, geltende Beschlüsse der Partei unter Umgehung basisdemokratischer Diskussionsprozesse zu durchbrechen.

— Die Partei beschloß einstimmig die Teilnahme und Unterstützung des Volkszählungsboykotts. Otto Schily stellte dies via Medien in Frage, und Waltraud Schoppe rief auf dem Höhepunkt der Bewegung dazu auf, abzuweichen.

— Die Partei hat nach intensiver Diskussion die Unvereinbarkeit von NATO-Mitgliedschaft und grüner Friedenspolitik beschlossen. Prominente Realpolitiker versuchten diese Beschlußlage auszuhebeln.

— Die Grünen sind nie auf die Idee gekommen, den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie für unreal zu halten. Genau dies aber verkündet Joachim Fischer in den Medien.

— Die Grünen wissen um die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Stahlindustrie und beschlossen diesen Programmpunkt. Als diese Forderung angesichts der drohenden Arbeitsplätze im Ruhrgebiet der Chance hatte auch unter den betroffenen Kollegen und Kolleginnen populär zu werden, plädierten grüne Realpolitiker für mehr Markt.

Die Grünen haben eine intensive Politik gegen Rüstungsexporte gemacht. Für eine pazifistische Partei eine Selbstverständlichkeit. Aus der Öffentlichkeit ist im Sommer dieses Jahres durch Entlassung amerikanischer und französischer Kriegsschiffe zuspätk, plädierte Otto Schily für die Solidarität mit Frankreich, dem größten Waffenexporteur in den Irak.

Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob jemand strittet um der Ver-

sehen.“ Haben sie das wirklich? Wie kann dann die Frage um die Mitgliedschaft in dem kriegsreichen Militärbündnis NATO als „Reichtum“ innergrüner Debatte angesehen werden? Wie verhält sich die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols, also die Ermächtigung des Staates, Gewalt auszuüben, mit der „unaufgebbaren Politikform“ der Gewaltfreiheit? In den Worten von Walter Mossmann „Innenminister oder gewaltfrei? Beides zusammen geht nicht.“

Bedenklich stimmt uns, wie die VerfasserInnen das von ihnen geforderte Prinzip der Gewaltfreiheit auf die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen anwenden. Während von den Demonstranten weitestgehende Abrüstung verlangt wird (Achtung der Zinnen als mörderische Schußwaffen, von Molotow-Cocktails und Steinwürfen), wird die Staatsgewalt lediglich dazu aufgefordert, auf weitere Verschärfungen (Aufrüstung der Polizei, Abbau von Bürgerrechten) zu verzichten. Dies ist eine sehr einseitige Ausgewogenheit zugunsten des Staates, mit der die nun wirklich uralte Forderung nach umfassender Abrüstung auch schon des bestehenden Gewaltapparates im Namen der Gewaltfreiheit fallengelassen wird. Mit dieser politischen Einstellung wird die in dem Brief artikulierte Hoffnung, daß diese Debatte gerade im Augenblick dazu beitragen kann, eine solidarische und vom Respekt auch vor Anderen gekennzeichnete Dialogatmosphäre zu erzeugen, die das demokratische Widerstandspotential der Bundesrepublik einigt und festigt, sich gerade nicht erfüllen. Unser Eindruck ist gegenwärtig eher gegenteiliger Natur. Wir sehen immer mehr Grüne, die statt den Dialog mit den sogenannten Autokraten zu suchen, ihnen lieber öffentlich die Leisten lassen.

Die von den AutorInnen verlangte Festlegung hinsichtlich grüner Parlamentarier enthält auf den ersten Blick lauter So-Be-Verständlichkeiten, die wir unterschreiben. Wir können

1. nicht im Parlament sein und gleichzeitig so tun, als wären wir eigentlich nicht hier.

2. Eigentlich überflüssig, dies extra noch zu zuschreiben. Entscheidend ist aber jene Passage des Briefes, in der die VerfasserInnen beschreiben, wie hier die Auffassung nach der Unterscheidung in „Parlament“ und „Außenpolitik“.

3. Sie werden verständlich machen, warum z.B. der eine Teil der Grünen zu einem sehr staatskritischen, der andere zu einem reformistischen Ansatz neigt. Mit Verlaub, dieses Gegensatzpaar hatten wir für demagogisch. Wir können nicht beurteilen, ob der zu einem „reformistischen Ansatz“ neigende Teil der Grünen die Unterstellung akzeptiert, wenig oder gar nicht staatskritisch zu sein, wir können nur, da wir wohl zum „sehr staatskritischen Teil“ gerechnet werden, klarmachen, daß eine solche Haltung nicht die Verhinderung, sondern die Voraussetzung von Reformpolitik darstellt.

4. Es ist schon sehr ärgerlich, wenn in ein und demselben Brief die Bereitschaft zu „offenen“ Auseinandersetzungen, zu „ehrlichen“ statt „taktischen“ Bündnissen beschworen wird und gleichzeitig in Übereinstimmung mit dem politischen Gegner und dessen Medien das Zerrbild eines an Reformen des verabschiedeten „Fundi-Flügels“ gezeichnet wird.

5. Zum Schluß wollen wir zwei Punkte ansprechen, die besonders genervt haben: a) Ganz zu Anfang ihres Schreibens üben die AutorInnen Selbstkritik. Sie betonen sich müssen wir loslassen, daß wir zu lange geschwiegen haben, und daß wir von der Absicht gehen, die Fraktion zu integrieren, uns den Sachthemen zu widmen oder unsere Energien wieder nach außen gegen den politischen Gegner zu kehren — nicht immer entscheidend genug auf Klärung inhaltlicher Fragen und auf den Zurückdrängen des Flügelstreits gedrängt haben.

6. Abgesehen davon, daß auf einige, die diesen Satz unterschrieben haben, der Vorwurf zu lange geschwiegen zu haben, ganz und gar nicht zutrifft — es war Peter Sellin, der die innergrüne Distanzierung von Juli 81 durch die Forderung nach „einem positiv entwickelten formulierten Staatsverständnis“ kleidete, es war Anja Volmer, die vor Monaten anläßlich der Bundesvorstandswahl dazu aufrief, das Hauptquartier zu boykottieren“, verhält sich dieses ziemlich dicke Eigenlob ignorant gegenüber den Gründen des Streits.

7. Was ist die NATO-Frage, wenn es gilt, rangt gegenüber den Gründen des Streits.

8. Waren die NATO-Frage der sofortige Atomaustritt, Volkszählungsboykott, die Rüstungsexporte keine Sachfragen? Haben diese Konfliktpunkte nichts mit der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, „nach außen zu tun? Und was ist von dem Versuch zu halten, die Fraktion jenseits der Auseinandersetzung in diesen Punkten „zu integrieren“?

9. Es stimmt, wir haben nicht geschwiegen, aber niemand kann von uns verlangen, deshalb das falsche Gemälde von Leuten, die den „Flügelstreit“ aus purem Selbstzweck führen, auch noch durch die eigene Unterschrift zu bestätigen.

10. Es wird die Forderung erhoben, künftig „ehrliche“ statt „taktische“ Bündnisse einzugehen. Der Brief läßt offen, welche unehrlichen Bündnisse es bisher gegeben hat.

11. Wir haben zu Anfang kritisiert, daß der Brief sich abstrakt gegen „Spaltungsabsichten“ ausspricht, ohne die Personen zu benennen, die der Spaltung das Wort reden. Viele uns politisch nahestehende Fraktionsmitglieder haben trotzdem den Brief unterschrieben. Wir ehrlich ist ein geschäftliches Bündnis, wenn eine seiner MitgliederInnen in einem kurz darauf erfolgten Interview mit dem Deutschlandfunk auf die Frage, was sie zu tun gedenke, wenn Otto Schily seine Drohung wahr machen würde, folgendes antwortet: „Ich würde aber vor allen Dingen mit ihm darüber diskutieren, was hinter diesem Moment, spalten zu wollen — von dem ich übrigens denke, daß Otto Schily gar nicht so will, sondern eher als Unentschieden aus den siebziger Jahren.“ (Anja Volmer)

12. Diejenigen, die öffentlich mit Spaltung drohen, meinen es gar nicht ernst, sagt Anja Volmer, aber diejenigen, die sich öffentlich gegen Spaltung wenden, wollen sie eigentlich, sagt Anja Volmer.

13. So sind zum Schluß, doch wieder die wirklich Schuldigen ermittelt worden.



Degesch Frankfurt:

Grüne Vergangenheitsbewältigung

In AK 289 berichteten wir ausführlich über die „Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung“. Der Zyklon B-Hersteller Degesch möchte gerade seine Produktion von sog. „Schädlingsbekämpfungsmitteln“ in Frankfurt am Main erweitern. Während nun die Erweiterungspläne der Firma, die mögliche Gefährdung durch Herstellung, Transport und Lagerung der hochgiftigen Chemikalien, also die ganzen ökologisch-technischen Einwände gegen die Degesch durchaus Gegenstand öffentlicher Erörterungen sind, findet eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der Degesch so gut wie überhaupt nicht statt. Selbst die linksliberale „Frankfurter Rundschau“ konnte sich bislang nur mit Mühe und Not (und dann auch noch teilweise einseitige und unverschämte) Kommentare zu den Aktivitäten eines linken Bündnisses herausquetschen, das sich die Aufarbeitung und öffentliche Erörterung der Degesch-Vergangenheit zum Ziel gesetzt hat. Auch innerhalb der Grünen gehen die Ansichten über das Vorgehen gegen die Firma weit auseinander. Die Minderheitsfraktion der Radikalkölnen (Fundis) im Frankfurter Römer stellte einen Antrag, in dem die Beteiligung der Degesch an den nationalsozialistischen Massenmorden dokumentiert und die Stadt Frankfurt aufgefordert

wird, sich für die Schließung der Degesch als einzig mögliche Konsequenz aus der Geschichte einzusetzen. Die Mehrheitsfraktion der RealpolitikerInnen meinte unbedingt, diesem Fundi-Antrag etwa entgegenzusetzen zu müssen, ihr alternativer Antrag gingferte in der Forderung nach einer „Konvention“ der Degesch-Produktion und wurde wie folgt begründet: „Angesichts der ökologischen Unverträglichkeit und Sinnlosigkeit der Produkte und Produktion sowie der NS-Vergangenheit der Fa. Degesch ist hier die einmalige Voraussetzung für ein Modellprojekt gegeben: von ökologisch unverträglich zu vertraglicher Produktion überzugehen.“

Auf einem gemeinsamen Termin, zwei Tage vor der Stadivernunftensammlung, auf der die beiden konkurrierenden grünen Anträge eingebracht werden sollten, „einigte“ mensch sich schließlich auf den (überarbeiteten) Fundi-Antrag, der Realo-Antrag, so der Beschluss, sollte zurückgezogen werden. Bei diesem Termin war auf realpolitischer Seite „Schadensbegrenzung“ angesagt, jede weitgehende Diskussion über Ursachen und Hintergründe der beiden Anträge wurde sorgsam vermieden. Wie unehrlich einseitig und mit welcher enormen „Verbissenheit“ andererseits die Auseinandersetzung zumindest von

Teilen der Realos geführt wird, zeigte sich erneut nach der Sitzung der Stadivernunftensammlung. Der Fraktionsgeschäftsführer der Grünen und Mitverfechter des Realo-Antrages, Sikorski, sah sich außerstande, das von der Mehrheit des Kreisverbandes abgelehnte Papier zurückzugeben, so daß der denkwürdige „Konversionsantrag“ doch noch seine höchste Weihe durch die Ablehnung in der Stadivernunftensammlung erhielt.

Vielleicht könnte der Eindruck entstehen, als würde hier eine jener „Provinzposen“ breitgetreten, die selbstverständlich auch in Nechern mit über 600.000 Einwohnern möglich sind. Und wir gestehen gerne zu, daß es die grüne Partei auf dem Feld dieser „Posen“ bereits zu erheblichen Leistungen gebracht hat. Weil aber auch Politik immer etwas mit Interessen zu tun hat, konnte es auch ganz anders sein. Es wäre denkbar, daß die Frankfurter Sponti-Realo-Szene, die in ihrem Hausblatt „Plasterstrand“ seit Wochen und Monaten über den Konservatismus und seine „Attraktivität“ diskutiert, mit der Degesch auf dem ganz falschen Fuß erwacht wurde. Tatsache ist, daß die ökolibertären Neigungen in der heutigen Realo-Szene zugenommen haben. Beispielsweise lehnte die grüne Kreisversammlung Mitte Oktober folgenden Antrag mit 46:30 Stimmen ab:

„Die Grünen Frankfurt erklären, daß sie — völlig unabhängig von dem Willen anderer Parteien —, keine VertreterInnen der CDU im hauptamtlichen Magistrat während der gesamten Zeit von 1989-1993 vertreten sehen wollen.“

Joschka Fischers Freunde möchten nach den Kommunalwahlen 1989 in den Frankfurter Magistrat. Da die CDU-Mehrheit aber relativ stabil ist, und die SPD — wie bei den letzten Landtagswahlen — weiser Stimmen verliert, wirft der kluge Realpolitiker ein Auge auf die CDU. Mit diesem „strategischen Schachzug“ trill man auch Befürchtungen in der SPD entgegen, für die das „reine“ rot-grüne Bündnis in Wiesbaden mit herben

Stimmenverlusten nach links und rechts endete. Der aberwitzige Witz mit der großen „Bürgerkoalition“ unter Einfluß der Grünen erfordert nun im Tagesgeschäft ein kompliziertes Taktieren. So erklärt es sich dann beispielsweise, daß im Realo-Antrag zur Degesch viel Scham und Betroffenheit bei gleichzeitiger Distanzierung von der „antifaschistischen Phrase“ rüberkommen soll.

Wir dokumentieren im Folgenden Teile der Auseinandersetzung. Die beiden Diskussionspapiere stammen von Mitgliedern der Degesch-Initiative, die gleichzeitig Mitglieder der Grünen sind.

KK/ Gruppe Frankfurt

Thema erledigt?

1) Das Ergebnis der Sitzung des KV am 27.10. über die beiden grünen Anträge zur Degesch könnte uns eigentlich freudig stimmen. Schließlich hat sich mit dem völligen Wegfall des Realo-Antrags („Konversion“) und dem Bezug auf wesentliche Teile des Fundi-Antrags („Stilllegung“) eine Linie durchgesetzt, für die auch wir in den letzten Wochen des öfteren gestritten haben. Auch die weitere Zurückdrängung der ökologisch-technischen Kritik haben. Auch die weitere Zurückdrängung der ökologisch-technischen Kritik an der heutigen Degesch („Pestizidproduktion“) zugunsten einer eindeutigeren Orientierung an der Degesch-Vergangenheit ist nun wirklich auch in unserem Sinne.

Getrübt wird unsere freudige Stimmung allerdings erheblich durch die Art und Weise, wie die am 27.10. erzielte „Einigkeit“ zustande kam. (...) Das wirklich verlogene Argument der ganzen Diskussion war die Behauptung, es sei unverschämte (und mehr!), an einem Papier eine weitgehende politische Kritik zu entwickeln, das überholt und unter heftigen Umständen — in denen halt Fehler passieren können — entstanden sei. (...) Das unglaublich schnelle „Fallenlassen“ des Realo-Antrags und die permanenten Appelle an grüne Harmoniebedürfnisse bestärken uns in unserem unangenehmen Gefühl, daß am Dienstag aus vorwiegend taktischen Gründen „Schadensbegrenzung“ betrieben wurde und an einer politischen Diskussion kein Interesse bestand.

2) Nach den langen Diskussionen mit den Realos schon Mitte August über diesen Antrag entdecken wir in ihm allerdings die konkrete Ausformung einer politischen Linie, wie sie von den Realos im Hinblick auf die Kommunalwahl 1989 (und selbstverständlich darüber hinaus) betrieben wird. Tom Koenigs schreibt in seinem Papier „Wir brauchen mehr für die Mehrheit in Frankfurt“: „Die verbalradikale Pose, das immer wiederholte Bekenntnis und die unter den geltenden gesellschaftlichen Verhältnissen unerfüllbaren Wunschvorstellungen sind eben nicht mehr als realistische und von breitem Verständnis getragene sichere Schritte, sondern (...) schafften (...) Penetrität und allenfalls noch Gelächter.“ Und Roswitha Beck und Lutz Sikorski sprechen in ihrem Papier „Grünes Bewußtsein ist noch keine grüne Politik“ von „phrasenhaften Forderungen, die lediglich zur Aufrechterhaltung einer trügerischen Gruppenidentität“ taugen.

Sofort nach solchen Ansichten auf die Erfahrungen mit den Forderungen nach Rückbau ganzer Autobahnknotenpunkte, Lärmschuttschilde und Hochhäuser bezieht, sind wir voll gespannter Erwartung auf die neuen Forderungen und Initiativen in diesem Bereich. Aber als antifaschistische Dauerdemonstrationen klingen bei uns alle Alarmglocken, wenn ihr die Distanzierung von „phrasenhaften Forderungen“ und der „verbalradikalen Pose“ auf den Zyklon B-Hersteller Degesch überträgt. Und wenn die Absicht, eine neue, kreative, innovative, alte „ausgelassene“ Bahnen verlassende Politik dazu führt, ein Unternehmen ökologisch zu „amnestieren“, das am Holocaust regelrecht verdient hat — dann hören der Spaß auf.

Die „radikale Phrase“ der Schlussforderung, die einseitige Anklage sowie der Ruf „Skandal!“ in dem Fundi-Antrag sollten ersetzt werden durch vorsichtige „Ausgewogenheit“ und die Phrase der „Betroffenheit“. Nach Lage der Dinge hätte ein solcher Antrag vielleicht sogar Chancen gehabt, in der „FR“ positiv erwähnt zu werden —

natürlich in Abgrenzung zur stets moralisierenden und gelfernden Frau Tuckfeld (Radikalkölnin), die das Parlament nachts mit wieder nerven und langweilen mußte.

3) Es könnte der Eindruck entstehen, als würden wir uns als Mitinitiatoren des Degesch-Bündnisses in erster Linie um die innergrünen Widersprüche zur Degesch kümmern, als läge unser Hauptinteresse an einer Austragung von Konflikten mit den Realos. Das ist

Hauptinteresse an einer Austragung von Konflikten mit den Realos. Das ist natürlich — selbst nach zwei Papieren der KV — weit gefehlt. Das Problem ist nur, daß wir seit Beginn unserer Versuche, die Vergangenheit der Degesch in dieser Stadt zu thematisieren, ganz eigenartige Erfahrungen gemacht haben, und zu diesen eigenartigen Erfahrungen zählt allerdings auch der Realo-Antrag. Von Anfang an waren wir mit einer gewaltigen Verdrängung dieses Themas konfrontiert und zwar auf wirklich allen Ebenen.

Wir kommen zu drilt auf eine Versammlung von Fochenheim Bürgerinnen und Bürgern zur Degesch. Nachdem wir uns anderthalbstündige Vorträge über roten Phosphor, weißen Phosphor, Brandgefahr, Immissionen etc. angehört haben und nach einer weiteren halben Stunde Diskussion über diese Themen, redet einer von uns kurz zur Vergangenheit dieser Firma, zum Zyklon und zu Auschwitz. Der Versammlungsleiter verkrampt zusammen und bekommt einen roten Kopf, die Spezialisten vom Öko-Institut Darmstadt sehen ausgesprochen böse aus — als hätten wir etwas verdünnt „Landslügen“ gesagt.

Wir wollen ein Veranstaltungsflugblatt drucken lassen und bekommen auf einmal einen Anruf vom Setzer aus der Alternativdruckerei. Sogar könne man doch nicht machen — die Leute von damals seien doch alle tot.

Die Veranstaltung, auf der immerhin Mitglieder des Auschwitz-Komitees sowie der Autor Jörg Friedrich aus Westberlin (Autor eines „Standard-Werkes“ über NS-Täter, Fischer-Verlag) sprechen sollen, wird trotz eindeutiger und rechtzeitiger Bemühungen in keiner Frankfurter Tageszeitung (einschließlich TAZ) angekündigt. Ergebnis: enttäuschte 80 Besucher. „Natürlich“ gibt es auch keinen Veranstaltungsbericht in irgendeiner Zeitung.

Um die Liste dieser „Verdrängungen“ nicht ewig fortzusetzen und zu einem aktuellen Beispiel zu kommen: Manon (Tuckfeld) begründet den inzwischen gemeinsamen Antrag im Römer und redet fast ausschließlich zur Vergangenheit der Degesch, des Zyklons und zu Auschwitz, und sowohl SPD als CDU begründen die Ablehnung dieses Antrages ausschließlich mit der Notwendigkeit der Degesch-Giftgase, der Machbarkeit ihrer Produktion und gehen mit keinem Wort auf die Degesch-Vergangenheit ein! (...) Übrigens, während der Debatte ist weniger als die Hälfte der grünen Fraktion im Saale anwesend!

Wir befürchten, daß nach all den „peinlichen“ Diskussionen um den Realo-Antrag viele Grüne nun froh sein werden, daß das Thema „erledigt“ ist, weil parlamentarisch behandelt ist. Und wir befürchten, daß der realpolitische Versuch, den „Anliegen (und Wertevorstellungen) der Durchschnittsbürger entgegenzukommen“ (Beck/Sikorski), in diesem Land immer noch bedeutet: Anpassung an die Normalität (z.B. der Degesch), Anpassung an die Verdrängung.

Thomas Kiewitz
Herbert Sebring

Auschwitz hat sich gelohnt

1) Die Art und Weise, wie sich die Mehrheit der Fraktion zur Degesch äußert, läßt nicht gerade den Schluß zu, daß die politische Dimension des Degesch-Konfliktes verstanden worden ist.

Man kann nicht sagen, daß dieses Land unter seiner Geschichte besonders zu leiden hätte, jedenfalls merkt man wirtschaftlich und materiell nichts davon, daß von Deutschland aus halb Europa zerstört wurde, 50 Millionen Menschen ihr Leben verloren und die systematische Vernichtung der europäischen Juden betrieben wurde. Die Aussage Barbara Sichtermanns: „Wenn es eine historische Gerechtigkeit gäbe, gäbe es kein Deutschland mehr“ — regt so etwas noch irgendjemanden zum Nachdenken an? Das zugespitzte Symbol dessen, daß es jemandem trotz und sogar wegen Auschwitz heute gut geht, ist die Fa. Degesch. Die Existenz dieser Firma, ihre blühenden Geschäfte usw. lassen eigentlich nur einen Schluß zu: Auschwitz lohnt sich! Es ist wahr: man kann an so etwas wie Auschwitz beteiligt sein (und es gibt kein Buch über den Holocaust, in dem nicht der Degesch und ihrem Zyklon B mindestens ein Kapitel gewidmet wäre), man kann sogar am Holocaust verdienen — es bleibt folgerlos.

Da, wo die Morde persönlich durchgeführt wurden, eventuell noch von einem sog. „Exekutor“, da steht die Justiz gewisse Verfolgungsmöglichkeiten vor. Der milbonenfache „anonyme“ Tod im Gas, ermöglicht von einer Firma, die 23.000 kg Zyklon B auf Bestellung korrekt nach Auschwitz liefert (mit Lieferschein und Empfangsquittung), bleibt für diese Firma folgenlos. ... Auschwitz lohnt sich — das ist die politische Dimension des Degesch-Konfliktes.

2) Die Mehrheit von Realos und autonomen Frauen schreibt in ihrem Degesch-Antrag: „Angesichts der ökologischen Unverträglichkeit und Sinnlosigkeit der Produkte und Produktion sowie der NS-Vergangenheit der Fa. Degesch ist hier die einmalige Voraussetzung für ein Modellprojekt gegeben: von ökologisch unverträglich zu vertraglicher Produktion überzugehen.“

Dieser ebenso peinliche wie furchterliche Satz wirft gleich mehrere Fragen auf: Was stört die Fraktionsmehrheit eigentlich am Zyklon B-Geschäft der Fa. Degesch? Daß es ökologisch unverträglich war? Was hat die Beteiligung an dem faschistischen „Verbrechen“ überhaupt mit der Ökologiefrage zu tun? Ist es wirklich so, daß ein Kapitel grüner „Vergangenheitsbewältigung“ in ökologisch sinnvollen Produzieren liegt?

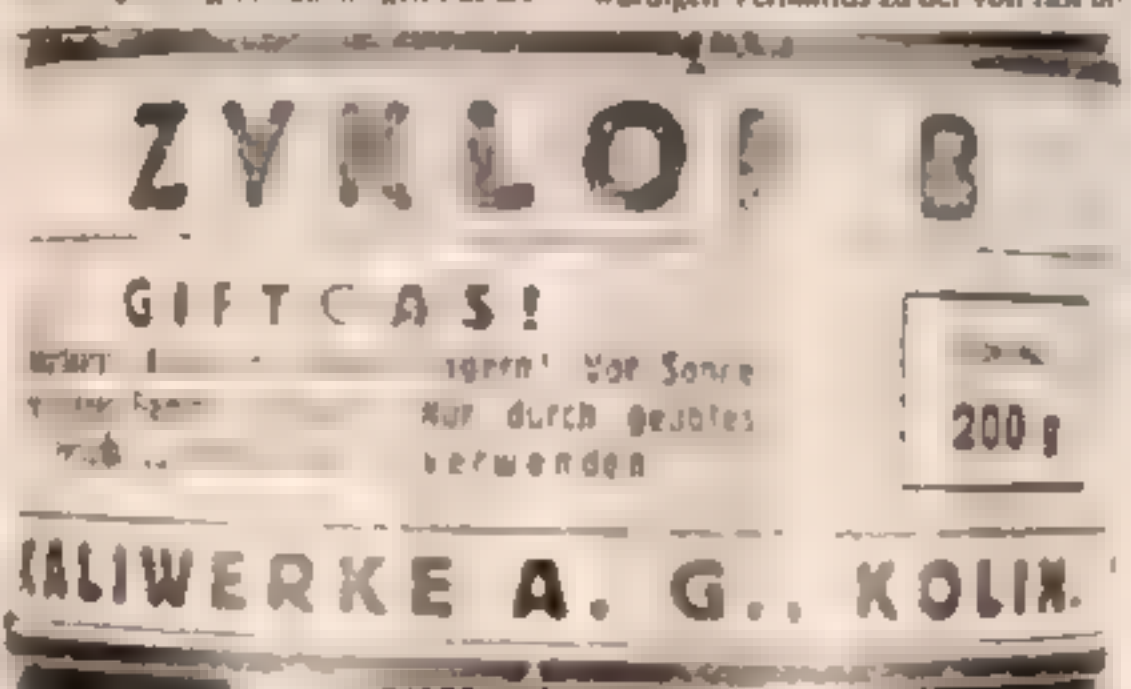
Willing haben die Grünen noch nicht gelernt, daß z.B. die Gestaltung des Börnplatzes vor allem unter ökologischen Gesichtspunkten zu ergreifen habe. Kommt das demnächst auch noch? Denjenigen, die in den letzten Wochen vor allem die Vergan-

genheit der Degesch thematisiert haben, wurde mitunter vorgeworfen, sie vermengten in unzulässiger Weise die faschistische Vergangenheit mit der heutigen Existenz der Degesch. Wo bitte gibt es einen Satz, der den oben zitierten in dieser Hinsicht übertreffen würde u.a. weil die Degesch eine NS-Vergangenheit hat, soll sie heute „vertragliche“ Sachen produzieren.

3) In dem Antrag der Fraktionsmehrheit heißt es an anderer Stelle: „Die Nichtauflösung der damaligen Fa. De-

Mehrheitsfraktion im Römer heute kaum anders als die Mehrheit der Deutschen damals und heute. Statt Anklage — Beschwichtigung statt Verurteilung — Amnestie bereichert um den guten Rat: wenigstens „ökologisch vertraglich“ zu produzieren.

4) Ja, wir tun uns schwer mit den Fakten. Die Besetzung des Börnplatzes, der Kampf darum, daß er ein Ort des Gedenkens und der Erinnerung sein soll — dies alles steht in einem merkwürdigen Verhältnis zu der von fast al-



gesch im Rahmen der Auflösung der IG Farben nach dem 2. Weltkrieg ist ein historisches Versäumnis.“ Im Kontext der realpolitischen Argumentation des Antrags bedeutet dieses Argument: wir können heute nicht das Verbot einer Firma fordern, deren Auflösung „historisch versäumt“ wurde (in anderen Fragen hindern sog. „historische Versäumnisse“ oder „Fehler“ Grüne allerdings nicht daran, heute radikale Veränderungen zu fordern. Nicht wenige Grüne, die z.B. für die Überwindung und Abschaffung der sog. „Blocksysteme“ eintreten, halten das Abkommen von Jalta für einen neuen historischen Fehler.) Die Einordnung des Hinweises auf das „historische Versäumnis“ in eine Argumentation, die sich explizit gegen ein Verbot der Degesch wendet, ist noch aus einem anderen Grund sehr geahlich. Der amerikanische Chemikallager Taylor versuchte in den Nürnberger Prozessen, das Zyklon B-Giftgas und die Degesch in die Anklage gegen die IG Farben zu packen. Zwar wurden die IG-Direktoren vom dem Vorwurf der Mithäuflichkeit an den Morden in Auschwitz freigesprochen, aber die IG Farben wurde aufgelöst. Die Degesch und ihr Direktor wurden der deutschen Justiz überantwortet, und da waren sie an der richtigen Adresse. Es passierte das, was fast immer passiert, wenn die deutsche Justiz über ihre eigenen Landsleute zu Gericht saß: Freispruch und natürlich keinerlei Konsequenzen für die Degesch. Diese systematische Selbstamnestie hat mit „Versäumnissen“ wenig zu tun.

Insofern verhält sich die grüne

Herbert Sebring

AIDS:

Fakten, Hochrechnungen, Stammtisch-Apokalypsen

Neue Fakten gibt es kaum, Festzuhalten ist, daß AIDS sich bisher in der allgemeinen Bevölkerung der Industrieländer nicht wie erwartet ausbreitet. Daß die Kurve der Neuinfektionen in den sog. Risikogruppen abflacht. In den Armutszonen der Welt, besonders Afrika, sieht es anders aus. Es fehlen allerdings verlässliche Fakten.

Besonnene Geister wie die „Deutsche AIDS-Hilfe“ raten deshalb im Interesse gezielter Vorbeugung zur Versackelung der Aufklärung. Gau- und Supergauweiler hysterisieren dagegen verstärkt die Öffentlichkeit mit abenteuerlichen Hochrechnungen und Stammtisch-Apokalypsen wie kürzlich H. Halter im „Spiegel“. Der Ruf nach „Maßnahmen“ folgt auf dem Fuße. Wir skizzieren die Kampagne und dokumentieren dazu den Faktenstand zu AIDS, sowie eine Kritik der Hochrechnungsmethoden.

„Abends, am Rande der zahllosen Aids-Symposien“, schrieb „Spiegel“-Reporter Hans Halter Mitte November (1), „maien die Experten einander die drohende Apokalypse aus. Es ist ein Schreckensbild, eine Untergangsvision, vergleichbar nur den Szenarien des globalen Atomkrieges: Aids, so heißt es, ist auf dem besten Wege, die größte Gesundheitskatastrophe in der bekannten Geschichte der Menschheit auszulösen; die Seuche wird mehr Opfer fordern als alle Kriege, Naturkatastrophen und Hungersnöte dieses Jahrhunderts zusammengekommen; sie wird kein Land verschonen, wird die Bevölkerungsexplosion beenden und auf allen Kontinenten demographische, ökonomische und kulturelle Umwälzungen bewirken, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt.“

„Worst case“ heißt das Stichwort dieser Untergangsdebatte, „im schlimmsten Fall“. Alle Erörterungen erfolgen mündlich, und jeder Apokalyptiker beschwert seine Prognosen mit der dringenden Bitte: „Sie dürfen mich damit aber auf gar keinen Fall zitieren.“ Denn seit den Tagen der alten Griechen gilt der Bote schlechter Nachrichten zugleich als Vater des Unglücks. Und an Aids will wirklich keiner Schuld sein.

Die Stammtisch-Apokalypse des Herrn Halter wäre keiner Erwähnung wert, wenn sie nicht exemplarisch für die Argumentationsmethoden der AIDS-Hysteriker und aktuell mal wieder schrittlich in der Funktionalisierung von AIDS für dessen politische Nutznießer wäre, die mit solcher Stimmungsmache ihre reaktionären Maßnahmen begründen.

Es ist ein einfaches Rezept, das Halter da benutzt: Gestützt auf die zur unterdrückten Wahrheit hochstilisierten (inoffiziellen) Aussagen zieht Halter demagogisch gegen die angeblichen Versäumnisse der offiziellen AIDS-Politik zu Felde. Gemeint sind das Südmittelministerium und die mit ihr kooperierende „Deutsche Aids-Hilfe e.V.“, die Sitz in West Berlin, sowie die Vernetzung der wieder mit dem Südmittelministerium, und noch weniger mit Gauweiler übereinstimmenden sexualwissenschaftlichen und epidemiologischen Studien, Veröffentlichungen, Arbeitstreffen, Kongresse und Seminare.

Dort sei in Bezug auf die Behandlung der Erkrankten „noch immer Zurecht angeordnet“ und werde so getan, als ob Treue oder Kondom Sicherheit gegen die weitere Ausbreitung der Infektion geben könnten. Tatsächlich aber bestehe weder Aussicht auf Heilung der bereits Erkrankten, Wer sich infiziere, müsse sterben. Noch schütze das Kondom, ja nicht einmal Treue. Die Kondome seien bekanntlich nicht fehlerfrei. Darüberhinaus nütze selbst Treue da nichts mehr, wo das Virus aufgrund neuer Mutationen zukünftig möglicherweise durch die Luft übertragen werde. „Zur Jahrtausendwende wird jedwede Untergangsvision konjunktural haben, diese ganz besonders. Sie hat im Aids-Virus ihr Substrat. HIV muß nur noch fliegen lernen. Noch wird das Toxivirus vor allem durch Blut und Körperflüssigkeiten übertragen. So muß es nicht bleiben. HIV droht ein großer Mad in Millionen Menschen wird es tagtäglich billionenfach reproduziert. Dabei wandelt sich permanent seine Gestalt und,

will es das Unglück, auch seine Eigenschaften, Retroviren fliegen schon durch die Luft. Noch töten sie nur Pferde.“

Für Aussagen wie diese bringt Halter Zitierverweise der umstrittenen Frankfurter „Aids-Professoren“ Elke Brigitte Heun, Wolfgang Stille, die schon seit Jahren eine „schleichende, exponentiell ansteigende Katastrophe“ beschwören, sowie Helga Rubsamen-Waigmann und vor allem des international bekannten, allerdings als Apokalyptiker berüchtigten schwedischen Epidemiologen Michael Koch (nicht zu verwechseln mit dem westberliner Virologen Meinrad Koch, der relativ zu seinem Namensvetter maßvoll argumentiert).

Professor Koch verdient als Stichwortgeber nicht nur in Schweden, sondern darüber hinaus für die „Weltgesundheitsorganisation“ (WHO) besondere Aufmerksamkeit. Koch war auch einer der wichtigsten Experten auf dem Mitte November in der evangelischen Akademie Tutzing durchgeführten AIDS-Kolloquium, zu dem eine Mischung aus regierungsmittelter Prominenz von Laien wie über 5000 bis hin zu Vertreterinnen von AIDS-Selbsthilfegruppen geladen war.

Er entwarf trübe Aussichten: „Der erhoffte Impfstoff könnte das Problem nie schlagartig lösen. Die Epidemie

Weg übertragen.“ Halter, Puerto Rico, Trinidad und gewisse stambelastete Großstädte Lateinamerikas (wie etwa Sao Paulo) ziehen nach. Politische Erwägungen lassen aber viele betroffene Staaten das Thema tatsächlich oder beargwöhnen. „Im klaren! Es liegen keine verlässlichen Statistiken vor. Die Angaben des Professors beruhen auf eigenen Quellen.“

Kochs darauf folgende rein kumulative Aufzählung aller bisher bekanntgewordenen „Aids-Fälle“ für die Industrieländer führt zu dem Finale „Selbst Island, Grönland und manche Inseln des Pazifik (wie Hawaii) sind bereits betroffen. Damit hat sich in aller Stille aus einer zentralafrikanischen Endemie über eine amerikanische Epidemie eine unheilvolle Pandemie entwickelt.“ Was möglich ist und was nicht, werden wir aus Prof. Kochs aber dennoch „nicht vor dem Jahr 2000 endgültig wissen.“ Für die Öffentlichkeit seien mit dieser wissenschaftlichen Unsicherheit große Ängste verbunden, und so sei man geneigt, eine Sicherheit vorzuspiegeln. Die Natur kenne aber solche Skrupel nicht.

Von der Hochrechnung zur Simulation

Bewiesen ist das alles nicht, was der Prof. da vorbringt. Weder gibt es gesi-

Anwachsen der Epidemie nähmen kontinuierlich zu, so daß die Zukunftsprognose etwas abflachen.“ Dies sei bei Städten wie New York und San Francisco „schon deutlich“ zu sehen gewesen, während europäische Städte noch eine ziemlich gerade Linie aufwiesen.

Es liegt „irgendetwas“ nahe, räumt der Professor ein, als Ursache eine verlangsamte Zunahme der Virusträger anzunehmen was wiederum auf Verhaltensänderungen oder den Nutzen prophylaktischer Maßnahmen schließen ließe. Ebenso könne man meinen, die Sättigung infizierbarer Gruppen setze bereits ein. Aber das nicht sein kann, was nicht sein darf, weiß er fort: „Wurde man die Abnahme der Beschleunigung gleichmäßig in die Zukunft verlängern, was bei mathematischer Kurvenanpassung in der Regel auch geschieht, ergäben sich auf lange Sicht viel zu günstige Prognosen. Man wird hier jedoch Opfer eines wenig vertrauten Effekts: Die starke Variation der langen Inkubationszeit erzeugt einen verstärkten Anfangsschub, und eben aus dessen Abklingen resultiert die scheinbare Verlangsamung der Epidemienentwicklung innerhalb der ersten fünf Jahre.“ Konsequenz: Der größte Teil der AIDS-Epidemie liegt noch in der Zukunft.

Dies könnte mensch noch für ledig-

Hochrechnungen bei gleichzeitigem Sprung in ein neues Verfahren, die Simulation — ohne daß sich an der Unsicherheit der Ausgangsdaten ein Jota geändert hätte! Aufbruch in die apokalyptische Phantazie! Auf Einwände ist der Professor gefällig. „Der häufig gehörte Einwand gegen diese Art von Modellen, man habe noch keine zuverlässigen Daten, ist unsinnig. Ein gutes Modell braucht nicht geändert zu werden, wenn die Daten einmal besser werden. Schlechte Daten treffen simple Methoden ebensosehr. Ein komplexes Geflecht von Zusammenhängen läßt sich noch immer am ehesten durch einen Computer entschlüsseln.“

Realitäten

Stellt sich die Frage, was die Funktion solcher Prognosen ist, wenn sie nicht stimmen. M. Koch mag für sich die Rolle des unpolitischen Warners in Anspruch nehmen, der übertrifft, um gehört zu werden. Allerdings dürfen die aus Schweden kürzlich bekanntgewordenen Pläne, auf einer Insel vor Stockholm eine AIDS-Isolation einzurichten, Produkt der von ihm vertretenen Präventivlinie sein. Der Frage, ob das in Kochs Sinne ist, kann ich hier nicht weiter nachgehen.

Was Koch allerdings aus guten Gründen trotz al em noch in der „wissenschaftlichen Unsicherheit“, im Konjunktiv hält, verwandelt sich im „Spiegel“ zum Indikativ und zur apokalyptischen Hysterie, deren Zweck allein die Stimmungsmache für schärfere staatliche Maßnahmen sein kann. Dem „Spiegel“-Autor reicht die, eh schon massive, auf „Verhaltensänderung“ zielende offizielle AIDS-Kampagne unter dem Motto „Treue ist der beste Schutz. Kondome vermindern das Risiko“, reichen die bisherigen Maßnahmen im Rahmen des Seuchengesetzes nicht aus. Sein Votum ist eindeutig, wenn auch in der üblichen verschmierter Weise formuliert, wo er behauptet: „Der Staat und seine Gesundheitsbehörden verzichten darauf, sich einen zuverlässigen Überblick über Umfang und Ausbreitung der gefährlichsten Seuche, die wir im Lande haben, zu verschaffen.“

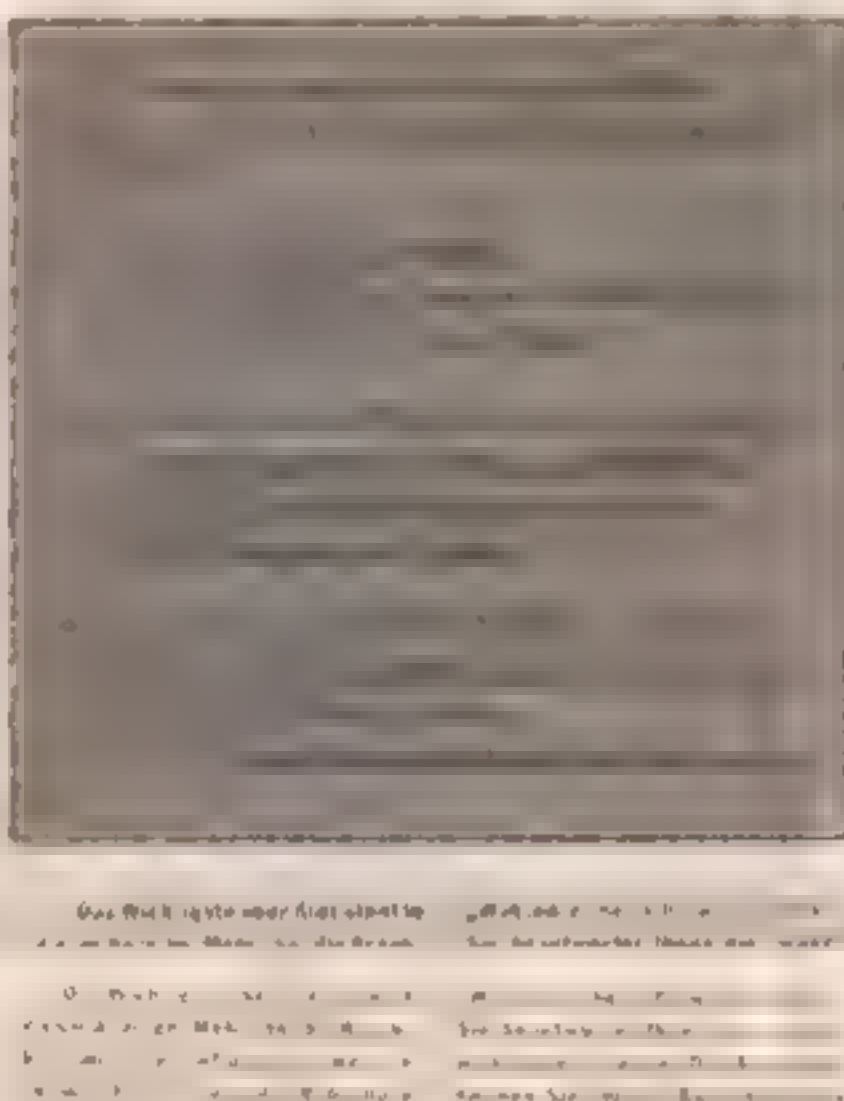
Tatsächlich existiert in der BRD eine anonyme Meldepflicht für diagnostische und therapeutische AIDS-Stationen. Tatsächlich wurden bereits mehrere Personen nach dem Seuchengesetz vor Gericht gezeigt. Erst vor zwei Wochen wurde ein HIV-infizierter Amerikaner in Nürnberg zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung wegen „ungeschützten Geschlechtsverkehrs“ verurteilt. Tatsächlich wurde der Sozialwissenschaftler wegen „ungeschützten Geschlechtsverkehrs“ verurteilt. Tatsächlich trat die Stadt Frankfurt mit dem Plan hervor, „unbelehrbare“ Prostituierte oder Stricher in einem „Aids-Haus“ isolieren zu wollen. Ähnliche Pläne wurden aus dem Saarland bekannt. Das geht noch über das was München bisher Bekanntes hinaus. Tatsächlich mußte Bayerns Staatssekretär Gauweiler auf dem Kolloquium in Tutzing zugestehen, daß die bayerischen AIDS-Maßnahmen zum Untersuchen der Betroffenen und Abwanderung in andere Bundesländer geführt haben. Gleichzeitig kündigte er eine Fortsetzung und Intensivierung dieser Politik an. Tatsächlich vergeht nicht ein Monat ohne ein „hochkarätiges“ Treffen von Ärzten, Juristen, Bürokraten, auf der nicht über schärfere Gesetze gegen AIDS Infizierte diskutiert wurde um hin zur Änderung des Familien- und Erbschicks.

Ärzte und Psychologen, Praktikerinnen mahnen vergebens zur Schadensbegrenzung. So kürzlich in München ein „workshop“ von fast dreihundert Teilnehmerinnen zum Problem der sog. „Aids-Phobie“, auf dem die katastrophalen Auswirkungen der allgemeinen AIDS-Angst und ihrer hypochondrischen Verarbeitung in Einzelfällen an Hand einer ersten derartigen Studie diskutiert wurde. Das Thema Aids-Phobie nehme in der Beratungsarbeit, in Kliniken und bei Hausärzten einen zunehmend großen Raum ein. Diese Klage wird seit längerem immer wieder auch von den AIDS-Hilfen vorgebracht. (4)

Ebenfalls erst vor wenigen Wochen legte die „Deutsche Gesellschaft für Geschlechterforschung“ der Öffentlichkeit eine Revolution vor, in der die Befürchtung ausgesprochen wird, daß durch AIDS „eine ganze Generation mit einem völlig verzerrten Bild von Sexualität“ werde. (5)

Fortsetzung nächste Seite

HIER DROHT AIDS:



Anzeige des Familien-Ministeriums: Die sanfte Linie

Wie würde selbst bei sofortigem Durchimpfen der Bevölkerung erst nach zehn Jahren ihr Maximum erreichen und noch mehr als zwanzig Jahren zum Stillstand kommen. Ein wirksamer Impfstoff gegen HIV ist zudem in naher Zukunft nicht zu erwarten. Der Grund ist unter anderem die extreme Veränderlichkeit des Virus. Es sind schon 14 verschiedene Varianten gleichzeitig bei demselben Patienten gefunden worden, und von den heute etwa 3000 Varianten, die weltweit in Laboratorien angehäuft sind, scheinen nicht zwei einander völlig zu gleichen. Man hat überdies inzwischen einen zweiten Virustyp (HIV-2) in Westafrika und Europa entdeckt, wiederum mit zahlreichen Varianten, der sich mit den meisten gängigen Testverfahren noch nicht nachweisen läßt. Wir haben es also nicht mit einem streng definierten, konstanten Virus zu tun, sondern mit einem beweglichen Ziel, das sogar einen sich unablässig ausweitenden Kometenschweif genetischer Varianten hinter sich herzieht. (2)

Zudem, meint Koch, könne man heute eine Infektion über die Schleimhäute „nicht mehr ausschließen.“ Erst kürzlich seien Ansteckungsfälle durch Blut und Blutspitzen bei Pflegepersonal bekanntgeworden, „die einen solchen Infektionsweg nahelegen.“

In Zentralafrika, „der mutmaßlichen Wiege dieser Epidemie“, gibt Koch an, seien in manchen Ländern schon 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung infiziert; „die Zahl der Aids-Fälle geht vermutlich in die Hunderttausende.“ (Dort wurde das Virus von Anfang an überwiegend auf heterosexuellem

chemes Wissen über die Auswirkung der Virus-Mutationen auf die Infektionskraft, noch zur angeblichen Schleimhautübertragbarkeit. Die Ausbreitungsdaten wie die Ausbreitungswege der Krankheit in den Armenzonen der Welt sind wissenschaftliche Unbekannte, die Behauptung, AIDS sei aus Zentralafrika entstanden, ist nach wie vor wissenschaftliches, eher politisches Spekulationsobjekt. (Siehe dazu die nebensächliche Dokumentation der „Deutschen Aids-Hilfe“).

Nicht nur bei seinen öffentlichen Auftritten wie in Tutzing, sondern auch in seinen neueren Veröffentlichungen, so in z. B. in der schon zitierten Sondernummer von „Spektrum“ bemüht sich der Professor interessanterweise selbst mit großem Aufwand darum, nachzuweisen, daß der bisherige Datenstand in Sachen AIDS, die Zuverlässigkeit der Daten, sowie die Kriterien und Methoden ihrer Bewertung weder für ein exaktes Bild der individuellen und noch weniger des epidemischen, d. h. kollektiven Krankheitsverlaufs ausreichen.

Die Aussagekraft der HIV Tests, schon bisher umstritten, da sie sich nur auf mögliche Gegenreaktionen (Antikörper) nicht auf die Krankheitsverläufe selbst beziehe, werde immer geringer. Zu der ohnehin schon hohen falschen Quote der Tests komme die verzerrte Ausbildung von Antikörpern über einen Zeitraum von zwei bis 10 Jahren hinzu. Die früher mit 5 - 10 Jahren angenommene Inkubationszeit dehne sich auf 10 - 15 oder mehr Jahre aus. Genaue Angaben seien nicht möglich. Die Verdopplungszeiten für das

HIER NICHT:

- nach heutigem Wissen wird AIDS auf folgenden Wegen nicht übertragen:
- Durch Kontakthandeln wie Handeschütteln, -Zärtlichkeiten oder Wangeküssen
 - Durch Ausatmen oder Anhauchen
 - Durch Bewerbe an Schwimmstadion der Sauna oder beim Sport
 - Durch Zusammenleben mit infizierten oder Kranken
 - Durch gemeinsame Arbeiten im Betrieb
 - Durch Beisitzen von Toilette, Bad und Dusche
 - Durch Insektenstiche und Haustiere
 - Durch das Spritzen von Blut

Der heutige Kenntnisstand

aus dem Memorandum der „Deutschen AIDS-Hilfe“

Die öffentliche Diskussion über AIDS in den Medien ist durch Szenarien wesentlich mit vorangetrieben worden, die versucht haben, aufgrund bestimmter Zahlen Prognosen über die Ausbreitung der Krankheit in unserer Gesellschaft zu entwickeln und Konsequenzen zu ziehen.

Das Verdienst all dieser Szenarien ist es, der Krankheit AIDS — schneller als es ohne sie möglich gewesen wäre — das öffentliche Interesse erschlossen zu haben.

Zunehmend bedenklich und einem rationalen Umgang mit der Krankheit und den von ihr Betroffenen im Wege stehend ist es allerdings, wenn mit dem wenigen gesicherten Zahlenmaterial spekulativ umgegangen wird, umso mehr, als die auf dieser Basis erstellten Prognosen gleichwohl Realitätswert beanspruchen und weitreichende gesellschaftliche Konsequenzen gefordert werden. Es erscheint uns daher wichtig, zu den Ausgangspunkten dieser Szenarien zurückzukommen und einige Zahlenangaben näher darzustellen.

— Die Verdoppelungszeiten bei den Krankenzahlen
— die Verhältniszahl von HIV-Infizierten zu AIDS-Kranken
— Zahlen für die mögliche Gefährdung der heterosexuellen Bevölkerung.

Die Frankfurter Professoren Dr. Eike Brigitte Helm und Dr. Wolfgang Stille behaupten in ihrem Memorandum:

Die Frankfurter Professoren Dr. Eike Brigitte Helm und Dr. Wolfgang Stille behaupten in ihrem Memorandum vom 8.12.1986 Verdoppelungszeiten von 8 bis 12 Monaten, die Leichten Ärzte des Universitätsklinikums Essen in deren Memorandum vom 10.3.87 jährliche Verdoppelungen Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth 19 bis 12, eventuell sogar 13 Monate. Wer die Bemühungen kennt, die Verdoppelungszeit durch präventive Maßnahmen um nur einen einzigen Monat zu strecken, kann ersehen, daß Weichen zwischen diesen Auffassungen liegen.

Ihnen einmündig aber wird das Verhältnis der bekannten zu den unbekannten Krankheitsfällen die Dunkelziffer als „unerschätzbar“ eingeschätzt.

Dagegen genügt die Hochrechnung des Verhältnisses von AIDS (Ebenbild) Erkrankten zu symptomlosen Infizierten zum fragwürdigen Rutespiel. So veröffentlicht die Essener Ärzte Zahlen von 1.100, d.h. ausgehend von 800 Kranken ca. 80.000 Infizierte, Helm/Stille 1.100 bis 150, d.h. 80.000 bis 120.000 Infizierte und Süßmuth eine Spanne von 30.000 bis 120.000 Infizierte. Diese Unterschiede mögen zwar statistisch gesehen irrelevant erscheinen, legen aber die gravierende Faktenunsicherheit bloß.

Völlends kontrovers ist schließlich die Interpretation der vorliegenden Zahlen zur Frage des Übergreifens in den heterosexuellen Bereich. Während Helm/Stille davon sprechen, „im zunehmendem Umfang heterosexuelle Frauen, die ohne extreme Lebensgewohnheiten zur Infektion gekommen sind“ (vgl. FAZ, 29.4.1987) zu befreuen, veranschlagt das Essener Memorandum „die Zahl der AIDS-Kranken, die nicht den Hochrisiko-Gruppen angehören“, auf zur Zeit knapp 4 Prozent. Ihre Zahl verdoppelt sich ebenfalls jährlich. Aussagen zu dieser Frage sind allerdings insofern fragwürdig, als meist nicht genau unterschieden wird, ob diese Infizierten Heterosexuellen Partner von Angehörigen der Hauptbetroffenen-Gruppen sind oder bereits Partner von diesen Partnern, also praktisch „im dritten Glied“ infiziert.

Eine Studie des Centers for Disease Control in Atlanta nennt bei einem Fünftel der 7 Prozent an AIDS erkrankten Frauen in USA — also ca. 1,4 Prozent aller AIDS-Kranken der USA — heterosexuellen Geschlechtsverkehr als Infektionsursache. Auch hier gilt wie oben, daß diese heterosexuellen Kontakte nicht weiter differenziert werden, was einen Rückschluß auf eine Infizierung im rein heterosexuellen Bereich ohne Beteiligung von Partnern aus den Hauptbetroffenen-Gruppen nicht zulaßt.

Viel zitiert wurde eine Meldung vom kürzlich abgeordneten AIDS-Kongreß in Washington, nach der sich die Zahl der vom Virus HIV infizierten Heterosexuellen um 135 Prozent gesteigert habe. Es handelt sich um eine Stellungnahme des Centers for Disease Control in Atlanta. In der Studie wird die Zahl der infizierten Heterosexuellen wie folgt aufgeschlüsselt:

64 Prozent wurden von ihrem drogen-
getriebenen Partner infiziert.

14 Prozent waren Partner von bisexuellen Männern.

4 Prozent stammen aus Ländern Afrikas.

1 Prozent waren Partnerinnen von Bluthern.

1 Prozent Partner von Bluttransfusionsempfängern.

Bei 16 Prozent der Heterosexuellen konnte kein eindeutiger Infizierungs-
weg festgestellt werden, woraus nun auch wieder nicht geschlossen werden kann, — und in der Studie auch nicht gemacht wird —, diese Infizierungen seien auf rein heterosexuelle Kontakte ohne Beteiligung von Partnern aus den Hauptbetroffenen-Gruppen zustande gekommen.

Gerade diese Beispiel verdeutlicht, daß die Gefahr der selektiven Wahrnehmung. Zu sachlicher und gelassener Prognose Anlaß gebende Untersuchungen werden nicht mit dem ihnen gebührenden Stellenwert in der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert. Hierzu haben die Szenarien einen Beitrag geleistet. Darüberhinaus besitzt jedes Szenarium aber auch eine eigene politische Brisanz — dank der Interpretationen und zum Teil weitreichenden gesellschaftlichen Forderungen der Autoren, die von ihrem Menschen- und Gesellschaftsbild geprägt sein mögen. So prognostizieren die Mediziner Helm/Stille z.B. Personalverluste in allen Branchen, Embargo in der Konsumgüterindustrie, Pro-
gründe sein mögen. So prognostizieren die Mediziner Helm/Stille z.B. Personalverluste in allen Branchen, Embargo in der Konsumgüterindustrie, Pro-

gründe sein mögen. So prognostizieren die Mediziner Helm/Stille z.B. Personalverluste in allen Branchen, Embargo in der Konsumgüterindustrie, Probleme für die Rentenversicherung und den Immobilienmarkt. Selbst bei gleichen Zahlen und ähnlichen Annahmen über die Krankheit sind zwei grundsätzlich verschiedene Wege denkbar und in der Diskussion: Auf der einen Seite Katastrophenszenarien, die wie eine gedankliche Vorwegnahme der bayerischen Beschlüsse erscheinen und zu staatlichen Kontroll- und Zwangsmaßnahmen unter anderem auf der Basis des Seuchengesetzes führen. Auf der anderen Seite der Weg der Bundesregierung, des Berliner Senats, vor allem aber der Deutschen AIDS-Hilfe: Primat der Aufklärung bei einem Minimum an staatlicher Einnischung auf der Basis einer Hilfe zur Selbsthilfe. In dieser Polarität bewegt sich daher auch der grundsätzliche Umgang mit der Faktenbasis. Nötig ist das Eingeständnis der begrenzten Wissenslage und nicht Panikmache durch hektisches Hochrechnen der vorhandenen Zahlen; umso mehr, als solche Hochrechnungen nicht berücksichtigen, daß sich die Ausgangsbasis als Folge erfolgreicher Aufklärung ständig verändert.

Fakten zu AIDS

Was wissen wir heute wirklich über AIDS?

Seit 1981, dem Jahr, in dem die ersten Fälle von AIDS-Erkrankungen auftraten, und die Wissenschaftler Prof. Dr. Luc Montagnier und Dr. Robert Gallo die ersten AIDS auslösenden Viren (HIV 1, bis 1986 LAV-1 bzw. HTLV-III genannt) entdeckten, breitet sich die Krankheit sehr schnell aus — seit 1983 auch in der Bundesrepublik. Das Virus HIV, das AIDS (= Acquired Immune Deficiency-Syndrom, ein erworbenes Immundefektsyndrom) auslösen kann, benötigt, wie jedes andere Virus auch, zu seiner Vermehrung Wirtszellen. Das sind für das Virus HIV unter anderen Zellen ausgezeichnet die T4-Lymphozyten im Blut. Sie regeln das menschliche Immunsystem — bußen sie ihre Funktion ein, bricht die gesamte Immunabwehr zusammen. Der Organismus hat also keine Abwehrmöglichkeiten mehr gegenüber den verschiedenen Krankheiten, deren Erreger allort in der Umwelt zu finden sind, mit denen ein gesunder Organismus aber mehr oder weniger leicht fertig wird. Erschwerend für Virologen, die Sicherheit an der Entwicklung eines Impfstoffes arbeiten, kommt hinzu, daß mittlerweile weitere AIDS auslösende Virus-Stämme identifiziert wurden. Außerdem sind allein vom Virus HIV-1 gegenwärtig mehr als 600 Mutationen bekannt, die aus AIDS hervorgehen können. Es ist damit fraglich, ob eine einzige gegen alle Virusformen einsetzbare Vakzine überhaupt entwickelbar ist. Nach übereinstimmender Expertenmeinung werden ein oder mehrere Impfstoffe wegen dieser Schwierigkeiten frühestens erst in etwa 5 bis 7 Jahren zur Verfügung stehen.

Wirksame Therapeutika und ebenfalls zum gegebenen Zeitpunkt nicht in

Sicht. Großes Aufsehen erregen zwar zur Zeit zwei Medikamente, die den Prozeß der fortschreitenden Virusproduktion des Körpers aufhalten sollen, sogenannte Virustatika: Azidothymidin (AZT) und Didanosin (DDC) — ersteres ist jüngst für den Markt zugelassen worden, letzteres wird noch getestet. Beide haben jedoch gravierende Nebenwirkungen, außerdem ist über ihre Langzeitwirkung bisher nichts bekannt. Für beide Medikamente gilt: Sie heilen nicht, das heißt, der Patient bleibt Virus-träger und infektiös.

Die oben angesprochene Unsicherheit der Zahlenbasis erlaubt keine fundierten Prognosen, immerhin schätzt die Weltgesundheitsorganisation aber für die USA im Jahre 1991 54.000 AIDS-Tote. Bei allen in der wissenschaftlichen Literatur häufig zitierten Parallelen zwischen AIDS und anderen Infektionskrankheiten darf aber nicht übersehen werden: AIDS ist eine schwer übertragbare Krankheit, deren Ausbreitung an ganz bestimmte, eng begrenzte Übertragungswege gebunden ist. Weder alltägliche soziale Kontakte noch zum Beispiel Tröpfcheninfektionen durch Anhalten können sie übertragen, sondern einzig eine nicht genau definierte Menge von Viren, die indirekt in die Blutbahn gelangen müssen. Da das Virus prinzipiell in jeder Körperflüssigkeit nachweisbar ist — in Blut, Samenflüssigkeit, Vaginalsekret,

indirekt in die Blutbahn gelangen müssen. Da das Virus prinzipiell in jeder Körperflüssigkeit nachweisbar ist — in Blut, Samenflüssigkeit, Vaginalsekret, Tränen, Speichel —, scheint umfassende Vorsicht geboten. Tatsächlich aber reicht nach heutigem Wissen die Virenmenge für eine Infektion nur im Blut, Samenflüssigkeit und Vaginalsekret aus. Konkret heißt das: Infektionen aufgrund von Tränen und Speichel sind nicht nachgewiesen worden. Damit bleiben als Übertragungswege nur noch der Sexualverkehr und Blut-Bur-Kontakte wie der gemeinsame Gebrauch infizierter Injektionsnadeln. Für beide Übertragungswege gilt, daß das Virus für eine Infektion direkt in die Blutbahn gelangen muß.

Angesichts der Tatsache, daß die ersten Erkrankungen und bisher auch der Großteil der Erkrankten unter Homosexuellen zu finden waren, sind diese die primäre Hauptbetroffenen-Gruppe. Nach epidemiologischen Erkenntnissen ist der Analverkehr einer der Hauptübertragungswege. Weitere Hauptbetroffenen-Gruppen sind außerdem intravenös injizierende Drogengebraucher (Fiaker) und Hämophile (Blutler). Für Hämophile und Bluttransfusionsempfänger bietet die in der Bundesrepublik seit 1985 vorgenommene Untersuchung von Blutkonserven und Blutprodukten auf HIV-Antikörper eine weitgehende Sicherheit. Die heute bekannten Kranken und HIV-Positiven haben sich vor diesem Zeitpunkt infiziert.

Große Brisanz hat mittlerweile die Frage nach dem Übergreifen von AIDS auf die heterosexuelle Bevölkerung erlangt. Während die älteren Thesen noch das große Übergreifen von AIDS in die heterosexuelle Bevölkerung prognostizierten, gehen immer mehr neuere Stellungnahmen davon aus, daß AIDS bis auf weiteres vor allem die bisher bekannten Hauptbetroffenen-Gruppen bedrohen wird.

Gestützt wird diese Auffassung u.a. von Professor Dr. K. H. Meyer zum Buschenfelde et al. von der 1. Medizinischen Klinik und Poliklinik in Mainz. In einer vergleichenden Studie über die Infektionswege aller bekannten AIDS-Erkrankungen in der Bundesrepublik (Stand 30.5.1986) und den USA (Stand 1.3.1986) über den Zeitraum der letzten fünf Jahre steht er eindeutig fest, daß eine Ausbreitung des Virus HIV in die Allgemeinbevölkerung seit 1982 nicht stattgefunden hat. Auf der Basis von 488 anonym durch das Bundesgesundheitsamt registrierten Fälle seien zu über 90 Prozent Männer mit homo- oder bisexuellen Kontakten, Fiaker oder Hämophile betroffen, nur 8,4 Prozent gehören nach dieser Studie anderen Gruppen an; im einzelnen verteilen sich diese 8,4 Prozent auf 4 Afrikaner, 10 heterosexuelle Partner von Hauptbetroffenen-Gruppen, 6 Bluttransfusionsempfänger sowie 21, zu denen keine Angaben gemacht werden konnten. Eine vergleichbare epidemiologische Entwicklung finde sich auch in den USA.

Professor Dr. K. O. Habermehl, Direktor des Instituts für Klinische und Experimentelle Virologie der Freie Universität Berlin und Mitglied der Deutschen Vereinigung zur Bekämpfung der Viruskrankheiten, betont



Überbevölkerung in Afrika: „Damit ist es vorbei“

Original „Spiegel“-Bebilderung — Text und Bild ein Programm?

bei der Auswertung einer Berliner Studie von 2.859 Probanden mit einem HIV-Infektionsrisiko zu dem Ergebnis, daß 97 Prozent der Infizierten den Hauptbetroffenen-Gruppen zuzuordnen waren und die restlichen 3 Prozent durch heterosexuellen Kontakt mit Partnern aus Hauptbetroffenen-Gruppen infiziert wurden.

Die Stimmen, die von einem starken Übergreifen von AIDS auf den heterosexuellen Bereich ausgehen, begründen dies mit einer Übertragung afrikanischer Verhaltensweise auf Europa. Es wird geltend gemacht, in Zentralafrika seien viele Teile der Allgemeinbevölkerung bereits infiziert. Frauen im selben Maße wie Männer. Dies scheint richtig zu sein, wenn auch darauf hinzuweisen ist, daß genaue Zahlen nicht zur Verfügung stehen, zum Teil übrigens auch wegen fehlender Erfassungsgrundlagen. Gegen eine Extrapolierung europäischer und afrikanischer Verhaltensweise ist vor allem einzuwenden, daß andere Hauptübertragungswege in Afrika angenommen werden müssen (Blutkonserven, unsterile medizinische Versorgung u.a.).

Wie bewertet die Deutsche AIDS-Hilfe die Faktenlage?

Der Bundesverband der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. ist kein epidemiologisches Institut, sondern ein freiwilliger Zusammenschluß von Menschen und Institutionen, die der Ausbreitung des Virus HIV möglichst effizient entgegenzutreten wollen. Wir waren und sind nicht gewillt auch nur eine Infizierung mehr als vermeidbar zuzulassen. Vierzehnjährige praktische Erfahrung mit AIDS-Kranken und das oft leidvolle Miterleben von mehreren hundert Einzelschicksalen haben uns gelehrt, daß man AIDS nicht verharmlosen darf.

Die dabei gewonnenen Erkenntnisse aus der tagtäglichen Praxis decken sich weitgehend mit den Ergebnissen der Wissenschaft, wie sie oben dargestellt wurden. So sind auch uns kaum Fälle bekannt, bei denen eine HIV-Infektion auf rein heterosexuellen Kontakt zurückzuführen war — es sei denn, es handelte sich um einen Sexualkontakt eines oder einer Heterosexuellen mit einem Angehörigen der Hauptbetroffenen-Gruppen.

Aussagekräftige Momentaufnahmen im Hinblick auf die Verbreitung des Virus HIV in der heterosexuellen Bevölkerung und schließlich die Zahlen der Blutbanken. Laut Prof. Seidl, Frankfurt — zitiert nach Süddeutsche vom 30.5.87 — wurde „im ersten Quartal 1987 bei 70.000 Blutproben aus Frankfurt und ländlichen Bezirken Hessens nur einmal bei einem männlichen Blutspender eine HIV-Infektion diagnostiziert. Andere DRK-Blutbanken aus der Bundesrepublik haben seit Monaten kaum mehr sero-

positive Spender gesehen“.

Eine quantitativ noch umfassendere Untersuchung bei weiblichen und männlichen Angehörigen der US-Army ergab, daß bei 1,7 Millionen untersuchten Personen 2.800 Infektionen nachgewiesen werden konnten, also 0,16 Prozent.

Selbst wenn diese Zahlen keine Differenzierung der HIV-Positiven nach Hauptbetroffenen-Gruppen zulassen, entziehen sie doch Schreckensszenarien jede realistische Grundlage und geben Anlaß zu einer besonnenen Risikoabschätzung für die allgemeine heterosexuelle Bevölkerung.

Was Prävention zu leisten vermag, zeigen zudem sozialwissenschaftliche Untersuchungen. Die vom Robert-Koch-Institut in Berlin seit zwei Jahren laufende, bisher unveröffentlichte sogenannte „Kohortenstudie“ belegt eindrucksvoll, daß die Neumfektionsraten von knapp 900 Probanden sich von Phase zu Phase verringerten.

So zeigt nach Angaben von Dr. Schwablander vom Robert-Koch-Institut der Erfolg bei den gesundheitsbewußten und gut informierten Homosexuellen, daß man sich in Berlin mit der gezielten Aufklärung zum Infektionsschutz auf dem richtigen Weg befindet. Die Veröffentlichung zu den ersten Phasen dieser Studie, die im Sommer zu erwarten ist, wird weiteren Aufschluß bringen.

Ebenso aussagekräftig ist die Bundesanstalt für Geschlechtskrankheiten, die für Berlin im Jahre 1986 eine im Vergleich zu 1985 um 20,9 Prozent verringerte Rate von Geschlechtskrankheiten nachweist — Zeichen dafür, daß dank der Aufklärung „safer sex“ praktiziert wird. Ähnliche Ergebnisse liegen auch für die USA vor. Zahlen aus San Francisco belegen, daß dort bei den Männern die Rate bei reaktiver Gonorrhoe zwischen Oktober 1984 und September 1986 um jährlich 50,8 Prozent gesunken ist. Gestützt wird diese Aussage durch Umfragergebnisse, nach denen 93 Prozent aller Homosexuellen angaben, beim Analverkehr mit unbekannten Partnern Kondome zu benutzen. Der Schluß liegt nahe: Wenn sich die Zahl der Geschlechtskrankheiten, die sich unglaublicher als HIV übertragen lassen, reduziert, muß auch die Zahl der HIV-Neumfektionen zurückgehen.

Vor einer Verharmlosung oder der Behauptung eines schnellen Rückgangs der Krankenzahlen sei trotzdem gewarnt. Es werden in den nächsten Jahren noch Tausende von Menschen an AIDS sterben, denn: Bei einer Inkubations- und Latenzzeit von zum Teil über 10 Jahren sterben heute diejenigen, die sich vor 1980 infiziert haben. Ein weiteres Ansteigen der Krankenzahlen erwartet daher weder die bisherige Aufklärungsstrategie, noch begründet es staatliche Zwangsmaßnahmen. Denn, Prävention kann immer nur die Neumfektion verhindern.

„Europäische Option“

Wie wir gesehen haben ist der Atomwaffen-sperrvertrag aus der Abgrenzung zum Projekt einer Multilateralen Atomstreitmacht entstanden. Die Sowjetunion blieb in dieser Frage kompromisslos. Jede Weitergabe von Atomwaffen an ein Staatenbündnis oder innerhalb eines Staatenbündnisses wird durch den Atomwaffen-sperrvertrag untersagt. Die diesbezügliche US-Interpretation Nr. 6 beschränkt sich auf die Zusage, daß für den Fall der Schaffung eines neuen europäischen Bundesraates dieser Bundesstaat den nuklearen Status eines seiner früheren Teilstaaten übernehmen kann. Ein neuer europäischer Bundesstaat bräuhete nicht so zentralisiert zu sein, daß er alle Regierungsfunktionen übernehme. Er müsse aber — so die US-Interpretation — „seine sämtlichen Funktionen der äußeren Sicherheit einschließlich der Verteidigung und aller außenpolitischen Fragen in Bezug auf die äußere Sicherheit kontrollieren“.

Bundesregierung und CDU/CSU-Opposition stimmten 1969 darin überein, daß diese Interpretation entscheidend zu eng gefaßt sei (106). Notwendig schien allen Beteiligten eine Regelung, wie im Vorfeld eines westeuropäischen Bundesraates die westeuropäische Nuklearkooperation auf den Weg gebracht werden kann, ohne formal den NPT zu verletzen. Welche Spielräume sich hier ergeben, „hängt entscheidend davon ab, welche Interpretation kauf- und politisch zur Geltung gebracht wird“ erläutert diesbezüglich eine Studie der Bundesregierung von 1973 (107).

Haben wir also fest: Die Tatsache, daß die Idee der Europäischen Atomstreitmacht im Rahmen des NPT überhaupt berücksichtigt wurde, war und ist ein erheblicher Ansporn für Aktivitäten in diese Richtung, wobei der Mahnen durch neue, freizügigere Interpretationen ausgeweitet werden soll. (Daß hierfür die Existenz des Sperrvertrages sogar günstigere Rahmenbedingungen schaffen kann, wird weiter unten erläutert.)

Schlußverstandlich wird das Tempo derartiger Entwicklungen in erster Linie von dem Interesse der Atomwaffenmächte Großbritannien und Frankreich diktiert. Deshalb ist die aktuell sich vollziehende Änderung der Haltung Frankreichs zugunsten der Befürwortung der deutsch-französischen Nuklearkooperation von allergrößter Bedeutung. Die französische Neuorientierung ist auf drei Ebenen feststellbar:

— Die gaulistische Doktrin der Rundumverteidigung („nukleare Neutralität“) wurde mittlerweile abgelöst durch eine Anpassung der französischen Militärdoktrin an die globale NATO-Strategie, was eine stillschweigende de facto Wiedereingliederung Frankreichs in die NATO bedeutet (auch wenn dies aufgrund innenpolitischer französischer Rücksichten derzeit nach außen anders diskutiert wird). (108)

— Innerhalb der französischen Öffentlichkeit hat die Befürwortung der französisch-deutschen Nuklearkooperation erheblich an Boden gewonnen: Nach einer Umfrage von Mai 1984 haben sich 59% der Franzosen dafür und nur 20% dagegen ausgesprochen.

— Spätestens seit Beginn der Abrüstungsverhandlungen der Großmächte über eine „Null“-Lösung ist die französische Führung auf den Kurs einer offenen Befürwortung der deutsch-französischen Zusammenarbeit umgeschwenkt: Die französische Tageszeitung „Le Monde“ zitierte den französischen Staatspräsidenten mit der geradezu einladenden Geste, man könne „im Bereich von Abstimmung, Ausbildung, Austausch, von Vorabinformationen, auch im nuklearen Bereich viel mit unseren Partnern tun.“ (109) Diese Tendenz, die in vieler Hinsicht an den deutsch-französischen Nukleartag von 1957 erinnert, wird aktuell insbesondere seitens der französischen Sozialisten vorangetrieben. So schrieb im Mai 1987 Maurice Duverger Journalist dem Umfeld der französischen Sozialisten, in einer Stellungnahme für „Le Monde“: „Paris könnte z.B. Raketen, die zu entwickeln (bzw. die Mittel hat, mit nuklearen Sprengköpfen auszurüsten) (...) Zweifellos wäre das System der „doppelten Schlüssel“ anzuwenden, so lange die BRD nicht das Recht hat, selbst über Atomwaffen zu verfügen. Aber alle diese Punkte ließen sich leicht regeln, wenn die Deutschen akzeptieren, einer derartigen gemeinsamen Verteidigung beizutreten.“ (110)

Im Mittelpunkt der momentan kaum absehbaren deutsch-französischen geheimen Verhandlungen dürfte die Neutronenbombe stehen, deren Produktion in Frankreich bereits angelaufen, und deren Stationierung (als Spreng-

Auf leisen Sohlen zur Bombe, Teil IV

Die europäische Option

von Matthias Kuntzel

kopf der französischen Hades-Rakete) auf BRD-Territorium ab 1992 vorgesehen ist. In den französischen Medien wird derzeit selbst die Möglichkeit einer deutsch-französischen Produktion von Neutronenbomben und deren Verankerung mit dem Atomwaffen-sperrvertrag diskutiert.

Aus bundesdeutscher Sicht ist die Nuklearkooperation mit Frankreich von besonderem Interesse, da Paris — anders als London — den Sperrvertrag nicht unterzeichnet hat und insofern an das Verbot einer Sprengkopf-Weitergabe nicht gebunden ist. Daß dies ein Bereich von aller größter Diskretion bleiben wird (111), liegt auf der Hand: Abgesehen von Vereinbarungen für den Fall eines Krieges (s.u.) wäre jede auch nur mittelbare Übertragung von Atomsprenköpfen an die Bundesrepublik ein eindeutiger Vertragsbruch seitens der BRD.

Der ehemalige Bundespräsident Carstens schrieb 1972, daß eine Bindung an den Sperrvertrag bereits dann nicht mehr unbedingt gegeben sei, „wenn sich die Verklammerung zwischen den USA und Westeuropa im Verteidigungsbereich lockern sollte, sei es, daß die USA einen wesentlichen Teil ihrer Truppen aus Europa abziehen würden, sei es, daß begründete Zweifel an der Bereitschaft der USA bestehen würden, ihre strategischen Waffen zum Schutze Europas einzusetzen.“ (114) Ein enger Vertrauter von F.J. Strauß, General a.D. Gerd Schmückle, drohte 1982 gar für den Fall eines US-Verzichts auf die „Nachrüstung mit Pershing II und Cruise Missile mit dem deutschen Rücktritt vom Sperrvertrag.“ „Würde die amerikanische Regierung sich dazu entschließen, dann könnte die Vertragsgrundlage für den deutschen Atomverzicht hinfällig werden (...). Auch eine Allianz kann eben nur

die USA in ihrer 3. Sperrvertrag-Interpretation bekannt, daß der Vertrag sich nicht erstreckt auf „Vereinbarungen über die Stationierung von nuklearen Waffen auf alliiertem Territorium, da diese keinen Transfer von Nuklearkraften oder ihrer Kontrolle mit sich bringt, es sei denn, daß eine Entscheidung getroffen würde, Krieg zu führen, und damit der Zeitpunkt eintritt, an dem der Vertrag nicht länger als verbindlich gelten würde.“ (Hervorhebung: M.K.). Einen Tag nach Abgabe dieser Erklärung kommentierte die Tageszeitung „Die Welt“ diese Passage wie folgt: „Es ist bemerkenswert, daß der Minister die Gegenstandslosigkeit des Sperrvertrages für den Fall eines Krieges ausdrücklich betont. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß es in diesem Zusammenhang von der Entscheidung, Krieg zu führen, nicht aber von einer Kriegserklärung spricht. Diese Nuance ist interessant, weil sie die Möglichkeit offenläßt, den Vertrag auch ohne Kriegserklärung außer Funktion zu setzen.“

Dieser Vorbehalt ist in der Tat mehr als bemerkenswert. Er bedeutet im Klartext: Sobald eine Entscheidung getroffen wird, Krieg zu führen, ist die Bundesrepublik Atomwaffenstaat.

An dieser Stelle kommt es auf die Nuancen an.

Bisher war NATO-intern festgelegt, daß im Kriegsfall der Präsident der USA entscheidet, ob, und falls ja, zu welchem Zeitpunkt die amerikanischen Atomsprenköpfe aus speziellen Munitionslagern geholt und der Luftwaffe der Bundeswehr überreicht werden. Bezogen auf den Atomwaffen-sperrvertrag bedeutet diese Weitergabe natürlich einen Verstoß. Der Vertrag wird in dem Moment hinfällig, in dem der US-Präsident im genannten Sinne eine Entscheidung trifft.

Jetzt wird mit der besagten Interpretation der USA das eine vom anderen getrennt. Nicht aufgrund einer Anordnung des US-Präsidenten wird der Sperrvertrag außer Kraft gesetzt, sondern aufgrund einer bestimmten Situation, die allerdings sehr unbestimmt beschrieben wird. Es bleibt unklar, wer im gegebenen Fall zuständig wäre für eine Entscheidung, Krieg zu führen. Es bleibt darüber hinaus unklar, wer das Urteil darüber fällt, ob eine solche Entscheidung, von wem auch immer, vorliegt. Mit anderen Worten: Nicht der US-Präsident, sondern der Bundesverteidigungsrat entscheidet, ab wann die

ten als deutsches Eigentum und von Deutschen kontrolliert auf französischem Boden lagern. Um zukünftig ähnliche Abkommen zu schließen, könnte sich der bundesdeutsche Verweis auf eine gewisse Unabhängigkeit in Bezug auf die USA und in Bezug auf den Sperrvertrag als vorteilhaft erweisen.

Vielleicht sind diese Überlegungen über die 3. NPT-Interpretation vorzeitig oder zu pessimistisch. Vieles ist noch unbekannt. So existieren beispielsweise in Verbindung mit dem NPT zusätzliche Nato-interne Interpretationen zum Begriff „Verfügungsgewalt“, deren Inhalt bisher unbekannt ist.

Falls diese Überlegungen über die 3. NPT-Interpretation jedoch zutreffen, wäre dies eine Erklärung dafür, daß das Bundesverteidigungsministerium 1985 den Finanzetat für die Modernisierung der Pershing 1A-Raketen mit der Kennzeichnung „Nukleare Teilhabe“ betitelte. (116) Es wäre zusätzlich eine Erklärung für die so hartnäckig betriebene Einstufung dieser Raketen als „Drittaaten-Systeme“. Denn dann ist im Ernstfall die BRD tatsächlich ein „Drittaaten“, d.h. unabhängiger Atomwaffenstaat. Dann bliebe allein die Frage offen, was im April 1967 die Sowjetunion dazu bewogen haben kann, auch die NPT-Interpretation Nr. 3 stillschweigend zu akzeptieren.

Atomwaffen-sperrvertrag und BRD-Atomwaffenpolitik

Oben haben wir die Bedeutung des Atomwaffenverzichts von 1954 für die Atomwaffenpolitik der BRD geprüft. Jetzt geht es darum, wie sich der Beitritt zum Atomwaffen-sperrvertrag auf die Bedingungen bundesdeutscher Atomwaffenpolitik ausgewirkt hat. Betrachten wir zuerst das Element des Wandels: mit der Unterzeichnung des Sperrvertrages verschwand beinahe schlagartig der Argwohn, mit dem die Nuklearkraften der Bundesrepublik zuvor beobachtet wurden. Deshalb wurde durch den Beitritt zum Sperrvertrag der reale Spielraum für eine bundesdeutsche Atomwaffenpolitik überraschenderweise nicht eingeengt, sondern eher erweitert. Dieser Zusammenhang wird in einer 1973 im Auftrag der Bundesregierung erteilten Studie prägnant erläutert: Dort heißt es bezüglich der „Europäischen Option“, es sei „davon auszugehen, daß der NV-Vertrag in der zwischen den USA und westeuropäischen Regierungen interpretierten Form eine Rahmenbedingung künftiger Entwicklungen in der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit darstellt. Er stellt klar, was nicht sein darf, und reduziert damit die Ansatzmöglichkeiten politischer Opposition gegen Entwicklungen in diesem Bereich auf Fälle nachweislicher Ver-



Vom ersten deutschen Atomreaktor ... (1945)

Vom ersten deutschen Atomreaktor (1945)

Vertragsgültigkeit und Rücktrittsklausel

In der Frage der Laufzeit des Sperrvertrages konnte die Bundesregierung nur eingeschränkt ihre Ziele erreichen. Wie etwa der Euratom-Vertrag oder die Ostverträge sollte auch der Atomwaffen-sperrvertrag ursprünglich unbegrenzt gelten. Im November 1967 hatte Brandt in einem Brief an seinen amerikanischen Kollegen Dean Rusk demgegenüber eine Laufzeitbegrenzung auf fünf Jahre gefordert. (112) Festgelegt wurde eine Vertragsdauer von 25 Jahren, wobei nach Vertragsablauf (1993) eine Konferenz über eine weitere Verlängerung beschließen soll. Es wurde somit nicht mehr erreicht als die Option, daß der Vertrag ab 1993 auslaufen könne.

Wichtig war für die Bundesrepublik deshalb die im Vertrag und insbesondere in der US-Interpretation Nr. 3 festgeschriebene Möglichkeit des Rücktritts vom Sperrvertrag. Die Bundesregierung hatte bereits im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrages im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages ausdrücklich auf die Bedeutung der Klausel „rebus sic stantibus“ hingewiesen, derzufolge der Vertragsbeitritt an die Bedingungen geknüpft ist, unter denen er erfolgt. (113) Die sozialliberale Bundesregierung unter Brandt hatte sich damit gegenüber dem Atomwaffen-sperrvertrag das gleiche Hintertürchen offengehalten, wie 1954 Adenauer in Bezug auf den deutschen Atomwaffenverzicht bei den Verhandlungen über die Westeuropäische Union (s.o.). In Artikel 10 des Sperrvertrages war ebenfalls festgelegt, daß im Fall einer Gefährdung seiner höchsten Interessen jeder Unterzeichnerstaat von dem Vertrag zurücktreten könne. Doch was hat man sich unter einer „Gefährdung höchster Interessen“ vorzustellen?

ein bestimmtes Ausmaß an Spannungen schadlos überstehen.“ (113) Die Glaubwürdigkeit dieser Drohungen sind allerdings begrenzt. Der Rücktritt vom Sperrvertrag müßte drei Monate im Voraus beim UN-Sicherheitsrat angemeldet werden und würde mit großer Gewißheit einen erheblichen Argwohn der internationalen Öffentlichkeit gegen die Bundesrepublik mobilisieren. Zwar gab auf ausdrücklichen Wunsch der BRD im Juli 1968 US-Außenminister Rusk eine Erklärung ab, wonach sich im Falle einer Auflösung der NATO für einige Länder die Frage eines Rücktritts vom Sperrvertrag stellen könne — aber selbst dies muß eher als Indiz dafür gewertet werden, daß ein BRD-Rücktritt vom Sperrvertrag bei jedem Ereignis unterhalb einer Totalauflösung der NATO mit offener Ablehnung auch seitens der USA zu rechnen hätte.

Weiters bedeutender ist demgegenüber die in US-Interpretation Nr. 3 festgeschriebene Ausnahmeregelung, derzufolge die BRD unter bestimmten Umständen unverzüglich aus dem Atomwaffen-sperrvertrag aussteigen kann. Das besondere Interesse der Großen Koalition an dieser Regelung beschreibt die FAZ am 2.4.1968 mit den Worten, es müßten „von deutscher Seite darauf gedrungen werden, daß Klarheit darüber besteht, wie die atomare Bewaffnung beispielsweise der fliegenden Atomträger der Bundesluftwaffe, mit Inkrafttreten des Sperrvertrages rechtlich einzuordnen ist (...). Soweit Atombomben oder andere Atomvertragswaffen für die Bundeswehr vorgesehen sind, bleiben sie unter amerikanischem Verschuß. Für den Fall, von dem niemand hofft, daß er eintritt, muß aber unausweichlich festgelegt sein, daß die in deutsche Atomträger zu übergebenden Waffen auch von der Besatzermacht überlassen werden (...).“

In der Tat gaben drei Monate später



... zur deutsch-französischen Waffenbrüderschaft — Manöver „Kocker Spatz“ 1987

Bundesrepublik — im Rahmen der Sperrvertrag-Vereinbarungen, versteht sich — als Atomwaffenstaat agieren darf. Ganz offenkundig konnte somit die Bundesrepublik im Laufe der Verhandlungen über die US-Interpretation einen Kompromiß dahingehend erzielen, daß die mit dem Sperrvertrag verbundene Minderung ihres nuklearen Status zumindest teilweise kompensiert wird durch die betont vage gehaltene Ausnahmeregelung für den Ernstfall.

Für die Praxis der Kriegsanleitung braucht diese Unterscheidung gar nicht so sehr ins Gewicht fallen. Gegenüber ihrem Hauptgegner Sowjetunion bleibt die BRD militärisch ein Zwerg, d.h. angewiesen auf eine Anbindung an die NATO. Eher könnte diese Unterscheidung im Bereich von Status und Prestige Wirkung entfalten. Beispielsweise im Rahmen der deutsch-französischen Geheimverhandlungen über die Verwendung der französischen Neutronenbombe. Weiter oben war die Rede von einem deutsch-französischen Geheimprotokoll aus dem Jahre 1957, demzufolge die Bundesrepublik Atomsprenköpfe von Frankreich erhalten sollte. Diese wollte man in Friedenszei-

tragsverletzung. Wenn Signatarstaaten des NV-Vertrages in Westeuropa im nuklearen Bereich militärisch zusammenarbeiten, so muß entweder der ausdrückliche Vorwurf der Vertragsverletzung mit den entsprechenden verfahrensmäßigen Konsequenzen erhoben oder aber anerkannt werden, daß diese Zusammenarbeit eben nicht dem Zweck diene, der durch den NV-Vertrag in den Artikeln I und II ausgeschlossen ist. Eine solche Argumentation (nicht) den NV-Vertrag nicht als Hindernis oder Interventionsmittel sondern als Entwicklungsbedingung nuklearer Zusammenarbeit in der westeuropäischen Verteidigung“ (117).

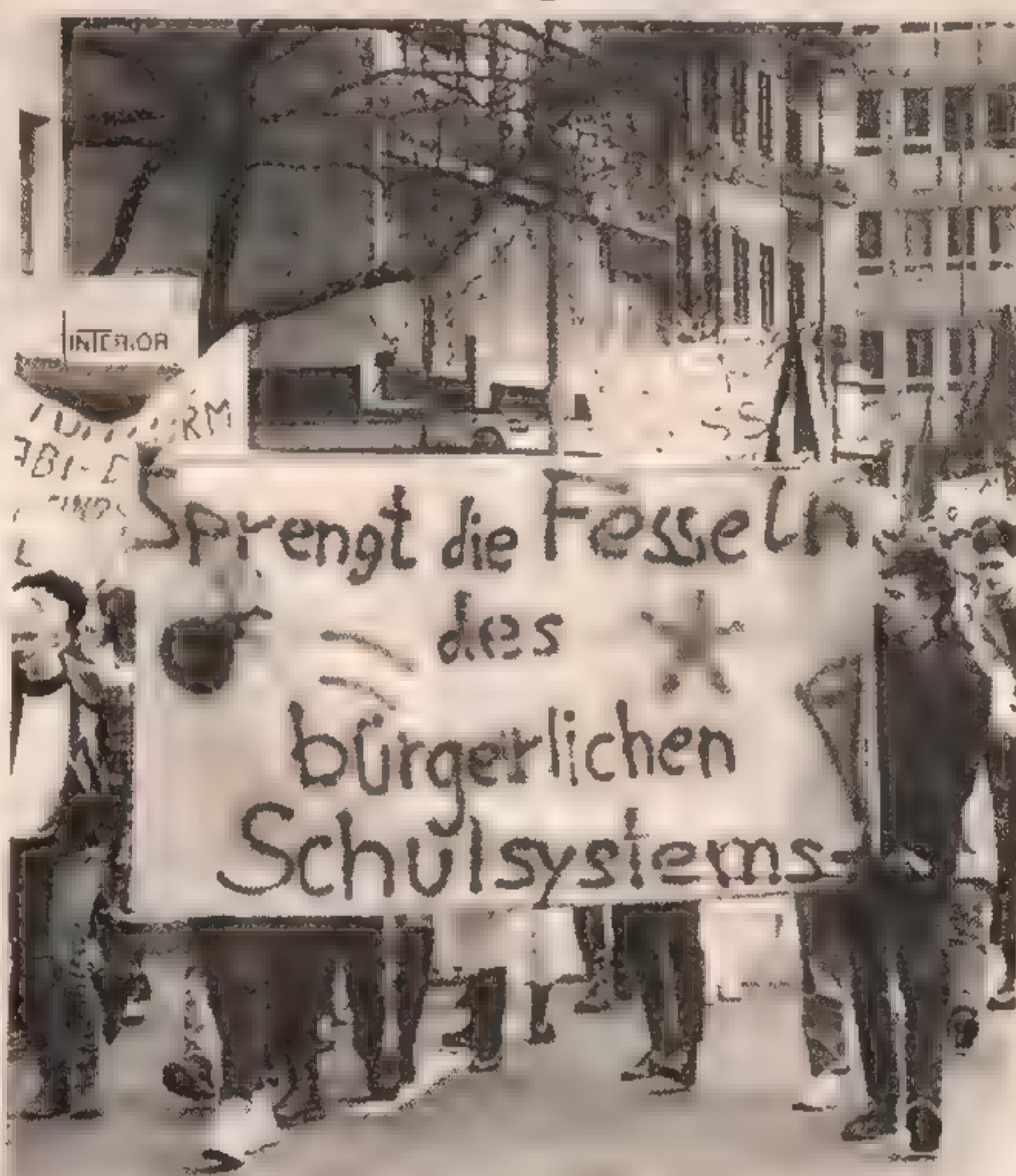
Mit anderen Worten: Es wird davon ausgegangen:

- a) daß es eine militärisch nukleare Zusammenarbeit in Westeuropa gibt, die ausgebaut werden soll;
- b) daß die westeuropäische Atomwaffenkooperation durch die Mitgliedschaft im Sperrvertrag erleichtert wird, wenn:
- c) nunmehr nur noch bei nachweislicher Vertragsverletzung eine politische Opposition möglich sei.

Fortsetzung nächste Seite

Abitur gerettet! Bildung flöten!

Zur Verabschiedung der Abi-Deform



Am 4. Dezember ist die „Abi-Deform“ offiziell beschlossen worden. Vorausgegangen war fast ein Jahr erregter Diskussionen, großer Demonstrationen, Schulkstreiks und Schulbesetzungen. Das Abitur war in Gefahr, wie, freilich mit unterschiedlichen Begründungen, von links bis rechts lauthals verkündet wurde. Jetzt ist es gerettet, wenn wir den Kultusministern Glauben schenken wollen oder dem GdW-Vorsitzenden Dieter Wunder, für den die Entscheidung ein „Sieg der bildungspolitischen Vernunft“ ist. Und auch auf der Seite der Schülerinnen und Schüler ist es ruhiger geworden: SDAJ und Jusos, die noch im Frühjahr den „Untergang des Abiturs“ beschworen hatten, versuchen jetzt — wo die Abi-Deform durchgesetzt ist —, einen Erfolg für sich erheitzend; die grün-alternativen und radikalen Linken zogen bereits im Herbst nachtrübende Bilanz: Der Kampf gegen die Abi-Deform ist verloren. Erste Konsequenz dieser Bilanz war, daß sie für die gemeinsame Demonstration von Hundeschulervertretung und Vereinigten Deutschen Studentenschaften durchsetzten, „gegen die Fortmierung des Bildungssystems im Wirtschaftsinteresse“ zu demonstrieren.

Daß hinter der Abi-Deform Wirtschaftswörter stehen, daß die Wirtschaft das Bildungssystem seit geraumer Zeit dem gewandelten wirtschaftlichen und technischen Bedarf anpassen muß, haben wir bereits in einem Artikel im Arbeiterkampf Nr. 283 aufgezeigt. In diesem Artikel werden wir darstellen, was eigentlich gefordert und beschlossen wurde, was sich für Schulen und Schüler wirklich ändert.

Chronik einer angekündigten Abiturverschärfung

Im Februar '87 legten die CDU/CSU-Kultusminister der Kultusministerkonferenz (KMK) ein Papier vor, in dem eine Reihe von Maßnahmen aufgelistet ist, die ihrer Meinung nach erfüllt werden müssen, um weiterhin die Abiturzeugnisse bundesweit gegenseitig anzuerkennen. Über die gegenseitige Abschlusserkennung wird seit jeher, obwohl Bildungspolitik Sache der Bundesländer ist, die Bildungspolitik in ihren Grundzügen bundesweit vereinheitlicht. Obwohl sich die SPD-Kultusminister „kompromissbereit“ zeigen und einen Vorschlag vorlegen, der dem CDU/CSU-Papier sehr nahe kommt und in etwa dem jetzigen Beschluß entspricht, laßt die CDU/CSU die Verhandlungen platzen. Damit sind die Verschärfungen des Abiturs zum erstenmal in größerem Maße in der öffentlichen Diskussion. An den Schulen regen sich erste Proteste, die im Frühjahr zur größten SchülerInnen- und Schülerbewegung in der BRD gewachsen anwachsen. Schulen werden besetzt und Schulstreikdemonstrationen durchgeführt. Auf der Streikdemo am 1. April in Hamburg erklärt der damalige Schulsenator Carole Jen Schuler, er werde „keinen Millimeter zurückweichen“, und wird damit zum Wahlkampfschlagwort der Hamburger SPD (siehe Bericht im AK 281).

Zur KMK im Juni wird schon von einer Einigung unter der Hand gemunkelt. Die zweite Protestwelle laßt deutlich kleiner ausfallen. Auf der KMK gibt es noch keine Einigung. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Schöler (SPD) spricht auf dem Protestfest der Bundeschulervertretung und macht, anders als Carole im April, deutlich, daß er nicht hinter den Schülerforderungen steht. Die Schülerinnen und Schüler antworten mit Forderungen. Im Laufe des Sommers verliert Carole sein Amt, wie sein CDU-Kollege Ochsatz aus Niedersachsen einige Monate zuvor, er wird von Rosemarie Raab (SPD) ersetzt. Damit steht der Legendenbildung vom aufrechten Kämpfer nichts mehr im Weg. Auch die Einigung schreitet voran. Am 1. Oktober, kurz vor der nächsten KMK in Westberlin, findet ein bis dahin größtes gemeinsames Treffen der SPD das Landesschulrat-Verbandes Minister statt. Die Minister einigen sich auf einen ge-

meinsamen Katalog von Verschärfungen und beschließen, diesen nicht auf

meinsamen Katalog von Verschärfungen und beschließen, diesen nicht auf der KMK in Westberlin zu diskutieren, sondern erst auf der Dezemberversammlung in Karlsruhe zu verabschieden. Dann nehmen sie der Bundeschulervertretung den Wind aus den Segeln, die zu einer Protestwoche nach Westberlin mobilisierte, die ein Reinfall wird. Zur gemeinsamen Demonstration von SchülerInnen und StudentInnen am 28. November in Bonn können noch einmal mehrere zehntausend Menschen gegen „rechte Bildungspolitik“ und gegen die Ausrichtung der Bildungspolitik am Wirtschaftsinteresse mobilisiert werden. Die Wirtschaft interessiert haben, wie abzusehen war, zumindest in diesem Punkt eine stärkere Lobby. Am 4. Dezember wird in Karlsruhe die Abi-Deform von der KMK beschlossen. (Der Begriff „Abi-Deform“, den wir, weil er eingebürgert ist, benutzen, ist eigentlich irreführend: Tatsächlich handelt es sich nicht um eine „Deformierung“ des Abiturs, sondern um eine Anpassung an veränderte Ausbildungsinteressen der Wirtschaft.)

Verschärfte Auslese

Zum Verständnis der Auswirkungen der Abi-Deform einige Erläuterungen des Aufbaus der gymnasialen Oberstufe vorweg. Die letzten zwei Jahre werden in vier Halbjahre aufgeteilt. Für diese Halbjahre kann jeder Schüler eine oder mehrere Kurse wählen. Unterteilt wird dabei in Grundkurse und Leistungskurse. Es müssen zwei Leistungskurse durchgeführt werden, wobei zwei weitere Kurse gewählt werden können. Am Ende der vier Halbjahre wird eine Abiturprüfung durchgeführt. Bei der Wahl dieser Kurse und Belegungspflicht zu beachten, um die u. a. zu vermeiden. Die Abiturprüfung ist je nach Bundesland anders. In Nordrhein-Westfalen besteht sie aus 20 vom Schüler ausgewählten Themen, die von der Schule festgelegt werden. In den anderen Bundesländern besteht sie aus 10 Themen, die von der Schule festgelegt werden. In den anderen Bundesländern besteht sie aus 10 Themen, die von der Schule festgelegt werden.

sind die Einbringungspflichten vom Schüler zu beachten

und die Einbringungspflichten vom Schüler zu beachten. Der Großteil der CDU/CSU-Forderungen und jetzt beschlossenen Maßnahmen zielt auf eine stärkere Gewichtung der traditionellen Hauptfächer ab, der Fächer also, die besonders für eine klassenspezifische Auslese geeignet sind. Begründet wird diese Gewichtung freilich mit der angeblich mangelnden Studierfähigkeit der heutigen Abiturienten. Sie würden nicht rechnen können und die Rechtschreibung nicht beherrschen. Deutlicher wird der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der dieselben Forderungen wie die CDU/CSU seit gleich im Februar erhob und klappte, das Gymnasium sei immer mehr „zu einer Massenbildungseinrichtung geworden“. Statt dessen rät der BDI den Eltern, ihre Kinder doch lieber auf Haupt- und Realschule zu schicken. Dazu müsse es der Hauptschule gelingen, vom Image der „Rechtschreibwunderkinder“ zu erlangen und ein „erweitertes Profil“ zu entwickeln. An der anderen Seite müsse die „Bedeutung des Abiturs“ als „allgemeine Hochschulreife“ wieder gestärkt werden. Ideal des BDI ist ein „Weitweg zwischen den Bildungseinrichtungen“.

Die bisher gültige KMK-Vereinbarung sieht als Belegungspflicht lediglich je zwei Kurse in der Muttersprache, einer Fremdsprache, Mathematik und zwei weiteren Kursen aus dem sprachlich-literarisch-künstlerischen Bereich vor. Lediglich bei einer neu aufgenommenen Fremdsprache müssen durchgehend Kurse belegt werden. Derselbe Anzahl Kurse müssen in das Abitur eingebracht werden, wobei bei einer neu aufgenommenen Fremdsprache die zwei letzten Kurse eingebracht werden müssen. Die CDU/CSU forderte, diese Auflagen zu verschärfen, daß zwei Fächer der Gruppe Deutsch, weitergeführte Fremdsprache und Mathe durchgehend belegt werden und davon mindestens je drei Kurse in das Abitur eingebracht werden müssen, darunter die Note aus dem letzten Halbjahr. Diese

Forderung ist in den KMK-Beschluß übernommen worden, allerdings ohne

Forderung ist in den KMK-Beschluß übernommen worden, allerdings ohne die Pflicht, die Note aus dem letzten Halbjahr einzubringen. Weiter verpflichtet die bisher gültige KMK-Vereinbarung zur Belegung und Einbringung von vier Kursen aus dem naturwissenschaftlichen Bereich. Die CDU/CSU forderte, daß mindestens ein naturwissenschaftliches Fach durchgehend belegt werden muß, von dem mindestens drei Noten in das Abiturzeugnis eingebracht werden müssen. Der KMK-Beschluß sieht vor, daß entweder eine Naturwissenschaft durchgehend belegt werden muß oder je zwei Kurse in zwei Naturwissenschaften, die auch in der 11. Klasse unterrichtet wurden, belegt werden müssen.

Bei der Wahl der vier Prüfungsfächer muß nach der bisher gültigen KMK-Vereinbarung lediglich darauf geachtet werden, daß die drei Aufgabengebiete sprachlich-literarisch-künstlerisch, gesellschaftswissenschaftlich und mathematisch-naturwissenschaftlich-technisch berücksichtigt werden. Die CDU/CSU forderte, daß zwei Prüfungsfächer aus der Gruppe Deutsch, weitergeführte Fremdsprache und Mathe stammen müssen, wobei Mathe auch durch zwei naturwissenschaftliche Fächer ersetzt werden kann. Der KMK-Beschluß sieht vor, daß mindestens ein Fach aus der Gruppe Deutsch, weitergeführte Fremdsprache und Mathe gewählt werden muß.

Die bisherige Gewichtung der einzelnen Bereiche im Abitur zeigt bei der CDU/CSU-Verschärfung deutlich, daß die CDU/CSU sehr zu wünschen hat, daß die Leistungskurse nur noch doppelt gewertet werden. Dies ist von der KMK beschlossen worden, wobei bisher 20 Prozent der Kurse in Grundkursen und 80 Prozent in Leistungskursen waren. Diese Gewichtungsberechnung bedeutet für alle, die nicht in allen Fächern gleich gut sind, was sehr viele Schüler sind. Sie können sich nicht mehr durchsetzen. Die Verschärfung verschärft die Auslese.

Zugang zur Oberstufe besonders für Arbeiterkinder erschwert

Es ist kein Zufall, daß gerade über die traditionellen Hauptfächer ausgiebig diskutiert wird. Besonders in diesen Fächern haben Kinder von „gebildeten“ Eltern, die selber Fremdsprachen und Mathematik beherrschen und meist auch die Zeit haben, ihren Kindern zu helfen, einen deutlichen Vorteil gegenüber Kindern aus Arbeiterfamilien, in denen die Eltern nur selten über die erforderliche Bildung und Zeit verfügen, um ihre Kinder zu fördern. Ebenso ist es kein Zufall, daß ein weiterer Angriffspunkt der Abi-Deform die allgemeinen Schulen sind, die von überdurchschnittlich vielen Arbeiterkindern besucht werden: die Kollegschulen.

Schon lange sind der CDU/CSU die Kollegschulen in Nordrhein-Westfalen ein Dorn im Auge. Die Kollegschulen sind sogenannte doppelqualifizierende Schulen, das heißt die SchülerInnen können gleichzeitig die allgemeine Hochschulreife und eine abgeschlossene Berufsausbildung erlangen. Allerdings nur in einigen ausgewählten Berufen. Die Ausbildungsgänge dieser Berufe, wie zum Beispiel Physikalisch-technische/r Assistent/in oder Fremdsprachenkorrespondent/in, sind ohnehin sehr verschult. Das Entscheidende an den Kollegschulen ist, daß sie die konsequente Weiterentwicklung der integrierten Gesamtschulen sind und an Kollegschulen im Verhältnis eindeutig mehr Arbeiterkinder ein Abitur erreichen als auf Gymnasien. Die meisten KollegschülerInnen erreichen nur einen Abschluß; in den vorgesehenen drei Jahren zwei Abschlüsse zu erreichen, ist sehr anstrengend.

In den bisher geltenden KMK-Vereinbarungen sind Kollegschulen als Regelschule nicht vorgesehen. Es wird aber eindeutig das Ziel formuliert, das Bildungssystem in Richtung einer Zusammenführung von allgemein- und berufsbildendem Schulwesen weiterzuentwickeln und dazu Modellversuche durchzuführen. Einer der Gründe dafür ist, daß SchülerInnen von Gesamt- und Realschulen auch ohne Unterricht in einer zweiten Fremdsprache der Zugang ermöglicht wird. Die CDU/CSU forderte, die Zugangsvoraussetzung zur Kollegschule derjenigen zur gymnasialen Oberstufe anzugleichen und die berufliche Ausbildung von der allgemeinen zu trennen. Nach drei Jahren soll die allgemeine Hochschulreife erlangt werden. In diesen

drei Jahren soll die allgemeine Hochschulreife erlangt werden. In diesen drei Jahren dürfen nur in bestimmten Fächern berufliche Inhalte vermittelt werden. In einem weiteren Teil soll der berufliche Abschluß erreicht werden.

Mit dem neuen KMK-Beschluß werden die Kollegschulabschlüsse allgemein anerkannt. Dafür sind die wesentlichen Elemente der Kollegschule fast gänzlich zerstört. Die Zugangsvoraussetzungen werden denen der gymnasialen Oberstufe angeglichen. Die Ausbildungsdauer wird von drei auf vier Jahre verlängert. Statt bisher einer Prüfung müssen künftig zwei voneinander getrennte Prüfungen für Abitur und Berufsabschluß abgelegt werden.

Konservative Lehrinhalte werden festgeschrieben

Als Anfang der 70er Jahre das Bildungswesen reformiert wurde, wurden auch gesellschaftskritische Fächer wie Gemeinschaftskunde eingeführt. In denen in Abgrenzung zu Pflichtfächern wie Geschichte Raum für Diskussionen sein sollte. Es sollten soziale Ursachen historischer Veränderungen, politische Zusammenhänge und Eingriffsmöglichkeiten in die Gesellschaft thematisiert werden. Diese Ansätze forcierten in der Gesellschaft thematisiert werden. Diese Ansätze forcierten in der Gesellschaft thematisiert werden. Diese Ansätze forcierten in der Gesellschaft thematisiert werden.

Die bisher geltenden KMK-Vereinbarungen betrafen nur die Verpflichtung, vier Kurse aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Bereich in die Abiturnote einzubringen, und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

bestimmen, daß Geschichte als eigenständiges Fach oder „im Rahmen der Gesellschaftskunde“ unterrichtet werden muß. Die CDU/CSU forderte, die SchülerInnen sollen Geschichte darzulegen oder zumindest zwei Kurse (Geschichte I und II) in einer Gesellschaftswissenschaft mit „historischen Bezügen“ belegen. Von diesen Konzepten werden wiederum die Noten in das Abitur eingebracht werden. Der KMK beschloß sich vor, daß die wichtige durchgehend belegt werden muß, oder eine Gesellschaftswissenschaft mit festem Anteil an geschichtlichen Inhalten beziehungsweise, falls dies nicht der Fall ist, zusätzlich noch zwei Kurse Geschichte.

Einer der größten Knackpunkte sind die „Einheitlichen Prüfungsanforderungen“ (EPA). Durch die EPA will die CDU/CSU hingegen mehr Einfluß auf die Lehrpläne der SPD-regierten Länder gewinnen. Bisher bestehen nur in einigen wenigen Fächern EPA, die sehr allgemein gehalten sind. Die CDU/CSU forderte in den EPA, für alle Fächer und Schulen bundesweit Mindestinhalte verbindlich festzuschreiben. Daß diese Festsetzungen im bundesweiten Trend der Zurückdrängung des geschichtlichen Lehrinhalts liegen, ist klar. Gegen diese Forderung haben sich selbst rechte Kreise gewandt, da durch die Fest-

setzungen ein flexibles Eingehen auf gesellschaftliche Entwicklungen erschwert wird. Herausgekommen ist der KMK-Beschluß, binnen zwei Jahren für alle Abiturprüfungsfächer enger gefasste EPA als bisher zu erstellen beziehungsweise zu ergänzen (wobei konkretes derzeit noch nicht zugänglich ist). Epa, wie diese EPA aussehen werden, der Weg zu einer einheitlichen bundesweiten Festsetzung reaktionärer Bedingungen ohne eine Korrekturmöglichkeit, als lächerliche Überhöhung sind die EPA ein erster Schritt zu einem bundesweiten Zentralabitur, was die Abiturprüfung weiter erschweren würde, da die Prüfungsfragen nicht mehr auf das reale Unterrichtsgeschehen abgestimmt werden und die LehrerInnen den zu lehrenden Stoff nicht mehr einbringen können.

Eine Galgenfrist bleibt den Schülern und Schülerinnen noch: Der KMK-Beschluß hat erst für die am 1.8.1989 in die gymnasiale Oberstufe Eintretenden Wirkung. In Hamburg tritt ein Teil der Hauptungsverpflichtungen sogar erst zum 1.8.1996 in Kraft.

In fast allen Punkten sind die Verschärfungsforderungen der CDU/CSU durchgesetzt worden, dennoch wird die Abi-Deform im konkreten wenig verändert. Die meisten Bundesländer „überfüllen“ die alte KMK Vereinbarung längt. So bedeutet die Verpflichtung, zwei Fächer aus der Gruppe Deutsch, Fremdsprache, Mathe durchgängig belegen zu müssen, nur

für Hamburgs SchülerInnen eine konkrete Verschärfung. Die Verschärfung der Prüfungsfachwahlmöglichkeiten trifft konkret nur Bremens SchülerInnen. Im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen zum Beispiel ist die weitergehende CDU/CSU-Forderung wie in neun weiteren Bundesländern längst Gesetz. Hier müssen die SchülerInnen zwei Prüfungsfächer aus der Gruppe Deutsch, weitergeführte Fremdsprache, Mathe wählen. Im wesentlichen sind die neuen Vereinbarungen nur eine Festschreibung des Ist-Zustands und verkörpern die Absichten einer Verbesserung in einem Bundesland am Anfang.

Panikmache wider besseren Wissens

SDAJ und Jusos stilisieren die Abi-Deform zur Apokalypse des Bildungssystems hoch. Wider besseren Wissens spielen sie alle schon durchgezogenen Maßnahmen zur Rücknahme der 72er Reform herunter. Daß SPD und CDU/CSU seit geraumer Zeit das Bildungssystem dem veränderten wirtschaftlichen Bedarf anpassen, wurde von ihnen nicht thematisiert, die Abi-Deform nicht angedessen in die gesamte reaktionäre SPD/CDU/CSU/FDP Politik und die dahinterstehende Strategie des Kapitals eingeordnet.

Stattdessen wurde der Schaukampf zwischen SPD und CDU/CSU-Kultusministern in den Vordergrund gerückt. Obwohl die SPD-Minister von Anfang an mit hoher Konsensbereitschaft in die Verhandlungen gingen und einzelne SPDler immer wieder betonten, daß man sich in der Sache einig sei, wurde dennoch von SDAJ und Jusos systematisch die Hoffnung geschürt, daß die SPDler die Abi-Deform verhindern würden. Klar ist, daß die SPDler die Abi-Deform verhindern wollten. Es ist zu bezweifeln, ob sie auch davon ab abhingen. Der Kampf in der Bewegung gegen die Abi-Deform um die Bildungspolitik zu vertiefen und zu verbreitern, um so den Boden für künftigen Widerstand zu bereiten.

Jetzt, wo die Abi-Deform beschlossen ist, sind diese Fehler nur noch schwer auszugleichen. Die zur Apokalypse hochstilisierte Abi-Deform muß so weit beschritten werden, als übermenschliche Bedrohungen erscheinen und wird schnellstmöglich aus dem Bewußtsein verdrängt. Das erschwert eine Politisierung ungemein, behindert das Erken-

nen des Zusammenhangs zwischen Abi-Deform, Bildungsreform und der gesamten reaktionären SPD/CDU/CSU/FDP Politik.

Der „Erfolg“ der Bewegung sind denn auch eher gering. Es wurde erreicht, daß die Abi-Deform bremsen wurde. Möglicherweise ist das Inkrafttreten der Vereinbarungen verzögert worden, wie etwa im Falle der oben genannten Hamburger Sonderregelung. Daß sich aberhaupt so viele SchülerInnen bewegt haben, ist zweifellos ein Erfolg, aber von Dauer ist zu bezweifeln und hängt auch davon ab, ob es den stärkeren Kräften in der Bewegung gelingt, die Diskussion um die Bildungspolitik zu vertiefen und zu verbreitern, um so den Boden für künftigen Widerstand zu bereiten.

Abi-Jugend (ol)

Quellen: Die Darstellung fußt auf den Vereinbarungen zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Bundesrepublik vom 27.72. „Einheitliche Durchführung der Vereinbarungen zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe“ (Beschl. d. KMK v. 6.7.72) und v. 1.8.1989 (Beschl. d. KMK v. 6.7.87) sowie der Beschl. d. KMK v. 2.10.87 und der Beschl. d. KMK v. 2.10.87.

Die Zeit, wie Dieter Wunder stammt aus der Presseerklärung der GEW vom 8.10.87. Die Zitate des BDI aus der BDI-Broschüre „Bildungspolitische Aufgaben in einer sich wandelnden Gesellschaft“ vom Februar '87.

Steckt die CDU in der Krise? Behauptet wird das nicht von trübseligen Sozialdemokraten oder verweinten Linken. Aus der Union selbst stammt die Feststellung und wird seit Wochen und Monaten in verschiedenen Schattierungen wiederholt. Wie immer, entspringt auch hier das Bewußtsein einer sehr greifbaren, materiellen Grundlage — die Wählerbasis scheint zu bröckeln. Politik scheint mehr schlecht als recht gemacht zu werden. Innerer Streit zwischen CDU und CSU, Koalitionsföhde zwischen Union und FDP, Pannen und Bankrottergebnisse — nicht nur in Kiel — prägen das Erscheinungsbild. Originalton Geißler: „Wir haben eine Bewußtseins- und Vertrauenskrise.“

„Sommertheater“ und „Lagertheorie“

Die derzeit zugespitzte Problemlage von Union und konservativ-liberaler Regierung reicht ersichtlich zurück in die Zeit des „Sommertheaters“, als zwischen CSU und CDU an Fragen wie Chile und AIDS der Gesamtkurs von Partei und Regierung aufgerollt wurde. Die CSU-spezifische Politik innerhalb der Regierung (Zimmermanns Ablehnung des Asyl-Angebots an die 14 bzw. 15 durch das Pinochet-Regime mit dem Tode bedrohten Chilenen) und ihr Alleingang gegen Bundesregierung und sämtliche CDU-Länder (Gauweilers AIDS-Kurs) neben Erinnerungen an 1976 wachwerden. Stimul hatte damals in Kreuth die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufgekündigt. Die Kontroverse um die Richtung der Union — „Partei der Mitte“ oder Rechtskonservatismus (mit offenem Herzen nach rechts außen) — war auf dem Tisch. Seitdem ist dieser Streit weiter beheizt, noch überhitzt auch und gerade wenn die CSU behauptet in die Unionsgemeinschaft zu gehören und im praktischen Parteiprogramm nur wenig durchsetzen könnte. Der CSU-Vorwurf vor Karl Geißler usw. werde eine Linksoffnung vorzuziehen, die die Stammwählerschaft (geschweige denn das Rechtsaußen-Potential) verunsichern zugunsten höchst windiger Spekulationen auf neue Wähler aus früher eher SPD-orientierten Bereichen; der Vorwurf, die CDU ließe sich der FDP aus („Lagertheorie“) — dies summiert sich allemal zu genügend Anlaß, jederzeit über die Regierung in Bonn und die Partei-Strategien des Adenauer-Hauses herzufallen.

Negative Wahlbilanz

Zumindest rein rechnerisch spricht einiges für einen solchen Affront. Seit der Bundestagswahl 1983 ist die Bilanz der CDU/CSU auf Bundes- wie Landesebene in absteigender Linie negativ. Vorläufige Tiefpunkte dieses in Wahlumfragen getauften Stiechens bildeten die Wahlen in Bremen und Schleswig-Holstein im September 87. So wenig in Bremen/Bremerhaven die CDU je ei-

nen Blumentopf gewinnen konnte, so deutlich war der Verlust von 9,9% (und ein bemerkenswerter Stimmenanstieg für die rechtsextrême DVL-Liste D) doch mehr als rasant. Dramatisch geradezu stellte sich aber das Ergebnis von Schleswig-Holstein dar. Dort zeichnete sich der Fall einer ehemaligen CDU-Basis ab, mit Folgen über die Landesgrenzen hinaus.

Barschel-Affäre mit Folgen

In der Tat überlappte die Barschel-Affäre diesen Wahlausgang, erklärt ihn aber nicht. Was unmittelbar nach der Wahl, zunächst noch unter Regie von Wahlverlierer Barschel selbst, an krampfhaften Bemühungen abließ, zur regierungserhaltenden Tagesordnung überzugehen, wurde schließlich nach durch die schrittweise Aufdeckung der CDU-Machenschaften verneint, sondern durch den Verlust der CDU-Mehrheit. Die eingeleiteten Entlastungs- und Ablenkungsmanöver — gerichtet auf die SPD, auf subalterne Beamte und Funktionäre oder auf Barschel als Person — wurden nach und nach von der CDU selbst zurückgenommen. Die Kette des Personalwechsels durch Tod, Entlassung, Ruhestand und Versetzung ist zweifellos noch nicht beendet, noch steht so mancher Minister und der amtierende Regierungschef Schwarz zur Disposition. Selbst die Zurücknahme von CDU-Chef Stoltenberg aus der vordersten Schußlinie wird inzwischen als ratsam erachtet. Zwar soll er, so Ex-Ministerpräsident v. Hassel, Parteivorsitzender in Kiel bleiben, aber „entlastet“ durch einen geschäftsführenden Vorsitzenden. So weit nämlich geht das Selbst-Bewusstsein der CDU nicht, daß etwa Stoltenberg selbst in den Barschel-Sirudel hineingeraten könnte (hier, übrigens, hält auch Engholms SPD denkbar still). Immerhin bleibt als Fazit: Die CDU-Regierung in Kiel ist, wenn nicht verloren, so doch gefährdet, der Ausgang von Neuwahlen im Mai 87 ist zumindest offen. Sollte

Schleswig-Holstein als CDU-Land ausfallen, käme die satte Bundesratsmehrheit ins Rutschen, wäre außerdem die Festigkeit des „Lagers“ aus Union und FDP unterminiert, denn die schleswig-holsteinische FDP signalisiert neubelebte SPD-Sympathien.

Krisenschau

Angesichts solcher Eventualitäten zieht sich in der Union so manche Sturmkräus. Als Analyse der gegenwärtigen Schwierigkeiten werden zwei Punkte genannt.

1. Es gibt eine Vertrauenskrise. Darunter wird verstanden, daß „Machtkampf und Machtstreben die Oberhand gewinnen“. Zugleich erleben wir eine Abkehr der Menschen aus der Politik, wie sie sich heute darstellt. Wählerhaltung, abnehmendes Interesse an politischen Vorgängen und der Verlust des Ansehens der Politik sind Symptome dieser Entwicklung. Sie geben Anlaß zur Sorge. 10 Monate nach der letzten Bundestagswahl und zwei Monate nach Schleswig-Holstein sorgt sich derzeit Kurt Biedenkopf, klug und einfach: terribile der CDU; und er liegt — diesmal — ganz auf offizieller CDU-Linie.

2. Vor allem aber gibt es, in Geißlers Worten, eine „Bewußtseinskrise“. Solche heißen: Die Christdemokraten stecken „in einer tiefgehenden Identitätskrise über die Rolle der Partei in Zeiten christdemokratischer Regierungsmacht“ (so die Frankfurter Rundschau, 11.11.87). Diese Krise hat zwei Aspekte: Zum einen ist vielen nicht recht klar, was denn die Union eigentlich unterscheidet von der FDP einerseits, von der SPD andererseits. Was so Parteichef Biedenkopf, beides, daß die „christdemokratische Vorstellung, daß „die Identität, das Bewußtsein der Union“ in einer Integration christlich-sozialer, ethischer und konservativer Grundhaltungen besteht (Von einer daraus abzuleitenden Politik ganz zu schweigen). Momentan, so Biedenkopfs Resümee, fällt Verluste und Gewinne...

in der Union alles mögliche auseinander — hier Blum und Sußmuth, dort Zimmermann — bzw. löst sich in das Koalitionstrio CDU-CSU-FDP auf. Zum anderen besteht die Identitätskrise gerade darin, daß statt durch eine attraktive und schlüssige Gesamtideologie der Verein nur noch durch eins zusammengehalten wird: das Festhalten der Macht. — Und wie das aussehen kann, hat Barschel vorerzählt.

Heil's Gott

Die Therapien, die derzeit in CDU-Kreisen angeboten werden und dementsprechend da melder sich prompt die kleinal-konservative Rechte zu Wort — wie etwa CDU-Vordenker Streithöfen — und fündig in Zukunft wieder mehr „C“ bei der CDU (Hamburger Morgenpost, 9.11.87). Oder Ex-Bundespräsident Carstens propagiert die „Wiedergewinnung der religiösen Dimension“ in Gesellschaft, Staat und Politik. Die größte Gefahr, die unserer freiheitlichen Demokratie droht, sind nicht die vielen Probleme und Schwierigkeiten, mit denen wir uns laufend beschäftigen, sondern ist das Fehlen innerer Bindungen an transzendente Werte und an Gott. (Hamburger Morgenpost, 10.11.87). Auf der anderen Seite des Unionspektrums vertritt sich der neue CDA-Vorsitzende Ulf Fink-Sonnenator in West-Berlin, von jedem Traditionsbegriff ab. „Wir müssen sensibel sein für die neuen Probleme.“ (Exakt) Fragen, die wenn in die Zukunft reichen. Wir müssen ein Bild haben von der Gesellschaft, in der wir morgen leben werden und leben wollen. Die Zukunft gestalten, das heißt Perspektiven und Leitbilder entwickeln für eine Zeit, die sich von unserer Gegenwart viel grundsätzlicher unterscheidet als die heutige Zeit von den 50er und 60er Jahren. (FR, 22.10.87). Im Konkreten fallen die Vorschläge zu Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Gleichberechtigung usw. dann freilich recht altbacken aus und klar wird, worum es geht: Vor allem dürfen sie Staat und Wirtschaft nichts kosten.

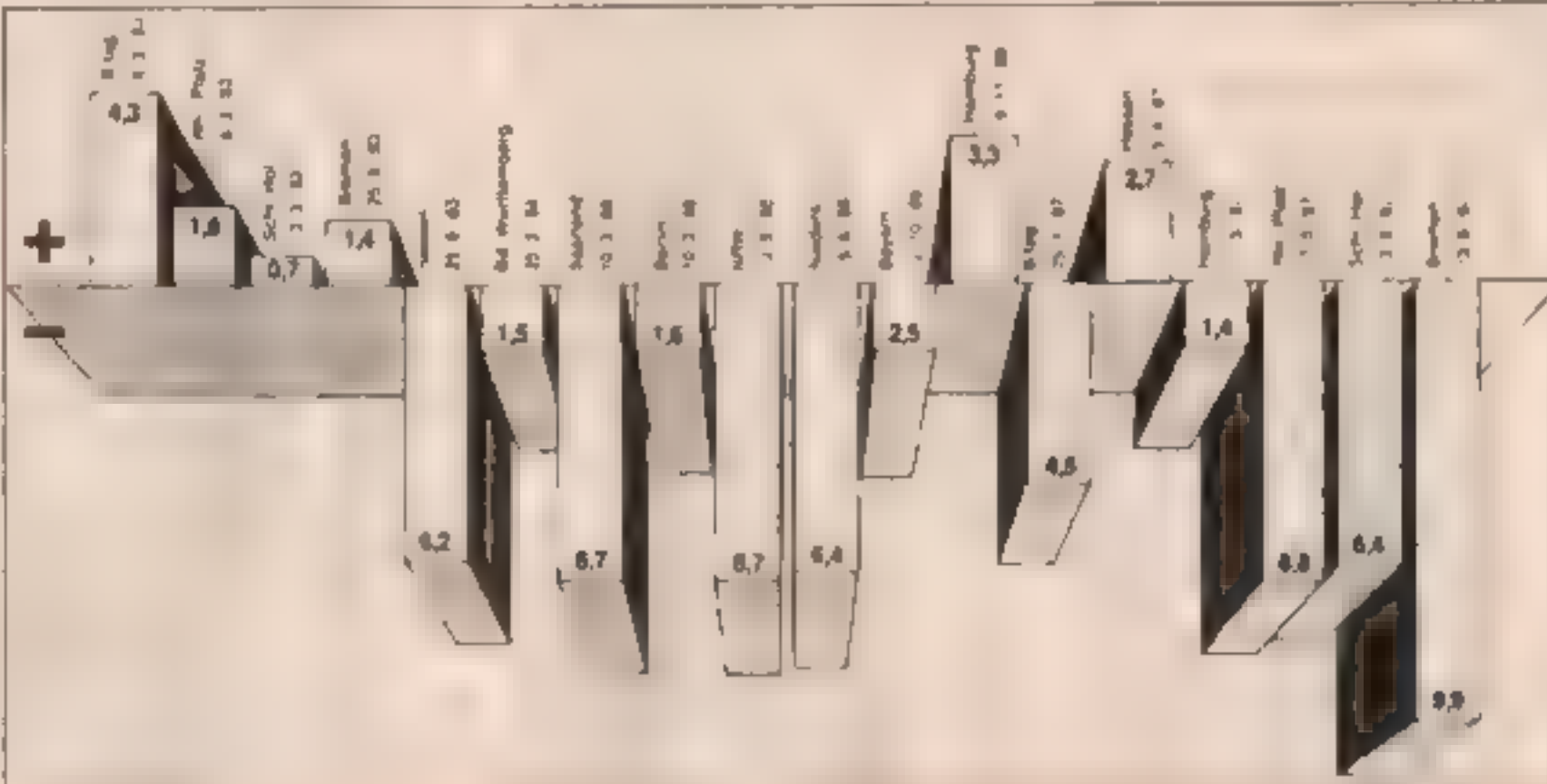
Schönheitsreparaturen bis 88

Die eher pragmatischen Partei-Macher nehmen denn vorerst auch nur Reparaturarbeiten am Partei-Image vor. So Geißler, der schnell mal im November nach Chile fährt, um dort die Blum'sche Sonderaktion in Sachen Menschenrechte neu aufzulegen. So Kohl und Stoltenberg, die die Erschütterung angesichts der schleswig-holsteinischen Heimsuchung erklären, auch diverse Köpfe rollen lassen, ein gründliches Aufräumen aber verhindern. (Hat da doch nämlich der Sohn des konservativen Widerständlers gegen Hitler, Goerdeler, gefordert, ausnahmslos alle jetzigen CDU-Abgeordneten in Kiel sollten ausgetauscht werden). „CDU-Chef Helmut Kohl widerspricht der Empfehlung Goerdelers“ — Hamburger Abendblatt, 8.12.87). Geißlers Parole vom Bundesparteitag im November 87 — „Wir müssen schon schmerzhaft Arbeit leisten“ (FR, 10.11.87) — ist denn auch keineswegs schon begie e von dem allerorts geforderten ideologisch-programmatischen Aufschwung. „Wir haben“, so Geißler in Abgrenzung zur SPD, „einen anderen Begriff der Solidarität. Wir haben möglicherweise sogar einen anderen Begriff der Freiheit. Wir haben mit Sicherheit einen anderen Begriff der Gerechtigkeit.“ (...) wir wollen gerade mit diesem genuin christlich-demokratischen Gedankengut — verbunden mit neuen Ideen, neuen Inhalten — neue Wählerkreise gewinnen. (Zeitl, 18.9.87). Ah ja, alles ganz klar — oder...? Wer's denn doch etwas genauer wissen möchte, wird auf den nächsten Bundesparteitag im Juni 1988 verwiesen. „Das wird ein Programmparteitag, der sich mit drei großen Themen beschäftigen wird: Außenpolitik, moralische Grundlagen christlicher Politik und organisatorische Fragen.“ (Hamburger Morgenpost, 5.12.87). Dort und dann sollen die Weichen gestellt werden für die CDU-Herrschaft — im Verbund mit der FDP — bis ins Jahr 2000.

Gedrückte Stimmung

Bei den nächsten Landtagswahlen (Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein) wird sich zeigen, ob die Verdrängung auf den Sommer 88 den gegenwärtigen Minus-Trend stoppen kann. Neben der Unzufriedenheit im gemeinen Volk ist immerhin schon heute eine bemerkenswerte Versäuerung gerade dort vorhanden, wo weniger Identitäts-Grubel als berechenbare Politik verlangt wird. Recht drastisch attestiert die Vorstandsdrucksache der Commerzbank Selpo der Bundesregierung: „Beunruhigende wirtschaftspolitische Absenken beziehungsweise Ratlosigkeit sowie das Fehlen überzeugender Konzepte „in nahezu allen großen Problembereichen“ (FR, 27.11.87). Ähnlich äußerte sich der Chef der Dresdner Bank, Röllert, und der Vorstandspräsident der Deutschen Bank, Herhausen, bereits nach der formulierte schlichte „Enttäuschung über die Bundesregierung“ (FR, 4.12.87).

R., Anti-Kommunisten, Hamburg



Bielefeld:

Rückzug im antifaschistischen Widerstand

Vor gut einem Jahr wurde öffentlich bekannt, daß die „Nationale Front“ (NF) in Bielefeld ein bundesweites Zentrum aufbaute, das schnell zum Anknüpfungspunkt antifaschistischer Arbeit in Bielefeld wurde. In diesem Jahr ist es allerdings trotz zahlreicher Aktionen nicht gelungen, diesen Zentrum zu heftigen und seine fragenden Kräfte nachhaltig zu schwächen, so daß sich in den diversen antifaschistischen Organisationen und Initiativen Bielefelds zunehmend Ratlosigkeit breitmachte, wie man weiter mit NF und „Freie Arbeiter Partei“ (FAP) umgehen und wie antifaschistische Arbeit überhaupt aussehen soll. Die Haltung „Weg von der Forderung auf das NF-Zentrum“ greift um sich, der Sinn von Verbotsforderungen und Demonstrationen vor dem Zentrum wird zunehmend zur Disposition gestellt.

Noch im Frühjahr 1987 sah es so aus, als ob sich in Bielefeld eine starke antifaschistische Bewegung herausbilden könnte. Nach ersten Protestdemos, zahlreichen Mahnwachen der Nachbarschaftsinitiativen und autonomen Blockadeversuchen in der Bleichstraße kam es am 8.3. zu einer der größten Bielefelder Demonstrationen der letzten Jahre mit über 6.000 TeilnehmerInnen, deren Spektrum von SPD/DGB bis zu den Autonomen reichte (1). Vor dem Hintergrund dieser erfolgreichen Demonstration entstand das Projekt, am 17.10. in Bielefeld eine landesweite Demonstration für „Auflösung und Verbot aller faschistischen Organisationen“ (2) durchzuführen. Zwar fand am 17.10. eine Demonstration statt, doch versammelten sich nur etwa 2.400 DemonstrantInnen (3). Eine Zahl, die angesichts der ursprünglichen Erwartungen enttäuschend erscheint. Daß die antifaschistische Koordination dennoch von einem Erfolg spricht und sich mit der Mobilisierung hochzufrieden zeigte, ist nur vor dem Hintergrund der Spannungen und Zerwürfnisse zwischen den und innerhalb der verschiedenen Teile der antifaschistischen Bewegung in Bielefeld zu verstehen.

SPD und DGB tauchen ab

Sah es noch vor einem halben Jahr so aus, als ob SPD und DGB zum festen Bestandteil antifaschistischer Arbeit in Bielefeld werden sollten (die Demo am 8.3. wurde vom DGB initiiert), „Arbeitskreis gegen Neofaschismus“ w.

Sah es noch vor einem halben Jahr so aus, als ob SPD und DGB zum festen Bestandteil antifaschistischer Arbeit in Bielefeld werden sollten (die Demo am 8.3. wurde vom DGB initiiert), „Arbeitskreis gegen Neofaschismus“ w.

Chronologie

16.9.87 bei einer Mahnwache (250 TeilnehmerInnen) werden drei DemonstrantInnen verletzt, weil die Polizei CS-Gas versprüht (31).
10.7.87 letzte Mahnwache vor der Sommerpause mit 600 TeilnehmerInnen und SPD-Prominenten. Die Faschisten hielten mobilisiert, doch die Polizei verhielt sich 21 bereits bei Fahrzeugkontrollen und nochmals 42 beim Versuch, eine Gegendemonstration zur Mahnwache durchzuführen (34).
11.7.87: 1000 Personen nehmen am Kulturfest der Nachbarschaftsinitiative teil (35).
Juli die Faschisten melden für die Zeit vom 4.9. bis zum 18.12.87 für jeden Freitag eine Mahnwache in der Bleichstraße an (2).
22.8.87: Bielefelder Faschisten marschieren in Wunstede zu Heß-Beerdigung auf (36).
4.9.87: erste Mahnwache der Faschisten in der Bleichstraße (37).
11.9.87: 250 Personen nehmen an einer Demonstration gegen die Mahnwachen der Faschisten teil und ziehen trotz polizeilichen Verbots in die Bleichstraße (38).
Ende September: das Stadtblatt vermutet, daß die Faschisten in Bielefeld ein weiteres Zentrum aufbauen (39).
14./15.11.87 trotz Verbot hält die NF in der Bleichstraße ihren „Bundesparteiabend“ ab (40).

zielschlagende örtliche Promis in der Bleichstraße ein (4), so gingen nach der Sommerpause SPD und DGB auf Distanz: keine Teilnahme an der landesweiten Antifa-Demo und keine Verbotsforderungen unter Berufung auf Art. 139 GG nicht, heißt die neue Richtlinie.

Zwei Gründe scheinen ausschlaggebend für diesen Sinneswandel zu sein: — der Druck der NRW-Parteileitung auf die Genossen vor Ort, — gerichtliche Erfolge der Neonazis gegen SPD Klagen.

Zum ersten Grund: Hatte der DGB noch in einem Flugblatt zur Demonstration am 8.3. „das Verbot der NF, der FAP und aller neofaschistischen Organisationen“ gefordert (1), so konkretisierte SPD-Innenminister Schnoor bei der Vorlage des NRW Verfassungsschutzberichts schon am 11.3., daß es keine Chance auf ein Verbot der FAP gebe, weil Zimmermann diese Partei nicht für verfassungsfeindlich halte (5).

Am 4.6. besuchte Schnoor dann höchstpersönlich Bielefeld, um die widerspenstigen SPDler wieder auf Linie zu bringen. Diese hatten nämlich die Dreisigkeit beiseite, gestützt auf die Grundgesetzartikel 21 Abs. 2, Satz 22 und 139 von der SPD-Landesregierung das Verbot von NF und FAP zu fordern (6). Schnoor wies diese anmaßende Forderung scharf zurück und betonte ausdrücklich, daß Parteiverbote keine Probleme lösen würden, die uns doch alle angehen. Statt dessen warnte Schnoor vor der Zusammenarbeit mit Kommunisten, da man mit denen in der Weimarer Republik schlechte Erfahrungen gemacht habe (7). Zufrieden schwärmte das rechte Westfalenblatt von „einer Ohrfeige für die Bielefelder Sozialdemokraten“ (8), eine Ohrfeige, die in der SPD Wirkung zeigte, denn im sozialdemokratischen Mittel setzte eine Diskussion um Aktionsformen und den Sinn von Verbotsforderungen ein.

Den Auftakt bildete ein im Stadtblatt publizierter Artikel des Bielefelder Pädagogik-Prof. Heilmeyer, der das „Demonstrationsverbot“ vor allem des DGB, das Resolutionsritual von SPD und Grünen und die „Verbotsformel als Handlungsersatz“ einer scharfen Kritik unterzog. Wenn man schon demonstrieren und Mahnwachen abhalten müsse, dann doch bitte vor dem Rathaus und Polizeipräsidium, damit die Polizei endlich von der „Rolle des Schlichters“ zwischen Neonazis und Demonstranten befreit „und zur peniblen Anwendung des antifaschistischen Kerns der Verfassung gedrängt werden“ könne. Und die SPD solle auf Resolutionen und Verbotsforderungen verzichten und statt dessen lieber mehr Geld für Jugendarbeit

zur peniblen Anwendung des antifaschistischen Kerns der Verfassung gedrängt werden“ könne. Und die SPD solle auf Resolutionen und Verbotsforderungen verzichten und statt dessen lieber mehr Geld für Jugendarbeit

Am 1. September dann ein weiterer Rückzug für die bisherige SPD-Fraktion. Nachdem NF und FAP am 20.4. in ihrem Zentrum (Bleichstraße 143) Hitlers Geburtstag gefeiert hatten (1), erstateten u.a. die beiden Bundestagsabgeordneten Günter Rixe (SPD) und Antje Vollmer (Grüne) Strafanzeige gegen die NF. Anfang September stellte die Dortmunder Staatsanwaltschaft das Verfahren ein. Die NF sei keine kriminelle Vereinigung und ihr Transparent „XX IV - feiern ist gut“ enthalte keine Äußerung, „deren Inhalt gegen die FDGO und den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist“ (10).

Mitte September distanzierte sich dann die Bielefelder ÖTV von der landesweiten für den 17.10. geplanten Demo. Öffentliche Begründung: „Politrocker“ und „Politbananen“ wollen, daß es zu Ausschreitungen kommt. Eine gewaltfreie Demonstration ist deshalb nicht gewährleistet (11). Der DGB verzichtete das völlig substantiöse Gerücht in die Welt, die Autonomen wollten mit auswärtiger Unterstützung am 17.10. das NF-Zentrum im Schutz einer Großdemo stürmen.

Unstritten war mittlerweile auch die Forderung, der Stadtrat solle auf der Grundlage des Art. 139 GG das NF-Zentrum schließen, denn: „Jeder Prozess, den wir gegen die Neonazis verlieren, verleiht diese in einem Maße auf, das unverantwortlich ist“ (12). Konsensfähig blieb lediglich ein unverbindlicher Appell an Innenminister Schnoor, er möge doch NF und FAP mit einem Verbot belegen (11). Neues Motto in der Antifa Arbeit des DGB, das das Absuchen des sozialdemokratischen Spektrums auf den Punkt bringt: „Der beste Kampf gegen die Neonazis ist der Kampf für die 35-stündigen Woche“ (13). Die Entwicklung

von SPD und DGB faßt Annette Blumenbach von den Grünen zusammen: „Seit dem Frühsommer wird von der SPD gegen überparteilichste Zusammenarbeit und die Anwendung des Art. 139 GG in Bielefeld eine Mauer nach der anderen aufgebaut, durch die wir bislang nicht durchkommen.“ (13).

Die „neue“ sozialdemokratische Politik besteht aber nicht nur im Rückzug, sondern auch in althergekannter bewußter Gegenmobilisierung, vor allem zur Demo am 17.10.: Zur allgemeinen Überraschung wandte sich Ende September/Anfang Oktober die SPD der Verhinderung des für den 16.10. geplanten NPD-Kreisparteitages zu. Sie verweigerte der NPD städtische Räume — seltenerweise wieder unter Berufung auf Art. 139 GG —, unterlag vorm Verwaltungsgericht Minden, ließ aber verlaublich, man werde durch alle Instanzen gehen und „solte die NPD auch in letzter Instanz Recht bekommen, so kündigen wir jetzt schon eine Großdemonstration gegen die dann vorgesehene NPD-Veranstaltung an.“ (14) Erst am 14.10. entschied das OVG Münster, daß die Stadt der NPD keine Räume zur Verfügung stellen brauche, so daß die SPD von der Unannehmlichkeit befreit wurde, am Ort des Geschehens demonstrieren zu müssen.

Der grüne Streik um die Verbotsforderung

Noch am 10.9. forderten die Grünen ein Verbot von NF und FAP sowie die sofortige Schließung des Faschistenzentrums (15) und am 17.9. folgte im Rathaus eine Demonstration für die sofortige Schließung des NF-Zentrums (16). Gegen die Verbotsforderung wandte sich schon kurze Zeit später öffentlich der Bielefelder Rechtsanwalt Uwe Günther, derzeit Justiziar der grünen Bundestagsfraktion (17). Seine Hauptargumente waren: — Der konservativ-reaktionäre Polizei- und Justizapparat werde das Verbot praktisch unterlaufen. — Da der Art. 21 Abs. 2 GG (als Grundlage für ein Verbot) nicht konkretisierbar sei, müsse das Bundesverfassungsgericht die politische Entscheidung treffen, was und wer gegen die FDGO verstoße, „eine Funktion, die nach unserem Verständnis den BürgerInnen der BRD zukommt.“ — Auch ein Verbot der FAP nach Art. 139 GG komme nicht in Frage, zum einen, weil eine Aufwertung aller Rechtsvorschriften den Geltungsbereich des GG einschränke, zum anderen, weil die FAP keine Nachfolgeorganisation der NSDAP sei, zwischen beiden gebe es keine personelle

zum einen, weil eine Aufwertung aller Rechtsvorschriften den Geltungsbereich des GG einschränke, zum anderen, weil die FAP keine Nachfolgeorganisation der NSDAP sei: zwischen beiden gebe es keine personelle und organisatorische Kontinuität, also sei es willkürlich, die FAP als Nachfolgeorganisation der NSDAP zu bezeichnen, nur, weil im ideologischen Gebrauch der FAP Verstrickungen der NSDAP enthalten sind.

Die Polizei würde im Verbotsfall Probleme haben, den zu verfolgenden Personenkreis genau zu umfassen. Die FAP wiederum würde sich wehren (durch Unterbrechung Gründung neuer Organisationen und Instrumentalisierung der Justiz als politische Bühne). — Man könne nicht gleichzeitig ein Verbot der FAP und die Auflösung des Verfassungsschutzes fordern.

Die Verbotsforderung sei Zeichen eines „hässlichen Antifaschismus“, weil sie an die Stelle politischer Überzeugungsarbeit staatliche Repression setze. Ein Verbot verhindere eine öffentliche Diskussion über die Inhalte faschistischer Politik und so einen Wandel politischer Einstellungen und den Abbau von Vorurteilen.

Heute erzwingt die Verbotsforderung eine „Koalition“ mit dem Bundesverfassungsgericht oder der Bundesregierung, die ihren Preis habe: „Es könnte durchaus politisches Kalkül der Bundesregierung sein, sich für ein FAP-Verbot einzusetzen mit dem Ziel, sich optisch von den militanten Rechten abzusetzen, um so mit dem Segen der Linken sensiblere rechtsradikale Politik zu betreiben.“

Gegenposition bezug kurze Zeit später Annette Blumenbach aus der grünen Ratsfraktion, die — unter Berufung auf Art. 139 GG, aber nicht auf Art. 21 GG — die Forderung nach einem Verbot von NF und FAP verdrängte (18). Ihre wesentlichen Argumente: — Ein Verbot behindere die Öffentlichkeitsarbeit der Faschisten und die Rekrutierung neuer Jugendlicher, es würde die öffentliche Auseinandersetzung

mit dem Faschismus eher fördern als behindern.

— Wer den Staat zur Repression gegen rechts auffordere, legitimierte nicht automatisch die staatliche Unterdrückung der radikalen Linken, denn „der Staat braucht nicht die Rechtfertigung unserer Kampagne für ein Verbot faschistischer Betätigung, um gegen links vorzugehen.“

— Wenn die herrschende Lehrmeinung in der Rechtsprechung sich gegen ein Verbot von NF und FAP wende, so sei das Folge einer politischen Kräftekonstellation, die auch von der Stärke antifaschistischer Bewegung abhängt, also wandelbar sei.

— Die Verbotsforderung „ist der Versuch, diesem Staat eine antifaschistische Grundhaltung abzutrotzen, die er aktuell in der Tat nicht hat“, ein Versuch, der „einige Charakterzüge dieses Staates (z.B. „Asylantrags“-Kampagne, Antikommunismus als westdeutsche Staatsreligion, ..) offenkundig“ machen werde.

— Die Berufung auf Art. 139 GG und damit „der Rückbezug auf Besatzungsrecht“ sei zwar „unglücklich und lediglich eine Krücke“, andererseits sei die „Geltung des GG“ „kein Wert an sich“.

— Die „faschistische Zielsetzung“ von NF und FAP mache diese Organisationen eindeutig zu NSDAP-Nachfolgeorganisationen.

— Die Behauptung, Forderungen an einen ungeliebten Staat wiesen ihm noch mehr Funktionen zu und würden ihn dadurch legitimieren, „ist ein uraltes, ebenso abstraktes wie falsches Argument“. Vielmehr sei die Verbotsforderung „Teil eines Versuchs, das Kräfteverhältnis gegen die rechtskonservative Wende zu verändern.“ Natürlich könne man antifaschistische Arbeit nicht auf Verbotsforderung reduzieren, da dies in eine Sackgasse führe. Es müsse auch darum gehen, „Ausländerfeindlichkeit und dem Wiedererstarken einer „deutschen nationalen Identität“ im Zuge der rechtskonservativen Wende theoretisch und praktisch etwas entgegenzusetzen“ (freie Fühlungssache, Ausländerwahlrecht). Da Arbeits- und Perspektivlosigkeit die Übernahme faschistischer Ideen begünstige, müsse auch hier etwas unternommen werden. Des weiteren müsse man immer wieder die Verbindungen zwischen faschistischer Ideologie und „normalem rechtskonservativem Gedankengut“ aufzeigen und die Jugend- und Sozialarbeit intensivieren.

Die Autonomen

Die Autonomen nehmen für sich in Anspruch, ihre antifaschistische Arbeit

Die Autonomen

Die Autonomen nehmen für sich in Anspruch, ihre antifaschistische Arbeit als erste in Bielefeld von der ausschließlichen Fixierung auf das NF-Zentrum gelöst zu haben. Schon Ende 1986 wiesen sie in einem Flugblatt auf die Anknüpfungspunkte faschistischer Ideologie im rechten bürgerlichen Gedankengut hin: Rassismus und Antikommunismus (in der gesellschaftlichen Praxis: Hetze gegen Asylanträge, Antirassismuskampagnen, Forderung nach Freiheit für Rudolf Heß, Verschärfung des § 218 und dem Offenhalten der „deutschen Frage“), an denen faschistische Politik emporstehe. Gefordert wurden deshalb nicht nur „neofaschistenfreie Zonen“, sondern auch die Öffnung der Grenzen für alle Flüchtlinge. Dabei habe autonomer Antifaschismus als Ziele:

— Zerschlagung oder zumindest Schwächung der Faschistenorganisationen bei Verzicht auf Verbotsforderungen gegenüber Staat und Parteien, — „der radikalsten Mobilisierung“ entgegenzutreten, — die „faschistische Praxis des Staates zu demaskieren“, — eigene Lebensräume zu verteidigen und auszubauen und die eigene Organisation zu verbessern.

Nachdem die Bliensaktion gegen das AIZ am 27.3.1987 im Anschluß an einen autonomen Blockadeversuch in der Bleichstraße (19) gezeigt hatte, daß das erste Ziel, die Zerschlagung von NF und FAP in Bielefeld zur Zeit wenig Chancen hat, weil sich die Faschisten auf staatlichen Schutz fest verlassen können, scheint das NF-Zentrum zugunsten der anderen Ziele schrittweise in den Hintergrund autonomer Antifa-Arbeit zu rücken. Bereits auf der Großdemonstration vom 8.3. ging es den Autonomen nicht nur um das NF-Zentrum, (19) sondern bei einer kleinen Aktion gegen ein Café, dem Diskriminierung von Minderheiten und Ausländern vorgeworfen wurde,

Nachbarschaftsinitiative streitet über ihre Mahnwachen

Noch Mitte Juli 1987 zog einer ihrer Sprecher (Jochen Kollmer von der DKP) eine insgesamt positive Bilanz der Mahnwachen: sie hätten auf das NF-Zentrum aufmerksam gemacht und es isoliert, Faschisten treffen seien behindert worden. Auf der Grundlage des Art. 139 GG forderte er ein Versammlungsverbot für die Neonazis und eine bessere Jugendarbeit, aber „das kann doch nicht heißen, deswegen keine Aktionen gegen das Haus mehr durchzuführen.“ (2) Mitte September wurde dann offen sichtbar, daß diese Haltung in der Nachbarschaftsinitiative mittlerweile hart umkämpft ist, denn Pfarrer Schröder (ein weiterer Sprecher der Nachbarschaftsinitiative) trat von seinem Amt zurück. Begründung: Mahnwachen machten Faschisten nur zu Märtyrern und außerdem könnten sie sich gegenüber den mittlerweile demonstreationsmüden Nachbarn als Hort von Ruhe und Ordnung aufspielen. Des Pfarrers Alternative: breitere Basis für Antifa-Arbeit, getragen vom DGB (28). Am 13.11.87 fand erneut eine Mahnwache der Nachbarschaftsinitiative in der Bleichstraße statt.

(20) vor allem um die Thematisierung des „ganz normalen Faschismus“ in der BRD, der sich hinter „der Maske bürgerlich-kapitalistischer Normalität“ verberge und sich gegen Minderheiten richte. (22) Zwei Themen nahmen dann vor und nach der Demo vom 17.10. auf den Diskussionen des autonomen Antifa-Plenums breiten Raum ein: zum einen wurde über die Frage gestritten, wie man mit Vergewaltigung in den eigenen Reihen umgehen muß, (23) Zum anderen entzündete sich zwischen Autonomen und „Antimipis“ eine hitzige Debatte über das Verhältnis der heutigen radikalen Linken zur RAF (Einschätzung der „Offensive“ der RAF 1977, RAF und staatliche Repression, inhaltliches Verhältnis zur RAF), wobei nur die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen und nach Freilassung von Günther Sonnenberg konsensfähig war.

Im autonomen Redebeitrag am 17.10. wurde dann an die Stammheimter Nacht. Zusammenfassung der politischen Gefangenen und nach Freilassung von Günther Sonnenberg konsensfähig war.

Im autonomen Redebeitrag am 17.10. wurde dann an die Stammheimter Ereignisse vor zehn Jahren erinnert, zum Anknüpfungspunkt zwischen RAF und autonomer Antifa-Arbeit in Bielefeld wurde die staatliche Repression, die sowohl die RAF (in und treffe und die heute auch in der Kriminalisierung autonomer AntifaschistInnen besteht (Prozesse im Zusammenhang mit der Bliensaktion

Fortsetzung nächste Seite

NF soll zwischen Kühnentrauen und -gegnern vermitteln

Vom 25.—27.6. wollten sich im NF-Zentrum die „Spitzen“ der ANS/NA-Nachfolgeorganisationen treffen, um „die Synergie der Bewegung“ zu überwinden. Christian Worch als Führer der Kühnentrauen und Jürgen Mosler an der Spitze der FAP-Abordnung (29). Anlaß der Spaltung war die Frage, ob Faschisten schuld sein dürfen oder nicht in Worchs Einladungsachreiben wurde das NF-Zentrum als „neutraler Boden“ bezeichnet, obwohl NF und FAP in Bielefeld eigentlich zum Kühnentrauen-Lager gehören, d.h. das NF-Zentrum in Bielefeld steht für die bundesweite rechtsradikale Szene offenbar im Ruf einer gruppenübergreifenden Schlichtungsinstanz. (30) Am 26.6. sagte Worch dann aber das Treffen ab, weil die Stadt mit einem Verbot gedroht hatte, der als Versammlungsraum vorgesehene braune Holzstuppen (er brannte am 20.9. ab) (31) erhöhe die baurechtlichen Bedingungen nicht (32).

Buchhändler wegen „Radikal“-Vertrieb verurteilt

nach einem Flugblatt der Nationalen Rev.

Angekündigt des Rückzugs der Sozialdemokraten aus der Antifa-Arbeit und des allgemeinen Streikts um Aktionsformen und Verbotforderungen, erschienen allen Beteiligten ein Demo mit über 2.000 Teilnehmern (mit 1.400 (26) hat einige Verwirrung ausgeht aus). Auf Seiten der Polizei, nachdem sie zunächst halbherzig versucht hatte, den autonomen Block noch vor Erreichen des Sammelpunktes zu stören, überraschte sie mit einem reaktionsfähigen

1. a. Hermann F. 1948/11/11 um 19.00
 2. a. Hermann F. 1948/11/11 um 19.00
 3. a. Hermann F. 1948/11/11 um 19.00
 4. a. Hermann F. 1948/11/11 um 19.00
 5. a. Hermann F. 1948/11/11 um 19.00
 6. a. Hermann F. 1948/11/11 um 19.00
 7. a. Hermann F. 1948/11/11 um 19.00
 8. a. Hermann F. 1948/11/11 um 19.00
 9. a. Hermann F. 1948/11/11 um 19.00
 10. a. Hermann F. 1948/11/11 um 19.00

Grenzüberschreitungen

Friedensgespräche in Jordanien, Syrien, Israel und den besetzten Gebieten
von Dietrich Gaede

Weniger berichtet als die letzte Grunon-Reise nach Israel ist Anfang September eine Gruppe von sieben Mitgliedern der niederländischen, britischen und bundesdeutschen Friedensbewegung in Jordanien, Syrien, Israel, der Westbank und dem Gazastreifen unterwegs gewesen. Aus den über 60 Begegnungen dieser zweiwöchigen Reise geben die folgenden Artikel einen Teil der Eindrücke wieder. (1)

Die Reisegruppe

Alle Begegnungen haben bereits längere Erfahrungen mit dem Nahen Osten und mit internationaler Friedensarbeit gesammelt.

Susanne Böhler stammt aus den USA, hat längere Zeit für die „Human Rights Campaign“ gearbeitet, ist jetzt Sekretärin der National Association of American Women in Israel und hat kürzlich eine Reise nach Israel unternommen.

Wim Bartels war 13 Jahre Professor für internationale Beziehungen in Nijmegen und ist jetzt internationaler Sekretär des IKV und des Netzwerks der europäischen Friedensbewegungen (EPCF - European Peace Communication and Cooperation Network).

Johannes Burgette, Studentenfürsprecher in Stuttgart, studierte Politik, Theologie und Friedenswissenschaft an der Universität Bonn.

Johannes Burgette, Studentenfürsprecher in Stuttgart, studierte Politik, Theologie und Friedenswissenschaft an der Universität Bonn. Seit 1975 hat er sich mit der Friedensforschung beschäftigt und ist seit 1977 in der Bundesrepublik als Friedensforscher tätig. Er war Mitglied der Friedensbewegung und der Arbeitsgemeinschaft für die Friedensforschung.

Dietrich Gaede, Autor der Artikel auf diesen Seiten, studiert Politik und Geschichte an der Universität Hamburg. War 1975 zum ersten Mal in Syrien, Jordanien und Israel und hat seitdem seinen Wohnort von 1977-78 als Freiwilliger in Israel. Nach Kibbuzarbeit arbeitete er in einem jüdisch-orthodoxen Kinderheim, im Yad ve Shem und einem französisch-arabischen Krankenhaus in Nazareth, Begegnungen von Palästinensern und Israelis. Seit 1979 arbeitet er an einem Reisebuch mit AS/F-Freisprengern in Nablus am 26.4.78 starben die Freiwilligen Susanne Zahn und sein Bruder Christoph Gaede, wie viele andere wird er selbst vermisst und ist so dem sehr traurigen. Seit der Rückkehr in die BRD über AS/F in der Friedensbewegung engagiert.

Janter Laska bezieht in der Reorganisation der niederländischen katholischen Rundfunk, bevor er Generalsekretär von Pax Christi Niederlande wurde. Er ist Mitglied des „Executive Board“ des IKV und Mitglied der niederländischen „Stichting voor de Vrede“ (Stiftung für den Frieden).

Paul Dietrich hat Angewandte und Ökonomie von 1986 bis 1988 an der International Ministry of Development in London studiert. Er ist Mitglied der Friedensbewegung und der Arbeitsgemeinschaft für die Friedensforschung. Er ist Mitglied der Friedensbewegung und der Arbeitsgemeinschaft für die Friedensforschung. Er ist Mitglied der Friedensbewegung und der Arbeitsgemeinschaft für die Friedensforschung.

Monfred Zabel, Professor für Theologie und Politik an der Universität Bonn, ist Mitglied der Friedensbewegung und der Arbeitsgemeinschaft für die Friedensforschung. Er ist Mitglied der Friedensbewegung und der Arbeitsgemeinschaft für die Friedensforschung.

Das Stichwort „Nahost“ ist bei uns mit widersprüchlichen Assoziationen verbunden; hierige Reaktionen auf den Golfkrieg oder die israelische Invasion in den Libanon oder der Umgang mit Flüchtlingen aus dieser Region im eigenen Land sind geprägt von Unverständnis und Vorurteilen. Wie können/sollten Friedensgruppen bei uns mit den zahlreichen Konflikten dieser Weltregion umgehen, die auf vielfältige Weise mit unseren Realitäten verwoben sind?

„Welche Rolle für Europa? Welche Rolle für die europäischen Friedensbewegungen?“ Unter dieser Fragestellung organisierte die niederländische Pax Christi-Sektion im Februar 1986 eine internationale Konferenz zum Nahostkonflikt. Das zweitägige Treffen in Amersfoort gründete auf jahrelanger Arbeit der Organisation zum Thema Nahost und ermöglichte auch Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern. (2)

In der Folge dieser Konferenz wurde geplant, eine kleine Gruppe von Mitgliedern der britischen, niederländischen und bundesdeutschen Friedensbewegung in den Nahen Osten zu schicken, die Ansätze einer Zusammenarbeit hiesiger Gruppen mit Organisationen im Nahen Osten ausfindig machen sollen. Nach intensiven Vorbereitungen in Verbindung mit anderen Organisationen wie dem Interkirchlichen Friedensrat (IKV) in den Niederlanden, END in Großbritannien und AS/F in der Bundesrepublik sowie den Quäkern in Jordanien und dem „Center for Peace in the Middle East“ in Jerusalem, wurde ein Reiseprogramm zustande gebracht, das im Sommer 1987 in der Bundesrepublik und in der BRD durchgeführt wurde.

Kaum ein Mensch der von uns bereisten Region kann so einfach die bestehenden Grenzen passieren, wie es uns möglich war: von Amman via Allenby-Brücke nach Jerusalem, zu verschiedenen Städten auf der Westbank wie Ramallah und Nablus, von Jerusalem weiter nach Tel Aviv und in den Gazastreifen, zurück über den Jordan nach Jordanien und weiter per Taxi über die syrische Grenze nach Damaskus. In den zwei Wochen konnten wir mehr als 60 Gespräche führen: Mit Regierungsvertretern, Diplomaten verschiedener Länder, PalästinenserInnen in den verschiedenen Funktionen, VertreterInnen der Kirchen in Jordanien, Syrien und in Jerusalem, JournalistInnen und Mitgliedern der israelischen Friedensbewegung. Berücksichtigt man die Tatsache, daß die meisten Gespräche in Repräsentationsräumen stattfanden und die Zeit, die wir in Amman sitzend zwischen den Städten Damaskus, Amman, Jerusalem, Tel Aviv und Gaza verbracht haben, wird verständlich, daß die Vorstellung einer „Reise durch drei Länder und zwei militärische Besatzungszonen“ leicht falsche Assoziationen bezüglich unserer Wahrnehmungsmöglichkeiten wecken kann.

Dennoch: Da alle Beteiligten bereits vorher zumindest einige der bereisten Länder intensiver kennengelernt hatten, sind auch flüchtige Eindrücke geblieben — etwa die Beobachtung, daß das Gedränge der Touristen in der Jerusalemer Altstadt abgenommen hat. Wie wir später erfahren, wird Reisegruppen von ihren israelischen Leitern abgelehnt, sich zu weit in die Nebengassen zu begeben und dort einzukaufen, es sei durchaus gefährlich und die angebotene Ware oft von schlechter Qualität. Zugleich ist in der Altstadt kräftig renoviert worden, arabische Hausbesitzer werden dazu bewegt, ihre Grundstücke zu verkaufen, Juden ziehen in den bislang rein arabischen Viertel der Altstadt. Teilschritte einer Entwicklung, die viele Palästinenser als bewußt betriebene Verdrängung empfinden. Aus solchen vereinzelten Beobachtungen, Gesprächen, Diskussionen unter uns und schriftlichen Informationen ergibt sich schließlich ein vielschichtiges Bild, was es einem schwermacht, die Eindrücke in wenigen Pausenwörtern wiederzugeben. Einige Akzente lassen sich allerdings setzen.

— Bei allen Einschränkungen durch Zensur, Militärverwaltung und der systematischen Benachteiligung der arabischen Minderheit erlauben die demokratischen Strukturen in Israel offene

politische Auseinandersetzungen, wie wir nicht nur in den umliegenden arabischen Staaten, sondern auch bei uns schwer vorstellbar sind. Diese Offenheit hat es uns ermöglicht, etwa über Menschenrechtsverletzungen in Israel sehr viel genauere Informationen zu erhalten als in Jordanien oder Syrien.

— Auch Palästinenser haben im Rückblick betont, daß der Junikrieg 67 eine entscheidende Wendemarke war, bis dahin gab es ernsthafte Bemühungen israelischer Politiker, mit den arabischen Nachbarstaaten zu einem Friedensschluß zu kommen. Dagegen ist heute die PLO unter Arafat zu vielen Zugeständnissen bereit, während für viele Israelis die besetzte Westbank nicht mehr ein „Fauspfand“ darstellt, sondern als das „befreite Judäa und Samaria“ (biblische Bezeichnung des Gebietes der Westbank) angesehen wird.

— Viele PalästinenserInnen haben durch Auslandsaufenthalte, Studien in den USA, Europa oder in arabischen Ländern Vergleichsmöglichkeiten entwickelt. So waren unsere Gespräche gerade mit palästinensischen Frauen auch von einer selbstkritischen Haltung gegenüber der eigenen Gesellschaft geprägt, die einen sehr offenen und undogmatischen Dialog erlaubte.

— Die Übernahme westlicher Gesellschaftenwürfe hat in den Ländern der Region Krisen zur Folge gehabt, die heute zu einer Rückbesinnung auf eigene Traditionen führen: Die Suche nach Halt in fundamentalistischen Tendenzen in Islam und Judentum stellt die PLO wie die israelische Linke eigene Traditionen hinter. Die Suche nach Halt in fundamentalistischen Tendenzen in Islam und Judentum stellt die PLO wie die israelische Linke vor einige Probleme — wobei es im Christentum der USA und der Bundesrepublik ähnliche Entwicklungen gibt.

— Auf der psychologischen Ebene scheinen die herrschenden Konflikte alle Beteiligten so in Beschlag zu nehmen, daß kaum jemand Reserven hat, sich in die Lage der anderen hineinzuversetzen — eine Grundvoraussetzung für ein gegenseitiges Verstehen. Es ist auffällig, in welcher Ausführlichkeit die meisten GesprächsteilnehmerInnen bestrebt waren, uns ihre Sicht der Dinge darzulegen und ihre Probleme zu schildern — wir sollten als Botschafter des guten Willens der jeweils anderen Seite zwar ihre Sicht der Dinge wieder geben, was uns jedoch „dröben“ erzählt wurde, wollte kaum jemand wissen. Allerdings sind die Interessierten auch ohne direkte Kontakte in der Lage, sich selbst Infos, Aktionen zu besorgen. Viele Israelis haben sich Fernsehantennen installieren lassen, mit denen sie auch das jordanische Fernsehprogramm empfangen können. Der Taxifahrer wiederum, der uns von Damaskus nach Amman zurückfuhr, hörte während der Fahrt das arabische Programm des israelischen Rundfunks — er schaltete jedoch sofort ab, als wir ihn auf den Sender ansprachen.

Auch aus diesem fehlenden Vertrauen ist vielleicht zu erklären, daß wir bei den meisten Begegnungen zwar intensiv informiert wurden, aber nur selten ein israelischer Dialog zustandekam. Wenn wir genauer nach unserem Reiseprogramm befragt wurden, geschah dies eher aus dem Interesse, uns und unsere Absichten besser einschätzen zu können als aus der Neugierde heraus, endlich zu erfahren, was denn „auf der anderen Seite“ gedacht wird. Aufgrund dieser Tatsache und den Möglichkeiten, über einen „Dialog“ das Verständnis zwischen der arabischen und jüdischen Seite durch die Vermittlung Dritter zu erleichtern, recht enge Grenzen gesetzt. Voraussetzung für solche Gespräche ist sicher, daß die Beteiligten selbst in einer einigermaßen gesicherten Position stehen — das trifft für viele nicht zu. Und jene Fundamentalisten, die von der Richtigkeit ihrer Sicht der Dinge unerschütterlich überzeugt zu sein scheinen, sind an solchen Gesprächen nicht interessiert.

Wir waren uns bei der Konzeption der Reise auch darin einig, daß es nicht in erster Linie um unsere Vermutungen über den zwischen Juden und Arabern gehen könne, sondern um einen konstruktiven und von mehr Verständnis geprägten Umgang mit dem Nahostkonflikt und seinen weitreichenden Folgen in unseren eigenen Gesellschaften. Und wir hoffen, daß die hier wiedergegebenen Berichte ihren Teil dazu beitragen können.



Alltag in Israel

(Foto: Barbara Kramm)

Israelische Friedenskräfte und die PLO

In der uns zur Verfügung stehenden Zeit ist es uns nicht möglich gewesen, mit Vertretern auch nur eines repräsentativen Querschnitts der israelischen Friedensbewegung zu sprechen. (3)

Die meisten unserer Gespräche mit Vertretern der israelischen Friedensbewegung konnten wir im Tel Aviver „International Center for Peace in the Middle East“ führen, das sich mit Forschungsprojekten, Öffentlichkeitsarbeit und Seminarprogrammen für den jüdisch-arabischen Dialog engagiert.

Unsere Gespräche dort sowie die Treffen mit Daniel Seidmann von „Schalom achschaw“ (Frieden jetzt) und mit jüdischen und arabischen Teilnehmern der Amersfoorter Konferenz in Jerusalem drehten sich u.a. um folgende Fragen:

— Auf welche Kräfte kann sich die Friedensbewegung in Israel derzeit stützen?

— Wie wird der Vorschlag für eine internationale Nahostkonferenz eingeschätzt?

— Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit PalästinenserInnen werden gesehen?

Wie uns Daniel Seidmann erklärte, hat „Schalom achschaw“ in einigen Punkten vergleichbare Probleme zu meistern wie die bundesdeutsche Friedensbewegung: Die Zeiten der großen Massendemonstrationen sind vorbei (im Sommer 1982 protestierten in Israel an die 400.000 Menschen gegen den Krieg im Libanon und die Massaker von Sabra und Shatila, es war die in absoluten Zahlen und bezogen auf die Bevölkerungszahl größte Demonstration weltweit) und das Spektrum der Themen und Aktionsformen hat sich ebenfalls deutlich erweitert. Insofern steht auch in Israel eine Abnahme der Aktivität gegenüber.

Nach 20 Jahren Besatzungspolitik auf der Westbank und dem Gazastreifen versuchen die im Friedensbereich engagierten Israelis selbstkritisch eine Neuorientierung zu erreichen, die sich mit den Folgen der Besatzung für die eigene Gesellschaft auseinandersetzt. Dies bezieht sich auf den Umgang mit den Menschenrechten (die Arbeiterpartei hat gerade eine Arbeitskommission eingerichtet, die Menschenrechtsverletzungen untersuchen soll), die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten und der Lage der sephardischen (aus dem Orient stammenden) Juden. So wurde im September eine Demonstration in einer hauptsächlich von Se-

phardim bewohnten Stadt im Negev vorbereitet, bei der ein Stopp der Ausgaben für die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten zugunsten der Negevansiedlungen gefordert werden sollte. Weitere Themen waren zum Zeitpunkt unseres Besuchs die von König Hussein vorgeschlagene internationale Nahostkonferenz und in ersten Ansätzen eine durch das Vanunu-Verfahren ausgelöste Diskussion zur Atomfrage.

Die Gespräche im „Center for Peace in the Middle East“ in Tel Aviv bestätigten einen Eindruck, den wir auch bei Begegnungen mit der „anderen Seite“ häufiger gehabt haben. Sehr viele PalästinenserInnen und sehr viele jüdische Israelis sind so stark gefangen genommen von ihren Konflikten und der eigenen Sicht der Lage, daß sie kaum in der Lage sind, sich in die Lage der „anderen“ zu versetzen. So wurden wir kaum gefragt, was denn PalästinenserInnen in Jordanien über die israelischen Friedensgruppen denken und umgekehrt; stattdessen sollten wir meist als Botschafter unserer Gesprächspartner deren Meinung weitergeben. Entscheidende Fortschritte scheinen nur vorstellbar aufgrund einer veränderten Politik der anderen. Die Israelis müßten die PLO als legitime Vertretung der PalästinenserInnen etwa auf der internationalen Nahostkonferenz akzeptieren, die PLO müßte endlich ihre Terrorangriffe einstellen, bevor es zu politischen Durchbrüchen kommen könne.

So hat Will Gafny vom „International Center for Peace in the Middle East“ die Forderung an die PLO, einen einseitigen Waffenstillstand zu erklären, zwar für „drückend und ungerecht“, da sie von den Stärkeren an den Schwächeren gestellt werde. Andererseits hält er die Erfüllung dieser Forderung für unabdingbar, „um endlich den Druck des Terrors von der innerisraelischen Debatte über die Anerkennung der PLO zu nehmen.“

Aus diesem wechselseitigen Mißtrauen, das durch immer neue Zwischenfälle gespeist wird und von unterschiedlichen Interessen durchzogen ist, kann nur über einen Vertrauensvorschuß ein Ausweg gefunden werden.

So gesehen, stehen die Chancen für einen Durchbruch über die vorgeschlagene internationale Nahostkonferenz eher schlecht, da mit immer neuen Forderungen gerade auch von israelischer Seite der zugrunde liegende Vertrauens-

Fortssetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

mangel nicht überwunden werden kann. Dabei hätten „die Palästinenser die Schlacht schon gewonnen, die Frage ist nur, wann und zu welchem Preis der Sieg reinzuwäscht wird“, erklärte uns Chaim Schur, Herausgeber der Zeitschrift „New Outlook“. „Sie sind heute besser ausgebildet, verfügen über mehr Ressourcen, besitzen Kommunikations- und Transportmittel und haben es z.T. zu einem Wohlstand gebracht.“

Demgegenüber ist die Lage der israelischen Linken eher deprimierend. „Ich fühle mich wie im Jahr 1936 in Deutschland“, erklärte uns bei anderer Gelegenheit ein deutscher Jude, der mit der einflussreichen Jugendbewegung nach Palästina gekommen war. „Während die Regierungspolitik eine katastrophale Entwicklung vorantreibt, fehlt uns zunehmend die politische Kraft, unsere Ideale eines sozialistischen Zionismus ohne Unterdrückung der Palästinenser in einem jüdischen Staat in Nachbarschaft mit einem palästinensischen Staat zu verwirklichen.“

Der Kreis derjenigen, die sich in die-

sem Sinn um ein besseres Verständnis bemühen, ist allerdings im Verhältnis zu den polarisierenden Kräften eher klein und ihre Erfolge sind auch nur anfänglich zu messen.

Es ist es auch nicht einfach, zu praktischen gemeinsamen Ansätzen zu finden: Während es in der Menschenrechtsfrage zu einer Zusammenarbeit des erwähnten Komitees der Arbeiterpartei und der palästinensischen Menschenrechtsinstitution Al Haq (siehe dazu Art. 16) über Al Haq kommen wird, ist die Frage der gewerkschaftlichen Vertretung der palästinensischen Arbeiter in der Westbank und des Gazastreifens nicht so leicht zu lösen: die palästinensischen Gewerkschafter pochen mit Verweis auf die zwangsweise bezahlten Hooladri Beiträge auf eine Vertretung in der israelischen Einheitsgewerkschaft; die Mitglieder der linken israelischen Arbeiterpartei verweisen darauf, daß sie dieselbe Forderung auch vom Likud zu hören bekommen — allerdings nur dem Hintergrund, daß auf die Weise die Integration der Palästinenserinnen und die Annexion der besetzten Gebiete begünstigt werden sollen.



Palästinensisches Flüchtlingslager

gegen bestehende Gesetze handelt, werde die allgemeine Anschuldigung erhoben, daß es durch die Bekanntgabe von Geheiminformationen die israelische Sicherheit gefährde.

Bei seiner ersten Verhaftung wurde auch das Institut nachts durchsucht, jedoch nichts Brauchbares gefunden; nach drei Monaten wurden die beschlagnahmten Papiere wieder freigegeben. Das gegenwärtige Verfahren ist ebenfalls sehr undurchsichtig: die Anklageschrift ist geheim und wird dem Verteidiger erst eine Stunde vor Verhandlungsbeginn bekanntgemacht. Auch die Verhandlung selbst findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, man kann nur vor der Tür gegen das ganze Verfahren protestieren.

Herr Hussein ist außerdem Mitglied des „Committee against the Iron Fist“ (Komitee gegen die Eisene Faust — eine jüdisch-palästinensische Initiative

gegen Übergriffe des Militärs in der Westbank), was neben seiner Arbeit für das Institut Grund für seine Schwierigkeiten sein dürfte.

Im Vergleich zu Al Haq ist die Arbeit der Dokumentationsstelle zu Menschenrechtsverletzungen breiter angelegt, die Mitarbeiter („field worker“) nehmen bei ihren Befragungen die gesamte Geschichte der Menschen in ihre Berichte auf und beschränken sich nicht allein auf die Tatsachen, die mit einem bestimmten Verfahren zusammenhängen. Seit dem Mai 86 werden so Menschenrechtsverletzungen in der Westbank dokumentiert und auch in einem Rundbrief veröffentlicht. Geld bekommt das „Studies Center“ unter anderem von der Ford Foundation, europäischen Gruppen und arabischen nichtstaatlichen Organisationen aus Saudi Arabien und Kuwait. Das Zentrum ist großzügig ausgestattet,

Computer und Kopierer haben auch hier Einzug gehalten. Über die Diskussion der Arbeitsbehinderungen hinaus sind wir nicht mehr dazu gekommen, über die Bedeutung dieser umfangreichen wissenschaftlichen Dokumentationsarbeit zu sprechen und über die Interessen der verschiedenen Geldgeber. Umfangreiche und detaillierte Studien wie das „West Bank Data Project“ (4) von Meron Benvenisti (ehemaliger stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem) tragen einerseits durch überprüfbare Angaben zu einer Versachlichung der Kontroversen über die Folgen der 20jährigen Besatzungspolitik bei, bergen aber auch in sich die Gefahr, den Befürwortern einer Annexion gewichtige Argumente zu liefern. Wie die Studien der „Arab Studies Society“ wirken werden, ist nach diesem Kurzbesuch kaum einzuschätzen.

Friedensgruppe orientalischer Juden

In einem Land, das gesellschaftlich und politisch geprägt ist von westlichen Lebenskonzeptionen, ist es kaum überraschend, daß die Opposition in ähnlichen Mustern agiert wie die betrachten Kreise. Es ist daher wenig verwunderlich, daß die Sephardim in Reaktion auf die jahrzehntelange Benachteiligung durch die Arbeiterpartei 1977 mehr aus Protest als aus inhaltlicher Übereinstimmung Beginn zum neuen Ministerpräsidenten wählten und so dem damals oppositionellen Likudblock zur Macht verhalfen.

Das komplizierte Verhältnis zwischen Sephardim und Aschkenasim (Juden westlicher Herkunft) ist auch der Grund, weswegen es der israelischen Friedensbewegung „Schalom achschaw“ schwerfällt, die orientalischen Juden in den Protest gegen die herrschende Sicherheitspolitik der Regierung zu integrieren — viele Sephardim verlangen erst einmal nach sozialer Gleichberechtigung und stehen daher auf Distanz zu „Schalom achschaw“.

Häufig wird das Argument genannt, daß die Sephardim die besseren Voraussetzungen hätten, sich mit den Arabern zu verständigen; dabei wird aber die Sephardim Benachteiligung in den 1950er Jahren vergessen, die sie aussetzten hatten, sich mit den Arabern zu verständigen; dabei wird jedoch meist vergessen, daß ihnen dazu bislang der nötige Einfluß in der israelischen Gesellschaft fehlte und sie stattdessen konfrontiert wurden mit den Folgen der Besatzungspolitik. Die zahlreichen Palästinenserinnen, die seit 1967 von der Westbank und dem Gazastreifen aus kommend die schweren und „dreckigen“ Arbeiten in Israel übernehmen, sind zu direkten Konkurrenten für die Sephardim auf dem Arbeitsmarkt geworden — es gibt heute kaum noch jüdische Bauarbeiter in Israel.

Die Schriftstellerin Schelly Elkam ist eine treibende Kraft von „East for Peace“, einer Initiative sephardischer Juden, die 1983 entstand, „als es aufgrund der sozialen und politischen Benachteiligung starke Spannungen zwischen Sephardim und Aschkenasim gab.“ Einerseits gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen Sephardim und Palästinenserinnen, andererseits sehen sich viele orientalische Juden gezwungen, immer wieder gegenüber den herrschenden Juden westlicher Herkunft zu beweisen, daß sie keine Araber sind, sondern „gute Israelis“. Dieser Konflikt innerhalb der jüdischen Gesellschaft Israels ist in seiner Schärfe und Tragweite bislang weitgehend von den Konflikten mit den arabischen Nachbarstaaten und den Palästinenserinnen überdeckt worden, gewinnt jedoch an Brisanz, da der sephardische Bevölkerungsanteil schneller wächst als jener der Aschkenasim.

Nach Ansicht von Schelly Elkam spielen diese Spannungen auch eine

Rolle im Fall Vanunu: Der Atomtechniker war leitend an Programmen sephardischer Juden in Beer Scheva beteiligt. „Er kann viel über die Benachteiligungen sephardischer Juden berichten, seine Verbitterung hat sehr stark sein Selbstbewußtsein bestimmt. Er ist dann nach Australien gegangen, ist dort zum Christentum übergetreten und hat sich dort entschlossen, sein Wissen über die Atomkapazitäten Israels bekanntzumachen.“ „East for Peace“ verfolgt im wesentlichen vier Ziele:

- Die Gruppierung möchte den Friedensprozeß im Nahen Osten mit vorantreiben,
- sie kämpft erfolgreich gegen die Vorurteile über die sephardischen „Afiken“ an,
- sie versucht, das spirituelle, politische und ökonomische Selbstbewußtsein der Sephardim zu stärken und
- setzt sich für eine vollständige Integration Israels in den Nahen Osten ein.

Schelly Elkam geht in ihrem Engagement von der Überlegung aus, daß die Sephardim ohne ein positives Verhältnis zu sich selbst, ihrer Herkunft

die Sephardim ohne ein positives Verhältnis zu sich selbst, ihrer Herkunft und Kultur nicht in der Lage sein werden, sich gleichberechtigt an der Arbeit der aschkenasisch geprägten „Schalom achschaw“ Bewegung zu beteiligen.

Schelly Elkam hat von 1984 bis 1986 zum Thema Verständigung geschrieben und vor allem auf zahlreichen Veranstaltungen und internationalen Kongressen das Anliegen der Sephardim vertreten. Das Thema Frieden ist daher bei dieser Gruppe nicht auf Fragen der militärischen Sicherheit begrenzt, die gesellschaftliche Situation der Sephardim in Israel ist Ausgangspunkt ihrer Forderungen und Aktionen.

Daher plädiert sie für eine eigenständige Entwicklung von „East for Peace“ und ist sehr darauf bedacht, daß diese Initiative nicht gleich wieder von Außenstehenden vereinnahmt wird.

Dieses Risiko ist im Moment durchaus vorhanden. Ähnlich wie das „Palestinian Center to Study Nonviolence“ von Mubarak Awad erzielt „East for Peace“ relativ viel Aufmerksamkeit, gerade auch im Ausland, Sponsoring der für die Arbeit kamen aus den USA und Organisationen in den Niederlanden, Frankreich und der Bundesrepublik. Nach Einschätzung von Schelly Elkam ist dagegen die Initiative selbst in einem schlechten Zustand: Es gibt gegenwärtig kein lebendes Komitee, kein Büro und auch kein Geld. Wie es weitergehen wird, ist ungewiß; Schelly Elkam hofft allerdings, daß „East for Peace“ in absehbarer Zeit wieder dazu kommen wird, tragfähige Strukturen und Konzepte für die weitere Arbeit zu entwickeln.

Den Direktor, Mr. Hussein, können wir nicht sprechen, er befindet sich zur Zeit in Haft. Bereits sechs Jahre stand er unter Hausarrest, eine Strafe die aus der jüdischen Mandatszeit stammt. Der Vorwurf: Unterstützung der Fatah und anderer terroristischer Kräfte. Seine Mitarbeiter gehen davon aus, daß die Repressalien auf seine ständigen Bemühungen zurückzuführen sind, die alltäglichen Menschenrechtsverletzungen bekanntzumachen. Da es sich hierbei nicht um Verhö-

Alternative Information Center

In der Folge der Auseinandersetzungen um den Libanon-Krieg gründeten einige Israelis aus der „Schalom achschaw“-Bewegung 1984 das „Alternative Information Center“ in einem Büro in West Jerusalem, nahe dem arabischen Teil der Stadt. Ziel der Gruppe ist es, Informationen aus Israel, der Westbank und dem Gazastreifen zu Menschenrechtsverletzungen zusammenzutragen und bekanntzumachen; darüberhinaus werden zu speziellen Bereichen tiefergehende Analysen erstellt. Adressaten sind politische Gruppen und Journalisten, denen dieser Informationsdienst zu mehr Effizienz verhelfen soll. Dazu dienen ein täglicher Nachrichtenbericht sowie ein 12seitiger Rundbrief. Finanziert wird das Büro neben Spenden durch bezahlte (Computer-)Selbstarbeiten für arabische und jüdische politische Gruppen.

Wie andere Stellen hat auch das AIC seine Artikel vor der Veröffentlichung dem Zensor vorzulegen; es kommt jedoch nicht zu Beanstandungen. (Der Rundbrief ist nicht der Zensor unterworfen, da er nicht direkt zur Veröffentlichung bestimmt ist.)

Am 16. Februar 87 wurde das Büro von der Polizei geschlossen und alle Unterlagen samt technischer Ausrüstung wurden beschlagnahmt. Die Mitarbeiter wurden festgenommen. Michael Warschawsky, ein aus Paris eingewandelter orthodoxer Jude und noch nicht so lange im Land, wurde für zwei Monate in Untersuchungshaft genommen unter der Anklage, die PFLP unterstützt zu haben. „Tatsächlich ist man bereits mit so einer Anklage bestraft. Seit sechs Monaten ist das Büro geschlossen und ob es je wieder arbeiten kann, ist fraglich.“ Das polizeiliche Vorgehen führte zu Protesten der israelischen „Vereinigung für Menschenrechte“, zahlreicher Journalisten, die das erarbeitete Material zu schätzen wußten und anderer moderater Kreise. So unter Druck geraten, wandelte die Polizei die Vorwürfe ab: „Besitz von illegalem Material“ und „Unterstützung illegaler Gruppen in der Westbank“ heißt es jetzt unter Hinweis auf die Tatsache, daß für offen und bislang unbeanstandet arbeitende palästinensische Grup-

pen Texte gesetzt wurden.

Als Zeugen in dem Verfahren wurden sechs Polizisten und fünf Angehörige der Sicherheitspolizei benannt. Bevor ein Richter über die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahmungsaktion befinden kann, zog die Polizei den Beschlagnahmebescheid am 11. Mai zurück; die Geräte und Materialien wurden dennoch nicht freigegeben, weil sie jetzt als Beweise im Verfahren gegen Warschawsky dienen sollten. Warschawsky selbst wurde gegen eine Kaution von 50.000 US-Dollar freigelassen.

Wie sich die Situation für die Gruppe und das Verfahren weiter entwickeln werden, ist zum Zeitpunkt unseres Gesprächs nicht abzusehen. Deutlich ist nur, daß die staatlichen Maßnahmen gegen das Zentrum auf sehr fragwürdigen Vorwürfen basieren und bereits vor einer richterlichen Entscheidung die weitere Arbeit der Einrichtung systematisch verlangsamt wurde.

Uns kann der Mitarbeiter des „AIC“ allerdings noch sehr gut weiterhelfen mit Informationen zur Vanunu-Affäre. Die Einführung des ehemaligen Mitarbeiters des Atomzentrums in Dimona durch den israelischen Geheimdienst Mossad von Italien nach Israel und die nachfolgende Pressekampagne gegen Vanunu überdeckten weitgehend das eigentliche Thema des Falles: Israels Fähigkeit zur Produktion von Atomwaffen. Erst dem Bruder Meir Vanunu gelang es durch zahlreiche Öffentlichkeitsarbeit, gegen die Verleumdungen anzugehen. Im März 87 wird schließlich von Journalisten das „Komitee für ein öffentliches Verfahren gegen Mordochai Vanunu“ gegründet. So unterstützt auch das AIC Bemühungen, die allgemeine Aufmerksamkeit weg von Vanunu überträgt zum Christentum und den Spekulationen über sein Honorar von der „Sunday Times“ für seine Enthüllungen auf das eigentliche Thema, die Atomfrage zu lenken. Mitglieder von „Schalom achschaw“ und israelische Linke verurteilten Vanunu anfangs als Verräter; die moskauerorientierten Parteifreunde von der Kachak distanzieren sich trotz des Atomthemas, weil sie

in Israel als gute Patrioten akzeptiert werden möchten. Dennoch ist durch die Vanunu-Geschichte auch in diesen Kreisen die Aufmerksamkeit für die Atomfrage und die Anlage in Dimona deutlich gewachsen.

Laut AIC existieren glaubhafte Hinweise, daß 1979 auf einer Südafrika vorgelagerten Insel mit israelischem Know-how und südafrikanischem Rohmaterial ein Atomtest durchgeführt wurde. Mordochai Vanunu hat angegeben, daß in Dimona auch Südafrikaner gewesen sind. Für ihn ist die Bekanntgabe seiner Informationen ein Akt des zivilen Ungehorsams, vergleichbar mit der seinerzeitigen Veröffentlichung der „Pentagon Papers“ zum Vietnamkrieg der USA durch Daniel Ellsberg. Diese bewußte Übertretung von bestehenden Gesetzen findet jedoch bislang in Israel wenig positives Echo, anders als etwa in den USA. Dazu erklärte uns in einem anderen Gespräch der aus den USA stammende Daniel Seidman von Schalom achschaw, es sei überhaupt ein Wunder, daß sich in Israel ein positives Rechtsbewußtsein entwickelt habe — nach den in Europa und im Nahen Osten gemachten Erfahrungen bei den Vorfällen in ein demokratisches Rechtsbewußtsein für das jüdische Volk keine Selbstverständlichkeit. Daher wolle man diese bis heute unsichere Entwicklung auch angesichts der zur Selbstjustiz neigenden jüdischen Siedler in den besetzten Gebieten nicht leichtfertig durch gezielte Gesetzesübertretungen wieder in Frage stellen.

Angesichts dieser Situation haben wir unsere israelischen Gesprächspartner immer wieder befragt, ob eine Stellungnahme unserer Gruppe zu dem Vanunu-Verfahren hilfreich sein könnte. Schließlich haben wir uns entschlossen, einen Brief an die englischsprachige „Jerusalem Post“ zu schicken, in dem wir auf dem Hintergrund der europäischen Diskussion um die Atomwaffen darauf aufmerksam machen wollten, daß diese Systeme mit einer Verteidigung nichts zu tun haben. Der Brief ist auch in der internationalen Wochenzeitschrift der „Jerusalem Post“ erschienen.

Arab Studies Society

Die „Arab Studies Society“, ein Forschungs- und Dokumentationszentrum entstand 1979 und hat seitdem mehr als 40 Studien zu politischen und ökonomischen Themen veröffentlicht. Neben seiner Bibliothek „zu allen Aspekten Palästinas“ existiert ein Presse-Archiv, eine Dokumentensammlung und von 1981 eine Zeitschrift. Angeschlossen ist das „Palestine Human Rights Documentation Center“, das ähnlich wie Al Haq Menschenrechtsverletzungen registriert.

Menschenrechte auf der Westbank

Im arabischen Teil der Jerusalemer Neustadt, die seit 1967 wie die Altstadt von Jordanien verwaltet wurde, liegt das Rechtszentrum „Al Haq“ („Gesetz im Dienst der Menschen“), das vom „Legal Aid Information Center“ des „American Friends Service Committee“, einer Einrichtung der Quäker, unterhalten wird. Wir sprachen mit der Direktorin des Zentrums, Maha Abu Dayyan Shamas.

Das Büro unterstützt Menschen, die aufgrund von Auseinandersetzungen mit den Militärbehörden vor Gericht kommen. Die Rechtslage ist hier oft kompliziert, da insgesamt vier Quellen für die Rechtsprechung maßgeblich sind: Das ottomanische Recht aus der Türkeizeit, Gesetze aus der britischen Mandatszeit, das Jordanische Recht sowie Anordnungen der israelischen Militärverwaltung.

Jetzt alle Verhandlungen finden vor israelischen Militärgerichten statt. Die Verhandlungssprache ist Iwrit, weshalb einige Angeklagte auch Schwergkeiten haben, dem Prozeßverlauf zu folgen; es mangelt an guten Dolmetschern und Rechtsanwälten, die zu vertretbaren Preisen die Verteidigung angemessen übernehmen. Zivilverfahren finden vor arabischen Gerichten statt. Nach der Besetzung 1967 legten alle Rechtsanwälte und Richter auf der Westbank ihre Ämter nieder, so wurden von den Israelis andere Palästinenser in die Ämter eingesetzt. Diese Stellen sind schlecht bezahlt, so spielt heute die Korruption im System eine große Rolle, das Vertrauen der Bevölkerung in diese Gerichte ist sehr gering.

Die meisten Fälle, mit denen Al Haq zu tun bekommt, sind „Verstöße gegen die öffentliche Ordnung“. Es kommt auch vor, daß Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren einfach aufgegriffen und ins Gefängnis gebracht werden. Es ist bekannt, daß das Gefängnis Faras im Norden eine Straftatenteilung hat. Die dort inhaftierten Kinder wurden mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen an Seilen hochgezogen. Meist wird zu Beginn der Haft gefoltert, dann nach Ablauf der 18 Tage dauernden „Administrativhaft“ keine Verletzungen mehr sichtbar sind. Deshalb sind die ersten 18 Tage der Haft besonders kritisch, da die Gefangenen in der Zeit auch von niemandem besucht werden können. Nach dem ersten Verhör können sie weitere 18 Tage festgehalten werden. Haftzeiten von sechs Monaten bis zu fünf Jahren ohne Verfahren sind bei mehreren hundert Verurteilten üblich. Nach dem ersten Verhör können sie weitere 18 Tage festgehalten werden. Haftzeiten von sechs Monaten bis zu fünf Jahren ohne Verfahren sind bei mehreren hundert Verurteilten üblich.

Die Familien möchten möglichst alles für ihre Angehörigen im Gefängnis tun und beauftragen in solchen Fällen einen Rechtsanwalt mit der Verteidigung. Tatsächlich kann jedoch ein Rechtsanwalt nur wenig für seine Mandanten unternehmen. So gibt es Anwälte, die vor viele Fälle übernehmen, um mit wenig Arbeit viel Geld zu verdienen. Aus diesem Grund und aus der Tatsache heraus, daß bei weitem nicht alle Fälle betreut werden können, konzentriert sich die Organisation in der letzten Zeit eher auf beispielhafte Fälle. In diesem Rahmen werden auch einige Menschen im Gaza-Streifen betreut. (In Gaza selbst gibt es keine vergleichbare Einrichtung.)

Unterstützt die Organisation einen Fall, werden in der Regel 150 US-Dollar zur Verfügung gestellt, das entspricht etwa einem Drittel der arabischen Kosten. Ob in einem Fall geholfen wird, entscheidet sich nach einem Hausbesuch, in dem abgeschätzt wird, wieviel die Familie selbst aufbringen könnte.

Heute haben ca. 80% der Jugendlichen Gefängnisverurteilungen, aus der Sicht der Militärbehörden sind die Festnahmen auch eine Form der Registrierung. Mithin wurden Mädchen sehr viel seltener aufgegriffen als Jungen, doch sie sind zunehmend mitbetroffen. In der Haft sind sie zudem mit der Drohung sexueller Mißhandlung konfrontiert, was aufgrund ihrer Rolle in der traditionellen arabischen Gesellschaft eine enorme Belastung für die Mädchen ist.

Sowohl in der jüdischen als auch in der arabischen Herrschaft — „wie in Südafrika“. Entsprechend der Genfer Konvention muß im Falle der Besetzung das alte Recht im Land

weiterhin gelten; die vielen Militär-Anordnungen haben den alten Rechtszustand jedoch deutlich verändert. Hinzu kommt, daß das Steuersystem in Israel und die Sozialversicherungen in der Form für die BewohnerInnen der Westbank und des Gazastreifens unbekannt gewesen sind. So entstand dieses Büro, um AraberInnen in Auseinandersetzungen mit dem jüdischen Recht zu helfen.

Zugegeben, solche Berichte hören ich nicht zum erstenmal und es fällt mir dennoch schwer, ihnen einfach Glauben zu schenken. Andererseits ist offensichtlich, daß der Leitern des Büros nicht an Übertreibungen gelegen ist. Während wir uns unterhalten, kommen mehrfach Menschen vorbei, die um Rat fragen und finanzielle Unterstützung haben wollen, doch sie müssen auf den nächsten Monat vertröstet werden; die Mittel für September sind praktisch schon vergeben. Unser Gespräch dreht sich auch überhaupt nicht um „die gerechte palästinensische Sache“ und den „ungerechten zionistischen Staat“, sondern konkret um die Rechtslage auf der Westbank. Sehr bewußt werden von Al Haq die Informationen geprüft, bevor sie veröffentlicht werden; ähnlich wie Amnesty international kann es sich die Organisation nicht leisten, mit falschen Angaben zu arbeiten.



(Foto: Francis Greiner)



(Foto: Francis Greiner)

Am selben Tag sprechen wir in unserem Hotel im arabischen Teil Jerusalems noch eine Rechtsanwältin von der Westbank, die ebenfalls für Al Haq arbeitet.

„Zu oft beziehen sich die Gespräche nur auf die Verletzung der individuellen Menschenrechte, daher möchte ich diesmal hauptsächlich über generelle Aspekte der Besatzungsfolgen sprechen“, erklärt sie uns. Ihr Thema sind daher die Verletzungen internationalen Rechts durch die israelische Besatzungspolitik. Die Planung neuer Siedlungen und Straßen sowie die Grundwasserentnahme ohne Berücksichtigung der bestehenden arabischen Ortschaften.

„Die Polizei, deren Aufgabe es wäre uns zu schützen, gibt uns keine Sicherheit. So wurde kürzlich ein Rechtsanwalt unter den Augen der Polizei von zwei Jugendlichen und einem Bürgermeister zusammengeschlagen. Man wolle sich nicht in interne Streitigkeiten der Palästinenser einmischen“, heißt es.

Wir kämpfen für Selbstbestimmung — doch was für eine Gesellschaft und welche Werte werden noch vorhanden sein, wenn wir eines Tages dieses Ziel erreichen, wo bereits heute zahlreiche Werte vernichtet und infragegestellt werden? Nach internationalem Recht sind die Besitzer verpflichtet, die Werte der Unterworfenen zu sichern — das ist keine moralische Forderung, sondern eine rechtliche Verpflichtung von Regierungen.

Im Moment sind uns die folgenden Punkte wichtig.

— Was könnte die Polizei für eine zivilisierte Gesellschaft tun, wenn sie nicht damit beschäftigt wäre, grundlegende Prinzipien wie die Gerechtigkeit zu entwerfen?

— Wie kann dafür gesorgt werden, daß Produkte von der Westbank für den Export auch als solche kenntlich gemacht werden können?

— Wie kann erreicht werden, daß die israelische Regierung wieder zuverlässig dafür sorgt, daß Hilfen nichtstaatlicher Organisationen für die Westbank auch tatsächlich dort ankommen?

— Wer plant wie die Entwicklung der

Westbank? Die Pläne für neue jüdische Städte bestimmen bereits den Straßenbau, durch den nur jüdische Siedlungen und Industrieanlagen miteinander verbunden werden — gegen jordanisches Recht, dafür entsprechend den israelischen Militärverordnungen. Gleichzeitig bekommen PalästinenserInnen keine Baugenehmigungen; das Stadtgebiet vieler arabischer Orte ist eng begrenzt worden. 32% der Westbank sind inzwischen enteignet worden. So werden erst die Pläne fertiggestellt, die dann als Grundlage für die Ablehnung von Baugenehmigungen für palästinensische Projekte dienen.

Dies alles trägt dazu bei, daß nach all den bitteren Erfahrungen der Frieden zu einer symbolischen Angelegenheit verkommt und die tatsächliche Entwicklung in Richtung Apartheid läuft.

Auf den Einwurf von Paul Oestreicher, daß Regierungen, die unter Druck stehen, sich immer auf die „Sicherheit“ beziehen, wenn sie Menschenrechte außer Kraft setzen und verletzen, sagt sie: „Der Begriff „Sicherheit“ steht auf einer gefährlichen Grundlage: Israels und PalästinaserInnen verstehen nicht, warum die andere Seite auf sie so hart reagiert. Beide Seiten verfolgen den Punkt, daß sie nicht nach den Gründen des Verhaltens der anderen fragen. Allein die Stereotypen aufzubrechen ist nicht genug, man braucht auch ein Ziel — einen Sinn für die internationale Gemeinschaft. Die Gespräche müssen mehr zukunftsorientiert sein, nicht pragmatisch bestimmt. Die Hauptfurcht hier gründet auf der Angst vor Deportation, denn Jordanien ist eine oberflächliche Gesellschaft, die Menschenrechte werden dort nicht zur Kenntnis genommen. In Israel stellen sie eine Herausforderung dar, in Jordanien wird noch nicht einmal die Frage nach ihnen gestellt. So haben wir in Israel zumindest die Möglichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte zu fordern und zumindest bei einigen Israelis auf Gehör zu stoßen.“

Wir sitzen allein im Speisesaal des großen YMCA-Hotels in Orangerien, in dem wir mit neun Personen die einzigen Gäste sind. Der Koch ist schon gegangen und der Kellner langweilt sich in der Küche — die Hotels im arabischen Teil der Stadt haben es nicht leicht, Gäste zu bekommen und die israelische Stadtverwaltung scheint keinen Wert darauf zu legen, Einrichtungen wie diese, die auch als Ausbildungsstätte für arabische Mädchen dient, am Leben zu erhalten.

Es ist spät geworden und so wird es auch Zeit für die Rechtsanwältin; wie alle PalästinenserInnen auf der Westbank muß sie vor Mitternacht zuhause sein — der Rahmen dieses Gesprächs über die Lage auf der Westbank hat etwas Bizarres.

Nach all diesen Eindrücken möchte ich einer der mitreisenden Niederländer bei einem kleinen Abendspaziergang etwas entspannen. Wenige hundert Meter entfernt vom Hotel steht in einer Straße einige Militärfahrzeuge. Er läuft dorthin, geht aber weiter, als alles ruhig bleibt. Als er nach einigen Minuten auf demselben Weg zum Hotel zurückkehrt, hat sich die Szene völlig verändert: Die Militärfahrzeuge sind gerade im Begriff davonzufahren, eine ganze Familie steht in Schlafanzügen auf der Straße und die Mutter versucht noch, ihrem verhafteten Sohn einen Mantel in den bereits fahrenden Wagen nachzuwerfen. Die Angehörigen sind völlig verzweifelt. Sie hätten doch gar nichts getan, noch nicht einmal Fernsehen geschaut, alle hätten bereits in den Betten gelegen, als die Soldaten kamen, die Wohnung durchsuchten und schließlich einen der Söhne mitnahmen. Er sei Musiker, habe sich nie mit Politik beschäftigt, erklärt die Mutter; die Familie könne sich politisches Engagement auch nicht leisten, weil sie ein Geschäft zu verlieren hätten. Bislang ist noch niemand in der Familie verhaftet worden, sie sind völlig verunsichert, wissen nicht, was sie tun sollen und wie sie erfahren können, wo der Sohn hingekommen ist. Nach drei Tagen geht der Niederländer noch einmal zu der Familie; sie haben noch keine Nachricht erhalten. Auf Nachfrage bei Al Haq wird uns gesagt, daß er wohl die üblichen 18 Tage unter „administrativer Detention“ verschwunden bleiben werde, im Moment könne für ihn leider nichts unternommen werden.

Die Familie wußte nichts von Al Haq. Daß sie durch uns zumindest von dieser Hilfsorganisation erfährt, ist für uns nur ein schwacher Trost.

Palästinensisches Zentrum für Gewaltlosigkeit

Das „Palestinian Center to Study non-violence“ ist etwas versteckt im dritten Stock eines Bürogebäudes untergebracht. Von einer Mitarbeiterin erfahren wir, daß eine Ausstellung über Mahatma Gandhi mit Texten in Arabisch, Iwrit (Neuhebräisch) und Englisch mit Unterstützung des Gandhi-Zentrums Berlin fertiggestellt worden ist und ab November als Wanderausstellung in verschiedenen Dörfern der Westbank gezeigt wird. Das Zentrum hat engen Kontakt zu gewaltfreien Gruppen in Israel, muß sich jedoch noch viel Vertrauen in der Westbank erwerben. Auch wenn bestimmte Methoden des gewaltfreien Widerstands bereits angewandt wurden, ist das Konzept insgesamt nicht sehr bekannt. Immerhin haben sich in diesem Jahr mehrere jüdisch-arabische Gruppen gemeinsam an einer Baumpflanzungsaktion beteiligt, nachdem von der israelischen Naturschutzpolizei zahlreiche Ölbaum einer Westbankgemeinde ausgerissen worden waren. Dieses Unternehmen ist in einem Film festgehalten worden; inzwischen wurde er vom jordanischen

Fernsehen ausgestrahlt und konnte auf die Weise selbst in Syrien gesehen werden. (5)

Der Leiter des Zentrums, Dr. Mubarak Awad, droht die Ausweisung. Da der gebürtige Palästinenser lange Zeit in den USA gelebt hat, ist er inzwischen Inhaber eines amerikanischen Passes und gilt aus Sicht der israelischen Behörden nicht als Bürger der Westbank. Ob es zur Abschiebung kommt, ist noch nicht endgültig entschieden — es zeigt sich allerdings, daß selbst eine eindeutige Ablehnung von Gewalttaten rechten Kreisen in Israel noch nicht ausreichend erscheint: Ihnen wäre es am liebsten, wenn möglichst viele PalästinenserInnen das Land verlassen würden.

Nachtrag: Dr. Mubarak Awad hat vom israelischen Innenminister um einen Ausweisungsschein und die Aufforderung zum sofortigen Verlassen seiner Heimatstadt erhalten. Begründung: Sein Touristenvisum (s.o.) ist abgelaufen und könne nicht mehr verlängert werden.



Jerusalem — orthodoxe Juden wenden sich von den SoldatInnen ab, da deren Arme unbedeckt sind. (Foto: Micha Bar-Am)

„Die Brücke“ — eine arabische Zeitung in hebräischer Sprache

„Die Brücke“ — eine arabische Zeitung in hebräischer Sprache

Der Rechtsanwalt Ziyad Abu Zayad hat uns zu einem kleinen Empfang mit seinen Mitarbeitern in die Redaktionsräume von „Gescher“ eingeladen. „Gescher“ erscheint als einzige arabische Zeitung auf Iwrit und wendet sich gezielt an die jüdischen Israelis. Das Projekt ist im Juni 86 gestartet worden und soll dazu verhelfen, die Juden da über zu informieren, was PalästinenserInnen denken. Deshalb gibt es neben politischen Nachrichten Berichte aus der arabischen Welt, dem kulturellen Leben und Meldungen von der Westbank. Wir wollten von dem Herausgeber wissen, ob das Projekt nicht auf Mißtrauen bei den PalästinenserInnen stößt. „Nein“, meint Ziyad Abu Zayad, „Ablehnung hat es nicht gegeben, ganz im Gegenteil.“ Selbst ein Vortrag, den er vor israelischen Armeeangehörigen hielt, wurde von der PLO später in einer ihrer Zeitschriften ungekürzt veröffentlicht — für ihn ein Beweis, daß seine Arbeit mit der „anderen Seite“ grundsätzlich akzeptiert und befürwortet wird. Leider verpassen wir die Chance, mit einer jüdischen Mitarbeiterin ausführlicher zu sprechen; die Zeit ist zu knapp. Daß sie mit ihrem kleinen Kind auf dem Arm kommt, paßt zu der freundlichen Atmosphäre in der Redaktion — keine Selbstverständlichkeit angesichts der Erfahrungen zwischen Juden und Palästinensern. So hören wir eher beiläufig, daß ein anderer Mitarbeiter sieben Jahre in israelischen Gefängnissen gesessen hat.

Brücken ... unsere Gruppe ist ohne Schwereitungen über die „Allenby-Bridge“ von Jordanien nach Israel gefahren; wir sind im Gazastreifen, auf der Westbank und in Syrien gewesen — keiner von uns hat unsere GesprächspartnerInnen hätte sie die bestehenden Grenzen überschreiten können. Diese Chance zur Vermittlung von Erfahrungen haben wir unterwegs genutzt und hoffen, daß die hier geschilderten Eindrücke auch die Engagierten heutiger Nahostgruppen ermutigen, sich ohne Scheuklappen mit den genannten Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Es gibt Initiativen im Nahen Osten, die für ein wechselseitiges Verständnis von Arabern und Juden auf der Grundlage der Menschenrechte arbeiten und von der Hoffnung getragen sind, daß die gewalttätigen Konfrontationen überwunden werden können. Wir soßen ihre Projekte unterstützen — auch mit dem Ziel, ihre Erfahrungen in den bundesdeutschen Zusammenhängen zu nutzen.

Anmerkungen:

1 Ein gesonderter Artikel zur Gewaltproblematik erscheint in der Dezemberausgabe der „grazwurzelrevolution“, ein weiterer Paasbericht wird in einem Sonderheft der Zeitungszeitung „Al-Naba“ veröffentlicht.

2 Ein ausführlicher Kongreßbericht (in englischer Sprache) ist erhältlich bei Paz Christi, Liebesstr. 11, D-2585 Tönning, 2585 Tönning, Niederlande.

3 An deutschsprachiger Literatur zur israelischen Friedensbewegung sind u.a. erhältlich:

— Daniel Wiener, Hg. Shalom. Israelische Friedensbewegung. Reinbeck bei Hamburg. Rowohlt, 1984 (groß 6136).

— John Buzi (Hg.): Das andere Israel. Gespräche mit der Friedensbewegung. Hamburg. Junfermann, 1983.

4 Elise Knappek. Die Friedensbewegung in Israel: Ihre Hintergründe und ihre Auswirkungen auf den Nahostkonflikt. Diplomarbeit im Fachbereich Politik und Wissenschaften. Universität Hamburg, 1985 (Maine Wissenschaften der Universität Hamburg, 1985). Über mich erhältlich, Stormweg 7, 2000 Hamburg 76.

5 Benny Keshet ist der Auffassung, daß die 1967 eingeleiteten und in den letzten Jahren beschleunigten Prozesse zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den besetzten Gebieten in Gang gesetzt haben, die inzwischen quasi permanent geworden sind. Wäre es nicht gut, wenn das Westbank-Gaza-Projekt ein Teil der jüdisch-arabischen Verständigung wäre? Ein Spruchbander unter dem Titel „Al-Naba“ zur Annäherung zwischen Westbank und Gaza-Streifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besetzung“ in der Beilage der Zeitungszeitung „Al-Naba“ (s.o.) ist erhältlich. 6 Courage against the Odds. 78 Min. Produktion Victor Schonfeld. Als VHS Videofilm zu beziehen über SPI, 84 M. Summer, London WC1N 3X.

Der totale Krieg gegen die gesellschaftliche Basis

Nach zwei Jahren Aquinoregierung herrscht allein das Militär

Die Philippinen im Februar 1986. In den Straßen von Manila feierte eine ausgelassene Menge den Sturz der Diktatur, Ferdinand Marcos war nach über 20-jähriger blutigster Herrschaft von einem Hubschrauber der US-Streitkräfte aus dem Land geschickt worden. Jener denkwürdige 25. Februar sollte zum Neubeginn für das philippinische Volk werden. Die brutalen Menschenrechtsverletzungen des Marcos-Regimes, Hunger und Armut sollten nunmehr der Vergangenheit angehören. Diese wunderbare Februarrevolution, die Kardinal Sin, das Oberhaupt der katholischen Kirche, die gewaltigste Demonstration der Gewaltlosigkeit nannte, wurde zum Hoffnungsschimmer für all jene, die an die Machbarkeit gewaltfreier Revolutionen glaubten. Doch heute muß man feststellen, daß diese Hoffnungen unter dem Etikett des Militärs zerstoßen sind.

Wie lassen sich die Ereignisse im Februar erklären? Eine wichtige Rolle haben dabei mit Sicherheit die USA gespielt. Bereits im Jahr 1983 haben Berichte über den enormen Zulauf der Neuen Volksarmee (NPA) in Washington größte Besorgnis erregt. Ein daraufhin veröffentlichter Bericht verschiedener US-Behörden an den Präsidenten 1983, "Probleme des Philippinen", warf auf ein verfallendes Regime, auf die US-Behörden an den Präsidenten machte in dem maroden und korrupten Marcos-Regime die Ursachen für das Anwachsen der NPA aus. Man fürchtete gar, daß es über kurz oder lang zu einem militärischen Putsch zwischen NPA und den philippinischen Streitkräften kommen könnte. Paul Wolfowitz, US-Staatssekretär für die Pazifik-Region, faßte seine Erkenntnisse vor dem Senatskomitee für Außenpolitik folgendermaßen zusammen: „Eine unserer engsten und wichtigsten Verbündeten, die Philippinen, haben gewaltige Schwierigkeiten ... da sind alle Komponenten vorhanden, die für die USA ein zweites Nicaragua, Vietnam oder einen zweiten Iran bedeuten könnten ... Wahlen können das Fundament einer effektiven Counterinsurgency sein.“ Daraufhin entwickelte sich eine ausgedehnte Rhetorikplumpe zwischen Manila und Washington, die zum Ziel hatte, daß mit den von Marcos ausmanövrierten Teilen der philippinischen Elite, unter niederen Militärs und der Hierarchie der katholischen Kirche ein Nach-Marcos-Szenario entwickelt wurde. Der über viele Jahre von Washington mit umfangreichen Krediten verhätselte Diktator geriet zunehmend unter Beschuß seines treuesten Verbündeten, was schließlich Marcos veranlaßte, haben dürfte, vorgezogene Präsidentschaftswahlen abzuhalten.

Als überraschender Umstand kam hinzu, daß mit Corason „Cory“ Aquino ein prominentes Opfer der Marcos-Diktatur — ihr Ehemann Benigno wurde 1983 bei seiner Rückkehr aus dem US-Exil auf dem Flughafen von Manila ermordet — die politische Bühne betrat. Mit ihrer charismatischen Ausstrahlung wurde sie zur Symbolfigur für all diejenigen, die unter der Willkür und Skrupellosigkeit der Marcos-Herrschaft zu leiden hatten. Als nach den Präsidentschaftswahlen die Auszahlung der Stimmen längst im Chaos untergegangen war, gelang ihr mit einem Boykott auf wichtiger Einrichtungen des Marcos-Regimes ein eindrucksvoller Erfolg bei der Mobilisierung des Volkes gegen Marcos. People Power — das Volk als Machtfaktor — war geboren. Die enorme Wirkung des Boykottaufrufs und Gerüchte über ihre bevorstehende Verhaftung dürfte schließlich Juan Ponce Enrile, unter Marcos Verteidigungsminister und oberster Kriegsgeschäftswalter, und Edel Ramoa, als Generalstabschef verantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen des Militärs, dazu bewogen haben, das stinkende Schaf zu zerlassen und Marcos die Loyalität zu verweigern. „Bewaffnet“ mit Rosenkränzen und gelben Fähnchen und Luftballons — gelb ist die Farbe von Corason Aquinos Partei PDP Laban — wurde das Volk mehrheitlich über Radio von Kardinal Sin zum Schutz der meuteindenden Militärs in die Straßen von Manila beordert. Den Schlüsselpunkt setzte jenes denkwürdige Telefongespräch zwischen Marcos und dem US-Senator Laxalt, in dem dieser Marcos zu versichern gab, daß seine Zeit abgelaufen war.



Caplom Polizisten zielen auf die Bauern

Caplom Polizisten zielen auf die Bauern

People Power oder die Oligarchie bleibt an der Macht

Der Sturz von Ferdinand Marcos wurde mit für politische Ereignisse so skurrilen Begriffen wie „Wunderrevolution“ oder „Rosenkranzrevolution“ beschrieben. Was sich allerdings in jenen Tagen des Februar 1986 auf den Philippinen abspielte, war alles andere als eine Revolution. „Cory“ Aquino hatte zwar mit der Wiederherstellung wichtiger Bürgerrechte — Versammlungs- und Pressefreiheit — und der schnellen Freilassung prominenter politischer Gefangener — beider allerdings nicht aller politischen Gefangenen — Hoffnungen bei all denen geweckt, die ein ernsthaftes Interesse an politischen Reformen hatten. In jenen Tagen machte das geflügelte Wort vom „demokratischen Spielraum“ die Runde, den es jetzt zu nutzen galt. Doch People Power fuhrte nicht dazu, daß das Volk in irgendeiner Weise an den Entscheidungsprozessen des Landes beteiligt worden wäre, geschweige denn, daß ein Vertreter der 80% ausmachenden Landbevölkerung, ein Repräsentant der Arbeiter oder der ethnischen Minderheiten oder gar ein Bewohner der unzähligen Slumgebiete in der Regierung vertreten gewesen wäre.

Die nach dem Sturz von Marcos sich konstituierende Regierung war ein Gemisch aus unter Marcos nicht an die Pfründe gelangten Großgrundbesitzern und Industriekapitalisten, ehemaligen Gefolgsleuten und Vertretern der unzufriedenen Militärs, die sich von Marcos eigener Vorteile wegen distanziert hatten, dazu noch einige wenige Liberale als Aushängeschild. Die sich seit dem Sommer 1986 immer wieder holenden Putschversuche dienten nicht zuletzt dazu, die liberalen Kräfte aus der Regierung zu treiben und die Bühne nunmehr gänzlich dem Militär zu überlassen. (So wurde z.B. im November 1986 der liberale Menschenrechtsanwalt Aquilino Pimentel durch Jaime Ferrer ersetzt. Der „Kommunistenfresser“ Ferrer war zeitweilig Präsident der philippinischen Sektion der Antikommunistischen Weltliga und einst der enge Berater von Ramon Mag-saysay, der als Präsident in den 50er Jahren die Zerschlagung der Hukbalahap (von der damaligen kommunistischen Partei beeinflusste Befreiungsarmee) betrieben hatte. Bis zu seiner Ermordung im August 1987 hat Ferrer maßgeblich dazu beigetragen, ein umfassendes Netz von Vigilante-Gruppen — vergleichbar mit südamerikanischen Todeschwadronen — aufzubauen.) Das Militär, unter Marcos enorm aufgebaut und vor allem wegen seiner zahllosen Menschenrechtsverletzungen verhaßt, konnte sich mit der Aura des Befreiers umgeben. Nicht das Volk, das in einen Kreuzzug für Frieden und Gerechtigkeit ziehen sollte wie „Cory“ Aquino noch im Wahlkampf

vor den Präsidentschaftswahlen 1986 verkündet hatte, sondern das Militär wurde zur tragenden Säule der Aquino-Regierung.

Waffenstillstand — ein kurzes Intermezzo

Bereits kurz nach dem Amtsantritt von „Cory“ Aquino begannen Diskussionen über mögliche Modalitäten eines Waffenstillstands oder gar eines dauerhaften Friedens zwischen der Regierung und dem Dachverband der im Untergrund arbeitenden philippinischen Befreiungsbewegung, der Nationaldemokratischen Front (NDF). Im Rahmen ihres nationalen Versöhnungsprogramms sollten auch die „Brüder und Schwestern“ aus den Bergen zurückkehren (gemeint waren damit die NPA-Kämpfer, denen Frau Aquino eine neue Existenz in den Städten und Dörfern anbot). Noch im Sommer 1986 sah „Cory“ Aquino in den ungelösten wirtschaftlichen Problemen und den krassen sozialen Unterschieden die Ursache für das ständige Anwachsen der NDF und ihrer Bündnisorganisationen gegen den erbitterten Widerstand von Teilen des Militärs, vor allem des damaligen — und bereits unter Marcos amtierenden — Verteidigungsministers Juan Ponce Enrile wurde für den 10. Dezember 1986 ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, was umfassende Friedensverhandlungen mit einschloß.

Der Abschluß des Waffenstillstandsabkommens muß als Wendepunkt in der Ausrichtung der Aquino-Regierung betrachtet werden. Dazu mögen beigetragen haben, daß es der NDF in der Zeit des Waffenstillstands gelungen ist, ihre Forderungen offensiv in der Öffentlichkeit darzustellen. Die NDF hatte für die Friedensverhandlungen folgende Forderungen gestellt:

— Die Beseitigung aller faschistischen Relikte der Marcos-Ära. Das bedeutete eine gründliche Säuberung des Militär- und Verwaltungsapparates von all jenen Elementen, die für die Menschenrechtsverletzungen und die Korruption der Marcos-Zeit mit verantwortlich waren.

— Eine umfassende Landreform sowie — gegen gewisse Kompensationszahlungen — die Auflösung der großen monopolartigen Landbesitzungen.

— Die Wiederherstellung von nationaler Würde und Unabhängigkeit. Diese Forderung beinhaltete die Aufhebung aller ungleichen Militär- und Handelsbeziehungen und zielte damit direkt auf die Auflösung der US-Basen und auf ein Ende quasi-kolonialer Handelsbeziehungen, insbesondere mit den USA.

— Die Schaffung von Grundlagen für einen dauerhaften Frieden. Für die NDF bedeutete das, daß sie und auch die Organisationen der Bauern, Arbeiter und der städtischen Armen in der

Regierung vertreten sein sollten (Errichtung einer demokratischen Koalitionsregierung).

Repräsentanten der NDF konnten Rundfunkinterviews geben und wurden zu Talk-shows eingeladen, wo sie Rede und Antwort über ihr Programm und ihre Praxis standen. Die dem Prestigegewinn der NDF konnte die Aquino-Regierung nichts Gleichwertiges entgegensetzen. Zudem befand sich „Cory“ Aquino bereits zu dieser Zeit unausweichlich im Würgegriff von Militär und Reagan-Administration, so daß sich ein Eingehen auf die Forderungen der NDF als unmöglich erwies. Im November 1986 hatte der US-Sonderbotschafter Philip Habib Frau Aquino als Gegenleistung für die Unterstützung der USA und die Entlassung des ständig querschießenden Verteidigungsministers Enrile folgende Zusagen abgetrotzt: Ersetzung von liberalen und reformwilligen Ministern durch pro-amerikanische Kräfte, Garantie für die US-Basen auf den Philippinen, Umsetzung der von der Weltbank und dem IWF geforderten Wirtschaftspolitik und freie Hand für den neuen Verteidigungsminister Rafael Nieto bei der Aufrüstungsplanung. So war denn fortan auch nicht mehr von Versöhnung die Rede, sondern „Cory“ Aquino räumte ein, daß notfalls die Subversion durch einen drastischen chirurgischen Eingriff weggeputzt werden müsse.

Die neue Lösung — „Tötet für den Frieden“

Spätestens seit der Ermordung des prominenten Gewerkschaftsführers der „Bewegung des 1. Mai“ (KMU) und Vorsitzenden der linken „Partido ng Bayan“ (Partei des Volkes) Rolando Olalia im November 1986 verdichteten sich die Anzeichen, daß die Regierung von „Cory“ Aquino ihren „Kreuzzug für Frieden und Gerechtigkeit“ in einen „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ umgemünzt hatte. Wie nach dem Olalia-Attentat so folgte auch auf das Massaker an friedlich demonstrierenden Landarbeitern auf der Mendocino-Brücke im Januar 1987 kurzzerhend ein Putschversuch des Militärs. Jedesmal wurden Marcos-Loyalisten für die Putschversuche verantwortlich gemacht, denen nachgesagt wurde, den sich im Exil in Hawaii warmboxenden Ex-Diktator wieder nach Manila bringen zu wollen. So konnte „Cory“ Aquino sich jedesmal als die unbefleckte Madonna präsentieren, die gerade noch einmal den bösen Mächtigkeiten von Marcos entgegen war ihre überwältigenden Erfolge, sowohl bei dem Referendum über die neue Verfassung als auch bei den Senatswahlen, lassen sich u.a. damit erklären, daß das Volk sich gegen die Diktatur und jedenfalls nicht in dieser Evidenz für „Cory“ ausgesprochen hat. (Außerdem gab es reichlich Hinweise für Wahlmanipulationen und Betrug bei den Wahlen.)

Die Militärspitze um Verteidigungsminister Nieto und Generalstabschef Fidel Ramoa nutzte die Gunst der Stunde als Gralritter von People Power, um ihre Counterinsurgency-Pläne konsequent in die Tat umzusetzen.

Die Counterinsurgency-Programme sind facettenreich und entsprechen ganz dem unter der Reagan-Administration entwickelten Konzept des low-intensity-conflict (LIC). Einer der wichtigsten Counter-Insurgency-Experten der US-Streitkräfte Oberst Waghelstein beschreibt LIC als einen totalen Krieg an der gesellschaftlichen Basis, wobei wirtschaftliche, politische, sozialpolitische und psychologische Maßnahmen als flankierende Bestandteile der militärischen Praxis begreifen werden.

Wie sehr die Militärs auf den Philippinen dieses Konzept bereits in die Wirklichkeit umgesetzt haben, beweist die folgende Schilderung: „Wir leben in einem gewaltsamen Frieden, der dem Zustand eines permanenten Krieges gleichkommt.“ (Terre des Hommes e.V. — Pressemitteilung 8/87) Vigilante-Gruppen oder Todesschwadronen mit so abenteurlichen Namen wie „Die Massen erheben sich“, „Verurteiltes Volk für Frieden“, „Rächer Gottes“, „Querleros Jesus“ und „Hack Hack“ terrorisieren stellvertretend für das Militär die Bevölkerung. Frau Aquino sieht in diesen Gruppen mittlerweile sogar eine neue Verkörperung der People Power. Dörfer, in denen das Militär Sympathisanten der NPA vermutet, werden von Hubschraubern aus bombardiert. Dabei kommt es immer häufiger zu Übergriffen des Militärs. So zum Beispiel in Lupao, im Nordosten Luzons, wo 17 Zivilisten von den Militärs erschossen worden sind. Im Vorfeld von Demonstrationen werden Oppositionspolitiker kaltblütig ermordet. Das jüngste Opfer war der Generalsekretär von Bayan (Dachverband einer großen Zahl von Aktionsgruppen) Leandro Alejandro. Streikführer werden — wie in den Zeiten von Marcos — ohne Angabe von Gründen verhaftet.

Dieser, mittlerweile mit voller Schärfe geführte, totale Krieg gegen alles, was links oder oppositionell ist, richtet sich in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung. Die NPA ist mittlerweile so stark geworden, daß kurzfristig kaum damit zu rechnen sein wird, daß dem Militär entscheidende Erfolge gelingen werden. Deswegen geht es vorerst um die Einschüchterung der Bevölkerung, um jede Form der Unterstützung für die Befreiungsbewegung oder die legalen Oppositionsgruppen (wie Bayan, Partido ng Bayan, KMU) unmöglich zu machen. Sogar Neutralität ist nicht mehr erlaubt. Wer sich nicht offen für „Cory“, für Gott und gegen den Kommunismus ausspricht, wird für vogelfrei erklärt und muß damit rechnen, sich am nächsten Tag als Leiche am Straßenrand wiederzufinden.

Nach Berichten der philippinischen Tageszeitung „Malaya“ hat Frau Aquino nun auch offiziell dem Militär freie Hand bei der Aufstandsbekämpfung gegeben. Einen Tag nachdem US-Präsident Ronald Reagan das philippinische Militär aufgefordert, Frau Aquino zu unterstützen, und kontinuierliche Hilfe für die Philippinen zusagte, gingen die Militärs an die Öffentlichkeit. Der Sprecher erklärte: „Wir haben das Wort der Präsidentin, die Kommunisten mit aller Kraft zu bekämpfen. Die Tage der CPP (Kommunistische Partei der Philippinen, Anmerk. d. Verf.) sind gezählt.“ Innerhalb der nächsten drei Jahre, so hofft man, soll die Rebellion zerschlagen sein. Verteidigungsminister Nieto sagte, die Erklärung von Ronald Reagan „ist ein willkommener Schritt eines Verbündeten, denn sie bedeutet den stetigen Fluß militärischer Ausrüstung.“ Es muß nun befürchtet werden, daß die zahlreichen Massaker und Morde der letzten Monate nur der Auftakt für weitere Gräueltaten des Militärs und seiner Handlanger sein werden. Hinweise, daß der Optimismus des Militärs gerechtfertigt erscheint, gibt es angesichts einer soliden Massenbasis für die NDF und annähernd 30 000 bewaffneter Kämpfer der NPA nicht. Der Widerstand, sowohl in legalen Oppositionsgruppen als auch in der NDF, wird zunehmend schwerer und für den Einzelnen zum unakquisierbaren Risiko werden. Für die Solidaritätsarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen und der Bevölkerung werden die nächsten Monate entscheidend sein.

Ko., Hamburg

In den eigenen Reihen. Innerhalb der Partei wurde die Beschlußlage durch eine Ausschüsse-Sondersitzung (höchstes beschlußfähiges Organ) vereinheitlicht, in der Massenarbeit wurde eine Hausbesuchs-Kampagne durchgeführt. Eher der Druck auf die nennungsreiche Regierung ist einfach zu stark. Die wirtschaftliche Entwicklung ist katastrophal und wahrscheinlich kommt auch politischer Druck aus der Sowjetunion, in irgend einer Form einzulenken und eine politische Lösung herbeizuführen.

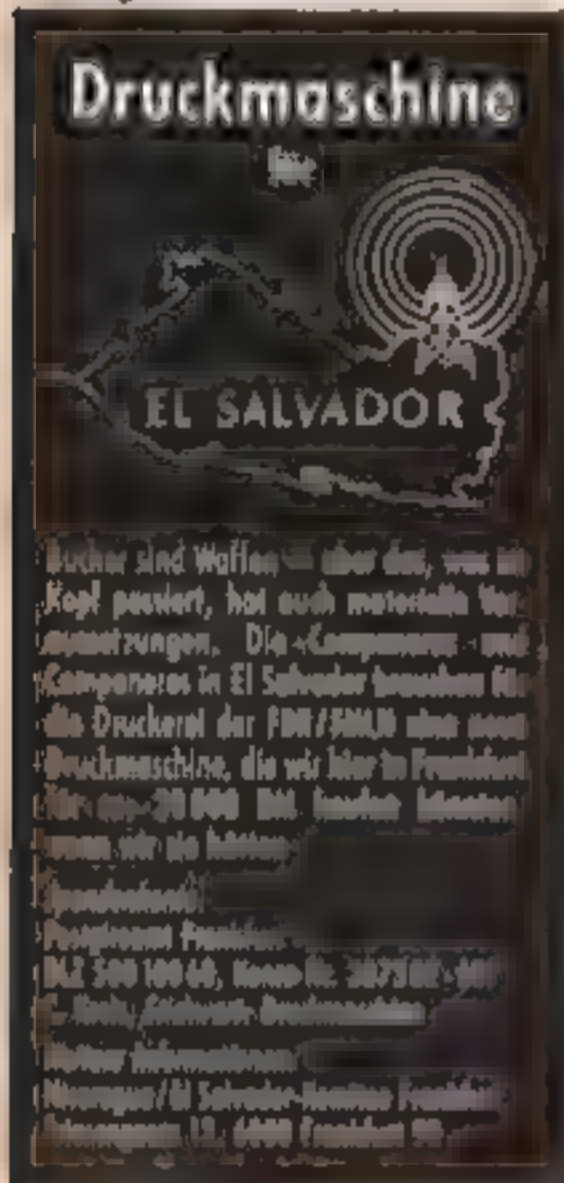
Es erscheint uns mittlerweile klar, daß Arina, der Präsident von Costa Rica und fruchtgebarener Friedensnobelpreisträger und „Lainitor“ des Friedensplanes von Esquipulas eine Figur der Internationalen Sozialdemokratie ist. Als selbst ein völlig farbloser Politiker, eine Art „Lainokohl“ und ohne jedes Fortamt, den er seit Entwurf des Friedensplanes hat mit der unzureichenden Fassung kaum noch Ähnlichkeit, sondern nur vielmehr eine Variante der Reagan- wie beispielsweise schloß der uragabliche Plan Anas Nicaragua aus den Verhandlungen voll g n

Die Sozialdemokratie sieht in Allen
nallyen zur Krisenpolitik Reagans die
Möglichkeit, in Zentralamerika politi-
schen Einfluß zu erlangen. Costa Rica
mit Arias bot sich als Brückenkopf die-
ser Politik an. Was zur Zeit in Bezug
auf Nicaragua geschieht, ist der Ver-
such verschiedener Kräfte (Sozialde-
mokratie, fünf zentralamerikanische
Staaten, Coniadora, US-Deinokrat-
sche Partei) ein Szenario für die Nach-
Reagan-Ära zu schaffen. Dieses Szena-
rio produziert auf Nicaraguas Regie-
rung einen enormen politischen Druck.

Die Politik der Sandinistas ist riskant. Und sie sind so ehrlich und gehen es zu. Innenpolitisch müssen sie den „ideologischen Kampf“ mit der Rechts aufnehmen (nach Wiedereröffnung der Presse etc.). Und darauf ist weder ihre Basis, noch der Kaderstamm ausreichend vorbereitet. Die Kadernschulen der FSLN sind noch immer vorrangig die Schützengräben. Der Krieg absorbiert weiterhin die fähigsten Leute. Die Sandinistas auf militären und unilernen Funktionsrängen denken logischerweise immer noch in militärischen Kategorien. Noch ist Nicaragua ein Land im Kriegszustand. Zu einer breiten ideologisch-politischen Arbeit unter der Bevölkerung fehlen die Voraussetzungen. Sie ist nichtsdestoweniger eine dringliche Notwendigkeit, da der durch den Sturz Somozas geschaffene Grundkonsens der neuen nicaraguansichen Gesellschaft, hegemonisiert durch den Sandinismus, bröckel zu werden droht. Außenpolitisch hängt alles von den USA ab.

vielleicht haben die Sündaristen einfach keine Zeit mehr, ihre Politik sorgfältig zu planen und vorzubereiten. Die Dynamik der politischen Entwicklung in den letzten Wochen ist außerordentlich zu planen und vorzubereiten. Die Dynamik der politischen Entwicklung in den letzten Wochen ist außerordentlich hoch. Die Sorge der FSLN ist es, in dieser Konjunktur auf keinen Fall die Initiative zu verlieren gegenüber Reagan, der sich Esquipulas deutlich in der Defensive ist. Aber der Preis, den die Revolution zahlen muß, kann sehr hoch sein. Aber vielleicht wird es der Preis sein für den Frieden.

Anzeige



Hector Hernandez ist Generalsekretär des linken honduranischen Gewerkschaftsdachverbandes FUTH (Federación Unitaria de Trabajadores del Honduras). Giddy Lanza gehört auch der FUTH-Führung an und ist außerdem Vorsitzende der Gewerkschaft der staatlichen Elektrizitätsschaffenden (STEENE).

Wann und unter welchen Umständen entsteht die FUTH?

Hector Hernandez: In Honduras ist seit Jahrzehnten ein wirtschaftliches System in Kraft, welches für das Volk Arbeitslosigkeit, Misere in allen Lebensbereichen, Vorenthaltung demo-

Honduras, eine der reagan'schen Musterdemokratien in Mittelamerika. Honduras, voll von US-Militäreinrichtungen, Frontstaat gegen die sandinistische Revolution und Rückzugsgelände der Contra. Honduras, Bananenrepublik, die zur militärischen Drehscheibe der US-Intervention in Mittelamerika umgewandelt wird.

Viele Handwerker sind mit dem eingeschlagenen Konfrontations- und Kriegskurs jedoch nicht einverstanden. Die organisierten Arbeiter/Innen gehören dabei zu den entschlossensten oppositionellen Kräften. Der AK hatte Gelegenheit zu einem Gespräch mit zwei leitenden Genoss/innen des linken Gewerkschaftsdachverbandes FLTH. Wir sprachen über die FLTH und die übrigen gewerkschaftlichen Tendenzen, die Repression gegen Gewerkschafter/innen, die Einflussnahme der bundesdeutschen Sozialdemokratie und die Perspektiven der handwerklichen Volkswirtschaft.

rade das vermeiden wollen. Die CTG und die CTH werden deshalb von den verschiedenen Regierungen und auch von den Militärs bevorzugt behandelt. Sie gelten als Ansprechpartner, haben die juristische Anerkennung und werden weniger verfolgt. Die neuentsandene FLTH dagegen ist eine klassen-

politischer Morde/Verschwindenlassen
und die Beauftragung der Täter auf-
genommen. Alle repressiven Gesetze
müssen abgeschafft werden.

Sieht die hondurensische Arbeiterklasse hinter diesem Programm?

kratischer Rechte und ständige Repres-
sion bedeutet

Die aktuelle neoliberale Variante dieses Modells geht Hand in Hand mit der „Politik der nationalen Sicherheit“. Das bedeutet in der Praxis, daß der hondurensische Staat vor allem die Sicherheit der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen der USA garantiert. Diese an internationale, von den USA abhängige Wirtschaftspolitik geht auf äußere Pressionen z.B. des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der US-Entwicklungsgemeinschaft AID zurück. Denn diese bestimmen, was in Honduras auf wirtschaftlichen Gebiet passiert. Die nationale Bourgeoisie ist, im Gegensatz zu Guatemala und El Salvador, nur ein wirtschaftlich und politisch weitgehend machloser Handlanger ohne eigenes Konzept. Und, um zum Kern der Frage zu kommen, die übrigen Gewerkschaftszentren, die christdemokratische CGT und die sozialdemokratische CTH haben auf diese strukturellen Probleme der hondurensischen Wirtschaft und der hondurensischen Arbeiterklasse keine Antwort gegeben. Die FUTH entstand 1981 als Antwort auf diese Schwächen

Hierbei, kannst Du die unterschiedlichen Konzeptionen der verschiedenen Gewerkschaftszentralen konkretisieren?

Sowohl die CGT als auch die CTH haben sich immer auf rein ökonomische Forderungen beschränkt: Lohnerhöhungen, Kollektivverträge, Arbeitsbedingungen, Urlaub etc. Wir können sagen, sie haben um die Browsern gekämpft, die auf dem Tisch der Reichen und Mächtigen übrigblieben. Mit ihren bloßen Ökonomien und sie nie bis auf den Grund der Ungerechtigkeiten gegangen. Wenn wir uns vergegenwärtigen: wer sie ausbeutet, aufbau und finanziert, können wir sagen, daß sie ge-

kämpferische Organisation. Wir haben völlig andere Vorstellungen vom gesellschaftlichen Kampf. Deshalb bleiben wir auch nicht bei den ökonomischen und sozialen Tagesforderungen stehen. Die sind natürlich auch für unsere Mitglieder wichtig, das ist klar. Aber wir verbinden diese Ebene des Kampfes mit einer nationalen, patriotischen und volkverbundenen Konzeption. Was uns also von den anderen Gewerkschaftszentren unterscheidet, ist unsere kritische Haltung gegenüber dem Staat, unser Vorschlag eines politischen Projekts, um die nationale Souveränität zu retten, die Forderung nach einem vollständigen Abzug der nordamerikanischen Truppen und der Contra, die Respektierung der Menschenrechte. All dies eng verknüpft mit unseren sozialen Zielen.

Welche Programmstruktur hat die FCL III?

Im wirtschaftlichen Bereich fordern wir eine radikale Agrarreform, die Nationalisierung der Wälder (Anm. AK 75% des Landes sind bewaldet, und der Holzexport bringt Devisen), US-Gesellschaften beuten die Reserven z. B. schonungslos aus.), die Nationalisierung des Außenhandels und Kontrolle des Auslandskapitals. Preiskontrolle für die wichtigsten Grundbedürfnisse, die Förderung des Staatseinkommens und eine Steuerreform zugunsten der Arbeitenden. Wir fordern die ungehinderte Gewerkschaftsarbeit und ein neues Arbeitsgesetz. Die wichtigsten politischen Ziele: Auflösung der US-Flotten, Schluß mit allen Militärinterventionen und Abzug aller ausländischen Truppen inklusive der Contra, statt dessen eine blockunabhängige Außenpolitik auf der Grundlage der Selbstbestimmung und Nicht-Eingriffen. Wir haben den Kampf um die Befreiung der Menschenrechte der demokratischen Freiheiten, die Amnestie der politischen Gefangenen, die Aufklärung

Eins vorweg. Du weißt, die Arbeiterklasse ist in unserem Land, zahlenmäßig gesehen, eine Minderheit. Die Mehrheit sind campesinos. Aber neben diesen ist die Arbeiterklasse für einen gesellschaftsverändernden Prozeß das entscheidende Element. Es ist auch klar, daß die 24 der FLTH angeschlossenen Gewerkschaften (Anm. AK: In Honduras gibt es, wie in ganz Mittelamerika, nur Betriebsgewerkschaften) mit ihren 25 000 Mitgliedern nicht die Mehrheit der organisierten Arbeiter repräsentieren. Von den Unorganisierten ganz zu schweigen. Aber wir können mit den kämpferlichsten Gewerkschaften mit langer Tradition rechnen. Mit den Beschäftigten der Elektrizitätsversorgung, den Zuckerarbeitern und Gewerkschaften einiger transnationaler Konzerne sind wir besonders in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft stark und die Mitglieder sind bereit, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen. Nehmen wir als Beispiel den 1. Mai 87. Die christdemokratische CGT und die sozialdemokratische CTH hatten sich einer einheitlichen Aktion zum 1. Mai verpflichtet. Regionalverbände der CGT hatten für ihre Mitglieder sogar Busse in Badcoeite organisiert, damit sie nicht auf die Straße gingen. Die FLTH hat daraufhin gemeinsam mit der CNTC (Anm. AK: fortschrittliche campesinoorganisation mit ca. 25 000 Mitgliedern) allein in der Hauptstadt Tegucigalpa gut 30 000 Menschen auf die Beine gebracht. Und das trotz Gegenpropaganda von allen Seiten und trotz angeordneter und teils auch praktizierter repressiver Maßnahmen. So wurden in der Nacht vor der Demo 41 Leute wegen Sprühen und Plakataufhängens festgenommen. Die Demonstration selbst war eine der größten in den letzten Jahren und mit Sicherheit die kämpferischste. Von den Sprechenden, Transparenten, Flugblättern und Redebeiträgen her war sie vollständig von der vorher genannten Demonstration

gen der FUTH bestimmt. In der zweitgrößten Stadt, in San Pedro Sula, waren auch etwa 20.000 Menschen auf unserer Demo, die ähnlich wie in Tegucigalpa abließ. In zwei anderen Städten nahmen noch weitere 10.000 Menschen an unseren Aktivitäten teil.

Und wieviele Anhänger konnten CGI und CTH auf die Straße bringen?

Ich untertreibe nicht, wenn Du willst, dies die Zeitungen vom folgenden Tag, wenn es viel waren, haben sie in Tegucigalpa und San Pedro Sula je 5.000 Leute mobilisiert. Und dabei haben sich viele Sprechere und Transparenz auf unsere Forderungen bezogen, die Reden natürlich nicht. Viele haben sich später in unsere Kundgebung eingegliedert. Du siehst, obwohl uns die Regierung im Gegensatz zu CGF und CTH die juristische Anerkennung verweigert, obwohl sie uns als Subversive, Kommunisten und Terroristen brandmarkt, hat dies unsere Kampfkraftigkeit nicht wesentlich vermindert. Wir konnten zwar seit unserer Gründung 1981 nur wenige Gewerkschaften gewinnen oder neu aufbauen, aber wir haben uns nach innen gefestigt, und wir haben die größte Mobilisierungsfähigkeit im Arbeitersektor. Besorgte Kommentare in der bürgerlichen Presse gerade nach den Ereignissen vom 1. Mai zeigen, daß sich die Mächtigen des gewachsenen Einflusses der FUTH bewußt sind.

Hector, einige Worte zur internen Situation von CGT und CTH

Vorweg einige Worte zu deren Entstehung. Nach dem 69-tägigen Bananearbeiterstreik von 1954, dem Beginn der hondurensischen Gewerkschaftsbewegung, haben die US-Gewerkschaftszentralen AFL und CIO begonnen, in Costa Rica und Puerto Rico hondurensische Gewerkschafter auszubilden. Diese haben dann zunächst in der Bananearbeitergewerkschaft SITRATERCO das Ruder übernommen und sie domestiziert. Von da aus kontrollierten sie die entstehenden Gewerkschaftsföderationen. Der heutige Vorsitzende der CTH, Victor Andrés Artilles, beherrscht diese seit 34 Jahren. Der CGT-Generalsekretär Marco Tulio Cruz, und der CGT-Vorsitzender Oscar Escalante sind neuerdings Abgeordnete für die Nationale Partei (Anm. AK: die reaktionärste Partei der hondurensischen Bourgeoisie). Die beiden Veteranen der CGT haben abrupt die Fahnen gewechselt, nachdem sie jahrelang in der christdemokratischen CGT aufgebaut worden sind. Aber Leute von diesem Schlag interessiert nur ihr persönlicher Vorteil, das ist ihre Ideologie. Und diese Leute kennen alle Tricks, um ihre Organisationen zu kontrollieren. So gibt es so gut wie keine gewerkschaftliche Weiterbildung (nur wenige bekommen eine Ausbildung bei rechtlichen Instituten). Andere Kurse zu besuchen, ist der Mitgliedschaft in diesen Organisationen verboten. Organisierte Opposition kann sich also kaum herausbilden. Und wenn, kaufen die Führer der Delegierten, geben ihnen Geschenke oder machen sie betrunken. Auch wenn es kaum glaubhaft klingt, es ist leider wahr.

Greift die internationale Soziallehre auch ins Geschehen ein?

Die macht auch mit. Vor allem in Ge-
walt der Friedrich-Ludwig-Stiftung
(FLS) der SPD. Seit 1982 begann sie
ihre Arbeit mit Seminare, Diskussio-
nen und Konferenzen. Und sie begann
in der Schanz von Campesino und
Gewerkschaftskadern. Obwohl es so
gut wie keine sozialdemokratische Tra-
dition in Honduras gibt, konnte die
Sozialdemokratie überzeugen, weil die
Tradition der politischen Organisationen
eine schwere politische Kerkel-
geiten und diese Organisationen, "Is-
berale Partei" und "Nationale Par-
te" und politisch gesehen un-
glaublich zurückgeblieben. Sie haben
weder ein politisches Programm noch
eine politische Ideologie. Alles spielt
sich im Rahmen von Fulcr ("der Jun-
ge", "der Starke", "der Neue") und
Gefügigkeit ab. Obwohl auch hier seit
einer Zeit über eine sozialdemokrati-
sche Variante geredet wird, gibt es bis-
her keine starke Partei mit dieser Ten-
denz. Dies liegt an der politischen

For more information, visit www.pearsoncmg.com

Fortsetzung von vorheriger Seite

Rückständigkeit des politischen Systems in Honduras. Vielleicht haben die LSA und die einheimische Bourgeoisie auch noch keine sozialdemokratische Alternative nötig.

Mit wem arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zusammen?

Vor allem mit der von AFL/CIO aufgebauten CTH, die nach wie vor vom vorher erwähnten Victor Andrés Arriola, von den US-Amerikanern eingesetzt, kontrolliert wird. Wir glauben, daß in diesem konkreten Fall der Einfluß, den die Sozialdemokraten über die FES ausüben, positiv ist. Denn die CTH ist seit der Zurückdrängung der US-Gewerkschaften offenbar weniger repressiv und nicht mehr Verbündeter der kommunistischen Seite. Seit 1983 gibt es gewisse Beziehungen zwischen der FES und der FUTH. Die FUTH beteiligt sich an der Vorbereitung eines Reformvorschlages der Arbeitsgesetze und der Sozialgesetzgebung. Die Diskussion und Analyse findet gemeinsam mit der CTH in von der FES organisierten und finanzierten Seminaren statt. Für uns ist die Teilnahme in diesem konkreten Heretisch wichtig, weil wir nicht das nötige Feld haben, um derartige Vorwürfe allein zu erarbeiten. Weitergehende Kontakte gibt es nicht, das wollen weder die FES noch die CTH. Wir sind uns der Rolle der FES bewußt, aber wir glauben, daß wir in konkreten, genau definierten Arbeitsbereichen mit ihr zusammenarbeiten können. Vor allem dort, wo es um konkrete Probleme am Arbeitsplatz geht. Die

deshalb auch in ökonomisch-sozialen Auseinandersetzungen eine Reihe von Niederlagen hinnehmen müssen. Aber wir haben an politischer Stärke gewonnen. Und wir werden diese politische Arbeit auch weiter ausbauen.

Gladys, Du wirst, ebenso wie Hector Hernandez und drei weitere Personen, auf einem im ganzen Land massenhaft geklebten Plakat als besonders gefährliche Person dargestellt. Als Kommunistenfremdlin sollst Du jeder gute Hondureno kennen, heißt es da. Wer organisiert das, und was hat der hondurensische Staatsapparat damit zu tun?

Gladys Lanza: In diesem Falle arbeiten die nicaraguanische Contra und staatliche Organe eng zusammen. In Olanchito, einem Grenzdepartement zu Nicaragua, in dem die Contra stark präsent ist, hat diese die Verteilung organisiert in der contrafrenen Hafenstadt La Ceiba sind Angehörige des Geheimdienstes DIN beim Kleben beobachtet worden. Während in der Hauptstadt gerade eine gewaltige Militäroperation läuft, tausende Soldaten sind auf der Straße. Du siehst es ja selbst, in die ganze Stadt mit tausenden dieser Plakate zugestrichelt worden. Und weder Polizei noch Militär haben irgendjemanden festgenommen, obwohl Wild Plakate verboten ist. Am Vorabend des 1. Mai haben sie 41 Leute von uns unter dem Vorwand von Plakat und Sprühaktionen festgenommen, erkenntungsdiensichtlich behandelt und einen Tag im Gefängnis gelassen, aber in diesem Fall passiert nichts, aber auch gar nichts. Dieses Flugblatt ist Teil einer umfassenden Einschüchterungskampagne. Sie bereiten den Boden für Schlimmeres vor. Du weißt, daß zwischen 1981 und 1983 hunderte von Op-

Schlimmeres vor. Du weißt, daß zwischen 1981 und 1983 hunderte von Oppositionellen umgebracht wurden oder verschwunden sind. Auch Gewerkschaftler der FUTH waren darunter. Ständig werden Mitglieder von uns überwacht, verhaftet und auch umgebracht. Zur Zeit sind es „nur“ Einzelne, aber alle verstehen die Botschaft. Jetzt sind sie dabei, die Bevölkerung vorzubereiten, damit diese akzeptiert, daß sie uns umbringen. Aber das würde sie politisch teuer zu stehen kommen.

Wie spiegelt sich das in Deinem Alltagsleben wider?

Unsere Telefone werden überwacht, wir werden ständig beschattet, bedroht. Ich gehe nie allein auf die Straße, gehe nur in Begleitung weg. Ich fühle mich im Auto sicherer. Einen Alltag mit Besuchen bei Besuchen, Rumflaniere, spontan irgendwas machen, kenne ich nicht. Das ist zu gefährlich. In diesem Sinne habe ich kein soziales Leben. Schon seit Jahren nicht. Wer dafür verantwortlich ist? Man kann es schwer für jede einzelne Tat der repressiven Kräfte sagen. Aber es ist ein unterschiedliches Gemisch aus US-Botschaft, nationaler Oligarchie, Contra, hondurenscher Armee und den Todesschwadronen, die von der Armee unterhalten werden. Daß die Armee tatsächlich Todesschwadronen unterhält, wurde immer vermutet und nun durch Geständnisse zweier Ex-Angehöriger des Bataillons 316 aufgedeckt. Dieses geheime Bataillon 316 ist Teil der Armee und erfüllt die Aufgaben einer Todesschwadron.

Wie sieht Ihr die politische Zukunft der Volksbewegung?

Die nationale Würde von Honduras ist in einem Zustand wie im Falle eines Ehemannes, der seine Frau auf den Strich schickt, um den Haushalt vor dem finanziellen Ruin zu bewahren. Und hier, bei der verlorengegangenen nationalen Würde, müssen wir ansetzen. Hier muß das Volk eine doppelte Rolle spielen. Es muß einen Prozess der nationalen Befreiung einleiten, um die vassallenhafte Abhängigkeit von den USA zu brechen. Und es muß darüber hinaus um seine soziale Befreiung ringen. Dies zu erreichen, wird schwierig sein. Jahrzehntelange US-Vorherrschaft hat in viele Köpfe US-Traume gepflanzt. Viele sehen die US-Vorherrschaft in unserem Land quasi als gottgewollt an. Aber die kritischen Stimmen werden lauter. Wir müssen auch bedenken, daß wir es in Honduras mit drei feindlichen Armeen zu tun haben. Der hondurenschen, der US-Armee und der Contra. Aber was uns zugutekommt, das Volk hat eine lange Kampftradition. Es hat lange ausgehalten und viel erduldet. Aber die Antwort auf all diese Lügen, den Betrug und die Unterdrückung wird kommen. Früher oder später, aber sie wird kommen.

Vielen Dank für das Gespräch.

AL, JUN 1987, Tegucigalpa/Honduras

Burkina-Faso:

Tod eines Rebellen

Thomas Sankara, der Staatschef und Führer der Revolution in Burkina-Faso, ist tot. Am 15. Oktober wurde er erschossen, und in einem Staatsstreich übernahm ein seiner engsten Weggefährten der Revolution, Blaise Compaoré, die Macht. Die afrikanische Revolution ist wieder einmal um einen ihrer wichtigsten Führer ärmer geworden.

Der Staatsstreich und die Erschießung Sankaras sind auch mehrere Wochen nach der Tat mit Gerüchten und Vermutungen verdeckt. Der Kreis der Offiziere, der bisher mit Sankara an der Spitze das Land regierte, hat auch heute die Macht inne. Ausflüchtige Erklärungen über den Tod Sankaras von Seiten der jetzigen Regierung zeigten, daß der Tod Sankaras in diesen Kreisen der Revolutionsführung willkommen war. Thema dieses Artikels wird nicht der Versuch der Aufklärung dieses Staatsstreiches und der Erschießung sein. Vielmehr steht die Person Thomas Sankara im Vordergrund. Die Bewegende dieser Revolution selbst zu schilfern.

Aus metropolitaner Sicht liegt Burkina-Faso am Rande der Welt, mit

nalen Schlagzeilen rücken, wenn metropolitane Hilfswerke ihre Mildtätigkeit über eine der menschenverzehrenden Dürrekatastrophen der Sahelzone verteuern.

Während seiner militärischen Ausbildung hatte Sankara Kontakte zu fortschrittlichen Kräften auf Madagaskar und in Marokko. Aber mehr noch politisierte er sich im eigenen Land, dessen bäuerliche Bevölkerung ein mangelndes Auskommen auf den trockenen Feldern des Landes findet. Und in Obervolta der siebziger und achtziger Jahre existierten, wie in fast allen afrikanischen Staaten, neben einer bürgerlichen bis kleinbürgerlichen Opposition diverse kommunistische und sozialistische Gruppen und Zirkel. Eine Linke, ähnlich vielfältig wie wir es kennen, aus Trotskyisten, Kommunisten der albanischen oder maoistischen „Linie“, und natürlich die moskautreue Fraktion. Sankara gehörte zwar nie einer dieser Richtungen an, aber die lebhaften intellektuellen Auseinandersetzungen in diesem politischen Klima der Opposition gegen den Neokolonialismus beeinflussten seine Ideen und Utopien.

Zu Beginn 1983 wurde Sankara erstmals Ministerpräsident einer Regierung, zu der er ein sehr faktisches Verhältnis hat. Aufgrund seines Amtes

ten dieses Flügels und durch die Petitionen Fidel Casiro, des Sahirs für Angola, Mugabe für Zimbabwe, Museveni für Uganda, Jerry Rawlings für Ghana vertreten. Bis zu seinem Tode war Sankara Machet als Präsident von Mosambique Vertreter seines Landes in diesem Kreis. Selbst früher Guerilleros, unterstützt dieser Kreis viele Befreiungsbewegungen und verfolgt eine radikal ablehnende Position gegenüber der Politik des IWF. Und noch etwas ist ihnen gemeinsam. In den Augen der bürgerlichen Politik sind sie alleamt Ikonisten oder Banditen, ein Sack im Joch der internationalen Weltwirtschaftsordnung.

Die Revolution als Utopie

In einer Grundsatzrede charakterisiert Sankara im Oktober 1983 die Revolution in Burkina-Faso: „Die Revolution, die auf der Welt geschieht, gleichen sich kaum. Jede hat ihre Eigenart, und unterscheidet sich von der anderen. So auch unsere Revolution, die Augustrevolution. Sie berücksichtigt die Eigenheiten unseres Landes, den Grad seiner Entwicklung und seiner Unterwerfung unter das internationale System des Kapitalismus.“

„Unsere Revolution ist eine Revolution, die sich in einem bäuerlichen und rückständigen Land abspielt, in dem die Traditionen und eine auf der feudalen Gesellschaftsordnung basierende Ideologie schwer auf den Volksmassen lasten. Es ist eine Revolution in einem Land, welches von kolonialen Verhältnissen zu neokolonialen übergegangen ist.“

„Unsere Revolution spielt sich in einem Land ab, in dem es keine Arbeiterklasse gibt, die sich ihrer historischen Mission bewußt und entsprechend organisiert ist. Es ist eine Revolution, die sich in einem kleinen Land des Kontinents in einem Augenblick abwickelt, wo auf internationaler Ebene die revolutionäre Bewegung von Tag zu Tag mehr zerbröckelt, ohne sichtbare Hoffnung auf die Bildung eines homogenen Blocks, der die jungen revolutionären Bewegungen ermutigen und unterstützen könnte.“

Während seiner Regierungszeit steht Thomas Sankara als Symbol für eine neue Konsequenz in der afrikanischen Politik. Er baut die Privilegien für die städtischen Schichten ab zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung, die auf dem Lande lebt. Er prangert die Wankelmütigkeit der kleinbürgerlichen Opposition an, die nach volkzogenen Revolution nunmehr selbst die eroberten Pöschchen besetzen und als Pfunde ausbeuten will. Eine Antikorrupsionskampagne zieht den Scheiter von vielen kleinen und großen Schiebern, erstmals werden Gefängnisstrafen über ehemalige Regierungsmitglieder und Staatsbedienstete verhängt, die Geld geklaut und auf ihre Schweizer Konten transferiert hatten. Sankara regte während dieser Kampagne seine eigenen Vermögensverhältnisse offen aus: ein volles Mobilen (ein alter Renault Kabinenschrank, ein Fahrrad).

Die Beteiligung der Frauen an der Macht im Staat ist einzig auf der Welt für die afrikanische Jugend wird Sankara so zu einem Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft, und für die reaktionären und neokolonialen Nachbarstaaten Elfenbeinküste und Togo zu einer politischen Bedrohung.

Auf internationalen Konferenzen vertritt er die Interessen Burkina-Fasos und vielfach auch stellvertretend für andere Länder der „Dritten Welt“. In einer UNO-Rede prangert er 1984 die mörderische Weltwirtschaftsordnung an, und fordert die Intelligenz der „Dritten Welt“ auf, Lösungen für ihre eigenen Probleme selbst zu entwickeln, als auf Konzepte aus den Metropolen zu warten.

„Es ist dringend notwendig, daß unsere Kader und Schreibmaschinen lernen, daß es keine unschuldige Schreibweise gibt. In dieser Zeit der Stürme können wir nicht unseren Feinden von gestern und von heute aus Monopolen des Denkens, der Vorstellungskraft und der Kreativität überlassen. Bevor es zu spät ist — denn es ist schon spät — müssen diese Blauen, diese Männer Afrikas, der Dritten Welt, zu sich selbst zurückfinden, das heißt zu ihren Geisteskräften, zum klaren, das wir verstanden haben, und zwar nicht nur, um zu verstehen, daß der Kampf mit ein

Fortsetzung nächste Seite

Einige Daten: 1982 waren 12,2% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in Campesino- und Arbeiterorganisationen organisiert.

Die Gewerkschaften waren insgesamt 152.000 Menschen, lediglich 17.000 davon in der Industrie und etwa 100.000 in landwirtschaftlichen Berufen. Es gab 201 Gewerkschaften, davon 87 Gewerkschaften in Industriebetrieben. Zu den Gewerkschaften gehörten:

CTH 1964 gegründet unter starkem Einfluß des Amerikanischen Instituts für die Entwicklung freier Gewerkschaften. Gehört der OAIT dem lateinamerikanischen Ebene funktionierenden Zusammenschluß „ant kommunist“ an und US-orientierter Gewerkschaften an. Seit einigen Jahren bildet die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD Gewerkschaftskader der CTH aus. Der CTH gehören die Bananenarbeitergewerkschaften, die größten des Landes überhaupt an. — CGT 1970 mit sehr demokratischer Ausrichtung gegründet. Gehört der CLAT dem lateinamerikanischen Zusammenschluß christdemokratischer Gewerkschaften an. Hat nach eigenen Angaben 78 Mitgliedsorganisationen mit etwa 25.000 Mitgliedern. Hat einen gewissen Einfluß bei den Bankangestellten und bei den Bauarbeitern.

FUTH, im Juli 1983 gegründet. Hat 24 Mitgliedsorganisationen mit ca. 25.000 Mitgliedern. Wichtig vor allem die Elektrik- und Zuckerkontrollen. Wasser, Arbeiterinnen und Zuckerarbeiter. Die politisch konfliktuelle und mobilisierungsfähigste Zentrale. Hat eine Problematik mit der gegen eine angewandte Repression.

Quellen der obigen Zahlen: INSEH Dokumentation und Informationszentrum Honduras, Mexico DF.



Thomas Sankara

seinen sieben Millionen Einwohnern eines der ärmsten Länder. Von Europa aus gesehen blickt bei vielen allenfalls ein schmerzliches Unverständnis gegenüber den wechselnden Regierungen in manchen afrikanischen Regionen zumindest beim Tod Sankaras sollte dieses nordstädtische Phlegma vorübergehend abgelegt werden, denn mit Thomas Sankara starb ein Politiker, der über Burkina-Faso hinaus bei der afrikanischen Jugend, bei den Rebellen gegen die scheinbar unentzerrbare Verdrängung der afrikanischen Länder, ein neues Leitbild war. Die Revolution in Burkina-Faso hatte in Afrika große Beachtung gefunden, wurde von den fortschrittlichen Menschen als Modell für eine neue Entwicklung, eine neue Hoffnung für ein befreites Afrika gesehen.

Im August 1983 erhob sich im damaligen Obervolta eine neue Stimme. Unter der Führung von Thomas Sankara übernahm ein kleiner Kreis von Offizieren die Staatsmacht. Ein Jahr später wird Obervolta in Burkina-Faso umbenannt, was aus den Sprachen dieses Landes übersetzt „Heimat der freien Menschen“ bedeutet. Diese Revolution beendete eine 23-jährige Geschichte des Neokolonialismus, die mitverantwortlich war für Dürre, Hunger und Unterdrückung und Burkina-Faso als einen der ärmsten Plätze dieser Erde verkommen ließ. Burkina-Faso war eine der vergessenen Plätze dieser Erde, die höchsten dann in die interna-

nimmt er an einem Treffen der Blockfreien in Indien teil, knüpft dort engere Kontakte zu Fidel Castro und anderen Repräsentanten des linken Flügels der Blockfreienbewegung. In Delhi hinterläßt seine Rede vor der Plenarversammlung, seine Interventionen in den Kommissionssitzungen sofort einen nachhaltigen Eindruck. Der amtierende Präsident der Bewegung, Fidel Castro, lädt ihn eines Abends in sein Haus ein. Die Begegnung bringt einen Wendepunkt im Leben Sankaras, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Sankara entdeckt das wirkliche Wesen der Forderungen und Befreiungswünsche der Völker der Dritten Welt. Eine weitere Folge des Treffens von Neu-Delhi: Die westlichen Geheimdienste — nämlich die französische — beginnen sich näher für den jungen Hauptmann zu interessieren, der zu gebildet, zu intelligent, zu frei im Geist ist. Im Mai macht der Afrika-Berater des französischen Präsidenten Mitterrand einen Besuch in Burkina-Faso und am folgenden Tag wird Thomas Sankara verhaftet.

Im folgenden Juni 1983 wird Sankara von Blaise Compaoré und einer Fallschirmjägerinheit befreit, in einem Staatsstreich bringen die jungen Offiziere die Macht an sich, und Sankara wird Präsident im Nationalen Revolutionsrat.

Die Außenpolitik Burkina-Fasos ist für die nächsten vier Jahre die eines Mitglieds des linken Flügels der Blockfreienbewegung. Andere Sta-

BURKINA FASO, eine Hoffnung für Afrika?
von Jean-Philippe Rapp / Jean Ziegler
Gesp. mit Thomas Sankara, erschienen im rotpunktverlag Zu rich, Juli 1987.

Zitate und Auszüge aus dem Interview sind diesem Buch entnommen. Diese Seite ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Geschichte Th. Sankaras und des Landes. So empfehlen wir dieses Buch als eines der wichtigsten des Jahres 1987.

Ich glaube nicht, daß man von den anderen verlangen sollte, sich für uns zu opfern, ohne Rücksicht auf die eigenen Probleme, auch wenn diese nicht vergleichbar sind. Die Bedürfnisse eines Menschen bei ihnen, der in ihrem Land mitleidet, daß der Wein nicht von guter Qualität ist, ist genauso berechtigt wie die eines Menschen bei uns, der kein Wasser zu trinken hat.

Aber wo ist die Bevölkerung mit der Flucht unzufrieden, weil sie kein Land, Vieh oder Landfundus haben? Ein Landwirt, der kein Land hat, hat für uns das kein Grund, von uns zu verlangen, auf der Stelle zu treten und auf uns zu warten, die wir hoch oben sind.

Die anderen Länder müssen mit ihren eigenen Problemen fertig werden und schließlich — auch das muß gesagt sein — machen wir unsere eigene Revolution. Also umso besser oder schlechter für uns ... Es liegt an uns die Verantwortung dafür zu tragen. Niemand hat von uns verlangt, eine Revolution zu machen! Wir hätten auf unser Land eine Hypothek aufnehmen können, wir hätten es vermieten können, irgend jemand hätte schon dafür bezahlt. Es war unsere Entscheidung, diese Formen der Entfremdung zurück zuweisen, also müssen wir auch den Preis dafür bezahlen. (...)

Vor einigen Monaten titelte hier eine Zeitung: „Wenn Lenin gewußt hätte, was wir tun, hätte er uns gehalten.“ Druckt sich da nicht eine Enttäuschung über die Sowjetunion und andere Länder aus?

Angesichts der Risiken, die wir eingehen — denn wir führen hier eine wirkliche Revolution durch — angesichts

Angesichts der Risiken, die wir eingehen — denn wir führen hier eine wirkliche Revolution durch — angesichts auch dessen, was wir glauben, viel leicht auf unbescheidene Weise, für Afrika zu tun zu können begreifen wir diese abwartende Haltung nicht. Dieses Desinteresse, diese mangelnde Bereitschaft, uns zu helfen, ausgerechnet bei uns, denjenigen, die am meisten in Frage kämen, es zu tun; denn von der ideologischen Ausrichtung her gehören sie zum gleichen Lager wie wir.

Wir verstehen dies umso weniger, als man uns hier um fünf Millionen Francs CFA (32.000 DM) gestochen kann. Mehrere Male kamen wir nur knapp darum herum, wichtige Dienstleistungsbetriebe schließen und die Leute arbeitslos machen zu müssen, weil uns gerade diese Summe fehlte.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Denken im Dienste der enterbierten Massen nicht vergeblich ist, sondern auch, daß sie auf internationaler Ebene nur glaubhaft werden können, wenn sie wirklich ein getreues Abbild ihrer Völker erfunden oder noch besser geben. Ein Bild, das ihnen ermöglicht, tief greifende Veränderungen der sozialen und politischen Lage zu verwirklichen, die geeignet sind, uns aus fremder Vorherrschaft und Ausbeutung herauszuheben, welche unsere Situation einzig der Perspektive des Bankrotts qualifizieren.

Dies ist, was wir, das Volk von Burkina-Faso, in jener Nacht des 4. August 1983, beim ersten Funkeln der Sterne am Himmel unserer Heimat erfüllt haben, wir mußten uns an die Spitze der aufständischen Bauern stellen, die sich auf dem Land anordneten, Bauern, die durch das Vorrücken der Wüste verwirrt, von Hunger und Durst erschöpft und ihrem Schicksal überlassen waren. Wir mußten den Revolution der erwerbslosen, frustrierten städtischen Massen einen Sinn geben, die es müde waren, die Limousinen der Entfremdeten, auch an der Spitze des Staates ablassenden Eliten in den Straßen zu diskutieren zu sehen. Denn diese Eliten konnten ihnen nichts anderes als falsche Lösungen anbieten, welche in den Hirnen anderer ausgedacht und entwickelt wurden.

Im Februar 1986 hielt Sankara auf der Internationalen Konferenz über den Baum und den Wald seine „Waldrede“. In Burkina Faso war es während seiner Zeit für jeden und jede Pflicht, bei gesellschaftlichen Anlässen

Thomas Sankara über:
Revolution und Solidarität

Die Konsequenz wären Streiks gewesen und Proteste und vielleicht auch — wenn dies von ein paar schlaun Leuten ausgenutzt worden wäre — der totale Sturz unserer Regierung.

Und dann, „ein gebranntes Kind scheut das Feuer ...“, wären Einschüchterungsmaßnahmen ergreifen worden, damit ein Regime wie unseres nicht mehr an die Macht käme.

Gewohnheiten und Frauen

Im Bruch mit anderen uralten Gewohnheiten, im Bruch mit allem, was sich sonst in der Welt tut, haben Sie soeben für die Frauen einen existenziellen Lohn eingeführt. Glauben Sie nicht auch, daß der Widerstand dagegen so stark sein wird, daß es beim frommen Wunsch bleibt?

Als wir, in kleinem Kreis, mit einigen Genossen diese Maßnahmen diskutierten, haben sie mich vor allem auf die Anpassungsschwierigkeiten aufmerksam gemacht. Ihrer Meinung nach wäre es besser gewesen, abzuwarten und geeignete Lösungen zu finden, abzuwarten, bis die Gemüter reif seien.

Aber die Gemüter sind nie reif. Sie werden es niemals sein. Es gibt keine Entscheidungen in der Welt, die völlig perfekt sind. Die Gemüter sind bereit, Sie können sahen? Nein, man muß auf steinigem Boden Saaten, man muß der Erde Gewalt antun, damit etwas wächst. Wir haben also einen Beschluß gefaßt und ich habe ihn öffentlich verkündet, damit er nicht rückgängig gemacht wird.

Und jetzt sage ich: „Geht, sucht Lösungen“, denn es ist moralisch unakzeptabel, die Frau in dieser absoluten Mittellosigkeit zu lassen. Aber wie dies praktisch verwirklicht werden soll, weiß ich auch nicht genau. Es gibt schon ein paar Lösungsskizzen, aber wir müssen sie noch in diskreten Tests prüfen, von denen die Leute keine Kenntnis haben dürfen.

UNO

UNO

Burkina-Faso war Mitglied des UNO-Sicherheitsrates. Sie selbst haben vor der Generalsekretariat das Wort ergreifen, welche Schlüsse ziehen Sie aus dieser Erfahrung?

(...) man muß wirklich vermeiden, eine Ralle in diesen Gängen zu werden, denn sehr rasch gerät man in die Falle des internationalen Komplimentums, einer Art von Toleranz, welche die Probleme der Leute in steilen theoretischen Wortgefechten zerredet.

Wenn Sie die Leute dort sehen, haben Sie den Eindruck, sie meinen es ernst, aber ich hatte keinen so großen Spaß daran, ihnen zu begegnen. (...) Je

einen Baum zu pflanzen, denn die Wiederaufforstung des Landes ist der einzige Schutz gegen die bedrohliche Ausweitung der Wüste:

„... unser Kampf für den Baum und den Wald ist in erster Linie ein demokratischer Volkskampf. Denn die unfruchtbaren und kostspieligen Anregungen einiger Innenwunde und Experten für Waldwirtschaft werden nie etwas ausrichten! Desgleichen werden auch die aufgerüttelten Gewissen zahlreicher Fürsten und Institutionen der Sahel nicht ergrünen lassen, wenn es um Geld fehlt, um in hundert Metern Tiefe Trinkwasserbrunnen zu graben und während es dazu verwendet wird, Erdöl in dreitausend Metern Tiefe zu fördern! Karl Marx sagte es so: „Man denkt weder die gleichen Dinge noch auf die gleiche Weise, je nachdem, ob man in der Hütte oder in einem Palast lebt.“ Aber dieser Kampf für den Baum und den Wald ist vor allem ein ant imperialistischer Kampf. Denn der Imperialismus ist der Pyromann in unseren Wäldern und Savannen.“

Thomas Sankara wurde am 15. Oktober erschossen, mit ihm 12 Menschen seiner Begleitung. Sein ehemaliger engster Weggefährte der Revolution, Campaoré, schuß nicht selbst, aber das Schweigen über die Mordnacht, vernebelnde und ausflüchtige Erklärungen lassen diesen Tod als willkürlich erscheinen. Die bisherige Geschichte der Staatsterror in Burkina-Faso ist eine sehr unblutige, aber eine Person wie Thomas Sankara speert man nicht ein, man schlägt sie tot, denn selbst Gefängnisinsassen hätten Ideen nicht auf

zu Hamburg

denfalls waren wir tatsächlich Mitglied des Sicherheitsrates. Wir dachten, daß wenn schon unsere Rolle in der UNO nicht die war, den Personalbestand zu vervollständigen, wir den Mut haben sollten, im Namen der Völker zu sprechen, die uns ihr Vertrauen geschenkt hatten — Burkina-Faso erhielt die Stimmen von 104 Ländern. Wir sollten ihre Interessen vertreten, speziell die Interessen der blockierten Länder. Denn ihre Interessen wie auch jene der Völker, die sich gegen ihre Situation auflehnen, müssen täglich mit Standhaftigkeit und Mut verteidigt werden, wenn wir nicht wollen, daß die UNO zum Resonanzkasten einer Handvoll mächtiger Trommler wird.

In ihrer Lage könnte Sie eine Großmacht, welche die Hilfeleistungen an Sie einstellt, in große Schwierigkeiten bringen. Das trifft zum Beispiel für Frankreich, die USA, die UdSSR und andere Länder zu, vor allem westliche

Gerade deshalb sind wir gezwungen, gegen den Imperialismus und seine Erscheinungsformen zu kämpfen. Für den Imperialismus ist es wichtiger, uns kulturell zu dominieren, als militärisch

muß, damit sich die angestrebte Gerechtigkeit verwirklichen läßt.

Wer sind nun diese 30.000 Staatsanstellungen? Leute wie ich. Nehmen Sie meinen Fall. Von 1.000 Kindern, die im gleichen Jahr wie ich geboren wurden, ist die Hälfte in den ersten drei Lebensmonaten gestorben. Ich hatte das unverschämte Glück davonzukommen. Ich hatte auch das Glück, in der Folge nicht Opfer einer jener Krankheiten zu werden, die wir hier in Afrika kennen und die die Menschen aus meinem Jahrgang weicher dezimiert hat.

Ich gehöre zu jenen 15 Kindern von 100, die zur Schule gehen konnten. Das war eine weitere unerhörte Chance. Ich gehörte zu jenen 15 von 100 Eingeschulten, die bis zur mittleren Reife kamen, und zu jenen 300 Jugendlichen im ganzen Land, die ins Ausland gehen, ihre Ausbildung vervollständigen und bei der Rückkehr sicher sein konnten, einen Arbeitsplatz zu finden. Ich gehörte zu den zwei auf 100 Soldaten, die in sozialer Hinsicht einen stabilen und gut bezahlten Platz haben, weil ich Offizier in einer Armee bin, wo dieser Grad etwas bedeutet (...)

Nicht zu reden von den anderen Vorteilen!



Jean-Philippe Rapp
Jean Ziegler
Burkina Faso — eine Hoffnung für Afrika?

Gespräch mit
Thomas Sankara
rotpunktverlag

Die kulturelle Vorherrschaft ist die geschmeidigste, wirkungsvollste und kostengünstigste. Deshalb behaupten wir, daß es nicht nötig ist, bis an die Zähne bewaffnete Soldaten zu schicken, um das Regime in Burkina-Faso zu stürzen, es genügt vollkommen, den Import von Champagner, Lippenstift und Nagellack zu verbieten.

Schulden und Gerechtigkeit

Wenn man über ein Budget von 58 Milliarden Francs CFA (36 Mio. DM) verfügt, wovon zwölf Milliarden für den Schuldendienst bestimmt sind, ist es das wirklich möglich, eine Planung und eine Strategie zu entwickeln?

Ja, aber man stellt einfach und sehr brutal die Frage der Wahl zwischen Champagner und Wasser. Wir bemühen uns, um eine ungleiche Aufteilung hermitzukommen. Und was ist es, was ist? Ein Budget von 58 Milliarden, 36 Mio. Francs, das die letzten 30 Millionen Menschenleben und die letzten 30 Millionen Menschenleben und die letzten 30 Millionen Menschenleben... Das ist nicht human! Wenn wir zuallererst Gerechtigkeit wollen, muß jeder einsehen, wo unser Volk steht und welche Opfer es bringen

Richtig, wer sind es, die in der Stadt leben, die den Ton angeben, die der Weltöffentlichkeit erklären, was hier geht, was nicht geht und wie man die Situation hier einzuschätzen hat.

Wir sind es, die von Menschenrechten sprechen, von der sinkenden Kaufkraft, vom Klima des Terrors. Wir vergessen dabei, daß wir tausende von Kindern zum Tode verurteilt haben, weil wir nicht akzeptierten, daß unsere Gefährten auch nur ein kleines bißchen gehandelt werden sollen, um so eine kleine Gesundheitsstation zu finanzieren. Und wir haben die Weltöffentlichkeit nicht aufgerüttelt angesichts des Skandals, den diese Taten darstellen. Wir tragen unseren Teil bei zu internationalen Komplizenschaft des großen Gewissens. „Ich verzeihe Dir Deine Fehler, Du vergibst mit die meinen.“ Ich schwelge zu Dornen schmutzigen Geschäften. Du schwelgst zu meinen Unfällen und wir beide gehören zu den sauberen Leuten. Das ist wirklich das gemeinsame Geheimnis des großen Gewissens.

Gewalt

Sie sind nicht vor einer baldigen physischen Eliminierung gefeit. Welches

Bild von ihrer Rolle, von ihnen selbst, möchten Sie zurücklassen, wenn Sie von der Bildfläche verschwinden würden?

Ich wünsche einfach, daß meine Mitbürger, die Ungläubigsten davon zu überzeugen, daß es eine Kraft gibt, die sich das Volk nennt, daß man sich für dieses und mit diesem Volk schlagen muß.

Ich möchte die Überzeugung hinterlassen, daß wir, wenn wir eine bestimmte Anzahl von Verbrechen teten und uns eine bestimmte Organisation geben, das Recht auf den Sieg haben werden, einen sicheren und dauerhaften Sieg.

Ich wünsche, daß diese Überzeugung Sache aller wird, damit, was heute als Opfer erscheint, morgen für sie zu normalen und einfachen Handlungen wird.

Vielleicht erscheinen wir in unserer Zeit als Eroberer des Unnutzen, aber vielleicht haben wir auch einen Weg aufgezeigt, auf den sich morgen schon andere stürzen werden, ohne sich groß Gedanken zu machen — ein wenig wie beim Maréchal. Man setzt einen Fuß vor den anderen, ohne sich zu fragen zu stellen, obwohl man einer Reihe von komplexen Gefühlen gehorcht, die das Körpergewicht, die Geschwindigkeit, den Rhythmus und den Takt umfassen.

Und unser Trost, meiner Genossen und meiner, wird wirklich sein, (a) la wir zu etwas nütze sein konnten, daß wir Pioniers sein konnten, unter der Bedingung, daß wir dort, wo wir sein werden, diesen Trost noch erhalten können. (...)

Aber es gibt in gewisser Hinsicht schon jetzt einen Wahnsinn namens Sankara?

Gewiß, man führt nicht grundlegende Veränderungen durch ohne ein Minimum an Wahnsinn. In diesem Fall wird dies zu Nonkonformismus zum Maß der bekannten Formen den Rücken zu kehren, die Zukunft zu erfinden. Vor allem brauchte es die Verdrückten von gestern, damit wir uns heute so äußern könnten, deutlich klarsichtig verhalten können. Ich möchte zu dieser Sorte von Verdrückten gehören.

Die Zukunft erfinden?

Ja, man muß wagen, die Zukunft zu erfinden.

Die Zukunft erfinden?

Ja, man muß wagen, die Zukunft zu erfinden. In der Rede, die ich anläßlich der Lancierung des Fünfjahresplanes gehalten habe, sagte ich: „Aber was der Vorstellungskraft des Menschen entapngt, kann der Mensch auch verwirklichen. Davon bin ich überzeugt.“

Fürchten Sie angesichts der internen wirtschaftlichen Maßnahmen nicht eine gewalttätige Reaktion des Volkes?

Die allgemeine Zustimmung zu unseren sicher wenig populären Maßnahmen zeigt das Wesen unserer Revolution auf — einer Revolution, die sich gegen kein Volk, kein Land richtet, sondern zum Ziel hat, dem Volk von Burkina-Faso seine Würde zurückzugeben und ihm — gerade ihm — erlaubt sein Glück nach von ihm bestimmten Regeln zu machen. Wohlstand, Entwicklung werden anderswo in Form von Quoten gemessen; in Zementen, Stahl pro Einwohner, in Tonnen Zement, in der Zahl von Telefonanschlüssen...

Wir haben andere Werte. Wir haben keine Hemmungen zu sagen, daß wir ein armes Land sind. Wenn wir eine internationalen Organisation auf treten haben wir keine Angst, das Wort zu ergreifen und die Initiative zu blockieren, weil wir den Beitrag der Mitgedankten um ein oder zwei Dollar ermahnen wollen. Wir wissen, daß dies eine beträchtliche Zahl von armen Delegierten irritiert, die in der Lage sind, Tausende, ja Millionen von Dollars aus dem Fenster zu werfen.

Und wenn wir einen Botschafter zur Entgegennahme seines Beglaubigungsscheins empfangen Museum, machen wir dies nicht mehr im Büro des Präsidenten, sondern wir führen ihn in den Busch, zu den Bauern. Er muß chaotische Straßen benutzen, er leidet unter Durst und Staub. Dann empfangen wir ihn mit den Worten: „Eure Exzellenz, Herr Botschafter, das ist Burkina-Faso, wie es ist und soll. Und mit ihm müssen Sie zurückkommen, nicht mit uns, die wir in den gepolsterten Bureaus sitzen.“

Wir haben ein Volk, das über seine eigene Weisheit, seine eigenen Erfahrungen verfügt. Ein Volk, das selbst seine Lebensweise bestimmen kann. Anderswo stirbt man, weil man zuviel auf „age“ blickt, weil man zuviel auf „age“ blickt, weil man nicht genug auf „age“ blickt. Wir sehen, daß es eine Form des Lebens ist, die wir anerkennen werden, wenn jeder von uns einen Schritt nach dem anderen macht.

Unabhängige Initiativen im Schatten der Perestrojka

von Alexander Seweruchin

Vom 20.-23. August fand in Moskau zum erstenmal ein Treffen unabhängiger Klubs und Initiativen statt. 600 Delegierte vertraten ca. 50 Gruppen. Die Prawda schätzte die Zahl solcher Initiativen im ganzen Land inzwischen auf mehrere tausend. Den folgenden Bericht über die Konferenz und die Gründungsdeklaration der Föderation sozialistischer Klubs, die aus dem Treffen hervorgegangen ist, entnehmen wir der österreichischen Zeitschrift Profil.

Nach allem zu schließen ist der Prozeß der Veränderungen in der Sowjetunion in eine neue, möglicherweise entscheidende Phase getreten. Nach der Rede Gorbatschows auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU ist die Liberalisierung vom Stadium der Erklärungen ins Stadium der praktischen Umsetzung getreten. Die offiziellen Beschlüsse haben legale Bedingungen für eine Vielzahl gesellschaftlicher Aktivitäten geschaffen, die früher als „unstatlich“, wenn nicht als „verurteilt“ und „schädlich“ galten. An Stelle des hergebrachten Prinzips „alles was nicht erlaubt ist, ist verboten“ beginnt sich nun das entgegengesetzte Prinzip durchzusetzen: „Alles, was nicht verboten ist, ist erlaubt.“

Nichtsdessenweniger wurden liberale Erklärungen an der Spitze nichts ändern, wenn nicht in der Gesellschaft selbst reale Kräfte existieren, die tätig sind, die neuen Möglichkeiten zu nutzen. Das stürmische Wachstum verschiedener Arten von Vereinen, Klubs und Gruppen aller möglichen Richtung sind, die neuen Möglichkeiten zu nutzen. Das stürmische Wachstum verschiedener Arten von Vereinen, Klubs und Gruppen aller möglichen Richtungen im Jahre 1987 hat gezeigt, daß es solche Kräfte im Land gibt.

Angesichts ihrer zahlreichen eigenen Aufrufe zu bürgerlichen und demokratischen Initiativen waren die Behörden anfangs verwirrt über das Entstehen der neuen gesellschaftlichen Bewegungen. Selbst die Funktionäre des reformerischen Flügels in der Führung hatten keine Erfahrung im Umgang mit selbsttätigen Vertretern verschiedener sozialer Schichten. Da viele der neu entstandenen Gruppen es nicht für nötig hielten, sich registrieren zu lassen, und andere nach Möglichkeit mit bürokratischen Strukturen nicht in Berührung kommen wollten, wurden sie von den Beamten als „nicht formelle Vereinigungen“ bezeichnet. Einige neue Organisationen verschafften sich rasch einen rechtlichen Status, begannen Verbindungen zu den Massenmedien zu knüpfen und erreichten dank der „Politik der Glasnost“ eine relative Unabhängigkeit. Andere blieben halblegal, da sie in die Toleranz der Behörden kein Vertrauen hatten.

Von Anfang an leuchtete sich die Aufmerksamkeit der sowjetischen wie auch der westlichen Presse hauptsächlich auf die rechtsextreme Gruppe *Pamyat* (Erinnerung), die einen großrussischen Chauvinismus und Antisemitismus vertritt. Doch schon im Frühjahr 1987 haben sich zahlreiche linke Organisationen gebildet und machen von sich reden. Die bekannteste unter ihnen ist der Moskauer „Klub der sozialen Initiativen“ (KSI), der bereits im Herbst 1986 entstanden ist.

Der Klub der sozialen Initiativen...

Die Begründer des KSI sind die Soziologen F. Pelman und B. Kagarlitzki, der Journalist G. Pawlowski und der Philosoph M. Majun. Zuerst betrafte sich diese Gruppe mit Analysen der sog. Jugendzeitung *Kommunistkaja Prawda*, später jedoch verwandelte sie sich in eine selbständige Organisation, deren Ziel es wurde, den linken Flügel der *perestrojka* zu konsolidieren, wie es Kagarlitzki nannte. Die Mitglieder des KSI gründeten sich auf sozialistische und marxistische Traditionen. Pawlowsky war zur Zeit Brezhnevs Redakteur des linken Sammelbandes *Pravda i kagarlitzki* beteiligt sich an der Untergrundgruppe „Junge Sozialisten“. Beide wurden am Ende der Brezhneva-Ara verhaftet und kamen erst im Zuge der jüngsten politischen Veränderungen in der Sowjetunion frei. Die Mehrheit der Aktivitäten und Mitglieder des KSI hat jedoch keine oder fast keine

Erfahrung in der Teilnahme an politischen Ereignissen, sie wurde erst durch die Liberalisierung in der Sowjetunion in das gesellschaftliche Leben hineingezogen. Einige von ihnen, wie M. Majun, sind in der Partei geblieben. Der KSI macht sich vor allem zum Sprachrohr der Bestrebungen, die von Gorbatschow verkündete „radikale Reform“ von einer „Theorie an der Spitze“ in eine „Praxis von unten“ umzuwandeln, das Reformprojekt also mit revolutionärer Tradition zu verknüpfen.

Im KSI werden Seminare und Diskussionen veranstaltet, Arbeitsgruppen zu Problemen der Jugend, der Selbstverwaltung, der Rechtslage der Arbeiterklasse u.ä. organisiert. Die Materialien und Aktivitäten des Klubs werden in Zeitschriften und im Rundfunk veröffentlicht. Linksradiok Jugend- und Studentengruppen, deren Zahl nach dem Januar-Plenum des ZK stürmisch angewachsen ist, arbeiten mit dem Klub zusammen.



...und andere linke Vereine

Neben dem KSI sind noch andere große Vereine mit einer linken Orientierung entstanden. Der Klub *Perestrojka* in Moskau und in Leningrad sammelt hauptsächlich junge Gelehrte, Juristen, Soziologen und Ökonomen um sich. Im Unterschied zum KSI verfolgt der Moskauer *Perestrojka* kein einheitliches Arbeitskonzept, in seinen Reihen finden sich Leute mit ganz unterschiedlichen Ansichten. Deshalb verwenden die Mitglieder dieses Klubs mehr Zeit auf Dispute untereinander als auf praktische Arbeit. Obwohl der *Perestrojka* in seinen Dokumenten seine Tätigkeit auf sozialistische Grundwerte gestellt hat, wird er in der Regel den „liberalen Westlern“ verdächtigt. Manche ziehen die Mitarbeiter in dem ideologisch klar ausgerichteten KSI vor.

In Leningrad sind neben dem dort zahlenmäßig relativ schwachen *Perestrojka* der „Rat für ökologische Kultur“ (NEK) und die kulturell-demokratische Bewegung „Epizentrum“ entstanden. Es waren die Anhänger des NEK, die gegen den Abriss des abgewürdigten Hotels Anglettere demonstriert haben, was in führenden sowjetischen Zeitungen breit kommentiert wurde. Das „Epizentrum“ hat sich ein eigenes Informationsorgan geschaffen, den „Merkur“, der in Leningrad in einigen hundert Exemplaren verbreitet wird. Im August 1987 wurde der „Merkur“ in der offiziellen Presse sogar wohlwollend erwähnt — ein beispielloses Ereignis in der Geschichte des Samizdat.

Zahlenmäßig stärkere linke Gruppen sind auch in Riga, Wilna, Kiew und anderen Großstädten entstanden. Im Mai kamen die radikalen unter ihnen in Moskau zur Konferenz des „Allsowjetischen sozialpolitischen Fernunterrichts-Klubs“ (WZSPK) zusammen. Diese Organisation hat von Anfang an ihre Absicht erklärt, radikale Forderungen zu erheben: „Kamerader Zusammenarbeit mit den Behörden“; „Kampf für einen demokratischen Sozialismus“; „revolutionäre Selbstverwaltung der Massen“; usw. Wegen Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen war dieser Zusammenschluß jedoch unfähig, gemeinsame Dokumente zu verabschieden oder eine politische Arbeit aufzunehmen.

Übrigens leidet auch nur der WZSPK unter Meinungsstreit. Es ist auch ein scharfer Konflikt zwischen dem KSI und dem *Perestrojka* entstanden. Im KSI hat es sogar eine Spaltung gegeben. Im Mai 1987 ging daraus eine sehr genaßigte Gruppe hervor, die sich „Fonds sozialer Initiativen“ nennt. Einen Monat später hat der KSI auf Grund neuer Streikigkeiten nochmal in zwei Gruppen zerfallen, von denen jede für sich die Bezeichnung KSI reklamiert. Trotzdem hat sich die Bewegung weiterentwickelt. Einen Monat nach der Spaltung drückte ein Teilnehmer an den Ereignissen seine Verwunderung darüber aus, daß jetzt jede der konkurrierenden Gruppen größer und stärker sei, als der ursprüngliche KSI gewesen ist.

Das „Informelle Dialog-Treffen“ der Klubs

Das „Informelle Dialog-Treffen“ der Klubs

Ungeachtet der Konflikte hat sich das Bestreben erhalten, miteinander zusammenzuarbeiten. Schon im Mai beschloß der Rat des KSI, in Moskau bis spätestens Ende August 1987 eine Konferenz der progressiven Klubs aus der ganzen Sowjetunion abzuhalten. Die Behörden stimmten der Durchführung der Konferenz unter der Bedingung zu, daß sie umbenannt wird in „Informelles Dialog-Treffen gesellschaftlicher Initiativen zur *perestrojka*“.

Wegen der Auseinandersetzungen unter den Moskauer Gruppen verlief die Vorbereitung zu diesem allsowjetischen Treffen sehr gespannt. Nichtsdessenweniger wurde die Konferenz am 20. August in Gegenwart von 250 Delegierten eröffnet, die etwa 40 Gruppen vertraten. Im Lauf von vier Tagen trafen immer mehr Vertreter von Vereinen aus der Provinz an. Nach der Beendigung der Arbeit teilte das Organisationskomitee der Konferenz mit, daß insgesamt ca. 600 Delegierte als Vertreter von wenigstens 50 Gruppen verschiedener Richtungen — ökonomischer, kultur-demokratischer und sozialistischer — am Treffen teilgenommen haben.

Die ersten Tage wurden durch Konfrontationen zwischen der Delegation des *Perestrojka* und dem Organisationskomitee, das aus Vertretern beider Fraktionen des KSI bestand, belastet. Der *Perestrojka* trat für die Bildung einer breiten Vereinigung von Klubs und Gruppen ohne jegliche ideologische Abgrenzung und ohne genau formuliertes Programm ein. Demgegenüber entwickelte der KSI das Projekt einer Föderation sozialistischer Klubs. Auch in Fragen der Geschäftsordnung kam es zu harten Auseinandersetzungen. Selbst Kompromißvorschläge konnten die Lage manchmal nicht klären. Zugleich traten marxistische Klubs in scharfe Polemik mit Konferenzteilnehmern wie die Mitglieder der pazifistischen und liberalen Gruppe „Vertrauen“ (Trust-Dowery) und des Seminars „Demokratie und Humanismus“ (ehemalige Dissidenten). Beim Auftreten der Dissidenten und beim Vortrag der radikalen Forderungen sozialistischer und marxistischer Gruppen wie Abschaffung der Vorgesetzten, Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Stalinismus in Moskau, Rehabilitierung der unter Brezhneva Verfolgten, Bestrafung höherer Parteifunktionäre, die für den Zerfall der Wirtschaft und die Korruption verantwortlich sind, mischten sich die Vertreter der Behörden massiv ein. In den Wandergängen kursierten Gerüchte, die Konferenz werde noch vor ihrer Beendigung auseinandergejagt werden. Unter diesen Bedingungen begannen

die einander bekämpfenden Gruppen, einen gemeinsamen Nenner zu suchen. Beide Fraktionen des KSI und der *Perestrojka* sahen sich zusammen und nach Aussagen eines Teilnehmers der Konferenz „funktionierten sie bald wie ein gut koordiniertes Kommando“. KSI und *Perestrojka* erzielten eine Übereinstimmung darüber, daß zwei Organisationen zugleich geschaffen werden sollten, der „Verband gesellschaftlicher Initiativen“ mit offener Mitgliedschaft und einem allgemeinen breiten, demokratischen Programm, und eine „Föderation sozialistischer Klubs“.

Erst schwankten noch einige Mitglieder der Delegation *Perestrojka* und erklärten derartige Beschlüsse für verfrüht und zu radikal. Im Laufe der Konferenz jedoch änderte sich das Kräfteverhältnis: die radikalen Jugendgruppen *Obščina*, „Junge kommunistisch-Internationalisten“, „Brigade Ernesto Guevara“ usw. fanden bald untereinander zu einer gemeinsamen Sprache. Sie und die im Rat des KSI nicht vertretenen Jugendklubs bestimmten die Konferenz in ihrer Endphase. Sie waren nicht hergekommen, um mit leeren Händen wieder abzugehen, sondern um konkrete Beschlüsse zu fassen. Ohne ihre Entscheidung und ohne ihren Druck wäre ein Erfolg der Konferenz nicht möglich gewesen.

Die Abschlusserklärung

Das Ergebnis der viertägigen Tagung war sogar für viele Diskussions Teilnehmer eine Sensation. Die Deklaration der sozialistischen gesellschaftlichen

Das Ergebnis der viertägigen Tagung war sogar für viele Diskussions Teilnehmer eine Sensation. Die Deklaration der sozialistischen gesellschaftlichen Klubs, die am 23. August von B. Kagarlitzki verlesen wurde, verkündete das Recht auf Unabhängigkeit der Bewegung sowie das Recht, „selbständig und ohne irgendwelche Vermittler ihre Interessen auszudrücken und zu verteidigen“.

„Wir anerkennen die verfassungsmäßige Rolle der KPdSU in unserer Gesellschaft“, heißt es weiter in der Deklaration, „die Partei ist jedoch kein Monolith. In ihren Reihen befinden sich auch solche, die für die Mißbräuche und Fehlleistungen der vergangenen Jahre unmittelbar verantwortlich sind, solche, die sich der Bürokratie unterworfen haben, und solche, die sich als Apparatschiken von den Notizen und Bedürfnissen des Volkes entfernt haben... Wir sind bestrebt, die Führer und einfachen Mitglieder in der Partei zu unterstützen, die die gesunden und fortschrittlichen Kräfte vertreten.“

Die sozialistischen Klubs erklärten ihre feste Absicht, gegen den bürokratischen Konservatismus, gegen faschistoide Gruppen vom Typ *Pamyat* und gegen jedwede Form des Extremismus „von oben und von unten“ zu kämpfen. In der Deklaration wird festgehalten, daß „Rassismus und Chauvinismus, Faschismus und Stalinismus“.

Letzter Meuterer der Potemkin gestorben

Kurz vor den Feiertagen zum 70. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution starb einer ihrer ganz frühen Förderer.

Iwan Beshoff, Maschinist und letztes Mitglied der Besatzung des Panzerkreuzers *Potemkin*, 1905 aktiv am Aufstand beteiligt, starb im Alter von 104 Jahren in Dubin.

Während die Lebensleistungen hiesiger Toter entweder mit Orden oder Untersuchungsakten gewürdigt werden, lesen sich die biographischen Daten Iwan Beshoffs wie ein Roman.

1883 in der Nähe von Odessa geboren, brach er zu Beginn dieses Jahrhunderts ein Chemiestudium ab und munterte bei der russischen Kriegsmarine an.

1903 erfolgte die erste Verurteilung und Gefängnisstrafe Beshoffs wegen politischer Betätigung und Propaganda. Zu dieser Zeit war er Matrose auf einem Torpedoboot.

die in bestimmten sozialen Schichten verbreitet sind, eine unmittelbare Bedrohung der gesellschaftlichen Bewegung darstellen.“

In der Deklaration wird eine Änderung des Wahlsystems gefordert, eine Ausweitung der Funktionen und der Vollmachten der Sowjets auf allen Ebenen, das Recht für die Klubs, zu den Sowjetwahlen ohne jede Einschränkung eigene Kandidaten aufzustellen, sowie Zugang zu allen Massenmedien. Eine Reihe von Diskussionsbeiträgen unterstrich auch die Notwendigkeit, das System der sozialen Sicherheiten und die Entwicklung des Marktes auszudehnen, um auf die so Weise effektiver und demokratischer evil Umverteilungen durch den Markt auffangen zu können. Außerdem wird in der Deklaration von einer echten Selbstverwaltung der Arbeit kollektiv gesprochen, als Voraussetzung für den Erfolg der Reform, und über die Notwendigkeit, die bürokratischen Versuche, die Selbstverwaltungsvorgänge zu manipulieren, zu bekämpfen.

Die Deklaration verkündet den Grundsatz der Freiheit der Information, fordert die Abschaffung der Zensur, die Liquidierung der „Spezialfonds“ für Bibliotheken und Archive, die Errichtung von unabhängigen genossenschaftlichen Verlagsanstalten, und das Demonstrationsrecht. Auf Drängen der radikalen Jugendgruppen wurde in die Deklaration ein Punkt über die Solidarität mit den revolutionären linken Kräften in den kapitalistischen und den Entwicklungsländern aufgenommen.

Aktivitäten aufgenommen.

Aktivitäten

Die Deklaration wurde von 16 Gruppen unterzeichnet, einschließlich des KSI, des *Perestrojka*, der *Obščina* und der Moskauer Sektion des WZSPK. Gleichzeitig hat G. Pawlowsky auf der Basis des Pressezentrum der Konferenz eine unabhängige Informationsagentur gegründet. Auf der Konferenz wurde auch eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Aufgabe übernommen hat, eine Kampagne für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Repressionen zu organisieren — die Idee dazu wurde bereits auf dem XXVII Parteitag der KPdSU geboren, doch bislang erfolgreich von der Parteiführung unterdrückt. Es wurde auch eine Arbeitsgruppe zur Frage des Extremismus (RCG) gebildet. Diese soll die Aktivitäten der linken Klubs gegen die Nationalisten des *Pamyat*, gegen „Faschismus und Stalinismus“ koordinieren. Die Errichtung eines derartigen antifaschistischen Zentrums bereitet den Rechtsextremisten ernste Sorgen. Schon wenige Tage nach dem Ende der Konferenz drängen Unbekannte in die Wohnung eines der aktiven Mitglieder der Gruppe N. Lwow und entwendeten dort alle Papiere und auch Magnet-

Fortsetzung nächste Seite

ständischen Arbeitern in Odessa. Die vom Zar und der Marineleitung daraufhin eingesetzte Schwarzmeerflotte hatte den Auftrag, das bewiesene Schiff zu versenken und den Aufstand zu zerschlagen. Doch zur Zerstörung des Panzerkreuzers kam es, sehr zum Ärger der Marinekommandeure, nicht.

Sämtliche Besatzungen verweigerten die Befehle zur Beschießung der *Potemkin*. Der Panzerkreuzer dampfte unbehelligt nach Konstantinopel, von wo die Besatzung über verschiedene Länder ins Exil flüchtete.

Iwan Beshoff schlug sich über die Türkei nach England durch und traf in London mit Lenin zusammen, dem er über den Aufstand Bericht erstattete.

Von 1913 an lebte Beshoff in Island und bewachte von dort aus häufiger die UdSSR. Zweizehntmal im Alter von 79 Jahren 1924 drehte Sergej Eisenstein über den Aufstand einen Film, den sich wiederum Jahre später nach einer Aufklärung indonesische Matrosen zum Vorbild nahmen, um verhasste Offiziere über Bord zu werfen.

K.B.-Gruppe Göttingen

Gorbatschow gegen Robin Hood?

Die Absetzung des Moskauer Parteichefs Jelzin

Kritik eines Mitglieds des ZK der KPdSU an die Adresse des Politbüros sei „unrichtig“ etwas „ganz Normales“, sagte Michail Gorbatschow auf einem Plenum des Moskauer Stadtparteikomitees der KPdSU am 11. November. Boris Jelzin aber habe „etwas ganz anderes“ getan. Er habe versucht, „die Arbeit des Plenums in eine andere Richtung zu lenken, indem er eine besondere Position zu einer Reihe von Fragen bezog.“ Jelzins Erklärung auf dem ZK-Plenum sei „politisch unreif, äußerst verworren und widersprüchlich“ gewesen. Das ZK habe „völlige Unmöglichkeit in der Einschätzung dieses Auftretens“ gezeigt: „Keiner der Diskussionsredner ergriff für Boris Jelzin Partei.“ Die wichtigste Frage, die die ZK-Mitglieder beschäftigt habe sei folgende gewesen: „Sieht denn Boris Jelzin wirklich nichts Positives im Leben des Landes nach dem April-Plenum (1985) des ZK der KPdSU?“ (TASS, nach „Neues Deutschland“, 14.11.1987) Jelzin wurde auf dem Plenum des Moskauer Stadtparteikomitees im November als Chef der Moskauer Parteioorganisation abgesetzt. Seine Rede vor dem ZK-Plenum im Oktober ist bis heute nicht veröffentlicht worden. Gorbatschow berichtete auf der Sitzung, die Jelzins Absetzung beschloß, der Moskauer Parteichef habe bereits vor dem Oktoberplenum des ZK Rücktrittsabsichten geäußert. Gorbatschow erklärte ihm, daß dies „im Vorfeld der Oktoberfeierlichkeiten nicht angebracht sei.“ Dennoch habe Jelzin „einigen der Parteimitglieder“ diese Frage unter Umgehung des Politbüros direkt an das ZK-Plenum herangetragen. Gorbatschow erklärte, die „resoluten Erklärungen“ Jelzins hinsichtlich der raschen Überwindung der Probleme in der Hauptstadt hätten „anfangs gewisses Verständnis und Unterstützung der Werktätigen“ gefunden. Später habe sich Jelzin bemüht, „die notwendigen Veränderungen mit Druck, mit purem Administrieren durchzusetzen.“ Dennoch habe sich die Situation nicht verbessert, zum Teil sogar verschlechtert. Jelzin habe daraufhin versucht, „die Verantwortung für die eigenen großen Mängel in der Arbeit auf die anderen abzuwälzen.“ So habe das Moskauer Stadtparteikomitee unter der Leitung und „aktivsten Beteiligung“ Jelzins eine „zweite Runde der Kaderumstellungen“ eingeleitet, „auf deren Unzulässigkeit er bereits früher aufmerksam gemacht worden war“ (TASS, lt. „Neues Deutschland“, 14.11.1987).

deren Unzulässigkeit er bereits früher aufmerksam gemacht worden war“ (TASS, lt. „Neues Deutschland“, 14.11.1987)

Dolchstoß eines ultralinken Abenteurers?

Nach dieser nicht sehr inhaltreichen Stellungnahme des Generalsekretärs gegen Funktionäre des Stadtparteikomitees der Moskauer KPdSU als „Diskussionstodner“ in die Vollen und „charakterisiertes das Verhalten Boris Jelzins als politisches Abenteuerlust, als einen Dolchstoß in den Rücken der Partei“, der darauf abzielte, „Spaltung in die Reihen der Partei zu tragen“. Im Unterschied zu Gorbatschow beschneidete ihm die Stadtparteifunktionäre weder guten Willen noch „resolute Erklärungen“, sondern behaupteten, „daß Jelzin schon bei den ersten Schritten seiner Tätigkeit ultralinken und extrem radikale Erklärungen“ abgegeben habe. Er zeichne sich zwar durch „Erfahrung, Energie, Willensstärke und große Leistungsfähigkeit“ aus, aber auch durch „Rigorosität, Vernachlässigung der Prinzipien der Kontinuität (1), Geringschätzung des Menschen“ und last not least das „Fehlen des erforderlichen Taktgefühls“ aus. Er leide an einem „Leitersyndrom“, habe sich vom Parteikader abgeschnitten und „Effekthascherei“ betrieben. (Neues Deutschland, 14.11.1987).

Jelzin stimmte auf der Sitzung, die ihn absetzte, auf die ihm geübte Kritik ausdrücklich zu und ergänzte sie um eine „Selbstkritik“, deren Stil an braune Zeiten erinnert: „Ich habe als Kommunist das

politische Gesicht eines führenden Funktionärs verloren. Ich trage große Schuld gegenüber der Moskauer Stadtparteioorganisation, große Schuld gegenüber dem Stadtparteikomitee, Ihnen gegenüber natürlich gegenüber dem Büro (gemeint ist das Politbüro, Anm. An.) und gegenüber Michail Gorbatschow persönlich, dessen Autorität in unserer Organisation, in unserem Land und in der ganzen Welt so hoch ist.“ („Neues Deutschland“, 14.11.1987)

Die „politische Hinrichtung“ Jelzins (Christian Schmidt Hauer in der „Zeit“) endete weder auf dem Schafot noch in einer Hotelbadewanne. Daß der ehemalige Parteichef von Moskau und frühere Bauingenieur nicht zum Holzhacken in seine sibirische Heimat verfrachtet, sondern zum stellvertretenden Bauminister ernannt wurde, ist durchaus als Fortschritt gegenüber Praktiken in vergangenen Jahrzehnten zu werten. Dennoch kann die Absetzung Jelzins, die Art der Auseinandersetzung und die Veröffentlichungspraxis nur als Ermunterung für alle Kräfte des alten Apparats verstanden werden, denen die Umgestaltung gegen den Strich und die Privilegien geht. Diese Leute haben im Zuge der Abkantung Jelzins bereits gegen die für Juni 1988 geplante Parteikonferenz der KPdSU Stimmung gemacht, von der sie personelle Veränderungen im Sinne der Perestrojka befürchten.

Jelzin hat bereits im April dieses Jahres bei einem Besuch in Bulgarien das Tempo der Umgestaltung als nicht ausreichend kritisiert. („FR“, 28.4.1987). In einer Rede im August warnte er davor, die „ersten armseligen Erfolge“ der Perestrojka durch die „rosarote Brille allgemein gut klingender Statistiken“ zu sehen. Jelzin erklärte, in Moskau habe sich „trotz guter Reden und Beschlüsse die Lage bisher nicht qualitativ verändert, die Menschen sind enttäuscht“ (Zitiert in „FR“, 12.8.1987). In der Arbeiterklasse gewann Jelzin durch lebensnahe Aktionen Sympathien. Er fuhr mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit und kaufte inkognito im Geschäft ein, um Korruption und Schiebereien aufzudecken. Dafür bekam er von Moskauer Matrosen anonyme Drohungen, die er bei öffentlichen Diskussionen vorlas.

Robin Hood und Stalin

Mit solchen Aktivitäten erreichte Jelzin in der sowjetischen Hauptstadt den Ruf eines „Robin Hood“, wie der

Robin Hood und Stalin

Mit solchen Aktivitäten erreichte Jelzin in der sowjetischen Hauptstadt den Ruf eines „Robin Hood“, wie der Chefredakteur der sowjetischen Zeitung „Moskowskije Nowosti“, Igor Jakowlew im Gespräch mit der „Zeit“ (2.11.1987) sagte. So jemand taugt nicht für den „Neuaufbau“, meinte Jakowlew. Selbst wenn Jelzin Robin Hood ähnelte, gab es derer im Sowjet-Forst bislang nicht eher zu wenige als zu viele? Nicht nur mit dem legendären britischen Rebellen, auch mit einem bekannten Georgier hat der Chefredakteur von „Moskowskije Nowosti“ Jelzin verglichen: Er habe „eine, Stalinsche Methoden der Arbeit“ angewandt, „gefährliche Lösungen wie: Die Kader sind nicht entscheidend, sondern das System“. Unpassende und demagogisch benutzte Vergleiche mit Stalin gehören offenkundig auch in der Sowjetunion mittlerweile zum Tagespolitischen Geschäft. Gorbatschow hat Jelzin den Kräften des alten, zum Teil noch aus der Breschnew-Ära stammenden Apparats geopfert. Welche Auswirkungen dies auf den weiteren Verlauf der von Gorbatschow angestrebten Umgestaltung haben wird, ist heute noch nicht zu sagen. In der Geschichte hat es sich für Revolutionäre und auch für Reformen noch nie ausgezahlt, die radikalen Kämpfer in vermeintlich verschärfter Taktik den Geiern zum Fraß vorzuwerfen. „Die jetzige Lektion darf nicht vergessen werden“, sagte Michail Gorbatschow als Fazit der Diskussion bei der Absetzung Jelzins. Er könnte damit mehr Recht behalten, als ihm und uns zu wünschen ist.

Gerold Hagerling

Fortsetzung von vorheriger Seite

bandaufnahmen von führenden Mitgliedern der Pamyat. Einem anderen aktiven Rechtsextremen drohten sie mit „Abrechnung“. Dutzende von fortschrittlichen Gruppen haben auf der Konferenz miteinander Kontakt aufgenommen, die gemeinsamen Prinzipien bekräftigt und eine gemeinsame Arbeit zu verschiedenen Fragen begonnen.

Man kann sagen, daß die Bewegung ein Selbstbewußtsein gewonnen hat. Die in ihr Aktiven fühlen sich nicht mehr isoliert und ausgegrenzt. Viele Fragen, die am Vorabend der Konferenz zu wütenden Polemiken und sogar zur Spaltung führten, wurden in konstruktiven Diskussionen gelöst. Es versteht sich von selbst, daß weiterhin Unterschiede zwischen dem linken und dem rechten Flügel der Bewegung, zwischen den Anhängern des „revolutionären Drucks“ auf die Bürokratie und den vorsichtigeren Gruppen bestehen, doch allen ist klar geworden, daß solche Meinungsunterschiede die gemeinsame Arbeit an den gemeinsamen Zielen nicht stören dürfen.

Die Reaktionen der Presse

Obwohl an der Konferenz eine große Anzahl von Journalisten teilgenommen hat, bewahrten die Massenmedien zunächst Stillschweigen — mit der einzigen Ausnahme der Radiostation *Majak*, die am letzten Tag der Konferenz eine kurze Mitteilung darüber durchgab. Es war völlig klar, daß die Leiter der offiziellen Presse auf eine Reaktion von oben warteten. Indessen begannen sich die Kennzeichen von den Debatten und den angenommenen Beschlüssen in Moskau zu verbreiten und bald kamen die Informationen auch in den Samizdat. Kurz darauf wurde die Konferenz in einer Sendung der „Stimme Amerikas“ erwähnt. Die westlichen Radiostationen verfügten jedoch über keine seriösen Informationen und ließen ihren sowjetischen Hörern nichts Nennenswertes mit. Für die offizielle Presse war dies dennoch eine Herausforderung. Sie mußte sich mit den Materialien der Konferenz befassen, damit ihnen die westlichen Journalisten nicht zuvorkämen.

Am 5. September erschien schließlich eine ausführliche Mitteilung über die Konferenz in der Zeitschrift *Ordnok*, einer der populärsten und verbreitetsten Wochenzeitungen des Landes. In dem Artikel wurden die Gründungen einer Föderation sozialistischer Klubs und die Deklaration nicht erwähnt, doch im übrigen war die Berichterstattung fair. Unterdessen erklärten auch die der Föderation angehörenden Klubs und das Pressezentrum Pawlowsky ihre Absicht, einen eigenen Sammelband herauszugeben, der ein vollständiges und „nicht überarbeitetes“ Bild von der Tätigkeit der Klubs und der Gruppen vermitteln soll. Die Organisatoren der Kampagne für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Repressionen des Stalinismus haben bereits mit einer Unterschriftensammlung begonnen und ihre Maßnahmen veröffentlicht. Ihren Namen Die Organisatoren der Kampagne für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Repressionen des Stalinismus haben bereits mit einer Unterschriftensammlung begonnen und ihre Materialien weit verbreitet. Ihre Tätigkeit ist zu einer Errungenschaft von *glasnost* geworden.

In dem Maße, wie die Bewegung fähig war, ihre eigenen Widersprüche und Schwächen zu überwinden, ist sie zu einem realen Faktor im politischen Leben der Sowjetunion geworden. Die tatsächliche Tragweite der angenommenen Beschlüsse wird sich noch herausstellen. Eines ist jedoch klar: zum erstenmal in der Ära Gorbatschow kann man nicht nur von reformerischen Initiativen von oben, sondern auch von einer ernstzunehmenden gesellschaftlichen Bewegung von unten reden.

Die nachstehende Grundsatzerklärung wurde am 23. August auf der Konferenz der „Sozialen Initiativen in der Perestrojka“ verlesen und von sechzehn Gruppen unterzeichnet.

1. Die Entwicklungsprozesse im Zusammenhang mit der Perestrojka haben zum Aufschwung von unabhängigen sozialen und gesellschaftlichen Organisationen geführt. Gem der Verfassung der UdSSR geht alle Macht in der Gesellschaft von den Menschen aus. Der Sowjetische Sozialismus ist ein sozialistisches System, das die Rechte der Menschen auszusprechen und ihre Interessen zu befriedigen befähigt ist. Die Führung der Gesellschaft hat die Verantwortung für die Befriedigung dieser Interessen unmittelbar selbst zu vertragen.
2. Die Gruppen und Vereinigungen, die diese Erklärung unterzeichnen, anerkennen das Recht der Menschen auf



lungsperspektive für unser Land. Wir sind überzeugte Anhänger des Sozialismus, wir identifizieren uns mit dem Ziel, das im Oktober 1917 verkündet wurde, eine kassenlose Gesellschaft in der UdSSR aufzubauen und den Staat abzuschaffen.

Wir sehen in der Grundung unabhängiger Gruppen und Vereinigungen und in ihrer wachsenden Rolle in der Gesellschaft einen der Wege, gesellschaftliche Selbstverwaltung aufzubauen und damit die Bürokratie und die administrativen Strukturen abzuschaffen.

3. Gegenwärtig durchlebt unser Land eine Periode groerer Veränderungen. Der Erfolg der eingeschlagenen Reformen hängt von der Unterstützung der Massen für die Perestrojka und vom Grad ihres Engagements ab. Der Erfolg der Perestrojka ist für den Sozialismus in der Sowjetunion eine Frage von Leben und Tod.

Wir anerkennen die verfassungsmige Rolle der KPdSU in unserer Gesellschaft, doch die Partei ist kein homogenes Ganzes. In ihren Reihen befinden sich auch solche, die direkt Verantwortung für die Mbruche und die Fehler der vergangenen Jahre tragen, wie auch solche, die die Reaktionen der Bürokratie geführt und die Masse der selbstzufriedenen Funktionäre pabbel haben, die von den Bedürfnissen und Erwartungen der Menschen völlig abgehoben sind.

Wir werden die Führer und Mitglieder der Partei aus vollen Kräften unterstützen, die die gesunden und fortschrittlichen Kräfte vertreten.

4. Sowohl auf zentraler wie auf lokaler Ebene stot die Perestrojka auf den erbitterten Widerstand der Kräfte, die um ihre Privilegien bangen und versuchen, das Monopol über den Informations- und Meinungsbildungsproze zu behalten. Die neuen Initiativen und Aktionen werden von ihnen entweder abgeblockt oder einfach ignoriert.

Die Vereinigung der unabhängigen Gruppen und Organisationen, deren Ziel die Entfaltung des Sozialismus und der Demokratie ist, wie sie von der KPdSU auf ihrem XXVII. Parteitag angenommen wurde, ist noch aus einem anderen Grund unabdingbar. Innerhalb der reformerischen Bewegung bilden sich Gruppen, die einen reaktionären Standpunkt vertreten: für Rassismus und Chauvinismus, Faschismus und Stalinismus, einen ungerechten Sozialismus, der die Rechte der Menschen anerkennen will, aber sich nicht für sie einsetzen will.

In Erwägung der oben genannten Tatsachen haben die Organisationen, die diese Erklärung unterzeichnen, im Einklang mit der Verfassung der UdSSR, die das Recht auf Koalitionsfreiheit verkündet — beschlossen, sich zu einer Föderation der Sozialen Initiativen in der Perestrojka zu vereinen. Die Ziele der Föderation sind folgende:

- Die Entwicklung von Vorstellungen über die Demokratisierung unserer Gesellschaft und die Befreiung von Mtzen zur Lösung des dialektischen Widerspruchs zwischen einer administrativen Macht und der Selbstverwaltung der Gesellschaft.
- Die rechtliche Anerkennung der unabhängigen Organisationen, die die Anerkennung ihres Rechts, Gesetzmigkeiten zu ergreifen, die systematische

Umsetzung der Beschlüsse des Jahresplenums des ZK der KPdSU über die Demokratisierung des Wahlsystems, das Recht der sozialen Organisationen, Kandidaten zu den Wahlen für die Sowjets auf allen Ebenen aufzustellen ohne jede Einschränkung oder Vorbehalte zu uern und bei freiem Zugang der Kandidaten zu den Nachwahlen zu stehen.

► Die Verabschiedung der Antitephen der Sowjets als notwendige Voraussetzung für eine konstruktive Arbeit.

► Die Aufstockung der Haushalte (mit der der Sowjets auf einer streng gesetzlichen Basis um ihnen bei der Verwaltung der Mtzen völlige Unabhängigkeit zu garantieren).

► Die Aufnahme einer klaren Unterscheidung in das Gesetz zwischen der Kritik an den Mängeln des bestehenden Systems und staatsfhrerischer Aktivität.

► Die Verwirklichung des ersten Punktes im Programm der RSDP (Russische Sozialdemokratische Partei), der für die Bürger das Recht fordert, unabhängig vom Staatsanwalt und von staatlichen Behrdern Verfahren gegen solche Personen anzustrengen, die in verantwortlichen Positionen mglichstweise illegale Akte begangen haben.

wirtschaftlich:

Die Föderation schgt vor: ► Mzuerheben an der Umorientierung der Organe der staatlichen Planung und Lenkung von den heute vorwiegenden administrativen Methoden hin zu ökonomischen Methoden.

► Mzueilen bei der Ausweitung der Ware-Geld Beziehungen als dem grundlegenden Mechanismus zur Regulierung der wirtschaftlichen Aktivität des Landes. Diese Änderung mu Hand in Hand gehen mit solchen Garantien für die Erhaltung der Ertragscharakter der Arbeiter (Vollbeschäftigung, existenzsichernde Löhne, Recht auf Ruhestand).

► Für folgende Fragen zu kämpfen: Die Kürzung der staatlichen Ausgaben, die Verschiebung der wirtschaftlichen Investitionen in Richtung Sozialverwaltung, den Aufbau eines Systems der Kontrolle des Managements von unten (die Umkehrung der gewohnheitsmigen Produktionsmittel (Retroaktiv) der gestellt, da die Selbstverwaltung der Betriebe von Kollektiven geführt werden könnte. Demokratie wird durch das System der Planung, Schaffung von Bedingungen, die eine freie Entfaltung aller Formen des sozialistischen Eigentums erlauben.

kulturell:

► Das Recht auf finanzielle Autonomie für Konsilientengruppen und -vereine.

► Toleranz für sozialen und knnstlerischen Neigungen von Vertretern verschiedener Strömungen, sofern sie sich in einer Art ausdrücken, die nicht in Konflikt mit der Verfassung der UdSSR gerät.

► Freier Zugang der Bevölkerung zu statistischem Material und zu den ärztlichen Berichten in der Medizin und Berichten über die Situation der Umwelt.

► Aufbau und Führung der Vernetzung der Netzwerke der unabhängigen und kooperativen Befreiung der administrativen Behrdungen unabhängiger Organisationen bei der Ausweitung ihrer konstruktiven Rechte und Freiheiten — Meinungs-, Presse-, Demonstrations- und Verbandsfreiheit.

Ökologie und ökologische Kultur: Aufbau wirksamer Mechanismen der Beteiligung sozialer Organisationen und Bewegungen am Kampf zur Erhaltung der Umwelt und zur Erhaltung historischer und kultureller Denkmäler.

Internationale Beziehungen: Unterstützung der und Solidarität mit dem Kampf und den Aktivitäten der demokratischen, revolutionären und nationalen Befreiungsbewegungen in den kapitalistischen Ländern und in den Entwicklungsländern.

Gorbatschow und der linke Konservatismus

Gespräch mit Thomas Neumann („Düsseldorfer Debatte“)

Thomas Neumann, Jahrgang 1917, ist nicht wegen seiner DKP-Aktivitäten auf die NS-Bühne verbannt, als Hochschullehrer Dozent an der Universität angestellter Funkwart der DKP in Düsseldorf. Er vertritt seit 1943 (1941-42) wieder die Weltanschauung der „deutschen Volksgemeinschaft“ in der 1944-Redaktion der „Düsseldorfer Volkszeitung“. Die Ausschüsse der DKP-Presse in Bonn und in der Landesleitung „Arbeitsgemeinschaft“ (Februar 1948) war er ein „Bosse“ des „blauen“ Apparats und dem Leiter über die Zerstörung des „deutschen und des Dorflebens“ in der BRD). Verlag Kiepenheuer & Witsch.

Die „Düsseldorfer Debatte“ ist eine linke Zeitschrift für Politik, Kunst und Wissenschaft, deren Redaktionskern 1984 aus der DHP ausgeschlossen worden ist. Ihr politisches Profil sei von „defaitistischen Tendenzen“ und „bestimmten linksradikalen Nuancen“ entsetzt, wieklagen sozialdemokratische Beobachter. (1) Defaitistisch-linksradikal beschäftigt sich sie seit längerem mit Gorbatschow und seiner Wirkung auf die hiesige Linke.

Frage Mit welcher Aussicht? „...
 wenn überhaupt nicht liegt die auf uns,
 wenn wir uns jetzt zum Beispiel die un-
 heimliche Regierung, so Min haet Hen (2), ha-
 be nur dann eine Chance, wenn sie
 „als Kulturrevolution gegen den Wi-
 derstand vieler und vieler Großkörper-
 ter“ durchkomme. Wer das ankommen
 in der hiesigen Linken so sehr strebt,
 gleich wenig ist, daß dieser Macht-
 kampf von Genosseninnen und Genos-
 sen faktisch immer weniger in Anspruch
 gebracht. Wer ein Genosse hierher-
 hin gekommen ist, um bei ihm gleich-
 zeitig einen Beweis für die allmähliche
 Bändelung des sowjetischen Zu-
 stands, ein harter Kampf gegen „die
 Großkörperter“ zu nicht mehr nötig

Neumann. Die Sprache, in der unter Sozialisten über die Veränderungen in der Sowjetunion gesprochen wird, ist der unter den Mangel an Kommunikation. Sie ist in der Tat die, die sich befindet. Zum Beispiel spricht man

Neumann. Die Sprache, in der unter Sozialisten über die Veränderungen in der Sowjetunion gesprochen wird, leidet unter den Mängeln, die sie kritisiert. Sie ist in den alten Dogmen fest gefahren. Zum Beispiel spricht man nicht von Fraktionierung, weil es angeblich nach Lenin so etwas in kommunistischen Parteien nicht gibt. Bei zur Debatte stehenden Widersprüchen darf es sich selbstverständlich nicht um antagonistische Widersprüche handeln, weil es die im Sozialismus angeblich nicht gibt. Es darf auch nicht davon die Rede sein, daß der Sozialismus nicht als ein echtes Know How aus dem Westen gekauft, sondern nur gewissermaßen auch ein wenig von den „ideologischen Formen“, in denen dieses Know How praktisch bewegt wird usw. Solche palmtrostlichen Vorgaben sind nicht erkenntnisfördernd. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß das, was bestritten wird, ständig geschieht. Z.B. wird in den 40-jährigen Reden in der SL sehr viel erreicht. Meistens werden Sätze nicht die reine Binsenweisheiten sind, etwa daß man streiten können muß, daß man zuhören können muß, daß man Kritik nicht fürchten darf und alle diese Dinge. Was bedeuten solche Sprüche, warum müssen sie mit dem Namen, der Autorität Lenins verbunden werden? Es hat vermutlich genaugenügend und Lenin hat während dem Mangel an demokratischen Umgangsformen in seiner Gesellschaft beklagt, die Rückständigkeit nicht allein in der Produktion sondern ebenso die Rückständigkeit gesellschaftlicher Flexibilität, das Wertschleppen der vorbürgerlichen zaristischen Linkur. Er hat dem nicht die Ideen der bürgerlichen Demokratie entgegengestellt, aber deren wir nur verzerrte Alltagspraxis. Und in diesem Sinne wird heute Lenin in der Sowjetunion zitiert. Man hat erkannt, daß zivilisatorische Umgangsformen der bürgerlichen Demokratie mehr als nur bürgerliche Formen der Demokratie

tie sind, so wie die Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft mehr als nur bürgerliche Wissenschaft ist, daß man davon also lernen kann. Insofern holt der Sozialismus in der SU Versäumtes nach. Das im Namen eines Dogmas zu bestreiten, ist albern.

Kannst Du das konkreter machen?

Zum „Grundwissen des jungen Sozialisten“ in der BRD gehört es bis heute anzunehmen, die Gewaltenteilung sei eine ausschließliche Angelegenheit der bürgerlichen Revolution und schädlich für den Sozialismus. Aber was ist anderes als Gewaltenteilung, wenn Gorbatschow das Wahrheitsmonopol der eigenen Partei in Frage stellt, wenn in der Sowjetunion der Mangel an unabhängigen Rechtsinstitutionen, Verwaltungsgerichten und einer ernstzunehmenden Verteidigung eingeklappt wird? Wenn man über die Nützlichkeit eines Verfassungsgerichts nachdenkt?

Und das ist für die Linke im Westen interessant. Die Frage hier kann ja nicht sein, ob die Sowjetunion sich am Ende zurückentwickelt. Das ist ihre Sache, Linke im Westen haben das über nachzudenken, was der Satz von Marx bedeutet, demzufolge die Bedingungen für eine neue Gesellschaft „Schöße der alten herauszuwachsen lassen, ehe die neue an ihr Wurzeln“.

Was gehört alles zu diesen Bedingungen? Nach dem 19ten Sozialistenkongress in Moskau 1922 war es etwas anderes als die westliche Demokratie. Die Linke im Westen sollte sich fragen, was es heute ist.

beruht er auf nicht unvorteilhaften
 mit einem einzigen, in dem Ver-
 kehr mit ihm bestehend von 10
 Personen in dem 1. 1. dem den
 beschaffen die 1. 1. 1.

... der Bildersprache ...
 ... das Licht durch die Fenster ...
 ... des Hauses lüft oder wie in Schilde ...
 ... des Hauses einfüßt und dann ins Haus ...
 ... trägt, weil man vergessen hat, Fenster ...
 ... einzubauen. Über den enormen ...
 ... schen Wert von Öffentlichkeit zu ...
 ... denken, das stünde auch der Linken ...
 ... gar ganz gut an. Demokratie ist letzten ...
 ... indes immer formal Öffentlichkeit ...
 ... die subvinielle Seite der Demokratie ...
 ... dazu gehört viel mehr als Abstrak ...
 ... Öffentlichkeit hat zum Beispiel der ...
 ... sichtbar demokratische Satz, nach ...
 ... dem die Minderheit sich der Mehrheit ...
 ... beugen muß, keine Bedeutung. Und ...
 ... schließlich ist das genaue Gegenteil von ...
 ... Öffentlichkeit demokratischer Zentr ...
 ... ismus. Das zum Beispiel ist eine ...
 ... den Sozialismus noch ganz unbearbei ...
 ... tete Angelegenheit

Kommunistisches Interesse darf sich nicht auf die Freiheitsrechte beschränken, sondern muß auch das Ziel der Gleichheit im Auge haben. Wird nicht in der Sowjetunion durch die neuen Wirtschaftsreformen ein Mehr an Ungleichheit geschaffen, also eine Bewegung weg vom Ziel des Kommunismus, einer Gesellschaft ohne Oben und Unten, ohne Arm und Reich?

Bisher werden Ärzte, Ingenieure und Lehrer schlechter bezahlt als Arbeiter, oder gleich. Das führt automatisch dazu, daß die Leute lieber Busfahrer werden als Arzt, oder daß Ärzte bestechlich sind, mit allen Folgen für das Gesundheitssystem. Wenn sich das jetzt ändern soll, so ist das gerechtfertigt.

Einwas anderes ist die Ungleichheit zwischen Angehörigen der sog. Nomenklatura auf der einen Seite, normalen Bürgern auf der anderen. So ein Bürokrat hat in der Regel viele Privilegien, die aber nicht durch mehr Leistung, mehr Verantwortung oder mehr Arbeit gerechtfertigt sind.

Wenn diese Ungleichheit, die in der Realität keinerlei materielle Grundlage

hal, beseitigt wird, und standessen die andere Ungleichheit, die sehr wohl materiell begründet ist, akzeptiert wird, dann ist das schon ein großer Fortschritt. Erst dann läßt sich wieder verunsichtigt darüber reden, wie diese Gleichheit auf dem Weg zu mehr Gleichheit gebracht werden könnte; nicht zu vergessen die dritte Forderung der Französischen Revolution.

Die Mauer des Dogmatismus

Sieht Ihr in der DAP Tendenzen, daß die Mauer des Dogmatismus bröckelt? Welche Einwirkungen hat das vielbeschworene 'Neue Denken' der Sowjets auf Theorie und Praxis der DAP?

[illegible]

1. *Wiederholung* (Repetition)
 2. *Wiederholung* (Repetition)
 3. *Wiederholung* (Repetition)
 4. *Wiederholung* (Repetition)
 5. *Wiederholung* (Repetition)
 6. *Wiederholung* (Repetition)
 7. *Wiederholung* (Repetition)
 8. *Wiederholung* (Repetition)
 9. *Wiederholung* (Repetition)
 10. *Wiederholung* (Repetition)

Die beiden Teilgruppen des Westerns sind
 (1) die sogenannte "klassische" Gruppe (1930-1950)
 und (2) die "moderne" Gruppe (1950-1970).
 Die klassische Gruppe ist die Gruppe, die die
 meisten Filme produziert hat und die die meisten
 Zuschauer gesehen haben. Die moderne Gruppe
 ist die Gruppe, die die meisten Filme produziert
 hat, die die meisten Zuschauer gesehen haben,
 aber die meisten Filme, die die meisten Zuschauer
 gesehen haben, sind die Filme der klassischen
 Gruppe.

stimmzahlend zum Leninismus als
schlimmer als das
Lumpenproletariat**. So sieht's im ver-
öffentlichten Protokoll. Zu unseren

Ihre mich hinzusetzen, daß nicht nur die Leute der „Debatte“ zu Göttern erklärt wurden. Sie gewald nannte einen Anreiz und aus das Argument und seine Autoren ebenfalls. Ich konnte nicht, da waren wir nicht Sache ist verständlich gleiches. Vielleicht bei dem ein wenig angenommen Aktion war klar. Doch jetzt ich will gar dieses Papier nicht auf den Boden und sein Kellern. In der Welt für allem was. Wie es auch sein kann. Ich bin so müde, weil ich nicht mehr kann und nicht mehr mit mir.

Als er von Wenzel wieder zurück in die Dampfschiffbrücke trat, sah er, daß die beiden paar Schwierigkeiten auf den Tisch gelangt und und daß diese Schwierigkeiten nicht mehr per Briefschluß erledigt werden konnten.

[illegible]

Linke für Waldursprunglichkeit?

(a) $\frac{1}{2} \times \frac{1}{2} = \frac{1}{4}$ (b) $\frac{1}{2} \times \frac{1}{2} = \frac{1}{4}$ (c) $\frac{1}{2} \times \frac{1}{2} = \frac{1}{4}$
 (d) $\frac{1}{2} \times \frac{1}{2} = \frac{1}{4}$ (e) $\frac{1}{2} \times \frac{1}{2} = \frac{1}{4}$ (f) $\frac{1}{2} \times \frac{1}{2} = \frac{1}{4}$

Linke für Waldursprünglichkeit?

Gorbatschow wird nicht als Herausforderung für sozialistisches Denken angenommen. Die Linke freut sich, daß etwas in Bewegung geraten ist. Das tun andere, das tut die Rechte auch. Die Linke diskutiert schon seit Jahren nicht mehr Fragen des Sozialismus, sondern diskutiert über Ökologie. Aus unterschiedlichen Richtungen, mit unterschiedlichen Begründungen hat man sich da herangearbeitet, nicht abgegrenzt. Die DKP, sicher auf der insgesamt kleinen Linken noch immer die am Mitgliedern stärkste Gruppierung, sagte zunächst: Die Grünen dürfen sich nicht als Partei konstituieren, es darf se nur als Bundesbewegung geben. Dann machten die das doch, es kam die Parteibildung, und man hat die Grünen als reaktionär beherrscht, "eingeschätzt". Einschätzen ist bei manchen Leuten eine Lieblingsbeschäftigung. Das erspart Analyse und Kritik. Dann kamen die Wahlerfolge der Grünen, um ihre Attraktivität für Linke, auch für Mitglieder der DKP, war schwer zu übersehen. Also hat man sich arrangiert und versucht, der Sache eine neue Wende zu geben. Man hat gesagt, die grünen Grundfragen seien in der DKP noch besser und noch gründlicher zu lösen als von den Grünen selbst. Und dann kam Tschernobyl und demnach kommt Wismut. Dage-

gen gibt es noch nicht die mindeste Vorstellung über die Weiterentwicklung der Gesellschaft auf der Basis der zukünftigen Produktivkräfte.

Du kritisierst also, daß die marxistische Linke sich generell zu stark auf den Produktivkraft-Pessimismus der Grünen eingelassen hat?

Sie hat sich nicht nur darauf eingelassen, sie hat ihn übernommen. Das kann sie auch machen, wie sie will. Ich bin aber der Ansicht, daß man sich klar entscheiden muß. In welcher Hinsicht man den Produktivismus, den wir heute in der Sowjetunion beobachten, nicht nur als einen Ausdruck der Theorie von Marx betrachtet. Das Ausmaß der Theorie von Marx heißt nun mal, die Entwicklung der Produktivkräfte setzt revolutionäre Potenzen frei. Da gibt es wenig Interpretationsspielraum. Will man diesen Leitfaden von Marx beibehalten, soll man das sagen, und es wird kein ein Abschied von der Theorie des Historischen Materialismus. Und die Produktivkräfte haben sich in der Sowjetunion und anderswo in der Entwicklung verändert. Und auch die Struktur der wirtschaftlichen Entwicklung haben. Wir wissen doch noch gar nicht, was die Konsequenzierung bewirken wird.

Solange man die Technik nicht im
Sinn der Entfaltung und bzw. der
modernen Variante des Fakto-
rismus, bewegt, solange man tan-
zen, schon nicht erwirkt. Aber seitdem
ist Karl Marx da. Seitdem spre-
chen wir nicht mehr von den Theorien der
„wissenschaftlich-technischen Revolu-
tion“ vom Fluch und Segen dieses
Wortwechsels — an — und in
den Weg der Entfaltung der Entfaltung
kulturbilder entworfen. Aber seitdem
ist Ruhe im Marxismus. Seitdem spre-
chen marxistische Theoretiker der
„wissenschaftlich-technischen Revolu-
tion“ vom Fluch und Segen dieses
Wortwechsels — wie in der Bibel

Das Grundproblem der marxistischen Theorie und Ideologie scheint in folgendem zu liegen: Bisher war es immer so, daß die revolutionären Kräfte auf der Seite des Neuen gegen das Alte standen. Das ist das Urbild aller Veränderung, neu gegen alt. Nun ist es recht komisch zu sehen, wie diese Beziehung sich ins Gegenteil verkehrt hat. Die Linke tritt gegen die Moderne mit der Postmoderne an. Kein Marxist muß sich wundern, wie gering das Interesse an seiner Anschauung ist, wenn er nichts anderes über die Zukunft zu sagen weiß, als daß sie eine in vielfältiger alternative Techniken eingebettete neue Waldursprünglichkeit sein möge. Gesellschaft ist Vergangenheit, Zukunft ist naturwüchsig. Das kann man machen, aber man kann es nicht mehr Marx machen. Niemand will erarbeiten, welche emanzipatorischen Möglichkeiten ein radikales Weiterstreben der neuen Techniken in sich birgt. Und Weiterstreben ist etwas anderes als Umbiegen in sogenannte Alternativen. Aus Panzern sollen Badewannen gemacht werden, aus kriegerischen Satelliten friedliche usw. Das ist aber kein Produktivkraftproblem. Man kann nur für oder gegen Panzer sein, aber nicht gegen Panzer und für Badewannen. Dann trifft man sich ganz schnell wieder mit den Panzerherstellern und ihren Teufelspannen. Man kann sich doch nirgends mehr aufhalten, ohne nicht in ein Expertengespräch über das Ozonloch oder die Lebensgrundlagen der Schwarzschilder verwickelt zu werden. Wenn man dagegen von der Gesellschaft redet, werden alle müde.

Wir hatten in der „Debatte“ einen Aufsatz von Michael Springer, der an



DUSSELDORFER
DEBATTE
Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

gesichts des pessimistischen Umgangs der DKP mit den neuen Technologien schrieb: Dann redet doch nicht mehr von „Wissenschaftlich-technischer Revolution“, sagt gleich Wissenschaftlich-technische Konter-

Ende November führte die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) ihre erste ordentliche Delegiertenkonferenz durch. Rund 110 Delegierte, davon 43 Frauen, sollten das erste Jahr der Vereinigung zwischen der trotzkistischen GIM (Gruppe Internationaler Marxisten) und der stalinistischen KPD (Kommunistische Partei Deutschlands; ehemals: KPD/ml) bilanzieren und Perspektiven der weiteren Politik entwerfen. Für die Entwicklung der VSP dürfte es von entscheidender Bedeutung sein, daß die Konferenz eine Resolution verabschiedete, die dem schnellen und guten Abschluß der laufenden Vereinigungsverhandlungen mit dem BKK (Bund Westdeutscher Kommunisten) vorschlägt.

denen die Wissenschaften nichts zu tun haben. Das Wort Beziehungskiste zum Beispiel ist so eine widerliche wissenschaftliche Perversion des Alltags. „Beziehungskiste“, wenn man das so haben will, ist nichts anderes als die in Resolutionen bekannte Gefühlsposition, das Wort ist die Sache. Das die Wissenschaften nicht nur den Kopf erforschen, was gut ist, sondern auch die einzig denkbare Betrachtung des Kopfes im Kopf anerkannt sind, das ist ein Problem. Das schal et alle anderen Varianten, die Wirklichkeit wahrzunehmen, aus. Auch das ist nicht aus den Gedanken von Marx her abzulesen. Das ist bürgerlicher Stalinismus.

Die Linke hat bisher ihre theoretische Verunsicherung, daß einfach auch analytisch nicht ernst genug gearbeitet wurde, damit überprüfbar, daß sie auf politischer Ebene Bündnisse geschlossen hat. Das geht immer, man macht eine Aktion und, man sucht den Minimalkonsens. Die ganze Problematik wird von der theoretischen Seite auf die akquisitorische Seite verlagert. Dann wird an die Eingekitteten appelliert, und der Imperativ zum Einigwerden wird immer höher geschraubt, bis hin zur Apokalyptik-Ordnung, die es abzuwenden gelte.

Welche Rolle können dabei kleine Zeitschriften wie die „Düsseldorfer Debatte“ oder der „Arbeiterkampf“ spielen?

Ich nehme an, es geht euch wie uns. Wir müssen zugestehen, daß noch auf-
geklärtere und also einflußreichere
Zeitschriften als unsere vorliegen, aber
unsere ist die bedeutendste, die wir ma-
chen.

Für den AK interviewte Jürgen Käß-
Stuttgarl.

Anmerkungen
(1) So in „Neue Gesellschaft/Frankfurter
Hefte“
(2) Michael Bon, Die Sowjetische Kulturrevo-
lution. In Debatte 2/87
(3) Robert Steigerwald ist einer der Cheftheo-
retiker der DKP

Die Düsseldorf Debatte (1980) ist ein Buch von Hans-Joachim Lauth, das die Debatte über die Kunst und Gesellschaft in der DDR im Jahr 1980 behandelt. Es ist ein Teil der Reihe "Kunst und Gesellschaft" und ist in der DDR veröffentlicht worden.

"Wir betonen, daß unter diesen Umständen eine weitere Vereinigung unsere interne Diskussion (identifiziert) "rückwärts wirken" und "daß eine neue Fusion nach der bisherigen Praxis eher ein "diplomatisches Manöver" darstellen wird, das nicht den materiellen Bedürfnissen unserer Organisation entspricht".

Soweit sich in der Diskussion Befürworter (vornehmlich aus der ehemaligen KPD) einer schnellen Vereinigung mit dem BWK zu Wort meldeten, begründeten sie es damit, daß sich beim BWK „was“ bewege, es viele „programmatische Übereinkünfte“ gebe und mensch die Vereinigung mit dem BWK als Chance und „positive Herausforderung“ betrachten solle. Sehr viel konkreter und belegt mit Erfahrungen der bindungspolitischen Tätigkeit des BWK stellen die Kritiker dieser Meinung die Frage, ob der Aufbau eines „sozialen Trivos“ die Handlungsfähigkeit der VSP nicht weiter einschränken werde. Teile der ehemaligen GIM forderten ausdrücklich eine Konsolidierungsphase, in der auch unter Bezug auf die „leninistische Parteikonzeption“ die inhaltlichen Grundlagen und die Politikfähigkeit der VSP verbessert werden sollten.

Während sich an der Debatte mehrheitlich Kritiker einer schnellen Vereinigung mit dem BWK beteiligten, fanden in den Abstimmungen der ZK-Antrag der 25 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen große Zustimmung. Die Delegierten stimmten ebenfalls Teilen des eigentlichen Antrages aus Köln/Levershausen zu, lehnten aber gerade folgende Passage ab: „Die interorganisatorische Diskussion darf nicht nur das konkrete Projekt der Vereinigung mit dem BWK zum Gegenstand haben. Es muß gleichzeitig über das strategische Konzept der Vereinigungen als Mittel des Parteaufbaus (sammelbeckentheorie, revolutionär sozialistische Einheit) anhand von entsprechenden Texten diskutiert werden.“

Die Mehrheit der VSP will also weiterhin einer kritischen Bestandsaufnahme ihrer Organisationsbildung und der einjährigen Erfahrungen ausweichen. Erfahrungen, die bestätigen, was wir vor 13 Monaten nach der Gründungskonferenz der VSP schrieben:

„Ein erfrischender Neubeigang ist die Vereinigungskonferenz nicht gewesen. Zu sehr standen die Beteiligten unter dem selbst produzierten Druck, alle Klappen von Widersprüchen zu umfliegen. (Die VSP wird) vermutlich in den kommenden Jahren beständig von ihren inneren Widersprüchen eingeholt werden“ (AK 275). Gegenwärtig laufen viele VSP-Mitglieder den Widersprüchen eher davon. Das begann bereits nach der Gründungskonferenz, die zugunsten der aufgelösten GIM die westdeutsche Sektion der 4. Internationale bildete, jedem Mitglied der VSP die individuelle Mitgliedschaft in der 4. Internationale gestattete und in der BRD die Bildung einer „Inprekorr“-Strömung (nach dem Namen der Zeitung) zuleb. In einigen Orten glauben die Alt-Trozkisten, sie könnten innerhalb der VSP eine offene Auseinandersetzung um ihre Positionen führen und trafen sich zwecks Vorbereitung von Diskussionen innerhalb des „Inprekorr“-Zusammenhangs. Nach Protesten aus der ehemaligen SPD stellte die westdeutsche „Inpre-

horr"-Lesung klar, daß örtliche Sonderreifen der „Inprekorr“-Strömung ohne zentrale Genehmigung nicht gestattet seien. Wer dem zuwiderhandele, stelle sich außerhalb der VSP. Damit war, wie Anhänger dieser Strömung freimütig gestehen, dieser Flöckel als organisierter und organisierender Faktor innerhalb der VSP faktisch liquidiert.

Der Verlauf der Konferenz spiegelt ebenfalls wider, daß beide Strömungen der VSP sich vordergründig nicht weiter tun können, weil sofort alte Organisationslinien aufbrechen würden. So hat es eine innere Logik, wenn Tork Hansen (ex APD) „Unverbindlichkeit und Behebbarkeit“ als positive Charakteristika der VSP hervorhebt und sagt, daß es darauf ankomme, „zu vereinigen und nicht zu entscheiden“. Damit konserviert die VSP ihre Unfähigkeit, Widersprüche in der Organisation zu diskutieren und auf Entscheidungen hin zuzuspitzen.

Beim Beobachter bleibt der Eindruck, als würden sich unter dem Deckmantel des Superliberalismus, der Offenheit und des „neuen Sozialismusverständnisses“ alle Fehler der „ML“-Bewegung fortsetzen. Jungstes Beispiel ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Oktoberrevolution, als würden sich ne...

der Sozialistischen Zeitung (SoZ) der VSP vom 29.10.87 erschien ein Artikel von Hans-Jürgen Schulz zur Oktoberrevolution; ein Artikel, der die bedeutende Rolle Trotzki's beschrieb und auf die Kontinuität von Trotzki's „Ergebnisse und Perspektiven“ von 1906 und Lenins berühmten „April-Thesen“ hinwies. Ein Umstand, nebenbei bemerkt, der heute selbst von den meisten der DKP-nahen MÄCH (Maoistische Abendchule) herangeholt wird. Bereits auf der Karte des ersten VSP'er, die ich heute noch in meinem Archiv finde, steht: „Jahresrückblick 1987“.

„Jahresrückblick 1987“ ist ein neuer „Personenkult“, aufgebaut wurde er von der schärfsten Form ging es nun auf der Leserbrief Seite der SoZ vom 3.12.87 weiter. An die Stelle einer sachlichen Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Tatsachen, Trotzki's Fehlern und Leistungen rückten Lenins Zitate zur negativen Charakterisierung Trotzki's und die Pose der geläuterten Sozialisten. „Hast Du vergessen, daß die VSP immer die GIM ist und daß die Zeit der Personenkulte, jedenfalls für uns in der KP, die Vergangenheit ist?“. Heute habe ich mir den Spaß gemacht und (namen in Deinem Artikel gezählt) Trotzki's 8 mal, Lenin's 5 mal (...). Stehst Du mal negativ, na klar, was sonst?“. Während der Vereinigungsdebatte haben wir in der KP den einen schmerzhaften Prozeß durchgemacht und von überkommenen Dogmen und vom Personenkult endgültig Abschied genommen. Wir waren lernbereit. Das vermissen ich bei Dir? ... Wann wirst auch Du bereit sein, dazuzulernen und zu begreifen, daß Du sonst in Gefahr geräust, das Lieblingsspiel der Trotzki'sten, nämlich „Spaltung“, zu spielen.

Auch mit dem „neuen Sozialismusverständnis“, das die VSP als bewunderbare Leistung ihrer Vereinsigungsdebatte den anderen Linken anpries, scheint es zwar nicht hier zu sein. Ein Aufruf zur Rehabilitierung der Angeklagten der Moskauer Prozesse in den dreißiger Jahren (dokumentiert in AN 2NH) konnte im ZK nicht befaßt werden, weil beide Seiten mangels vorher erzielter Einigkeit sich nicht gegenseitig vor den Kopf stoßen wollten. Endergebnis dieser Selbstlähmung war und ist, daß eine Organisation, deren eine Hälfte genau in der Tradition eines Teils dieser Angeklagten steht, bis heute in der Zeitung nicht einmal den Aufruf bekanntgemacht hat. Es fragt sich wirklich, was an einem Verständnis davon ist, das selbst bei einem Abstand von 50 Jahren nicht vermag, die Grundbedingung der politischen Auseinandersetzung mit den Auffassungen der Angeklagten herzustellen, die von allen gegen sie konstruierten Anwürfen freigesprochen werden müssen.

Das Erscheinungsbild der VSP ein Jahr nach ihrer Gründung, der Verlauf ihrer Konferenz und mehr noch die Hinwendung zum BKK bestärken die Vorsicht und Zurückhaltung, mit der wir diese Art der „Vereinigung“ behandeln haben. Gekennzeichnet durch schwache und Isolation der beteiligten

Organisationen wurden schnell verfallend, bereiteten immer weniger Natur zwischen den Leitungen gesucht. Für eine gemeinsame politische Praxis der Gesamtorganisation war das nicht genug, für die Erstellung einer lebendigen Zeitung politischen Streits ebenfalls nicht. Und die Gemeinsamkeit, die KPD und GIM in die VSP einbrachten und die auch vom BWK geleitet wird - das Konstrukt eines "Antwende-Lagers" von SPD, Gewerkschaften und Grünen bis hin zu kommunistischen Gruppen -, treibt die VSP beiseite ins Fahrwasser einer "Antwende-Bewegung", die heutzutage eher Besitzstandswahrung sucht als eine reformistische Offensive. Den Zustand der VSP beschreibt ein Delegierter des 1. Reichstages: "Wir betreiben Handwerker in unserer Tagespolitik und die Organisation gleitet immer mehr zum Reformismus".

fo

Author's note

Maße der Zeitreihe finden sich in den Ausgaben zwischen dem 24. und 31. 11. 1981.

4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 8

Nr. 2 • Dec. 1907/Jan. 1908

⁸ *Id.* 1999, at 732 (quoting *id.* 1997, at 732).

Die Modernisierung des

(continued)

Scharenberg, Claus Christian
Malzahn und Frank Bentschler

In deutscher Erstausgabe

Die komunistischen
'Ernährer' in Frankreich

"Die Revolution, Genossen!" (Das Manifest der Innovateurs in und um die französische KP) und ein Interview mit Gilbert Wasserman

Regression

'Nationale Interessen' und die Friedensfrage

Kritische Anmerkungen zu den
Empfehlungen Reinhard Kühnls an
die Friedensbewegung

Die perspektiven erscheinen als
... hat in der Lage zu sein, die
regieren zur Weiterentwicklung
linker Politik in der BRD.
Infang 64 5, Preis 1,00, 100
5 1/2, im Amt 4, 100 1/2, 100
lungen aus Albert Schenker,
Wehrdener Weg 35, 3550 Marburg

☒ Hiermit bestelle ich die
perspektiven 2. Den Preis
von 5,- DM zahle ich nach
Erhalt der Rechnung.

Ich möchte die perspektiven
abonnieren zum Preis von 8,-
DM pro Jahr (zwei Ausgaben)

0 Sendet mir ein Probexemplar (Ältere Ausgabe). Dafür lie-
gen Briefmarken im Wert von
1,- DM bei.

PL-20044

Anschrift

(Datum, Unterschrift)

Klaus Jünschke: Keine Amnestie ohne Versöhnung

Es ist jetzt fast schon wieder vier Jahre her, seit Wolfgang Pohrt in verschiedenen Zeitungsartikeln für eine Amnestie eintrat. In dem Diskussionsband „Der blinde Fleck“, Verlag Neue Kritik, kann man sie nachlesen. Das Buch ist zu empfehlen, nicht nur weil auf diesem Niveau zu diesem Thema nicht sehr viel gesagt worden ist, sondern auch, um sich zu vergegenwärtigen, wie schon die Zeit über die RAF-Aktivitäten hinweggeht, wie leicht solche Chancen vertan werden können, wenn damit leichtfertig umgegangen wird.

Eine derjenigen, die es wagen wollten, ist Antje Vollmer. Dafür steht ihre Initiative, die von Christa Nickels und vielen anderen mitgetragen wird, und die sie in Hunderten von Gesprächen mit Leuten aus allen Bereichen dieser Gesellschaft vorbereitet hat.

Alle, die es aus vielerlei Gründen leidern finden, dafür zu sorgen, daß es den RAF-Leuten leichter gemacht wird, ihre Waffen niederzulegen und diesen Verein aufzulösen, die es legitim finden, nach Wegen zu suchen, die es den Inhaftierten ermöglichen, eine Reihe von Jahren früher aus dem Gefängnis zu kommen, sollten die eigenen Reaktionen auf diese Initiative überprüfen.

Heute geht es darum zu verhindern, daß diese Initiative wieder erstickt wird und diejenigen aus der RAF, die für sich und ihre Genossinnen und Genossen eine Lösung suchen, und die Gefangenen, für die es um Jahre und Jahre geht, wieder auf der Strecke bleiben. Heute geht es um die Frage, ob die Art der Verhandlung zwischen der Suchen und Finden von der feindlichen Konfliktbeziehung in den eigenen Reihen zu einer Form der Kooperation zu finden, in der die eigenen Ansprüche nicht auf der Strecke bleiben. Bei der Suche nach Lösungen für die RAF-Tragödie geht es immer auch um die Aufarbeitung. Was die Grünen mit der öffentlichen Fraktionssitzung zu diesem Thema weiter ist in einem von Antje Vollmer verfaßten Thesenpapier festgehalten.

1. Aufhebung aller Sonderhaftbedingungen für RAF-Mitglieder
2. Entlassung früherer ehemaliger RAF-Mitglieder, die sich vom Konzept des „bewaffneten Kampfes“ getrennt haben zum frühestmöglichen Zeitpunkt (Halbstrafe bei Zeitstrafen, 15-Jahresentlassung bei Lebensentlassung).
3. Ausdehnung des Gnadenrechts.
4. Entlassung der Haftunfähigen.

6. Verzicht auf öffentliche Distanzierungs- und Entschuldigungen.

6. Dialogmöglichkeit für alle RAF-Mitglieder untereinander und mit politischen Gesprächspartnern von außen (Walser Initiative).

7. Angebote an die Inhaftierten, die bereit sind, sich zu stellen.

8. Überlegungen über die politischen Voraussetzungen einer Amnestiefrage.

Keine Rede von „Amnestie für Aussteiger“. Diese unmöglich beschränkte Parole stammt vielmehr von der Zeitschrift „Tempo“, mit der sich diejenigen auseinandersetzen mögen, die damit die Grüne Initiative denunzieren. Die Hamburger Zeitschrift „Arbeiterkampf“ ist in ihrer erstaunlichen Uninformiertheit und kaum noch steigungsfähigen Gehässigkeit ein Beispiel dafür von vielen. Und obwohl es nur richtig ist, diesen Ansatz einer „Amnestie für Aussteiger“ zu kritisieren, sollte nicht verkannt werden, daß sich „Tempo“ mit ihrer Umfrage zur Amnestie auch verdient gemacht hat. Wer in der Lage ist, zur Kenntnis zu nehmen, wer sich da alles und wie öffentlich zur Amnestiefrage äußert, kann sich auch mit der Vorstellung anfreunden, daß die Grünen mit ihrem politischen Vorstoß auf etwas durchaus Realistisches zielen.

Die Initiative ist nicht im luftleeren Raum entstanden, in sie gingen bestimmte Voraussetzungen ein, es wurden auch Fehler gemacht. Aber im großen und ganzen ist es ein Lösungskonzept, schon wenn es ohne Zeitdruck der öffentlichen Diskussion und damit auch der Korrektur gegeben wurde. Es gab auch Kritiken und Verbesserungsvorschläge, die der Öffentlichkeit die entsprechenden Entwürfe waren.

Wie aber erklären sich die offenen provokatorischen und bindenden Reaktionen?

Antje Vollmer und diejenigen, die nach einer menschlichen Lösung dieser Terrorismus-Geschichte suchen, haben auch Heftreaktionen auf sich gezogen und locker gemacht, weil sie für Versöhnung sind, weil sie für die Versöhnung zwischen einer bestimmten Gruppe von Frauen und Männern und diesem Staat beziehungsweise dieser Gesellschaft plädieren. Das muß man sich mal vorstellen, und das muß man auch mal festhalten, und ich schreibe diesen Beitrag vor allem auch, damit diese Auseinandersetzung

nicht von einem weiteren Schlagabtausch zwischen „Fundis“ und „Reals“ verschüttet wird. Um was es bei diesen gespenstischen Schlächten ohne Ende geht, ist kaum rauszukriegen, wenn man sie weiterlaufen läßt.

Also die unerhörte Versöhnung. Daß darunter nichts wirklich geht, haben auch Rechtsanwalt Heinrich Hannover und Ilse Schwipper kurzlich in der Talkshow „Drei nach Neun“ erfahren. Beide haben sich in einer Diskussion des Amnestievorschlags auf Gerechtigkeit beziehungsweise Recht statt Gnade verlassen und die Wiederaufnahme aller Verfahren gegen RAF-Mitglieder gefordert, weil es unfaire Prozesse waren. Was damit zu gewinnen wäre, hat ihnen der Mainzer CDU-Bundestagsabgeordnete Geister, Innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, gezeigt. Er hat gar nicht bestritten, daß die Haftbedingungen unmenschlich und die Prozesse nicht sonderlich fair geführt worden sind. Er hat auf eine schlichte Tatsache verwiesen, sich heilig dagegen ausgesprochen, daß immer nur von den Leiden der Terroristen die Rede ist und niemand ein Wort über die Opfer verliert. Das kam auch bei denen gut an, die offene Sympathie für die Positionen von Heinrich Hannover und Ilse Schwipper zeigten. Viel zu viele Linke haben hier einen „blinden Fleck“.

Wir dokumentieren im folgenden in Auszügen Beiträge der Gefangenen Klaus Jünschke sowie Ralf Reinders und Roland Fritsch zur Kampagne von Antje Vollmer, die die entgegengesetzten Richtungen deutlich machen, die heute die Amnestiedebatte bestimmen. Beide Stellungnahmen sind in vollem Wortlaut in der „ta“ (1.12. und 4.12.) abgedruckt.

Und das ist es doch, Selbst wenn jeder einzelne Verantwortliche aufgrund falscher Aussagen und falscher Interpretationen verurteilt worden wäre —

es kann doch nicht sein, daß sich diese Geschichte so auflöst, daß wir alle in neu aufgenommenen Prozessen mangels Beweises freigesprochen werden und nach Hause gehen. Die von RAF-Mitgliedern getöteten Menschen sind doch keine falschen Taten wie im Kino, diese ermordeten und verletzten Menschen sind wirklich tot und verletzt. Sie haben wirklich lebende Angehörige und Freunde, die nicht alle so sind, daß sie den Tätern vergeben können, was es von der Familie von Braunmühl oder

Frau Scheyer angeboten ist. Auch die von der RAF verbreiteten Ängste in diesem Staat und dieser Gesellschaft, das ist doch nicht nur hinterlistiges Werk von Counter Intelligence und Psychological Warfare. Obwohl es auch beides gibt, man darf doch darüber die realen Wirkungen der RAF-Aktivitäten nicht verkennen. Die Haftbedingungen waren und sind unmenschlich, die Prozesse waren und sind nicht fair, das ist die eine Seite. Die andere: Wir waren es, die in den Untergrund gegangen sind, wir haben uns bewaffnet, die Angriffe der RAF, bei denen es Tote und Verletzte gab, sind von allen zu verantworten, die in der RAF organisiert waren und sind. Das ist eine Frage der Moral. Unabhängig davon kann jeder einzelne Angeklagte für einen Freispruch kämpfen, wenn er selbst kein Tötungsdelikt begangen hat, das ist nicht das Problem, worum es in dieser Amnestiedebatte geht.

Innerhalb des Staats und innerhalb der Gesellschaft haben Aktionen der RAF zu Polarisierungen geführt, die so weit gehen und so tief sitzen, daß man blind sein muß, wenn man nicht sieht, daß eine einseitige Lösung keine sein kann. Auch wir als ehemalige RAF-Mitglieder haben nichts zu fordern. Wir können Vorschläge machen und von unseren Erfahrungen berichten.

nicht verwischt werden. Vielleicht kann man es besser formulieren, aber in der Organisation und Durchführung einer Amnestie für alle — wenn sie denn mal, ich weiß nicht, und sie bleibt natürlich in diesem Land solange unmöglich, solange die Inhaftierten nicht das Ende ihres bewaffneten Kampfes erkennen —, muß es um Versöhnung gehen, um eine für alle Seiten glaubwürdige Verständigung darüber, daß ab sofort bestimmte Formen der Auseinandersetzung nicht mehr praktiziert werden. Glaubwürdig kann diese Verständigung nicht sein, wenn jede Seite darauf beharrt, keine Fehler gemacht zu haben.

Ich denke, daß es kein Zufall war, daß es gerade Antje Vollmer, Christa Nickels und andere waren, die einem Versuch auf die Beine halfen, der Erfolg haben kann. Sie verstehen es, sich in ihrer politischen Arbeit auf die ganze Gesellschaft zu beziehen und gerade nicht gestützt auf eine bestimmte Gruppe oder eine imaginäre Klasse, sich gegen den Rest der Welt abgrenzen zu wollen. (...)

Es gibt im übrigen auch einen Beitrag aus dem Lager der Reals, der zweifellos genauso makaber ist wie das, was sich Julia Dittfurth geleistet hat. Genauso kurzschäftig wie die Verteidiger von Julia Dittfurth Provokation sind diejenigen, die Cohn-Bendits Verhandlung mit dem Verfassungsschutz und die Veröffentlichung seines Interviews mit einem Herrn Benz als sinnvollen Beitrag zur Lösung dieser Terrorismus-Geschichte ansehen. Nicht nur weil damit einmal mehr das verblendete Weltbild der RAF-Anhänger wieder stimmt, die in der Amnestie-Initiative der Grünen sowieso nur ein Manöver einer „Staatschutzlinken“ zur Liquidierung revolutionärer Politik sehen können. So wenig wie sich Julia Dittfurth offenbar mit der Bundestagsfraktion der eigenen Partei verständigen konnte, bevor sie diesen Stuß vom Stapel ließ, sowenig ist es „Realo“ Cohn-Bendit mit seinem Reklame-Coup für den „Pflasterstrand“.

Was ich an dieser Initiative zu kritisieren hätte, Christa Nickels und Antje Vollmer sollten ihre Initiativen mit und für alle anderen Gefangenen deutlicher bekanntmachen, damit jeder kapieren kann, daß das eine das andere nicht ausschließt, sondern im Gegenteil die Situation für alle öffnet. (...)

Ralf Reinders/Roland Fritsch:

Recht vor Gnade

minner wenn sich in deutschen Parlamenten Entschlüsse bilden, wo es keine Parteien mehr geben würden, nur noch die Sache, das ist besonders für Frauen angebracht. Die Demokratie der Demokraten über laßt es sich nicht mehr und die Demokratie ist eine Demokratie, die die Demokratie ist.

R. Weizsäcker gab das Stillschicken. Er sprach davon, daß er im Bundeskanzleramt die Erlaubnis gemacht habe, daß die Kinder Gnade vor Recht ergehen lassen. Er, nun den kurzen Hosen ent wachsen, was nun von dem Recht das vor der Gnade kommt, daß man es nach dem Rechtsanspruch Gnade lassen lassen müsse — auch für „Terroristen“.

Von Rommel über Hirsch bis Vogel stimmten alle ein in den Chor, der gnädige Mide war ihnen alles was. Fast alle. Denn nun hoben große Teile der Grünen hastig, erschreckt und abwehrnd die Hände. Sie, die sich für besonders fortschrittlich und deshalb gerade illustriert hatten, denen, die sowieso nicht mitreden haben, auch noch das olzte Wort aus dem Munde zu nehmen, schrien auf: Freilassung ja, aber um Humanität willen für die, die sich auch gründlich distanzieren haben, und auch erst dann, wenn sie ausreißend unter Beweis gestellt haben, daß sie bei Bedarf jederzeit in staatliche Propaganda-Kampagnen zur Verurteilung stehen. (...)

Die Grünen reden vom Prinzip der Gewaltlosigkeit. Sie meinen damit nicht die alltägliche Gewalt, die von Staat und von der Gesellschaft ausgeht. Sie meinen nicht Arbeitslosigkeit und immer unbezahlbarer werdenden menschlichen Wohnraum. Sie meinen nicht die Berufsverbote. Sie meinen nicht die Bekämpfung der Meinungsfreiheit durch Verfolgung von Redakteuren, Druckern, Betzern, Verteilern und indirekt auch der Leser von unheimlichen Zeitungen. Sie meinen nicht die Abriegelung eines ganzen Berliner Stadtteils, die Einkassierung

von Demonstranten und die faktische Liquidierung des Demonstrationsrechts. Sie meinen nicht die Kneise und Erziehungsanstalten, in denen täglich Tausende entwürdigt, vergewaltigt und gebrochen werden.

Wenn vom Prinzip der Gewaltlosigkeit geredet wird, ist immer der Widerstand gegen diese alltägliche Gewaltigkeit gemeint. Sind immer die gemeint, die nicht ewig nur Opfer sein, die alltägliche Erniedrigung nicht mehr ertragen wollen.

Wenn dann aber zwei Polizisten erschossen werden, ist das Geschrei groß. Abgesehen von der Dummheit und politischen Perspektivlosigkeit dieser Aktion fällt es doch auf, daß kaum jemand die Schüsse von Frankfurt für eine Provokation hält. Auch das ist nur ein Ausdruck dafür, daß angesichts der zunehmenden Brutalität und des Terrors der Polizei gegen (nicht nur Demonstranten in den letzten Jahren) jetzt schon für jeden eine derartige Aktion nachvollziehbar erscheint.

Nun entdecken die Meinungsmacher zwar „altruistische“, „Mitverantwortung“ aller Demonstranten auch für das, was Einzelgänger unternehmen, aber niemand redet von der „Mitverantwortung“ aller beteiligten Polizeibeamten, wenn sie Kollegen decken, die Demonstranten faßlos beschuldigen oder sie Krankenhausreif schlagen.

Die vorsätzliche Verweigerung von Ursache und Wirkung ist charakteristisch für die Auseinandersetzung mit der Linken seit über 20 Jahren. (...)

Es gibt kaum noch einen gesellschaftlichen Bereich, bei dem nicht politische Regression zu verzeichnen ist. Die Grünen hatten dem Vormarsch der Reaktion zwar nichts entgegenzusetzen, haben ihre Funktion — die Einbindung und Neutralisierung der linken Opposition — erfüllt. Nun haben sie weder politisch noch ökonomisch Alternativen anzubieten, aber die Frage nach einer marxistischen Gesellschaftsform wird ihnen la noch be-

achtet. Ihre Unfähigkeit, eigene politische Konzepte und zukunftsorientierte Strategien zu entwickeln, findet ihre Fortsetzung im Opportunismus gegenüber der Macht. Die Sachzwänge „Regierungsüberwindung und Forderung bestimmter Kurs“.

Schon wird die Forderung nach Ausritt aus der NATO in Frage gestellt. Schon sieht man ein, daß auf die Atomenergie nicht mehr von heute auf morgen verzichtet werden kann. Schon wird die kommerzielle Gentechnologie zur letzten Chance gegen AIDS. Ob die Frauen in den Grünen sich selbst wieder an Heim und Herd schicken werden, bleibt abzuwarten — aber Arbeitslosigkeit ist (auch ein Argument). Auch der Verfassungsschutz — und mithin das Ausschnüffeln der Menschen, was auch ein Enghirn ganz normal findet, solange es ihn nicht selbst betrifft — wird schon mal wieder salonfähig gemacht.

Die Grünen erinnern heute an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der noch am 1. Mai 1933 mit den Nazis zusammen marschiert ist und am nächsten Tag von eben denen zerschlagen wurde. Zu spät wurde begriffen, daß alle Arbeiterkassen nichts nützt.

Wenn die Grünen heute so erleut die Gelegenheit ergreifen, der Öffentlichkeit die Abschwörer wie Mannequins vorzuführen, dann geht es ihnen damit vor allem um den Beweis ihrer eigenen Läuterung — Nachreife gegen die geschlagene Guerilla zur Verdeckung ihres eigenen Kollaps vor der Macht.

Die Kampagne hat ihre Vorläufer bereits seit ein paar Jahren. Als Testprogramm diente quasi die Kampagne um Peter-Jürgen Bock. Viele nette Menschen, sogenannte Liberale und viele leicht auch ein paar Gedankenlose waren sich in dem Zusammenhang nicht zu blöd — oder vielleicht doch nicht? — in einer Antigenkempagne für Bock ein lautes, rechtsstaatliches Verfahren zu fordern, weil er ja schließlich

lich glaubhaft abgeschworen habe.

Ohne Not geben sie damit ein Prinzip bürgerlichen Rechts preis, daß das Recht für alle gleich sein soll und jeder einen Anspruch auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren hat. Daß dieses Prinzip in diesem Land bis heute nicht verwirklicht wurde, ist kein Argument dafür, gleich ganz darauf zu verzichten. Die Aufgabe dieses Prinzips ist Wegbereitung für den Faschismus, wo die Gerechtigkeit beurteilt wird und wo die Gegner des Systems unabhängig von ihren „Taten“ „ausgemerzt“ werden und keinen Anspruch auf Gerechtigkeit mehr haben.

Weil und solange diese deutsche Mentalität sich immer und immer wieder in den Köpfen auch der Grünen die Oberhand gewinnt, ist und bleibt die Forderung nach einer endgültigen Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit und der deutschen Justiz auf der Tagesordnung.

Die Kampagne für Freilassung der Abschwörer ist die Festschreibung der Gesinnungsjustiz und mithin ein Markstein für die politische Entwicklung der Grünen. Von daher ist es jetzt nur konsequent, wenn gerade die Grünen anerkennen, daß auch wirklich nur die aus den Knäulen kommen, die gleich ihnen den ideologischen Schulterschuß mit der Staatsmacht vollzogen haben.

Daß die Grünen (mit wenigen Ausnahmen wie die GAL Hamburg — deren Partisanen umstritten war, ob sie regelmäßig konfliktiert wird) dabei Wegbereiter des Rückschritts sind, ergibt sich aus der Natur der Sache. So wird gelassenlich verschwiegen, daß es aus bereits im Dezember 1985 gelang, ausgerechnet von der BfG einen Koalitionsvertrag zu erwirken, daß das Abschwören keine Voraussetzung für die Behandlung von Fragen des Strafrechts oder der Strafaussatzung ist. Daß dieser Vertrag sich als ein Recht der Justizverwaltung schlicht ignoriert werden konnte, lag nicht nur daran, daß das Berliner Kammergericht es nicht wagte, gegen den Willen von Bundesstaatsrat

und Justizsenator zu entscheiden, sondern auch daran, daß niemand — auch die Grünen nicht — Interesse hatte, diesen Kurs weiterzuverfolgen und den BGH Bescheid auch für alle anderen Gefangenen nutzbar zu machen.

Aus all dem wird deutlich, was von diesem propagandistisch so aufgeblähten Angebot eines Dialogs mit den Gefangenen zu halten ist. Sofern es unter den gegebenen Umständen überhaupt ernst gemeint sein kann, vermitelt es mehr den Eindruck eines althergebrachten Gehirnwuschers als einer, die es soll ein „offener“ Dialog, in ausgewählten Leuten hinter verschlossenen Türen, wo es Dutzenden von Gefangenen seit Jahren nicht mehr möglich war, auch nur ein unüberwachtes Wort mit Freunden oder Verwandten zu wechseln. Als es was die Grünen daran erreichen können, ist, Bestandteile des Kneises zu werden, weil sie dann den Informationsfluß in den Knast rein und auch raus mitkontrollieren — in verantwortungsbewußter Selbstbeschränkung, wie es ihre Art ist.

Wir sind zur Diskussion bereit, aber öffentlich und ohne die Voraussetzung der ganzen Beordnungen es so ehrlich meinen mit dem Dialog, dann können sie ihn auch mit uns um 20.15 Uhr im 1. Programm führen. Es würde sich dann erweisen, ob sie tatsächlich mehr zu bieten haben als ein „großes Barscheln-Ehrenwort“. (...)

Wir sind mit Weizsäcker einer Meinung, daß Recht vor Gnade kommen muß. Deshalb fordern wir erst einmal unser Recht auf die Gnade und wir dann nicht mehr angewiesen.

Und da diese Justiz aus Geschichte, Struktur und Funktion nicht die geringste „multimillionen“ abgeben kann, kann die Diskussion nur noch um eine Amnestie für alle gehen — und das nicht als Akt der Gnade, sondern als Entschuldig für das jahrzehntelange Unrecht an den Tausenden Opfern dieser Justiz.

Keine Amnestie für die Klassenjustiz. Freiheit für alle!

Die Freunde der PKK

Deutsche Linke sind erstens grenzenlos naiv und haben zweitens ein schlechtes Gedächtnis. Das ist jedenfalls der Eindruck, der sich aufdrängt, wenn man die quartalsmäßig neu aufwühlenden Debatten oder richtiger gesagt Scheindebatten um die Politik und Praxis der kurdischen Organisation PKK beobachtet.

Vor zwei Jahren zweifeln selbst enge Freunde der PKK kaum daran, daß diese mit Mordterror gegen interne Dissidenten und gegen türkische Linke vorgeht. PKK-Freunde aus dem „Antimperialismus-Spektrum“ hatten auch gleich

bei einer Solidaritätsbroschüre für die PKK beteiligt und daran außer der VSP auch der BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten) und anarchistische Gruppen. In dieser Broschüre werden alle Anschuldigungen wegen der Morde und Gewalttaten der PKK rundum als „Dreckschleuderei“ und „Hetzkampagne“ abgelehnt, an der nichts Wahres dran sei. Mit gleicher inhaltlicher Stoßrichtung beteiligt sich die VSP auch an örtlichen Solidaritätsveranstaltungen für die PKK.

Daß der aus dem KBW hervorgegangene BWK und die KPD-Fraktion der

linken Yaman (Kurtulus) in der Schweiz, im Februar 1986 Kutsal Timuroglu (Dev-Yol) in Hamburg, in diesem Jahr die KOMKAR Bundesvorstandsmitglieder Mehmet Elbasan in Stuttgart — er überlebte verletzt — und Ramazan Adiguzel in Hannover (KOMKAR ist eine kurdische Organisation).

Insgesamt geht es um mindestens neun Morde in Europa. Alle Ermordeten standen bekanntermaßen in scharfem Gegensatz zur politischen Linie der PKK. Die PKK hatte zuvor nicht nur die Organisationen der Mordopfer als Verräterbanden angegriffen, sondern mehrfach auch die direkten Opfer persönlich als Agenten des faschistischen Regimes bezeichnet, die ihrer gerechten Strafe keinesfalls entgehen könnten.

Wer vor diesem unstrittigen Hintergrund auf Naivität spielt und zu bedenken gibt, die Morde könnten schließlich auch vom türkischen Geheimdienst MIT organisiert worden sein, sollte folgende Fragen zu beantworten versuchen: Wenn der MIT im Ausland linke Funktionäre ermordet läßt und wenn die PKK wirklich der Hauptfeind und das Hauptziel des Regimes ist, wie ist es von sich behauptet — was ist kein einziger PKKler unter den Ermordeten? Warum knallt der MIT ausschließlich Personen ab, die die PKK öffentlich zu Verrätern, Agenten, Kol-

laboren die PKK bisher den MIT mit der Mordserie in Verbindung gebracht?

Frage aus die Freunde der PKK. Falls es so wäre, daß der türkische Geheimdienst verwerfliche Linke im Exil ermordet und die Schuld der PKK anzuhängen versucht, hätte es doch wohl im Interesse der PKK liegen müssen, von Anfang an ihre Verantwortung dieser Morde deutlich zu machen. Aber nicht einmal im „SOZ“ in Aussicht, zu dem eine große Schlüsselkreide als Vorspeise verteilt wurde, kann sich der PKK Vertreter zu einer schlichten Erklärung durchringen, die etwa lauten könnte: „Diese Morde entsprechen nicht der Politik und den Methoden der PKK, sondern zeigen die Hard-Schrift der Faschisten.“ — Der PKK-Mann kann so etwas nicht sagen, weil die Mordserie im Gegenteil völlig in der Logik der PKK Politik liegt und weil sich die PKK Führung gegenüber

weisen, daß es in den letzten Monaten nicht mehr zu solchen der PKK zuschreibenden Gewalttaten gekommen ist, also sich vielleicht doch Reue und Lernaufbruch abzeichnen. Auffällig ist, daß die Serie von Gewalttaten der PKK — bzw. solchen, die ihr zugeschrieben wurden — ziemlich präzise und vollständig in dem Moment unterbrochen wurde, als die PKK unter Druck der bundesdeutschen Polizeibehörden kam. Wenn man diese Tatsache mit der neuen Version konfrontiert, häuften den Gewalt aber habe nicht die PKK, sondern der MIT gestanden, ergibt sich kein Sinn. Warum sollte der MIT seine Provokationen ausgerechnet in einer Situation einstellen, wo die PKK von den bundesdeutschen Behörden bedrängt wird und ein weiterer Mord wohl kapitulierte Vorwände liefern könnte? Hin gegen ist die Annahme, daß die PKK angesichts von Polizeizugriffen

„Das jüdische Kapital, das schon in der Geschichte auf dem Rücken der Menschen und der menschlichen Arbeit Kapital angehäuft hat und dieses im Kapitalismus zu den gefährlichsten Vernichtungswaffen umgewandelt hat, die die Menschheit der Gefahr der völligen Vernichtung aussetzen, und das sich heute in Form des Zionismus konkretisiert hat, betreibt damit Politik, um somit die gesamte Menschheit zu beherrschen.“

(„Kurdistan Report“, Organ der PKK-Europaverbreitung ERNK, August-September 1987)

die Begründung parat: Verräter und Counterespionage müssen eben bestraft werden. Das ist hart, aber fair. Weniger strammie PKK-Freunde schränkten ein, daß sie natürlich nicht überprüfen könnten, ob alle Morde der PKK wirklich gerechtfertigt seien.

Heute hingegen ist die Naivität der verfolgten Unschuld angesagt. Die PKK sei inhaft verurteilt worden, keiner der Morde sei ihr bewiesen worden, alle Anschuldigungen seien längst überzeugend widerlegt worden, die Hetze gegen die PKK müsse endlich aufhören.

Neueste Stimme im Chor der Naiven und Analphabeten ist die VSP (Vereinigte Sozialistische Partei), die aus einem Zusammenschluß der KPD (vormals KPD/ML) mit der trotzkistischen GIM (Gruppe Internationale Marxisten) entstand. In ihrer Zeitschrift „SOZ“ vom 19.11. gibt sie einem führenden europäischen PKK-Funktionär auf zwei vollen Seiten Gelegenheit, nach alten Regeln der Kunst das Publikum für dumm zu verkaufen, um das durch die Morde und andere Gewalttaten angeschlagene Image seiner Partei zu verbessern. Und der PKK-Vertreter versteht sein Geschäft glänzend, wie ein



Yildirim, Sprecher der ERNK, „Mein Name ist Hase ...!“

Laborateuren des faschistischen Regimes usw. erklärt hat, gerade so als stünde der MIT in den Diensten der

Laborateuren des faschistischen Regimes usw. erklärt hat, gerade so als stünde der MIT in den Diensten der PKK Zentrale?

Wenn die PKK öffentlich erklärt, daß X ein Kollaborateur des faschistischen Regimes sei, dessen Hände mit dem Blut des kurdischen Volkes besudelt seien und der seiner Strafe keinesfalls entgehen werde, und wenn kurz darauf X in der Tat von einem Attentäter niedergeschossen wird, und die Verhältnisse doch wohl klar genug. Selbst wenn es in einem Einzelfall der MIT gewesen sein sollte, der geschossen hat, so liegt die politische Verantwortung dennoch bei der PKK, die in jedem Fall zur tödlichen Jagd das Signal gab.

Die Freunde der PKK behaupten, die PKK habe sich von den Morden distanziert, und es sei im übrigen noch kein PKKler als Täter überführt worden. Beides ist unrichtig. Zwar sind mehrere der Morde in der Tat bis heute völlig unaufgeklärt — was nur beweist, daß sie gut organisiert wurden und sich nicht etwa spontan ergaben —, aber in anderen Fällen (nach einer GAL-Broschüre in fünf der neun bekannten Mordfälle) wurden Personen als Täter verhaftet, deren PKK-Mitgliedschaft bekannt war. Daß der MIT die Mordserie verübt habe, wie der PKK-Vertreter nun in der „SOZ“ behauptet, war bisher nicht PKK-Position und ist nur zur Irreführung des deutschen Publikums gedacht. Die PKK bzw. deren legale Organisationen im Ausland haben freilich immer erklärt, sie hätten mit den Morden nichts zu tun, aber das ist für legal arbeitende Organisationen natürlich eine Existenzfrage. Andererseits hat die PKK bei den ersten Morden an ihren Dissidenten sehr wohl erklärt, daß Verräter von ihrer gerechten Strafe getroffen worden seien und daß die Täter kurdische „Pamosen“ seien, auch wenn sie natürlich in keinerlei Zusammenhang mit der PKK standen.

Distanziert, im Sinne einer klaren Verurteilung, hat sich die PKK in keinem einzigen der Mordfälle niemals

„Unser Volk hat Euch gegenüber nur eine einzige Aufgabe und diese Aufgabe besteht darin, Euren Kollaborations- und Kapitulationsfriedhof zu besuchen, an Euren Grab einen Kranz niederzulegen, auf dem folgendes steht: Hier liegen weiche, die aufgrund des Widerstandes der PKK nicht in das türkische Parlament gelangen konnten, infolge dessen an Tuberkulose und Schizophrenie starben. Sie haben in unserer Welt sehr viele Sünden begangen. Der liebe Gott kann ihnen verzeihen, aber wir niemals.“

(„Kurdistan Report“, Organ der PKK-Europaverbreitung ERNK, Dezember 1985)

ihren Anhängern lächerlich machen würde, wenn sie plötzlich die eigenen blutrünstigen Tiraden von der „Bestrafung“ und „Ausrottung“ aller „Verräter“ und „Volksfeinde“ verleugerten würde.

Im „SOZ“-Interview wird der PKK-Vertreter gefragt, ob seine Partei die Verurteilung der Anwendung von Gewalt unter Linken unterschreiben könnte. „Unter Linken ja. Wenn es eindeutig heißt, keine Gewalt unter Linken, dann können wir das unterschreiben“, antwortet der PKK-Mann. „Verräter und Volksfeinde sind natürlich keine Linken, mag er sich dabei heimlich gedacht haben. Und die „SOZ“ kriecht freudig auf den Leim.“

Daß die PKK in der Vergangenheit Gewalt als Mittel und Ersatz der ideologischen Auseinandersetzung keineswegs verurteilt, sondern im Gegenteil propagiert und praktiziert hat, ergibt sich aus der Lektüre ihrer Texte und ihrer Kollaborateuren wie TAP, TIP u.a. die Arme öffnet.“ (Erklärung der PKK-Auslandsvertretung ERNK, „Nachrichten aus Kurdistan“, November 1987). Wahr ist hingegen: Kulu und Sargin in der Türkei inhaftiert und gefoltert worden. Ihre Rückkehr in die Türkei war vielleicht eine Torheit, aber ganz sicher keine Kolla-

und Verbotsdrohungen vorsichtiger agiert als bisher, vollkommen logisch. Das wäre ein taktischer Rückzug, aber keine strategische Umkehr, die nur auf umfassender Selbstkritik aufbauen könnte.

Daß sich die grundlegenden Anschauungen der PKK überhaupt nicht geändert haben, dokumentiert ihr Kommentar zur Rückkehr der KP-Führer Kulu und Sargin in die Türkei: Sie seien „Diener“, die sich auf den Weg gemacht hätten, „um die Vertreter des Faschismus zu warnen“; die beiden KP-Führer hätten „mit großer Zufriedenheit sich auf den Schoß des faschistischen Kemal Eren begeben“. Das türkische Regime stecke in einer Krise und das sei der Grund, daß es „seinen Kollaborateuren wie TKP, TIP u.a. die Arme öffnet.“ (Erklärung der PKK-Auslandsvertretung ERNK, „Nachrichten aus Kurdistan“, November 1987). Wahr ist hingegen: Kulu und Sargin in der Türkei inhaftiert und gefoltert worden. Ihre Rückkehr in die Türkei war vielleicht eine Torheit, aber ganz sicher keine Kolla-

„Im Gegensatz zur gal-hh, die völlig die politische Linie der türkischen Gruppe devrimci isi gegen die PKK übernommen hat, entwickeln wir unsere Stellungnahme aus unserem eigenen antimperialistischen Kampf hier in der BRD. uns interessiert erstmal nicht, ob die PKK verräter in ihren eigenen Reihen liquidiert. wir sagen nicht, daß sie es nicht tut, meinen aber, daß diejenigen, welche daraus einen Vorwurf machen, nur ihr näheres (oder unreflektiertes) Verhältnis zum Verrat darstellen.“

(Stellungnahme Hamburger „Antimperialisten“ Frühjahr 1986)

Vergleich seiner betont maßvollen Ausführungen mit den einschüßigen hysterischen Pamphleten der PKK zeigt. Der PKK-Mann weiß ein, aber dazu gehört eben auch jemand, der sich unbedingt einlassen lassen will. Kurz zusammengefaßt sagt er: Mit den Morden hat die PKK nichts zu tun. Die Morde hat der türkische Geheimdienst begangen. Die Isolierungskampagne gegen die PKK, wie sie u.a. von drei Gründen mitgetragen wird, muß eingestellt werden. Die PKK ist gegen Gewalt unter Linken, nur müssen eben erst einmal die Verleumdungen aufhören.

Im Vorspann der „SOZ“ zu dem Interview heißt es stolz, die VSP habe sich „bewußt aus diesem Streit herausgehalten und nicht Partei für die eine oder andere Seite ergriffen“, also weder für die Morde noch für die Opfer. Daher sei die VSP vielleicht in der Lage „zur Dekonstruktion dieses Konfliktes beizutragen“, immerhin widerlege das Interview doch „praktisch die Behauptung, mit der PKK oder ihren Anhängern sei eine kontroverse Auseinandersetzung nicht möglich.“

Daß die VSP allerdings nicht mehr so unbeteiligt zwischen den Parteien steht, wie sie in der „SOZ“ noch vorgibt, bewies sie durch die Mitherausga-

VSP mit ihrer wohl nur oberflächlich überlückelten marxistischen Vergangenheit ein zumindest opportunistisches Verhältnis zu den Mord- und Gewalttaten der PKK gegen andere Linke haben, ist nicht so verwunderlich. Beschämender ist diese Politik für den trotzkistischen Flügel der VSP, der eigentlich sensibler reagieren müßte, wenn ideologische Kontrahenten als „Agenten und Verräter“ gebrandmarkt werden, die es „auszurotten“ gelte. Ist auch denn die frapperende Ähnlichkeit der PKK-Pamphlete mit den Anklagereden Wyszynski in den Moskauer Prozessen der 30er Jahre nicht aufgefallen? Oder habe ihr auch die PKK-Texte nie angesehen?

Die Fakten: 1984/85 wurden mehrere kurdische Linke in Westeuropa getötet, die Funktionäre der PKK gewesen waren und sich aufgrund politischer Differenzen von der Organisation getrennt hatten. Der bekannteste dieser Fälle war die Ermordung Semirs in Stockholm am 2. November 1985. Es folgten Mordanschläge gegen führende Vertreter anderer linker kurdischer und türkischer Organisationen im November 1985 der linke Kurde Mustafa Tanguner in Kopenhagen, im Dezember 1985 Mustafa Sahbaz (Dev-Yol), ebenfalls im Dezember 1985 Hu-

der Isolation, in die die PKK sich selbst gebracht hat, und der staatlichen Repression, der sie im letzten halben Jahr ausgesetzt war? Auch diese Version ist mit größter Skepsis zu genießen: Fakt ist, daß die PKK die Gewaltanwendung gegen andere Linke im laufenden Jahr noch gesteigert statt gemäßigt hat. So überfielen PKK-Trupps im Februar und März die Veranstaltungen anderer Organisationen zum kurdischen Neujahrsfest in Bremen, Hannover, München und Bielefeld. In Köln, München, Duisburg, Nürnberg und Hamburg wurden, gleichfalls im März, die Buras der von der PKK bekämpften kurdischen Organisation KOMKAR durch Brandanschläge verwüstet. Ein Bundesvorstandsmittglied von KOMKAR wurde bei einem Pistolenschussverletzt (im April in Stuttgart) — ein anderer wurde erschossen (in Mainz/Hannover). Nach Selbstkritik und Maßnahme der PKK nicht das alles überhaupt noch nicht a-

boration. Ein wesentlicher Unterschied, für den sich allerdings die PKK noch nie interessiert hat.

Den PKK-Freunden, insbesondere den für die Rolle der jugendlichen Naiven längst zu alten Freunden von der VSP, muß gesagt werden, daß es nicht um ideologische Meinungsverschiedenheiten geht, über die man so oder so denken kann, und daß es auch nicht um einen verworrenen „Brüderkrieg“ („SOZ“) geht, in dem Unparteilichkeit angesagt ist, sondern um die langfristige und präzise geplante Ermordung linker Kontrahenten. Wer die PKK aus dieser Verantwortung befreien möchte oder wer als unbewiesen und unklar hinstellt, was sich aus allen öffentlichen Äußerungen der PKK eindeutig ergibt, macht sich schuldig.

K., Hamburg

Eislers Niederlagen

Anmerkungen zum Eisler-Artikel in AK 286/287

Wieso hat Eisler 1957 auf die Frage was er am liebsten werden würde, wenn er nochmal auf die Erde käme, „Politiker“ geantwortet? (1) Ich glaube, weil er als Politiker nicht die Probleme gehabt, nicht die Widersprüche aushalten mußte. Er nennt das „Schmerzen“. Sie sind glücklichweise kein Kunst- (oder Diktator-) Hunger. Und meine Schmerzen der Wiedergabe — und ich sage mit Schmerzen — der Wiedergabe was innerer einfindet und unversetzt ist — sind sehr schwierig wiederzugeben. (2)

Mit sind diese Schmerzen Eislers im Artikel von a. u. h. (AK 286 und 287) etwas zu kurz gekommen. Laßt sich über die Näheres sagen?

Stationen

1926 trennte sich Eisler von seinem Lehrer Arnold Schönberg, richtiger: Er trennte sich von dem (bürgerlichen) Publikum, mit dem sich Schönberg weiter beschäftigen wollte. „Dannals schrieb ich Klavier-Kammermusik, Vokal- und Orchesterwerke, die auch auf den Musikfesten in Baden-Baden und Berlin aufgeführt wurden. Ich hatte einigen Erfolg, aber ich war unzufrieden. Das übliche Publikum behagte mir nicht. Ich wollte etwas Neues sagen und brauchte dazu neue Hörer.“ (3) In seinem Aufsatz „Zur Situation der modernen Musik“ (1928) analysiert er die gesellschaftliche Lage einer Musik, die von ihrer Schwere Unterhaltungsmusik von der Erde vertrieben und in den Himmel gejagt wird. „Zum Teufel! Wer in den Himmel kommt, der muß doch gestorben sein! Das klingt wie Lyrik, ist aber nur ein Nuscheln eines Musikers von heute, dem es nicht gelingt, sich über die furchtbare Isolation seiner Kunst hinwegzusetzen zu lassen, dem es nicht genügt, rein des Produzieren halber Werk auf Werk in die Welt zu setzen, der etwas Lebendiges anstrebt, lebendig, weil es alle angeht, also in allen Lebt, dem es aber zuwider ist, einigen Feinschmeckern zu immer raffinierteren Genüssen zu verfallen.“ (4) Welches Publikum hat Eisler gefunden? Hat er die „furchtbare Isolation“ einer Musik, die keine faulen Kompromisse macht, überwinden können?

Eisler engagiert sich in der revolutionären Arbeiterbewegung. Sein Ziel: die Sozialdemokratisierung der Arbeiterbewegung aufbrechen, unter Verwendung fortwährender Kompositionstechniken Massen erreichen, die Trennung von Musikinterpret und Musikinstrument überwinden, gegen die bürgerliche Hegemonie der Unterhaltungsmusik eine eigenständige Musikkultur des Proletariats entwickeln helfen. Die Musikproduktion und -konsumtion wird aus einer Angelegenheit für Kenner und Fachleute zu einer allgemeinen menschlichen Sache. (5)

Diese Ziele wurden, aufs Ganze gesehen, nicht erreicht. Die revolutionäre Opposition im Deutschen Arbeiter-Sänger-Bund blieb — ähnlich der Revolutionären Gewerkschaftsopposition in der Arbeiterbewegung — zur Entwicklung einer autonomen Arbeiterkultur (gegen sozialdemokratischen und bürgerlichen Schund) wurden durch den Faschismus endgültig zerschlagen. Dennoch schreibt Eisler 1934: „Aber alle diese Versuche und Erfahrungen sind nicht verloren, denn an sie wird die Arbeiterklasse Deutschlands nach Niederwerfung des Faschismus, beim Aufbau einer sozialistischen Kultur wieder knüpfen.“ (6)

Im Anspruch auf „Aufbau einer sozialistischen Kultur“ meldet bekanntlich die DDR an. Ein wirklicher Anknüpfen an die Versuche und Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik ist es aber offenbar nicht gegeben. Von daher erscheint Eislers Situation in der DDR in vieler Hinsicht als ein Zurückgeworfensein auf Widersprüche, die er nach 1976 überwinden zu haben glaubte, z.B. den Widerspruch einer diktatorischen Musikproduktion und -interpretation und einer breiten Masse von passiven Hörern. Das wird auch an seinem Faustus-Projekt deutlich: es geht jetzt um eine Oper, eine Form also, die die bürgerliche Tradition fortführt, anstatt sie durch andere Arten des Musizierens zu ersetzen. Die Widersprüche sollen jetzt wieder im Werk zusammengeführt und nicht mehr durch neue Formen überwunden werden — das läßt die

DDR-Wirklichkeit offensichtlich nicht zu. Eisler kennzeichnet die Probleme vor denen er mit seinem „Faustus“ steht, und dem Anspruch, dem er sich stellen will, folgendermaßen: „Mit meiner Oper hoffe (7) ich einen neuen Weg gehen zu können, der uns aus dieser Verwirrung (der neuen Musik — p.) herausbringt. Ich kann das nur tun, wenn ich nicht experimentiere, wie mein Freund Brecht, oder gar provozieren und schockieren, wie es ebenfalls Brecht liebt, sondern indem ich mühsamer reisen, runden, gültigen Leistung komme, die muß begriffen werden von den unerfahrenen Ohren und den erfahrenen, und der Text muß begriffen werden von den Unerfahrenen und den Gebildeten.“ (8) Der Tod Schönbergs berührt sich sehr schmerzhaft mit meiner neuen Aufgabe, der größten und umfangreichsten, die ich mir bis jetzt zu stellen gewagt (8) habe.“ (9)

Eisler schrieb diesen Text, nachdem er die Nachricht vom Tod Schönbergs erhalten hatte (Schönberg starb am 13.7.1935). Der ungeheure Anspruch seines Faustus-Projektes wird durch die von ihm so sehr betonte Verbindung mit Schönbergs Tod erst richtig deutlich. Hier wollte Eisler einen neuen Anfang schaffen, wollte mit einem großen Wurf die Widersprüche, die Schönberg in die Isolation geführt hatten, überwinden, er wollte zeigen, daß die moderne Musik sich anders zu den Widersprüchen verhalten kann, als es Schönberg getan hat, sich anders zu den Widersprüchen verhalten kann, als es Schönberg getan hat.

Dieser Versuch endete mit ein paar musikalischen Skizzen, einem Libretto, das sozusagen im leeren Raum stehen blieb, und einem Eisler, der in tiefsten Depressionen nach Wien reist.

Fragen

Ich habe an einigen Stationen meines Lebens kurz angedenkt, welche Erfahrungen der Musiker Eisler, der sich mit der Existenz eines modernen Musikers nicht zufrieden gab, gemacht hat, welche Niederlagen der politische Musiker einstecken mußte. Wie hat er die Niederlagen verarbeitet? Nach der Zerschlagung seines Faustus-Projektes schreibt er 1933 in Wien (die eingeklammerten Stellen kennzeichnen von Eisler vorgenommenen Streichungen):

Erkämpfende Kraft. Die Gräue des Alltags. Freudlosigkeit an der Arbeit. Keine Perspektive, Erschöpfung aller Fähigkeiten. Gleichgültigkeit. Einzige Zerstreuung: Lesen. Langeweile des Alltags. Kaum Verlangen nach Gesprächen. Allgemeine Unfähigkeit (auch die einfachsten Arbeiten fertigzustellen). Abscheu vor Ärzten, aber miserable Gesundheit. (Wie soll das anders enden, als mit einem allgemeinen Zusammenbruch, Unfähigkeit, sich aufzurichten.)

Aber die Völker erheben sich zu einem besseren (Dasein) Leben. Und wie jämmerlich ist meine (völlige) Energielosigkeit. Wenn ich an China denke, wenn ich an die frische Kraft der endlos befreiten Arbeiter und Bauern denke, die es ist, tatsächlich, ihrem Vorbild nicht nachfolgen zu können. Aber noch habe ich die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht endgültig aufgegeben. Man muß sich bekämpfen und Hoffungslosigkeit und Lethargie sich nicht erlauben! (.. wo die Hoffnung regiert)

(Vom Tisch) Doch vom Schreibtisch zum Klavier — wie zieht sich der Weg. „Ich bemerke, daß ich eine Art Tagebuch schreiben Möge (s) (wenn) ich (s) (wenn) was soll das was nutzt das, wenn ich mir eine abenteuerliche Zeit vertriebe.“

Aber wer konnte, wenn es ihn brennt, schweigen. Mögen, die mich nur kommen, ohne Tagebücher auszuheften. Das wünsche ich und hoffe, daß sie besser sein werden, kräftiger und konkreter, und so in voller Beschäftigung, die der trüben Reflexion entraten kann.

Wenn ich 1940 vergessen sein werde, wird es eine gute Zeit sein, voll des Überflusses, des Spases und der Denkkraft.“ (10)

1990 ist bald erreicht, und wer von uns will, in der Rückschau bestätigen, daß sich die Völker damals wirklich schon zu einem besseren Leben erhoben haben? Eisler wohnt in diesen Texten seine Situation von der angeblichen Situation der Völker, er streift seine Niederlagen, die als unbedeutend abgeschrieben werden. Wenn ich die Vorstellung des Geschichtsverlaufes nun aber als Illusion erkenne, habe ich

kaum da die Arbeit an den eigenen Niederlagen nicht einen anderen Stellenwert? (11)

Eisler hat viel gewollt und wenig von dem bekommen, was er gewollt hat. An uns liegt es, sein Wollen wachzuhalten. Aber wir würden es uns zu einfach machen, wollten wir ihn als den hinstellen, der dort den richtigen Weg eingeschlagen hat, wo andere den falschen genommen haben. Es gab aus den Widersprüchen keinen Ausweg. Unser Interesse meine ich, sollte sein, aus den Wegen, die andere genommen haben, etwas über den Sinn und Ursinn unserer Wege zu lernen. Der so oft zitierte Satz Eislers, eine Zukunft könne es nur geben, wenn die Vergangenheit bewältigt werde (12), muß auch auf ihn angewendet werden, und ohne Kummer wird es dabei wohl nicht abgehen. „Aber es ist ein produktiver Kummer. Man muß nachdenken: was kommt raus? — und für wen?“ (13)

P.

Anmerkungen

- 1) Hanna Eisler: Musik und Politik. Schriften 1948-1962. Hrsg. G. Mayer. Leipzig 1982. S. 378 (im folgenden zitiert als MuP 2).
- 2) Hanna Eisler: Gespräche mit Hans Bunge. Fragen Sie mich über Brecht. Hrsg. H. Bunge. München 1976. S. 295 (zitiert als BG).
- 3) MuP 2, 364.
- 4) MuP 1, 1924 (1948) 89.
- 5) MuP 1, 180.
- 6) MuP 1, 225.



- 7) Im Text steht: „hoffte“, was mir ein Druckfehler zu sein scheint, da Eisler den Text im Stadium der Planung schrieb.
- 8) Im Text: „zu wagen gestalt“.
- 9) MuP 2, 132 f.
- 10) MuP 2, 307, 309.
- 11) Mir scheint, daß Eisler in den Gesprächen mit Bunge oder auch in den „Ersten Gedanken“, seiner letzten Arbeit, tatsächlich eine produktivere Haltung zu seinen eigenen Niederlagen einnimmt: „Ich bin gegen das schlechte Hören und gegen die schlechten Interpretationen, die ich bin gegen die schlechten Krimponaten, die Dummheiten, Schwafel, Drack und Schwindeln in der Musik ausüben. Nun, ich bekämpfe das seit 1918. Heute ist 1981. Ich gebe zu, ich bin besiegt worden.“ (BG 182).
- 12) BG 264.
- 13) BG 236.

Eine schwere Bürde

Yilmaz übernimmt die Verantwortung für den Tod seines Freundes

Wie im letzten AK berichtet, kam bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen den beiden türkischen Gruppen Dev Genç und Gökmen (eine Gruppe von ehemaligen Dev Yol-Anhängern) der Genosse „Yavuz“ von Gökmen ums Leben. Ungeklärt war, wer die Schüsse abgegeben hatte. Nachherend dokumentierten wir die Erklärung von Yilmaz Uzun, der die Verantwortung für den Tod seines Freundes übernimmt, wodurch der Tod, nicht aber die gewalttätige Auseinandersetzung, zu einem tragischen Unglücksfall wird.

Ich bin verantwortlich für den Tod meines Freundes (Yavuz) Aydın Erat. Das ist eine schmerzliche Erkenntnis und ein schweres, schmerzliches Bekenntnis, denn ich habe erkannt, daß es in dem Ereignis einen eindeutigen persönlichen Fehler von mir gegeben hat und es ist mir bewußt, als allen anderen Beteiligten.

Heute weiß ich, daß mein Freund durch eine Waffe gestorben ist, die ich verwendet habe. Nach vor kurzem Zeit hatte ich Zweifel, Yavuz Tod verschuldet zu haben, einmal weil ich die Einzelheiten des Ereignisses und meinen eigenen Anteil nicht eindeutig kannte, aber auch weil ich es nicht glauben wollte und konnte.

Die Erkenntnis, für den Tod eines Freundes verantwortlich zu sein, ist schmerzhaft. Aber als eine Person, die davon überzeugt ist, daß die Wahrheit von den an dem Geschehen beteiligten Personen an die Öffentlichkeit gebracht werden muß, möchte ich die Lösung des Tragischen, weder der Polizei noch dem Gericht überlassen. Das finde ich beschämend.

Ich bin verantwortlich für Yavuz Tod, obwohl, ich habe niemanden verletzen geschwiegen, denn ich wollte, aber ich muß die Verantwortung übernehmen, weil ich die Waffe benutzt habe. Niemand hätte daran gedacht, und es ist für mich heute immer noch unfähig, daß das Zurückgeben eines Flugblattes eine wahre Dimension erreichen konnte. Heute weiß ich, daß ich das Flugblatt nicht hätte zurückgeben sollen, wie es einige Freunde schon an diesem Abend gesagt hatten. Heute weiß ich, daß es besser gewesen wäre, ruhig zu bleiben, einem Saal um eine wahre Sache aus dem Weg zu gehen. Aber es stimmt auch, daß, als die Gruppe zum ersten Mal kam, ich auf meinem Stuhl sitzend, umringt von dieser Gruppe, Yavuz und eine Freundin an, obwohl diese nur vorbeizogen, auf ihren zu reden, um die Öffentlichkeit bedrohlich ihre Situation aufzuheben.

Ja, ich habe diese Waffe benutzt. Wenn ich heute darüber nachdenke, kann ich keinen wirklichen Grund angeben, der es rechtfertigen würde, die Waffe bei einem solchen Geschehen einzusetzen. Auch wenn ich auf keinen Menschen gezielt habe, daß wenn es

nur auf den Boden geschossen habe, ich weiß, daß keine Erklärung mein Verschulden und meine Verantwortung reduzieren kann. Trotzdem möchte ich die Atmosphäre beschreiben, in der ich mich während dieser Ereignisse befand.

Ich war Mitglied einer Gruppe, die von einer Organisation, deren politische Linie Terror ist, immer wieder bedroht worden ist und zwar so, daß wir auch um unser Leben fürchten mußten. In dieser schweren psychologischen Lage wachte ich, daß wir auch innerhalb der Gruppe die zur „Recht“ zurückkam. Personen dieser Organisation bedrohten und die Gruppe mit Tötungen hätte enden können.

Nachdem die Prügelei einige Zeit im Gang war, dachte ich an nichts anderes, als sie möglichst rasch zu beenden. Aus diesem Grund habe ich zur Abschreckung auf den Boden geschossen.

Somit muß ich mir eingestehen, den Tod eines Menschen durch einen Unfall herbeigeführt zu haben. Weil ich daran keine Zweifel mehr habe, möchte ich nicht, daß jemand anderes beschuldigt wird oder unter moralischem Druck steht. Daß dieser Abend für mich mit einem der schlimmsten und unglücklichsten Ereignisse geendet hat, die ich mir vorstellen kann, ist darauf zurückzuführen, daß ich innerhalb von Sekunden eine falsche Wahl getroffen habe.

Ich finde es aber auch falsch und ungerecht, wenn wegen dieses Geschehens die politischen Gedanken, von denen Yavuz und ich beide überzeugt waren, in Mißkredit gebracht werden. Unsere Haltung, gegen die Liquidierung von Menschen wegen ihrer politischen Meinung vorzugehen, was und ist richtig. Diskussionen werden muß, ob wir dieses richtig gemacht haben, was eventuell Fehler liegen. Aber wenn heute diese politische Überzeugung als Grund für Yavuz Tod bezeichnet wird, habe ich dies für einen ungerechten Angriff — auch auf Yavuz Gedanken, der diese mit mir und anderen teilte.

Ich kann es nicht hinnehmen, daß nun durch den Tod durch Yavuz seine Person vernachlässigt wird, um uns ein Politikverständnis zu unterstellen, welches Teile ebenso einkassiert wie dasjenige der PKA. Zwischen Yavuz Gedanken und der Politik der PKA liegen Welten.

Aber ich sehe es als meinen persönlichen Fehler an, daß ich durch mein Verhalten auf dieser Ebene gefallen bin, was wir von mir und meinen Freunden immer bestritten worden ist. Ich wünsche, daß Gewalt, Rache und Terror niemals zur politischen Linie werden sollte. Ich möchte niemand anders an mich selbst verantwortlich für Yavuz Tod. Dennoch erwarte ich von der Gruppe, die uns überfallen und nicht in Verantwortung genommen hat, daß auch sie Verantwortung für das Geschehen

übernimmt. „Ich bin gegen das schlechte Hören und gegen die schlechten Interpretationen, die ich bin gegen die schlechten Krimponaten, die Dummheiten, Schwafel, Drack und Schwindeln in der Musik ausüben. Nun, ich bekämpfe das seit 1918. Heute ist 1981. Ich gebe zu, ich bin besiegt worden.“ (BG 182).

12) BG 264.

13) BG 236.

Ich erwarte, daß diejenigen, die die Abhängigkeit eines Flugblattes zum Anlaß für Blutrachedenken genommen haben und mit Rückgefallen wieder zum Lokal kamen, sich ihre eigene Verantwortung eingestehen. Und ich hoffe, daß alle an dem Geschehen Beteiligten und die Anhänger der linken Gruppen sich Gedanken machen, daß eine Weiterleitung nicht möglich ist.

Ein Strafverfahren erhebt uns der Aufgabe, unsere eigenen Begriffe von Schuld und Verantwortung zu entwickeln und persönlich mit dem Geschehen fertig zu werden.

Yilmaz Uzun

Einen Tag später gaben die an der Auseinandersetzung beteiligten Anhänger von Gökmen folgende Erklärung ab:

Wir betrachten die Erklärung unseres Freundes Yilmaz U. mit großem Respekt. Wir möchten aber, aller Öffentlichkeit betonen, daß wir nicht eine einzelne Person an dem Schicksal anhaften. Diese Darstellung wäre eine falsche Vereinfachung der Sachlage. Das ganze Problem so einfach zu lösen und die Frage der Verantwortung so zu diskutieren, stimmt mit unserer Verantwortungsbewußtheit gegenüber Yavuz und unseren Ideen keineswegs überein. Das wäre vor allem Dingen eine Entwertung von uns selbst. Wir tragen alle die Verantwortung an dem Tod von Yavuz und suchen die Fehler zuerst bei uns. In Kürze werden wir der Öffentlichkeit eine Aussage zu unserem Verhalten übergeben. Wir hoffen, daß auch die Gruppe, die den Überfall gemacht hat, mit sich selber offen gehen und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich macht, daß sie ihren Verantwortungsbewußtsein wird.

Die Freunde und Freundinnen von Yavuz und Yilmaz am Ort des Geschehens

Bei allem Verständnis für diese Erklärung der Freunde, die geschrieben werden mußte, weil sehr verständlich keine individuelle Tat vorliegt, weiß mensch dennoch, daß keine Erklärung Yilmaz helfen wird, mit diesem tragischen Einschnitt in sein Leben fertig zu werden.

Dem im letzten AK schon Geschriebenen kann nicht viel hinzugesetzt werden, nur der Wunsch, daß jede weitere Erklärung der Freunde wirklich von politischer Überlegung und nicht von neuen oder ganz neuen Schuldzuweisungen handelt. Anschließend möchte ich mich auch dem Wunsch von Yilmaz, daß auch diejenigen, deren Provokation der Ausgangspunkt für dieses Geschehen war, endlich eine politische Erklärung für ihr Handeln veröffentlichen und sich nicht im „Glück der gewonnenen Unschuld“ sonnen.

H. Hamburg

Krieg und Frieden, oder:

Zweierlei Kunstbetrachtung



Wassily Werechtschagin (1842-1908), Apotheose des Krieges, gemalt 1871-72. Auf dem Rahmen steht „Gewidmet allen großen Eroberern, den vergangen, den gegenwärtigen und den zukünftigen.“

Die bürgerliche Kunstbetrachtung geht von der Kunst aus. Das ist falsch. Kommunistische Kunstbetrachtung geht vom Geld aus; das ist nicht ganz bürgerliche Kunstbetrachtung. Inwiefern nach dem künstlerischen in der Kunst. Das ist auch falsch. Richtig ist, nach der Politik zu fragen. Das tun Kommunisten. Bürgerliche Kunstbetrachtung interessiert sich für Kunstwerk und Künstler. Wie in allem, so wird auch hierin die Welt auf den Kopf gestellt. Der Kommunist hingegen, der die Dinge auf die Füße stellt, sieht sich den Museumsdirektor und den Eintrittspreis an. Das ist richtige Kunstverständnis.

Der Genosse K., Hamburg, hat uns diese einfachen und ehrlichen Wahrheiten anhand eines einleuchtenden Beispiels in Erinnerung gerufen (siehe AK 288, S. 44). Dafür ist ihm der Dank aller gewiss. Ich erwähne das umso aufrichtiger, als ich selbst den Wert seiner Ausführungen erfahren habe, die mich heute in die Lage versetzen, die nötige Selbstkritik zu formulieren, um in Zukunft ideologisch gefestigter den mich immer leicht durchschaubaren Verlockungen des kapitalistischen Kulturbetriebs zu entgehen.

Verblendet durch Versprechungen der bürgerlichen Presse (die sich „in Teilen durchaus den Anschein linker Fortschrittlichkeit zu geben versieht, wie der Genosse K. warnend vermerkt), begab ich mich in die Ausstellung „Krieg und Frieden“, die offiziell, wie der Genosse ganz richtig verweigert, „Schrecken und Hoffnung“ heißt.

Ich hatte, wie ich zugeben muß, noch keine Ausstellung gesehen, die in gleicher Art einen Überblick über die Kunst des feudal-bürgerlich-imperialistischen Deutschland sowie, im Vergleich, des vor- und nachrevolutionären Rußland bzw. der Sowjetunion gab. Meine naiv-kleinbürgerliche Neugier (genährt durch die Fülle an Ausstellungstücken, die ich, anders als Genosse K., erfreut aufnahm, statt darin einen besonders heimtückischen Verwirr-Trick des Klassenfeindes zu erkennen!) lenkte mich auf so unerregende Fragen wie: Wie malten die Sowjetkünstler in der Nach-Lenin-Ära, wie malten sie heute? Wie setzen sich die Sowjetkünstler heute mit ihrer und unserer Gegenwart auseinander? Welche thematischen und stilistischen Unterschiede oder Übereinstimmungen zwischen sowjetischen und westdeutschen Künstlern gibt es heute? Ebenso verwerflich war selbstverständlich mein Aufsuchen von Werken (mehr noch meine Freude daran) fortschrittlicher Künstler wie Grosz, Dix, Barlach usw. und mein Versuch, sie mit sowjetischen Künstlern der gleichen Epoche zu vergleichen. Durch solche und eine Reihe anderer Fragen, mit denen ich durch die Ausstellung ging, war mir buchstäblich der Blick darauf verstellt, daß der „Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion“ das einzige Thema von Belang wäre; aber, wie Genosse K. berührt, gerade hier wird das ganze Anmaß an Dreistigkeit, Ärger

nis, Verschweigen und Dummplinn, den die Ausstellung kennzeichnet, so recht deutlich.

Letztlich war ich deshalb nicht fähig, dies zu sehen, weil ich von vornherein bürgerlich-idealistisch an den Ausstellungsbesuch heranging, der doch in Wahrheit eine politische Handlung ist. So verabsäumte ich, die Finanziers bzw. Hintermänner gebührend zu würdigen. Wenn ich ideologisch klar erkannt hätte, daß eine Ausstellung, die vom imperialistischen Teil des kriegslusternen Kapitals Westdeutschlands organisiert wurde (mit ihren Handlangern in der Sowjetunion!), notwendigerweise nur dessen Zielen dienen kann, wäre ich nicht derart fehlgegangen, der Ausstellung mit Interesse, Nachdenklichkeit und, ich gestehe es, Freude zu begegnen. (Den fehlgeleiteten Versuch, dies anhand einzelner Bilder oder Skulpturen zu erläutern, kann

ich nach den Grundsatzausführungen der Genossen K. getrost unterlassen, denn es gehört ja gerade zu den wichtigsten Lehren, die sein Artikel vermittelt, daß wir Kommunisten endlich damit aufhören müssen, wie die bürgerlichen Idealisten es tun, von der Kunst zu reden, wenn wir von der Kunst reden.)

Daß gerade in unserer Zeitung ein derart praktisches Beispiel helfender, prinzipienfester und richtungswendender Kunstkritik veröffentlicht werden konnte, beweist erneut den hohen Standard unseres Pressewesens nicht nur im allgemeinen sondern besonders im Kultursektor. Nach solchen Artikeln werden gewiß immer mehr Verbündete auf dem Schlachtfeld der Kultur zu uns stoßen!

R., Hamburg

Zum Lachen

Betrifft: AK 287, „Das Spiel ist aus“

Die Linke könnte sich angesichts des (wohl zu unterstellenden) Selbstmords von Uwe Barschel auf die Analyse der rein politisch-kriminellen Hintergründe bürgerlicher Politik beschränken. Offensichtlich ist aber der Reiz zu mächtig, in Spott und Hölle auszubrechen.

Das gilt für den AK (speziell: phantasieloses „Aussteiger“, „abgestürzter Mensch“, „Bob“, der sich vorher wie gelernt die schmutzigen Schuhe auszog, „eine Geschichte zum Lachen“ etc.), für die TAZ (Gespräch Barschel/Boader im Himmel), für die MG („Selbstreinigungsbad der Demokratie, ein Politiker ging in die Badewanne“ etc.), um nur einige zu nennen.

Der „Klassenstandpunkt“, in Abgrenzung zur untertraglichen sog. Staatsräuber, wird zum Alibi fürs Resentiment und versperrt geradezu den Blick auf das, was dieser Vorgang über die Skandalebene hinaus repräsentiert. Er selbst steht noch im Bann der Klassengesellschaft und usurpiert das Besondere, statt sich ihm zuzuwenden. Was ich meine, ist dies:

Barschel sah offensichtlich nur noch den (phantasielosen!) als Mord drapierten Selbstmord als Chance, um „davonzukommen“. Eingekreist von der Gewalt, welcher der karrierist bedingungslos diente und die er selbst ausübte, erfuhr er diese nunmehr am eigenen Leib: was es heißt, zu fallen. Dem hielt er nicht stand. Der Möglichkeit vollständiger gesellschaftlicher Anpassung durch Herrschaft nunmehr verlustig, unterwarf er sich dem Schrecken der gesellschaftlichen Gewalt, indem er sich ihr zugleich bis zur Selbstaufgabe so zeigte, daß der Gesellschaft ihr eigenes Gesicht, Todesmarke für Sekunden verhielt es ihr die Sprache

Selbst wo Barschel tödliche Schwäche zeigte, durfte diese nicht zugegeben werden, der individuelle Tod des Uwe Barschel war so vollständig „vergesellschaftet“ wie vermutlich die ganze Person: Die grausig ausgelegten Mordspuren sollten das „Überleben“ als ehrbarer Politiker in der Nachwelt sicherstellen.

Dieser Mann ertrug bereits die Möglichkeit des Machtverlustes nicht. Die sogenannte Regierungsgewalt war für ihn ein wesentliches Mittel, sich selbst in ihr in seiner vermeintlichen Größe zu spiegeln. Sie wurde gewissermaßen zum Bestandteil seiner personalen Identität, und sein Niedergang zeigt davon. Dieser Politiker-Typ scheint einer Tendenz dieser Gesellschaft zu entsprechen, die die vormaligen Individuen zu bloßen Repräsentanten der verinnerlichten gesellschaftlichen Funktion werden läßt. „Mehr“ als diese sind sie nicht. Geschweige, daß für sie die Möglichkeit des (spielerisch-) distanzierenden Umgangs mit der Realität möglich wäre.

Der Entzug der Droge Macht drohte Barschels restlos vergesellschaftete Identität zu zerstören. Seine Rettungsversuche haben nachträglich etwas verzweifelt Heekisches und fast zwangsläufig Eskabierendes. Erst die schmutzigen z.T. lächerlichen Tricks von Pfeiffer gegen Engholm, dann die pompöse Ehrenloge und schließlich der vollständige Zusammenbruch. In einer übermächtigen Gesellschaft, in der die Ich-geschwächten Individuen nichts anderes sind als z.B. ihr „Status“, in dem sie sich spiegeln, muß alles ständig und rücksichtslos auf eine Karte gesetzt werden, um voranzukommen und die innere Leere zu überdecken. Gewissensaktuel, markierend die Differenz zwischen Individuum und Gesellschaft, fallend zunehmend

» Das Kind nicht mit dem Bade ausschütten! «

Anmerkungen zu „Sowjetische und deutsche Künstler sehen Frieden und Krieg“ (AK 288)

Was kommt dabei heraus, wenn unter der Überschrift „Künstler sehen Krieg und Frieden“ nichts über die Künstler und ihre Bilder, aber viel über die kritizierten Motive der Aussteller erzählt wird? „Verwirrung und bald Lethargie“, um mit den Worten des Autors zu sprechen. Schade. Das mußte nicht sein.

Sicher, Bilder sollen betrachtet, nicht gelesen werden. Sie müssen im AK nicht im Detail beschrieben werden. Sicher, Kritiken müssen nicht positiv sein. Auch ein Verriß ist bekanntlich noch Werbung. Aber es grenzt doch an grobe Irreführung, unter der Überschrift „Sowjetische und deutsche Künstler sehen Frieden und Krieg“ nicht ein Wort über die Bilder der Ausstellung zu verlieren, stattdessen allein mit der Kritik ihrer Träger die ganze Ausstellung erschlagen zu wollen.

Es stimmt ja! Die Trägerrunde dieser Ausstellung ist eine Zumutung. Wie K. habe ich mich durch die wohl bekannten Namen auf der Liste der Ausstellungsträger und durch ihren verlogenen Schmus in dem Katalog provoziert gefühlt. Ausgerechnet die „Deutsche Bank“ und Co. können sich als Friedensengel profilieren. Man merkt die Absicht, ist gereizt. Verharmlosung des Krieges als allgemein menschliches Problem, als anonyme Schicksalsfügung, Ablenkung von benennbaren Kriegsursachen, Verschleiern der eigenen Verantwortung für vergangene Kriege und den heute bedrohten Frieden, wird da versucht. Stimmt. Und es schlägt sich in dem nieder, was die Ausstellung nicht zeigt: Den Widerstand gegen den Krieg, insbesondere der antiautoritären Charakter des Widerstands im 2. Weltkrieg, der antiautoritäre Charakter des 2. Weltkrieges. Diese wird durch Exponate zur „Balance of power“ ersetzt. Da ist Kritik am Platze. Auch gegenüber den Sowjetbehörden, die diese illusionistische Selbstinszenierung westdeutscher Kapitalismenorgane und Verharmlosung der Kriegsursachen so butterweich ermöglichen.

Aber was soll so ein knorriger Rundumschlag? Wem nutzt das? Die Absicht der Träger ist noch nicht die Wur-

kung der Ausstellung. Inwiefern ist dies die erste Ausstellung dieser Art seit '45 in der BRD. Viele in der BRD. Offensichtlich z.T. noch einmal, auf jeden Fall noch mehr in dieser Haltung gereizte Bilder waren zu sehen. Beunruhigt, sowjetische aber auch deutsche aus Ost und West. Antikriegsbilder aus den Napoleonischen Kriegen, aus dem deutsch-französischen Krieg 1870/71, vom 1. und 2. Weltkrieg, von der heutigen Situation. Beeindruckend Bewegend. Aufwühlend. Den Krieg anklingend. Für Frieden agitierend. Viele Menschen besuchten die Ausstellung. Fühlten sich erinnert, gemahnt, aufgefordert. Was ist daran verurteilenswert? Treten wir nicht für den Frieden ein? Ist uns nicht ein aufrichtiger Pazifismus näher als stumpfsinnige Gleichgültigkeit? Müssen wir das hinter radikalen Worten verstecken, nur weil die Ausstellung auf westdeutscher Seite von Kapitalverteilern gesponsert wurde?

Nein und nochmals nein! Selten genug gibt es die Gelegenheit, daß so viele Menschen so konkret und derart aktuell in dieses Thema geißelt werden. Die Bilder sind sinnliche Argumente. Mal was anderes als nackte politische Analysen. Da gehe ich hin. Da agitiere ich Freunde, Bekannte, Kollegen. Nutze die Gelegenheit. Sauge Leben an, das nicht zu verschweigen, aus der Kraft der KünstlerInnen, das Unvorstellbare vorstellbar zu machen. Es gibt keinen Sinn, die Ausstellung in Bausch und Bogen zu verurteilen. Sie liefert Anlässe für Gespräche, und sei es nur über die Grenzen des Pazifismus bei uns wie auch in der UdSSR.

Und schließlich soll doch jemand jungfräulicher (un als der Jungmann) sein: wann und wo wird Kunst denn nicht vom Kapital finanziert? Mazenatentum ist doch geradezu definitioneller Bestandteil von Kunst! Ausbeuter aller Zeiten und Länder haben Künstler als professionelle Ideologen und IllusionsmacherInnen finanziert, um von der Realität abzulenken. Hat jemand geglaubt, daß das in der BRD, selbst in der UdSSR 1987 überwunden sei? In diesem Punkt gilt: Man muß nehmen, was man kriegen kann, um der Wahrheit so nahe wie möglich zu kommen.

F

fort. Die Tyrannen des Nazismus erfüllt die Anforderungen der heutigen Klassengesellschaft. Subjektives und Objektives nähern sich aneinander an. Daß die Menschen dabei letztlich verlieren, ist normal, aber selten wird es so spektakulär deutlich wie im Fall Barschel, wenn einer stürzt, von dem man eigentlich eine neue Karriere z.B. als wohlversorgter Manager erwartet hatte.

Warum wird da gelacht?

Das Lachen über Barschels Leiche in der Badewanne ist ein Verlächen. Es lacht über den Verlierer, den als „Aussteiger“ verspotteten „Menschenrest“ (s.o.), gleichwohl sein Tod die heu-

chehenden Mächtigen aufatmen ließ. Es ist das bewußtlose Spiegelbild des Schreckens, das sich angesichts eigener realer gesellschaftlicher Ohnmacht mit dem Gelächter der Macht identifiziert. Nostalgisch rationalisiert ist dieses Lachen der sich als „Sieger“ Phantasie renden aber eben nicht abgeworfenen unsympathischen bürgerlichen Machtpolitiker, den „Speißer“ (als wäre die Linke auf andere „alternativen“ Wege oft nicht ebenso spielfähig). Dieses Lachen ist kein befreiendes, eigene Schwäche eingedenkendes, sondern „ein Echo der Macht als unentzerrbar“ (Adorno/Horkheimer).

Sind die „Badewannen“-Witzelein die Türkenwitze der „Linken“?

St St.



Sieh, Jahren der AK-Leser Rolf R. war noch als Lesende als AK als anderen Artikel nicht von mir!!

K. 10

MANFRED WEYH (pape)

Im Herzen der Bestie

Die Musiker der „Kalahari Surfers“

„Something on page 3 caught my eye, small print, thirty-seven; the headlines celebrate the birth of British royalty.“ Dieser Text als Teaser, dazu (oder besser, dagegen) werden mit Bass und Schlagzeug gespielt. Zuletzt geht alles in Synthesizer über, durch die nur einzelne Wortfetzen zu hören sind. Ein Lied auf der ersten LP der „Kalahari Surfers“ aus Südafrika, „Own Affairs“, die 1984 herauskam. In den beiden darauffolgenden Jahren erschienen die LPs „Living in the Heart of the Beast“ und „Sleep Armed“. Die Titel stehen für die Absicht der „Kalahari Surfers“, Zustandsbeschreibungen und Nachbetrachtungen aus dem „Herzen der Bestie“ zu veröffentlichen.

Hinter dem Namen „Kalahari Surfers“ steht eigentlich nur ein Musiker, Warric Sony, ein weißer Südafrikaner, der bis auf die gelegentliche Unterstützung durch ein paar befreundete Musiker die Platten allein gemacht hat. Er verwendet dabei Reden von Politikern, Propagandaxen, Tonaufnahmen bei einem Gespräch oder einer Demo und eigene Texte. Dabei werden einzelne Aussagen herausgehoben, gegeneinander gestellt, aneinandergereiht oder kommentiert. In gleicher Weise verfährt Sony mit seiner Musik. Verschiedenste Elemente werden von ihm benutzt, wie Reggae, afrikanische Rhythmen, Rap, Jazz, Rock, Schlagermusik, Kirchengesang. Einiges erinnert an den frühen Zappa. Die unterschiedlichen Musikstile wechseln ab, oft sehr schroff, manchmal werden sie auch miteinander gespielt. Es ist keine Musik zum Nebenbei hören, sondern eine, die bewußte Zuhörer erfordert, wobei auch einige sehr fetzige Passagen dabei sind.

In der Musik der „Kalahari Surfers“ geht es hauptsächlich um den Rassismus in Südafrika, die Politik des Regimes und den Widerstand. In einem Stück wird die Rede Bothas zum Ausnahmezustand dokumentiert und durch Wiederholungen von Sätzen und Zwischenkommentaren in ihrem faschistischen Denken entlarvt. In einem anderen Lied werden die bereits dahingegangenen Diktatorenfreunde Somoza, Marcos, Baby Doc und die argentinische Junta ironisch gefeiert. Dagegen wurde der rhythmische Gesang auf Demos aufge-

englischstämmigen Wohlstandskindern bestand. Im Lied „Surfer“ kommt ein typischer Strandranger aus Durban zu Wort: weiß, konservativ, sexistisch.

Diese Schizophrenie, die Südafrika ausmacht, drückt auch der Name „Kalahari Surfers“ aus, ebenso wie die Strichzeichnung, die das Markenzeichen des Musikprojektes ist: ein Buschmann, der mit Pfeil und Bogen auf einem Surfbrett steht.

Warric Sony wollte die Platte eigentlich in Südafrika pressen lassen. Alle drei Plattenfirmen weigerten sich jedoch strikt. Sony wandte sich daher an das englische Label Recommended Records (1), das nun die Platten herstellt und vertreibt. In Südafrika sind sie als Import zu haben, allerdings nur in ganzen vier Läden. Im südafrikanischen Rundfunk wird seine Musik unter keinen Umständen gespielt. Die einzige Hoffnung sind noch Plattenkritiken in Zeitungen, wie vor kurzem in einer, die jedoch wegen anderer politischer Artikel verboten wurde. Aber das Problem der Verbreitung der „Kalahari Surfers“

in Südafrika hängt auch mit der Art der Musik zusammen. Die schwarze Bevölkerung kommt an die Musik der Weißen gar nicht ran und hat zudem ihre eigene Musik. Und die Weißen, die sowohl politisch als auch kulturell ein fortschrittliches Bewußtsein haben, sind sehr rar. Zur Musikszene in Südafrika sagt Sony:

„Pop-Musik wurde zu einer Art Sozialisierung. Opium des Volkes und so. Nur ist es hier noch viel krasser. Schwarze Musik wird als Ware gehandelt, und das Schlimmste ist, daß die Schönheit der wirklich erstaunlichen Umboquanga- und der so typisch südafrikanischen Township-Musik verloren geht. Sie wurden jetzt durch diesen amerikanischen Sound ersetzt. Jeder steht auf dem Michael-Jackson-Zug.“ (2)

Die Musik der „Kalahari-Surfers“ hat daher hauptsächlich in Europa und den USA ihre HörerInnen. Warric Sony hält sich seit Anfang dieses Jahres in Europa auf und macht dabei auch zwei Tourneen durch die BRD. Beide Male wurde er von den englischen Musikern Chris Cutler, Bill Gilson und Mick Hubbs begleitet. (3) Bei den Live-Auftritten fehlten zwar die Experimentalsätze, dafür hatte die Musik aber noch mehr Drive als auf den Platten. Bei der

ersten Tournee im April wurde nach dem Auftritt der Band ein Video gezeigt, der in Südafrika heimlich gedreht wurde und der den Widerstand bei Beerdigungen und Demos und das mörderische Vorgehen der Polizei zeigte. Besonders beeindruckend waren dabei die Kraft und der Optimismus, die in den spontanen Gesängen und Tänzen immer wieder deutlich wurden. Im Juni waren die „Kalahari Surfers“ eine von drei Gruppen aus dem südlichen Afrika, die eine Tournee unter dem Namen „Beat Apartheid“ durch elf Großstädte der BRD machten.

Im Dezember hat Warric Sony vor, wieder nach Südafrika zurückzugehen. In einem Rundfunk-Interview sagte er auf die Frage, welche Gefühle er vor der Rückkehr habe: „Ich habe Angst. Vielleicht berechtigt, vielleicht ist sie auch übertrieben. Aber die Sicherheitspolizei weiß, daß ich politische Songs gespielt und bestimmte Sachen ge-

sagt habe. Sie könnten mir Schwierigkeiten machen. Eine gute Bekannte von mir hat nur in Amsterdam ihren Freund besucht und wurde bei ihrer Rückkehr zwei Wochen lang festgehalten und verhört.“ (4)

Es bleibt zu hoffen, daß diese künstlerischen Dokumente des Widerstandes eines weißen Südafrikaners über einen kleinen Kreis von Insidern hinaus bekannt werden.

hk

LPs:

— Own Affairs
— Living in the Heart of the Beast
— Sleep Armed
(alle bei Recommended Records)

Anmerkungen

1) Recommended Records wurde Ende der 70er Jahre als Independent Label von Chris Cutler gegründet. Es ging aus der Organisation „Rock in Opposition“ hervor.
2) Interview in der US-Zeitung „Option“, 12/86
3) Alle drei spielten schon in verschiedenen Gruppen von Recommended Records, u.a. Lindsay Cooper, The Work, Art Bears. Cutler ist außerdem seit Jahren der Schlagzeuger von Cassiber.
4) Bayerischer Rundfunk, „Zündfunk“ vom 17.4.87, Protokoll S. 8

WAARUM — Business Bomben BRD

Der endgültige Film zur WAA

Ein nerven-zerfetzender, knackiger Polit-Krimi, ein knallharter Spionagethriller für harte Männer? Nein, diesmal ist es schlimmer. Wirklichkeit nämlich. Tatort: Wackersdorf. Tatbestand: ein perfekt kalkulierter Milliarden-Coup. Die Täter: ein international operierendes Syndikat von Spitzenprofis. Der Verdacht: Waffen-Schmiederei auf high-tech-level.

In ihrer ersten großen Produktion hat die Video-Werkstatt E-Werk, Erlangen, Gründliches geleistet, um Licht in die politische Ober- und Halbwelt der BRD zu bringen. Indizienketten wurden verfolgt, Motive erforscht, Spuren gesichert. Fast einhundert Jahre Arbeit hat dieses Unternehmen gekostet, herausgekommen ist eine 77-Minuten-Dokumentation, die sich sehen lassen kann: „WAARUM — Business Bomben, BRD“.

Zunächst der Tatort: Das Syndikat gibt sich ausgedehnt: Mit der WAA wollte man die Umwelt schützen, Entsorgungsprobleme lösen, den Brennstoffkreislauf schließen. Die Absichten seien selbstverständlich edel, hilfreich und friedlich, das in der WAA gewonnene Plutonium mitnichten waffentauglich. Wir dienen dem Gemeinwohl, sagt das Syndikat. Andere Zeugen widersprechen erbost, fühlen sich als Opfer erhöhter Radioaktivität und Krebsraten, beklagen CS-Gas- und Prügel-Einsätze, verweisen auf planmäßige Sabotage alternativer und billiger Energieversorgung, stellen hohe Überkapazitäten des bestehenden Stromangebots fest. Die Aussagen widersprechen sich, Motive bleiben im Dunkeln. Verdachtsmomente ohne letzte Klarheit.

„Wackerdörfen, Wackerdörfen, Wackerdörfen“, sprechen sich, Motive bleiben im Dunkeln. Verdachtsmomente ohne letzte Klarheit.

Die Wahrheit ist nicht allein am Ort des Geschehens zu finden, Wege müssen durch den Fakten-Dschungel geschlagen werden, der Zuschauer ist gefordert mitzudenken, zu kombinieren. Die Wege führen in die Vergangenheit, bis in die 50er Jahre, sie führen nach Brasilien, nach Süd- und Mittelamerika. Vorläufiges Ermittlungsergebnis: Vorstöße zur Sicherung von Rohstoffquellen und billigen Arbeitskräften, Eroberung von Einflußgebieten und Absatzmärkten im Wiederholungsfall, Expansionsgelüste und Wiedervereinigungs-Phantasien.

Mildernde Umstände: keine. Allmählich klärt sich auf, warum das Syndikat seinen Strom partout nicht mit Sonnenkollektoren, Windmühlen oder Kraft-Wärme-Koppelung erzeugen will. Das Syndikat hat Höheres im Sinn, global versteht sich. Zwar fühlt es sich engverbunden mit der Cosa Nostra in Washington und Chicago und wenn es gegen die Störenfriede Glasnost und Perestrojka geht, doch als Prellbock zwischen beiden, als halbwegsiger Junior-Partner der US-Gang mag es gar nicht mehr leben: Das Syndikat ist erwachsen geworden, will nicht mehr Stuntman sein, sondern eine Hauptrolle.

Wie sich der Fall weiterentwickelt, kann nur vermutet werden. Die Täter jedenfalls sind ermittelt, jedoch laufen sie frei herum.

Die Erlanger Video-Macher haben sorgfältig recherchiert, geben eine Fülle von fundierten und neuen Informationen und fordern mit ihrem Streifen nichts weniger als die kritische Aufmerksamkeit und Kombinationgabe des Zuschauers heraus. Und der weiß — weil's eben leider kein Polit-Krimi ist — daß er selber ein mögliches Opfer ist. Da ist die Kenntnis der genauen Zusammenhänge durchaus überlebensfördernd.

H.C.

„WAARUM — Business Bomben, BRD“, BRD 1987; Video-Werkstatt Erlangen. VHS-Video, Gebote 40 DM, Film-Reader 1 DM. Für Großveranstaltungen Projektion auf Leinwand möglich. Anfragen, Bestellungen: C. Sommer, Bismarckstr. 4, 8520 Erlangen.

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Gorbatschow

Betr.: „Zwei Schritte zurück, ein Schritt vor“, von j.b. (AK 288, vom 16.11.87)

Gorbatschows Äußerungen über Trozki anlässlich seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution haben j.b. schwer enttäuscht. Dieser Enttäuschung liegt die Einschätzung zugrunde, das Schwerkrieg der Rede liege „nicht in der Kritik an Stalin, sondern im Kampf gegen den Stalinismus“, dessen Folge zwangsläufig eine differenzierte Bewertung Trozki sein müsse. Die Schlussfolgerung ist richtig, falsch ist aber die Gorbatschow zugesprochene generelle Intention. Der Schlüssel zum Verständnis der Gorbatschow-Rede liegt m.E. in der Verteidigung der Außenpolitik Stalins, die im Artikel von j.b. nur kurz erwähnt wird.

„Gorbatschow, Stalin und Trozki“, die Verteidigung der Außenpolitik Stalins, die im Artikel von j.b. nur kurz erwähnt wird.

Die Namen Stalin und Trozki stehen, von den zweifellos vorhandenen persönlichen Differenzen zwischen ihnen abgesehen, für die Auseinandersetzung zwischen zwei gegensätzlichen politischen Konzeptionen: Einerseits die der „Permanente Revolution“, vertreten von Trozki und der Linken Opposition, deren Grundgedanke in Bezug auf die UdSSR war, daß die politische Existenz und das Überleben des Arbeiterstaates nur gesichert sei, wenn sich die revolutionären Ereignisse des Oktober 1917 auf absehbare Zeit in einem weltrevolutionären Prozeß fortsetzten; andererseits die des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“, was die Aufrechterhaltung des weltpolitischen status quo für einen langen Zeitraum voraussetzte. Für die Parteien der Komintern folgte daraus, nachdem sich diese Linie Stalins durchgesetzt hatte, ihre Unterordnung unter die Erfordernisse der sowjetischen Außenpolitik, deren einziges Interesse war, eine Intervention der imperialistischen Mächte gegen die UdSSR zu verhindern.

Aus der Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ ergibt sich also als Konsequenz die Theorie der „Friedlichen Koexistenz“, beide stehen in einem untrennbaren Zusammenhang, worauf im übrigen schon Trozki hinwies (in: „Die Internationale Revolution und die kommunistische Internationale“, 1929). Gorbatschow folgt dieser Konzeption, wenn er, um der „Perestrojka“ die notwendige Zeit und die außenpolitischen Voraussetzungen zu verschaffen, um (fast) jeden Preis den Ausgleich mit den USA sucht. Beispiele sind hierfür der Prozeß der Rüstungskontrolle, in dem die UdSSR von Reykjavik bis zum INF-Abkommen schrittweise auf ihre Forderungen verzichtete, ebenso wie die Unterstützung einer „Internationalen Nahost-Konferenz“ oder die „Sicherung der Schifffahrt“ im Persischen Golf (vgl. hierzu „Die Tageszeitung“ vom 23.9.87 und „Arbeiterkampf“ 288, S. 23).

Innenpolitisch mag die „Perestrojka“ als Kampf gegen den Stalinismus aufgefaßt werden können, außenpolitisch steht Gorbatschow in einer Kontinuität, die bis auf Stalin zurückgeht.

Die Ausgrenzung Trozki in der Rede zum Jahrestag ist daher nicht verwunderlich, sondern für Gorbatschow zwangsläufig, will er nicht einen Eckpfeiler seiner eigenen Politik in Frage stellen.

Viele Grüße
Michael

Überflüssig

„Gespräche mit der VSP“ in AK 288

Diesen Beitrag hätte sich sowohl der AK, als auch Ki schenken können bzw. sollen. Die LeserInnen erfahren hier über den Inhalt der Gespräche — außer, daß man es „nicht mit Monstern“ zu tun hat — herzlich wenig bis gar nichts. Dagegen stellt der Beitrag ein Lehrstück in unangebrachter und plattester Polemik dar. Daß die VSP Konzepte zu tun hat — herzlich wenig bis gar nichts. Dagegen stellt der Beitrag ein Lehrstück in unangebrachter und plattester Polemik dar. Daß die VSP Kontakte zu den DS („in Ratlosigkeit versunken“) und zum BWK („KBW-Registrierung“) aufgenommen hat, erfahren wir. Hier kommt es Ki offenbar nicht darauf an, diese Kontakte näher zu beleuchten, sondern wohl darauf, die in Klammern zitierten Attribute an den Mann / die Frau zu bringen. Zuerst mal eine Richtigestellung: Ki dürfte ebenso bekannt sein wie mir, daß der BWK eine Abspaltung vom KBW in dessen Niedergangszeit ist, also keine „Restgruppe“. Was will uns der Autor also mit seinen oben zitierten Attributen sagen? Doch wohl nur, daß es unsinnig ist, mit Gruppen, die „in Ratlosigkeit versunken“ sind, Kontakte aufzunehmen (mit wem will Ki eigentlich noch diskutieren?) und sich Gespräche mit dem BWK wegen dessen Vergangenheit von selbst verbieten. Nun ist es jedoch völlig unsinnig, dem BWK über die „KBW-Registrierung“ These die gleichen Fehler vorzuwerfen, wie sie der KBW machte, eher müßte man sich dem BWK vorwerfen, bei der Bemühung diese Fehler nicht zu machen, gleich das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Weiter erfahren wir, bei den Vereinigungsbemühungen der VSP handle es sich um bedenkenloses Einsammeln „sektiererischer Schräullen“ und „daß es einigen führenden VSPlern vor gar nichts graut“. Ki wollte auch hier wohl erreichen, daß seine Polemik jede weitere Diskussion überflüssig macht und er hat erreicht, was er wollte: angesichts dieser Formulierungen ist jedes weitere Wort verschwunden.

Aber vielleicht hat Ki seinen Beitrag auch als Bereicherung der Diskussion um die AK-Gestaltung gemeint. Dann könnte der AK in Zukunft etwa wie folgt aussehen: Staat: imperialistisch; Grüne: staatsirrigend; SPD: sozialdemokratisch; Autonome: aktionistisch und orientierungslos; westdeutsche Linke: lohnt nicht der Erwähnung; KB: wir sind's. Welche neuen Perspektiven (Preisgestaltung, Personalreorganisation usw.) sich für den AK ergeben würden, liegt auf der Hand.

Daß dieser Artikel von Ki völlig überflüssig war, ist eine „nicht allzu sensationelle Erkenntnis“.

N., KB Dortmund



nommen, der die Lebendigkeit des Widerstandes beweist. Aus der Edelschulze: „These Boots are made for Walking“ von Nancy Sinatra wird die Warnung an die Rassisten: „One of these days these boots are gonna walk all over you!“

Ein weiteres Thema ist das Leben der jungen Weißen in den Städten. So im Stück „Township Beat“, wo das Leben der Weißen in Johannesburg beschrieben wird und der denkwürdige Satz steht: „Haven't you heard, the Rolling Stones are here. They're throwing stones out there.“ Warric Sony hat die letzten Jahre in Johannesburg gelebt, wo er als Tonmann für Dokumentarfilme und Features gearbeitet hat. Seit Juni 1985, als die Regierung den Ausnahmezustand verhängte, hat er die wenigen schwarzen Freunde, die er vorher in Soweto hatte, so gut wie nicht mehr sehen können.

In Durban, wo er aufgewachsen ist, kam er mit Farbigen überhaupt nicht zusammen. Dort hat er noch eine weitere Trennung erfahren, nämlich die zwischen Buren und Engländern. Da die Engländer für die Afrikaner sprechenden Buren als Liberale gelten, gibt es getrennte Schulen und auch sonst läuft alles in getrennten Welten ab. Warric hatte nie Burenfreunde. Dafür kannte er die Surfer-Gemeinde sehr gut, die aus

1999

Verstümme das Plakatgesicht
Wenn Wahlen etwas ändern könnten,
würden sie verboten werden
Wir sprühen Parolen an die Wände
der Bahnhofsbauwerke im Joubert Park
Es regnet
Haben diese Wände Augen und Ohren?
Herrn in pinkelnschwarzen Anzügen
rücken aus den ruhigen Ecken
der Stadt vor.

1999
werden wir da noch immer hier sein?

Kalter Wind bläst
durch den nachleuchtenden
Vergnügungspark in der Barag-
wanath Road
Dies ist kein Rummelpark
Die Arme bewacht die Eingänge
Wir leben in stummer Furcht,
leben mit gebrochenen Menschen,
mit unerwünschten Personen
Wir arbeiten im Schlamm der
Abraumhalden der Minen
türmen ihn auf zu einem hohen Wall
zwischen der Stadt aus Gold
und der Stadt aus Schwefel
1999
werden wir da immer noch hier sein?

taum der LP „Living in the Heart of the Beast“)

Die wahre Kunst kann nicht im Käfig singen ...

Literatur und Literaturpolitik nach der Oktoberrevolution

In den Auseinandersetzungen, die nach der Oktoberrevolution um Fragen der Literatur und der Literaturpolitik geführt wurden, ging es im wesentlichen darum, ob unter den gegebenen schweren Bedingungen die Kunst einer Literatur überhaupt und die Entwicklung einer neuen proletarischen Kunst und Literatur im Besonderen möglich sei. Und wenn ja, wie?

Unter Verzicht auf die bürgerlichen Schriftsteller oder mit ihrer Hilfe? Losgelöst von allen Traditionen oder aufbauend auf dem alten Kulturerbe? Welche Rolle sollte die Partei spielen und welche die unabhängigen Literaturgruppen?

Wir dokumentieren im Folgenden den Text der szenischen Lesung, die Bestandteil des Kulturabends am 27. November war, mit dem das KB-Seminar zur Oktoberrevolution eingeleitet wurde. Mit dieser Lesung konnte selbstverständlich nur ein Aufriß der Literaturdebatte nach der Oktoberrevolution (bis etwa 1924) gegeben werden; der besseren Verständlichkeit halber wurden Zitate z.T. gekürzt und, unter Außerachtlassung des tatsächlichen zeitlichen Ablaufs, zu thematischen Blöcken zusammengezogen.

„An Alle! Alle! Alle!
An alle, die da die Brust
sich schlagen,
Bekennen!
„Lange genug gefüttert
mit Verwesungsstank!
Wie lange noch!
Satt! Satt!
Genug, genug.
Wir wollen,
Wir können nicht mehr ...“
Sammelt euch!
Tretet heraus aus der Jahrtausende
Dunkel!
Gleichschritt! Marsch!
(Hier deine Unterschrift, Kamerad,
Wenn du mir zustimmst ...)
Rache ist der Zeremonienmeister.
Hunger der Ordner.
Bajonett. Browning. Bombe ...
Vorwärts! Tempo!“
(aus: „150 Millionen“ von Wladimir Majakowski)

Majakowski an die Pressekommission des ZK der RKP(B):

„Das Buch „150 Millionen“ erscheint in einer Auflage von 5.000 Exemplaren, nämlich, um mir den Mund zu stopfen, während die durchschnittliche Auflage einer beliebigen „agitatorischen“ Buchpublikation vom Typ Hamsun „Brachland“ oder „Droshin-Lieder“ 25-50.000 Exemplare beträgt und diejenige einer Ausschlußware von der Art eines Derjabinischen „Frühlichts“ 100.000 Exemplare beträgt.“

Lenin an Lunatscharski, Volkskommissar für das Bildungswesen:

„Sollte man sich nicht schämen, für eine Auflage in Höhe von 5.000 Exemplaren von Majakowski „150 Millionen“ zu stimmen? Unsinn, dumm, saudumm und präventiv.“

Meiner Meinung nach sollte man von derartigen Dingen nur 1 bis 10 und nicht mehr als 1.500 Exemplare für Bibliotheken und Sonderlinge drucken.

Und Lunatscharski sollte wegen des Futurismus verprügelt werden.“

Lunatscharski an Lenin:

„Mir gefällt das Ding nicht gerade sehr, aber 1. war so ein Dichter wie Brjusow davon begeistert und forderte den Druck von 20.000; 2. hatte das Ding beim Vertrag durch den Autor einen offensichtlichen Erfolg, und zwar auch bei Arbeitern.“

Lenin an Pokrowski, den Stellvertreter Lunatscharskis:

„Genosse Pokrowski! Immer wieder bitte ich Sie, im Kampf gegen den Futurismus und ähnliches zu helfen, Lunatscharski brachte im Kollegium (so heißt der Druck von Majakowski „150 Millionen“) durch. Laßt sich das noch rückgängig machen? Das muß rückgängig gemacht werden.“

„Lassen sich denn keine hoffnungsvollen ANTI-Futuristen finden?“

Majakowski an den Genossen Tschuhak:

„Auf Ihre scherzhafte Anfrage: „Wie lebt und arbeitet Majakowski?“ antworte ich hiermit. Hier heißt es in derartigen Geizknecht-einstellungen, daß man sich den Mund fußlig

reden muß. Von Arbeiten kann kaum die Rede sein; nichts als Zank, Agitation und dergleichen fressen mich samt der Leber von innen auf. (...) Mit den „150 Millionen“ ging es genauso zu (...) An die 9 bis 10 Monate rannte ich gegen verschlossene Türen und vernagelte Köpfe an. (...) Doch all das ist Kleinzeug. Hauptsache: wir behalten die Oberhand. Die Anhängerschaft nimmt zu. Alles, was gegen uns auftritt, ist dermaßen nichtig und beschränkt, daß jedermann, der nicht gerade „geschäftlich“ an unserer Vernichtung interessiert ist, zu uns überläuft.“

zuerst Hinsicht ihre Feinde sind, aber kulturell über ihr stehen. Hieraus ergibt sich die Möglichkeit einer Restauration. Diese gefährliche Perspektive wird sich vor jeder Arbeiterrevolution erheben. Die Frage besteht darin, diese Gefahr vorzusehen, zu erkennen und eine Lösung der Aufgabe, einen Ausweg aus ihr zu finden. Sie sehen, daß die Frage der Kultur nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in einer bestimmten revolutionären Phase zur zentralen Frage der ganzen Revolution wird. Hier von wird letzten Endes der Ausgang unserer Revolution abhängen.“



Dieser Streit um Majakowskis Gedicht „150 Millionen“ ist bezeichnend für

Dieser Streit um Majakowskis Gedicht „150 Millionen“ ist bezeichnend für die lebendige Auseinandersetzung, die Anfang der 20er Jahre in der Sowjetunion um Fragen der Literatur und der Literaturpolitik geführt wurde. Wenn auch an diesem Beispiel Lenins Unverständnis der literarischen Arbeiten Majakowskis deutlich wird — die von ihm, Trotzki, Lunatscharski und Bucharin geprägte Literaturpolitik der RKP(B) zeichnete sich dadurch aus, daß sie die Freiheit im künstlerischen Bereich garantierte. Die Partei förderte nicht nur die proletarischen Schriftsteller, sie setzte sich auch für die bürgerlichen Schriftsteller ein und wies Führungsansprüche einzelner literarischer Gruppen und Zirkel zurück. Insbesondere die Vertreter des Proletkult, die für die Entwicklung einer eigenständigen proletarischen Literatur — unter Verzicht auf die Mitarbeit von bürgerlichen Schriftstellern — eintraten, strebten die Hegemonie im kulturellen und literarischen Bereich an. Proletkult und Futuristen wollten den radikalen Bruch mit dem bürgerlichen Kulturerbe — eine Tendenz, der die Parteiführung energisch widersprach, da sie die Schaffung einer proletarischen Literatur und Kultur nur durch die Aneignung und Weiterentwicklung des bürgerlichen Erbes für möglich hielt.

Bucharin schrieb in seinem Aufsatz „Proletarische Revolution und Kultur“, daß das Proletariat in der kapitalistischen Gesellschaft zu einer Klasse heranreife, die zwar in der Lage sei, die bürgerliche Herrschaft zu zerstören und die Diktatur des Proletariats gegen den Widerstand der Konterrevolution zu verteidigen. Das Proletariat könne allerdings noch nicht alle Funktionen der Gesellschaft selbstständig übernehmen — dies gelte insbesondere im kulturellen Bereich:

„Wenn die Arbeiterklasse kulturell rückständig ist und an die Macht gelangt, so muß sie unvermeidlich andere Kräfte benutzen, die in so-

Die Partei hatte weder vor noch nach der Revolution eine differenziert aus-

Die Partei hatte weder vor noch nach der Revolution eine differenziert ausgearbeitete literaturpolitische Konzeption, zudem wurde der Kulturarbeit nicht die größte Dringlichkeit beigegeben.

Allerdings versuchte die Partei, dies beweisen einige unmittelbar nach der Revolution erlassene Dekrete und Verordnungen, die das Zeitungs-, Verlags- und Schulwesen betrafen, alle meinungsbildenden Institutionen zu kontrollieren; es wurde frühzeitig für alle Presseorgane und für die gesamte Buchproduktion eine Zensur eingeführt. Völlige Autonomie und Freiheit sollte der Literatursektor nicht erhalten, darüber waren sich Trotzki, Bucharin, Lenin und Lunatscharski einig. Wo die Grenzen dieser Einmischung durch die Partei lagen, darüber waren sich Literaten und Parteifunktionäre weniger einig.

Der Schriftsteller Samjatin beispielsweise äußerte:

„Ich fürchte, daß es wirkliche Literatur bei uns nicht geben wird, solange wir uns nicht von einem Katholizismus befreien, der nicht weniger als der alte vor jedem ketzerischen Wort zurückschreckt.“

Gorki ging so weit, Lenin und Trotzki mit dem Reaktionsär Stolypin zu vergleichen und warf ihnen vor, „bereits vom faulen Gift der Macht“ infiziert zu sein:

„Davon zeugt schon ihre schändliche Einstellung zur Redefreiheit, zur Person und zu allen Rechten, für deren Sieg die Demokratie gekämpft hat.“

Im November 1917 schrieb er in der Zeitschrift „Nowaja Zina“:

„Ich finde, es ist eine Schande für die Demokratie, wenn man Rec und anderen bürgerlichen Zeitungen nur deshalb mit Gewalt den Mund verbietet, weil sie gegen die Demokratie seien (...) Hält die Demokratie vielleicht ihre eigenen

Handlungen für ungerecht, und fürchtet sie deshalb die Kritik ihrer Feinde (...) Die Abschaffung der Pressefreiheit ist eine physische Vergewaltigung und der Demokratie unwürdig.“

Und am 1. Mai 1918 forderte er:

„Gebt Redefreiheit und möglichst viel Freiheit, denn wenn die Feinde viel reden, sagen sie schließlich viele Dummheiten, und das ist nützlich.“

Lunatscharski schrieb:

„(...) zweifellos hatten wir keine unbedingt einheitliche Linie im Volkskommissariat für Bildungswesen, vielleicht lag dies zum Teil auch am Fehlen genauer Parteidektiven.“

Die Gruppe proletarischer Schriftsteller um die Zeitschrift „Na postu“ warf der Partei Neutralität und Führungsschwäche vor:

„Jedes Kunstwerk, das unter den Massen weit verbreitet ist und welches auf ideologisch ungenügend fixierte Elemente einwirkt, verwandelt sich in eine politische Waffe. Eine differenzierte Literatur hat es nie gegeben, gibt es nicht. In unserer Zeit und angesichts unserer besonderen Lage kann jedes Werk der schönen Literatur, gleichgültig, welches Thema es behandelt — von Fragen der Produktion bis zur Liebe — entweder eine Waffe der Arbeiterklasse oder ihrer Gegner sein. Wer diese Tatsache unbeachtet läßt oder sie verschleiert, gibt, ob er will oder nicht, objektiv die Interessen der Arbeiterklasse preis und spielt ihren Feinden in die Hände.“

Und wenn das so ist, dann kann und darf die Partei nicht das Recht haben, in Fragen der schönen Literatur neutral und gleichgültig zu bleiben. Die Kommunistische Partei muß auf diesem Gebiet eine feste politische Linie haben und sie verfolgen.

Dagegen betonten Lunatscharski und Trotzki die besondere Stellung der Kultur:

„Man muß sich zuerst einmal fragen: soll eine revolutionäre Regierung prinzipiell die Rechte des individuellen künstlerischen Schaffens wahren?“

Auf diese Frage werde ich, ohne zu zögern, antworten: ja, sie soll. Kautski gibt in seinem heute noch bemerkenswerten und lehrreichen Buch „Am Tag nach der sozialen Revolution“ eine völlig richtige Formulierung, wenn er sagt: größte Buch „Am Tag nach der sozialen Revolution“ eine völlig richtige Formulierung, wenn er sagt: größte

Ordnung und Planmäßigkeit in der Produktion und völlige Anarchie im Bereich der Kunst.

Unter „Anarchie“ wird hier ganz und gar nicht verstanden, was der Spießbürger gewöhnlich darunter versteht, nämlich nicht Unordnung, sondern Fehlen einer Staatsgewalt und Obrigkeit, die der Inspiration diese oder jene Normen vorschreibt.

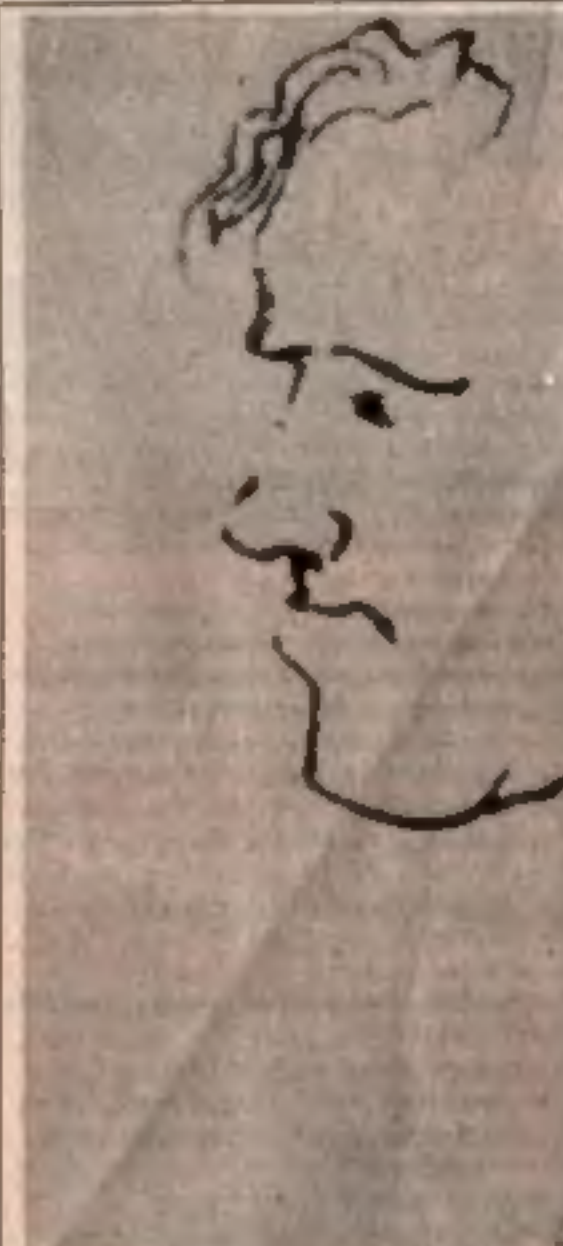
Die wahre Kunst, die, die den Stempel des Genies oder des Talents trägt, kann nicht im Käfig singen. Das Talent, das sich an den Käfig gewöhnt hat, ist keine Nachtigall mehr, sondern wird zum Zeisig, ist kein Adler mehr, sondern wird zum Huhn.“

Und Trotzki:

„Die marxistische Methode bietet die Möglichkeit, die Entwicklungsbedingungen für die neue Kunst zu beurteilen, alle ihre Quellen zu beobachten und die fortschrittlichsten unter ihnen durch kritische Durchleuchtung der Wege zu unterstützen — mehr aber nicht. Die Kunst muß ihre Wege auf eigenen Füßen zurücklegen. Die Methoden des Marxismus sind nicht die Methoden der Kunst. Die Partei lenkt das Proletariat, nicht den historischen Prozeß. Es gibt Gebiete, auf denen die Partei unmittelbar und gebieterisch führt. Es gibt Gebiete, auf denen sie nur fördert. Es gibt schließlich Gebiete, auf denen sie sich nur orientiert. Auf dem Gebiet der Kunst ist die Partei nicht berufen zu kommandieren. Sie kann und soll schützen, fördern und indirekt lenken. Sie kann und soll den verschiedenen Künstlergruppen, die sich aufrichtig um eine Annäherung an die Revolution bemühen, den bedingten Kredit ihres Vertrauens gewähren, um ihre künstlerische Gestaltung zu fördern. Und auf keinen Fall kann und wird die Partei sich auf den Standpunkt eines literarischen Zirkels stellen, der andere literarische Zirkel bekämpft, teilweise einfach nur, weil sie Konkurrenten sind. Die Partei steht auf der Wacht der historischen Interessen der Klasse im ganzen.“

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite



Wladimir Majakowski wurde 1894 als Sohn eines verarmten Adligen in Georgien geboren. Nach dem Tod des Vaters zog die Familie nach Moskau, wo Majakowski sich 1908 den Bolschewiki anschloß und mehrfach wegen illegaler Propaganda inhaftiert wurde.

Er besuchte die Kunstschule und wurde Mitherausgeber des ersten futuristischen Manifests: „Eine Ohrfeige dem öffentlichen Geschmack“. 1917 begründete er die Revolution, verfasste politische Gedichte, die er öffentlich

rezitierte, entwarf Plakate für die Revolution und gab von 1923-1925 die futuristische Zeitschrift „Lef“ (Linke From) heraus. Seine bekanntesten Gedichte sind „Wolke in Hosen“, „Krieg und Welt“, „150 Millionen“ und „Wladimir Iwanowitsch Lenin“. Die beiden Theaterstücke „Die Wanne“ (1928) und „Das Schwarzbild“ sind Satiren auf den sowjetischen Bürokratismus. Majakowski erschoss sich 1930 in Moskau.

Fortsetzung von vorheriger Seite

und 1922 das Land — nur wenige, wie z.B. Ilya Ehrenburg und Alexej Tolstoj, kehrten später zurück. Auch von den Zurückgebliebenen bejahte nur eine Minderheit die Revolution, so die Realisten Gorki und Serafimowitsch, die Symbolisten Brjussow, Blok und Bely und die Futuristen Asejew und Majakowski. Dieses „Ja“ zur Revolution hatte für fast alle der Genannten erhebliche Folgen: ehemalige Freunde und literarische Verbündete wandten sich von ihnen ab und betrachteten die Hinwendung zur Revolution als Verrat an den „alten Idealen“.

Ende Dezember 1917 wurde auf einer Sitzung mit 60 Anwesenden einstimmig beschlossen, den Schriftsteller Serafimowitsch aus der Belletristischen Gesellschaft „Sreda“ — der übrigens auch Gorki angehörte — auszuschließen, da er sich „den jetzigen Machthabern angeschlossen habe“, daher solle er „keinen Platz mehr unter uns haben“.

Nur eine kleine literarische Gruppe mit Majakowski an der Spitze bejahte die Revolution entschieden. Majakowski erklärte:

„Anerkennen oder nicht anerkennen? Eine solche Frage gab es für mich (und für andere Moskauer Futuristen) gar nicht. Das war meine Revolution.“

Selt ihrer Gründung 1910 kämpften die Futuristen auf literarischem Gebiet erbittert gegen die bürgerliche Kultur, gegen alle Konventionen und die Kunst der Vergangenheit. Sie erteilten der bürgerlich dekadenten Gesellschaft „eine Ohrfeige für den öffentlichen Geschmack“ (wie auch die erste Anthologie der Futuristenvereinigung hieß). Um die bürgerliche Gesellschaft zu provozieren, hatten sie sich die Gesichter in grellen Farben angemalt, knallgelbe Jacken getragen und ins Knopfloch eine Mohrröbe gesteckt.

Die wenigsten Futuristen verbanden ihre revolutionären künstlerischen Ideale mit einer revolutionären politischen Ideologie und auch ihr Programm hatte wenig politische Perspektive, allerdings sollten die Futuristen in den ersten zehn Jahren nach der Revolution eine wichtige Rolle im Kampf um eine proletarische Kultur spielen.

Während der ersten Jahre nach der Oktoberrevolution, vor allem seit 1920, schlossen literarische Gruppen, Zirkel und Organisationen, literarische Zeitschriften, Redaktionen und Verlage wie Pilze aus dem Boden. Gruppen, die sich vor allem die Schaffung einer proletarischen Kultur auf die Fahnen und auf die Tagesordnung ihrer Komiteesitzungen geschrieben hatten, wie die Kommunisten-Futuristen (Kom-Fut), die Linke Kulturfront (LEF) und die Organisation „Proletarische Kultur“, Proletkult genannt.

Futurismus

Avantgardistische Strömung in der Literatur und Malerei in den Jahren 1910 bis 1920. Anfangs beeinflusst vom italienischen Futurismus, gingen die russischen Futuristen wie Majakowski, Asejew und Brjussow künstlerisch und politisch völlig andere Wege. Gemeinsam war beiden zu Beginn der Protest gegen die traditionellen Kunstformen und die Suche nach adäquaten künstlerischen Ausdruck für das durch die technischen Neuerungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts sich verändernde Leben. Spätestens 1914 erfolgte die endgültige Trennung der russischen von den italienischen Futuristen; Grund war das Eintreten der Mehrheit der italienischen Futuristen für Kolonialismus und den Ersten Weltkrieg.

Die russischen Futuristen wollten eine grundlegende Revolutionierung der Kunst. Ihr Protest richtete sich sowohl gegen die traditionelle klassische Literatur eines Puschkin und Tolstoj als auch gegen den Ästhetizismus ihrer symbolistischen Schriftstellerkollegen. Sie empfahlen, „auf die Reime und Arien zu spucken, auf den Rosenbusch und Äthiope Melancholie“. Die Trennung zwischen Prosa und Affekt, die für die Lyrik des Symbolismus charakteristisch war, lehnten sie ab. „Für uns“, so Majakowski, „gibt es nur ein Medium — das Wort — und wir gebrauchen es bei unserer direkten Arbeit.“

Zwischen 1918 und 1920 entfachte der Proletkult große Aktivitäten. Er erhielt eine umfangreiche finanzielle Unterstützung für die Bildungspolitik, vor allem die Beseitigung des Analphabetentums, die Gründung von Arbeiterclubs und die Ausbildung proletarischer Schriftsteller. In ganz Rußland entstanden Literaturstudios, in denen z.T. bürgerliche Schriftsteller wie Brjussow, Bely und Samjatin Arbeiter-schriftsteller in Dichtung und Prosa unterrichteten.

Aber auch Gruppen bürgerlicher Schriftsteller, nach einem Wort Trotzki „Mittläufer“ genannt, organisierten sich. Sie schützten das schriftstellerische Gewissen höher als den „sozialen Auftrag“ der Gesellschaft an die Dichter. Sie lehnten die Ideologie des Marxismus ab und weigerten sich strikt, sich zum verlängerten literarischen Arm eines politischen Pragmatismus zu machen.

Als Beispiel seien die Serapionsbrüder zitiert, die sich nach einer literarischen Gestalt es romantischen Dichters E.T.A. Hoffmann nannten:

„Im Februar 1921, in einer Zeit, als allenthalben Regeln, Bestimmungen und Vorschriften abgefaßt wurden, die Zwang und Langeweile bedeuten, haben wir beschlossen, uns ohne Satzung und Vorsitzenden, ohne Wahlen und Abstimmungen zusammenzuschließen.“

Wir haben uns in den Tagen der Revolution, in den Tagen politischer Hochspannung zusammengeschlossen. „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, sagte man uns damals von rechts und von links. „Für wen seid ihr, Serapionsbrüder, für die Kommunisten oder gegen die Kommunisten, für die Revolution oder gegen die Revolution?“ Jeder von uns hat seine Ideologie, seine politischen Überlegungen, jeder malt seine Mutte, wie es ihm gefällt. So im Leben und so auch in seinen Erzählungen, Novellen und Dramen. Wir alle zusammen, wir, die Bruderschaft, verlangen nur das eine: daß der Ton nicht falsch klingt. Daß wir an das Werk glauben können, gleichgültig, welcher Farbe es ist.

Wir schreiben nicht für die Propaganda. Die Kunst ist real wie das Leben selbst, und wie das Leben selbst ist sie ohne Ziel und ohne Sinn: sie existiert, weil sie existieren muß.“

Die Partei bemühte sich gleichzeitig darum, einerseits alle Ansätze einer proletarischen Literatur und Kunst zu fördern und die gutwilligen Futuristen für ihre Agitation und Propaganda einzuspannen und andererseits Schriftsteller der alten Intelligenz für die Ziele des Staates zu gewinnen, ohne sich in die Auseinandersetzungen um Form und Inhalt der Dichtung einzumischen.

Innerhalb der linken Gruppen aber, die sich ja im großen und ganzen alle das gleiche Ziel gesetzt hatten, eine die sich ja im großen und ganzen alle das gleiche Ziel gesetzt hatten, eine neue Kultur zu schaffen, kam es zu erbitterten Kämpfen untereinander. Jeder Zirkel beanspruchte für sich allein, die Kunst des Proletariats zu vertreten und die neue Staatskunst zu verkörpern.

Einerseits wurde, nicht zuletzt aufgrund des akuten Papiermangels, vor allem vor der gesamten äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage, die auch die Existenz vieler Schriftsteller und ihrer Institutionen, z.B. das Theater, bedrohte, um die Kunst der Partei und einzelner Partei- und einzelner Parteifunktionäre gebuhlt und um deren Unterstützung und Schutz gebeten; andererseits war kaum eine Gruppe bereit, sich der Partei unterzuordnen.

Das Problem der Schaffung einer eigenständigen proletarischen Kultur sowie die Frage der Abhängigkeit von der Partei waren die entscheidenden Streitpunkte in den Auseinandersetzungen. Bucharin, der der Schaffung einer proletarischen Kultur positiv gegenüberstand, sah den Proletkult als mehr oder weniger unselbständige Hilfsorganisation an, der er „viel Erfolg“ wünschte. Während Lenin die These Bogdanovs ablehnte, nach der die proletarische Kultur vorrangig und unabhängig von fremder Hilfe geschaffen werden sollte, hielt Pischkowski — er war immerhin der Stellvertreter Lunatscharskis im Volkskommissariat für Bildungswesen — die gesamte kulturschöpferische Tätigkeit des Proletkult für überflüssig; Woronski, der beinahe einflussreichste Zeitschriftenredakteur der Sowjetunion, unterstützte als Parteimitglied die bürgerlichen Schriftsteller. Andere gingen so weit, alle proletarischen Kulturorganisationen für sinnlos zu erklären und ihre Auflösung zu fordern. Lunatscharski, der der Proletkult-Bewegung nahestand, verteilte zeitweise eine der Parteilinie entgegengesetzte Position. Er räumte nicht nur der Organisation Proletkult eine völlig selbständige Rolle ein, sondern betonte das Recht des Proletariats auf ein selbständiges, sogar vom Sowjetstaat unabhängiges Schaffen an seiner eigenen Kultur.

Eng verbunden mit der Entwicklung der neuen Kultur war die Haltung zur überkommenen Kultur. Bereits 1910 hatten die Futuristen gefordert, „Puschkin, Dostojewski, Tolstoj etc. etc. vom Dampfer der Gegenwart zu werfen“; sowohl im Kom-Fut als auch im Proletkult war eine weitverbreitete Tendenz, die allgemeine Verwerfung aller bisherigen Kultur zur Ideologie und zum Programm zu machen.

In der programmatischen Deklaration des Kom-Fut von 1919 heißt es:

„Die Stellen der Sowjetmacht für Bildungswesen zeigen in ihrer Tätigkeit ein gänzlich negatives Verhalten zu werfen“; sowohl im Kom-Fut als auch im Proletkult war eine weitverbreitete Tendenz, die allgemeine Verwerfung aller bisherigen Kultur zur Ideologie und zum Programm zu machen.



hen der ihnen auferlegten revolutionären Aufgabe. Die in aller Eile zusammengewürfelte Ideologie der Sozialdemokraten ist nicht in der Lage, der durch Jahrhunderte gesammelten Erfahrung bourgeoiser Ideologien, die zugunsten ihrer eigenen Interessen die proletarischen Organisationen für Bildungswesen mißbrauchen, entgegenzutreten.

Unter dem Deckmantel ewiger Wahrheiten bringt man den Massen die Lügenmärchen der Herren dar.

Unter dem Deckmantel allgemeinen-menschlichen Wahrheit die Moral der Ausbeuter.

Unter dem Deckmantel ewiger Gesetze den pervertierten Geschmack der Gewalttäter.

Man muß unverzüglich zur Schaffung einer eigenen kommunistischen Ideologie streben.

Man muß einen gnadenlosen Kampf gegen alle lügenhaften Ideologien der bürgerlichen Vergangenheit führen.“

Lunatscharski wandte sich im Namen der Partei gegen diese Tendenzen und erklärte:

„Die kommunistische Partei hat sich keineswegs auf den Standpunkt gestellt, das Proletariat solle sich einfach schülerhaft die Früchte vergangener Kulturen aneignen und von ihnen zehren; im Gegenteil, sie ist von der Überzeugung durchdrungen, daß der Umsturz eine neue Blüte der Kultur mit sich bringen wird, die in ihrem ersten Stadium einen klassenmäßigen, proletarischen und dabei auch allmählich zum ersten Mal auch einen allgemein-menschlichen Charakter annehmen wird. Doch dieser Aufbau ist nach Meinung der kommunistischen Partei nur auf der Basis einer allseitigen Aneignung der Kultur der Vergangenheit möglich.“

Ich glaube, daß Leute, die sagen, daß sie Schiller, Michelangelo oder Beethoven, Puschkin, Glinka oder Brjussow vom Standpunkt des Futurismus für „vermodert“ oder vom Standpunkt des Kommunismus für „unnütz“ halten, einfach keine ernsthafte Aufmerksamkeit seitens des Hauptkomitees für politisches Bildungswesen verdienen. Trotzdem lassen sich natürlich Kunstwerke finden, die relativ umstritten sind (...) was soll's, da muß man eben streiten.“

Die über diese Frage ausgebrochene Kontroverse veranlaßte Lenin kurz vor Eröffnung des „Ersten Allrussischen Kongresses der Proletkultorganisationen“ im Oktober 1920, auf einem Komsovol-Kongreß mit ungewohnter Schärfe die Konzeption einer „proletarischen Kultur“, die in weitgehender Unabhängigkeit von aller bisherigen, tradierten Kultur als eine völlig eigenständige geschaffen werden sollte, zu verwerfen.

Die Parteiführung unterstützte die „Mittläufer“ durch verschiedene Maßnahmen. So sorgte Lenin gemeinsam mit Gorki selbst für die Gründung der Zeitschrift „Kraanaja Nov“ und wurde formell Mitarbeiter der Redaktion. Unter der Chefredaktion von Woronski gelang es, „Kraanaja Nov“ zu einem bedeutenden literarischen Publikationsorgan, vor allem für die bürgerlichen Schriftsteller zu entwickeln.

Die politische und wirtschaftliche Beruhigung des Landes im Zuge der NEP ermöglichte in den Jahren 1923/24 das Aufleben einer zum größten Teil von den „Mittläufern“ geprägten Literatur. Bedingt durch die fehlende Allgemeinbildung und das unzureichende schriftstellerische Können der proletarischen Schriftsteller stagnierte die Entwicklung der proletarischen Literatur. Viele proletarische Schriftsteller sahen die von ihnen auf kulturellem Gebiet beanspruchte Führungsrolle schwinden und forderten von der Parteiführung eine Veränderung der Literaturpolitik in ihrem Sinn. In dieser Situation spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen proletarischen Schriftstellern und „Mittläufern“ zu. „Na Posu“, die Zeitschrift der Proletkultorganisation, attackierte insbesondere Woronski und die von ihm gegenüber den „Mittläufern“ geprägte Politik.

Auf einer im Mai 1924 auf Initiative der Parteiführung einberufenen Konferenz wurden die gegensätzlichen Standpunkte offen diskutiert. Aus der Vielzahl der Beiträge hier zum Schluß ein Ausschnitt aus der Rede Trotzki:

„An Kunst muß man anders als an Politik herangehen, nicht weil das künstlerische Schaffen etwas Heiliges oder Mystisches ist, wie hier jemand ironisch formuliert hat, sondern weil sie ihre eigenen Methoden und Ansätze, ihre eigenen Entwicklungsgesetze hat und besonders deswegen, weil in der künstlerischen Produktion unterbewußte Prozesse eine gewaltige Rolle spielen.“

Vor uns steht nicht die Aufgabe einer Umformung des Schaffens auf der Ebene einer Gruppe oder einer Einzelperson, sondern auf der Ebene der Klasse. Dieser Prozeß ist langwierig und kompliziert. Wenn wir über proletarische Literatur nicht im Sinne einzelner, besser oder schlechter gelungener Gedichte oder Erzählungen, sondern so darüber sprechen, wie wir es über

te oder Erzählungen, sondern so darüber sprechen, wie wir es über literatur sprechen, wie wir es über bürgerliche Literatur tun, dann haben wir nicht das Recht, auch nur für eine Minute die kulturelle Rückständigkeit der erdrückenden Mehrheit des Proletariats zu vergessen. Kunst entsteht auf Grund einer dauernden kulturellen und ideologischen Wechselbeziehung zwischen einer Klasse und ihren Künstlern. Zwischen der Aristokratie oder der Bourgeoisie und ihren Künstlern gab es keine tägliche Trennung. Die Künstler lebten und lebten in bürgerlichen Verhältnissen, atmeten den Geist der bürgerlichen Salons, empfingen und empfingen von ihrer Klasse den täglichen Einfluß des häuslichen Kontaktes. Genau das nährt die unterbewußten Prozesse ihres Schaffens. Stellt das heutige Proletariat einen solchen kulturell-ideologischen Nährboden dar, den der neue Künstler im täglichen Leben nicht zu verlassen braucht, der ihm die nötige Anregung und gleichzeitig die Beherrschung seines Meisters gewährt? Nein, die Arbeitermassen sind kulturell besonders rückständig; Analphabetentum und Halbanalphabetentum der Mehrheit der Arbeiter stehen schon an und für sich ein ungeheures Hindernis auf unserem Wege dar. Außerdem kommt hinzu, daß das Proletariat, soweit es Proletariat bleibt, gezwungen ist, seine besten Kräfte im politischen Kampf, beim Aufbau der Wirtschaft und der Befriedigung der elementarsten kulturellen Bedürfnisse, im Kampf gegen Analphabetentum, Verlausung, Syphilis usw. zu verausgaben.“

Diese im großen und ganzen liberale Literaturpolitik der Partei in der ersten Hälfte der 20er Jahre schuf ein Klima, in dem sich Literatur und Literaturkritik entwickeln konnten. 1927/28 endete diese Phase mit den Kampagnen gegen die bürgerlichen Mittläufer, der Ausschaltung der sogenannten literarisch-trotzkistischen Opposition und der beginnenden Auflösung der einzelnen literarischen Gruppen in den Einheitschriftstellerverband der UdSSR. Auch in Fragen von Form und Inhalt literarischer Werke wurde zunehmend administrativ eingegriffen. Die Theorie des „sozialistischen Realismus“ wurde zur Doktrin, an der sich alle Künstler zu orientieren hatten.

st. und ge., Hamburg

„Wollte man in Rußland nur diejenigen Lichter brennen lassen, die unserem Geist entsprechen, dann würden wir versickern, in völligem Dunkel versinken.“ So charakterisierte Lunatscharski die Situation.

Ein Minimum an Freiheit bei einem Maximum an Kapital



Sag beim Abschied leise Servus...

Häusliche Entscheidungen werden oft klein gehandelt, das Offene trägt kaum wahrgenommen. Wahrscheinlich, weil die schwebende Wirkung sich erst nachträglich befehlen lassen wird. Die Aufnahme von Hauskapital in die Pflasterstrand-GmbH verändert sich. Wir nehmen Abschied von dem klassischen Struktur eines Alternativbetriebs.

Die Pflasterstrand, der letzten eine GmbH in Selbstverwaltung, verkauft 50 Prozent seiner Anteile an Martina Kersch, Besitzer der Fuldaer Verlagsgesellschaft, einer mittelgroßen Druckerei, während die andere Hälfte mit überschrieben wird.

Der neue Anteilhaber stellt in den ersten Monaten bis zu 100.000 DM ein, um die notwendigen Kosten zu decken. Auf...

Viele werden sich spätestens jetzt fragen, warum ein Betrieb wie die Fuldaer Verlagsgesellschaft in ein so alternativeres Projekt mit der Pflasterstrand einsteigt.

1. Weil eine Druckerei einen solchen Auftrag zur Auslieferung ihrer Kapazitäten gut gebrauchen kann.
2. Weil Herr Kersch überzeugt ist, dass ein erweitertes Konzept des Pflasterstrand sich im Klein-Mann-Gebiet noch mehr durchsetzen könnte und
3. Ist mit leicht, weil es noch Unternehmen gibt, die in einem solchen Projekt einfach Gefallen finden. Nur so, sie wollen zwar kein Geld verlieren, aber nicht unbedingt Erlösüberschüsse mit einem solchen Unternehmen erwirtschaften. Der Laden soll sich tragen, die Journalisten und Mitarbeiter bewundern Gefallen ernten — und die Zeitung besser werden.

Leider scheiden Joachim Klein und Harwin Mehlke aus der Redaktion als Stützkräfte aus, wobei aber zum Glück die freie Mitarbeiter ihren Platz und Copiers ergötzen. Zurück kommt Jochen Kuhn, der es noch einmal mit ihrer Erfahrung zum Pflasterstrand will, und neu steigt Gerd Keenen ein, der seine des längsten vollständigen Burgfrieden zwischen Spontis und Medien, hier in Frankfurt vertritt, bezieht.

Wie sich diese doch so unterschiedlichen Geschichten verbinden können, wird die Zukunft zeigen.

Elisabeth Kierles und ich tragen, wenn das so will, für die redaktionelle und administrativen Aufgaben. Alles in allem: Es bleibt beim Alten, und alles wird anders.

Herr Kersch und ich haben uns in der schon erwähnten Phase bei der folgenden inhaltlichen Festlegung der Pflasterstrand geeinigt: »Die redaktionelle Grundhaltung des Pflasterstrand ist in einem kritischen Journalismus verpflichtet, der in Wort und Bild sich mit gesellschaftlichen Realitäten auseinandersetzt. In diesem Sinne ist er parteiisch und nicht zur Ausgrenzung verpflichtet. Er orientiert sich an überlappenden Gedankenstrukturen, statt sich zur Aufgabe, unendlich zu denken, mit wenigstens schärfen für die Wirkung der Menschheitsgeschichte und in demokratischer Verfahren verpflichtet. Dies wird regelmäßig von mehreren Perspektiven, meistens extreme Positionen und die Auseinandersetzung mit häufig existierenden gesellschaftlichen Faktoren voraus. Grundlage der redaktionellen Arbeit des Pflasterstrand ist die Erkenntnis, dass menschliche Freiheit nur gegen totalitären Gedanken und gesellschaftlicher Institution existieren kann.«

DANY COHN-BENDIT

SPENDEN-ERGEBNIS

Seit dem ersten Spenden-Aufruf in AK 288, vom 16.11.87, sind folgende Spenden eingegangen:

| | |
|-----------------------|---------|
| KB Braunschweig | 400,- |
| H.P.M., Marburg | 10,- |
| G.P., Elmshorn | 100,- |
| J.S., Herne | 40,- |
| H.P.K., Offenbach | 100,- |
| U.K., Pinneberg | 100,- |
| B & K, Cabolsberg | 200,- |
| HH, Hamburg | 500,- |
| Re, Hamburg | 400,- |
| J.S., Antrep | 500,- |
| Jo., Hamburg | 50,- |
| Peter, Chemnigener | 100,- |
| M., Antimil | 200,- |
| J.P., Kinderbereich | 250,- |
| A.B., München | 30,- |
| KB Heidelberg | 1.000,- |
| W.P., Rickling | 2.000,- |
| A.M., Hamburg | 400,- |
| „aus England“ | 100,- |
| Ro., Mönchen-Gladbach | 1.500,- |
| Th.R., Soest | 302,- |
| KB Würzburg | 180,- |
| G., Würzburg | 220,- |
| D.A., Bremen | 300,- |
| Jo., Stuttgart | 265,- |
| H.J.G., Gr. Schwülper | 30,- |
| V.Sch-K., Pulheim | 400,- |

SUMME bis 11.12.87 9.677,-

Spendenaufruf

„Ehrlich gesagt, ein gewisser Geldmangel ist bei uns genauso chronisch, wie der Weihnachtsspendenaufruf mittlerweile obligatorisch.“ So haben wir im letzten Jahr unseren Spendenaufruf in dieser Zeitung begründet. Das hat sich im Grundsatz nicht verändert. Und doch wollen wir an dieser Stelle nicht verschweigen (wir sind auch ein wenig stolz darauf): Unsere finanzielle Lage hat sich verbessert, die Subvention des ARBEITERKAMPF aus Spenden und Beiträgen des KB verringert. Hauptgrund: Die Preiserhöhung für den AK bei gleichzeitigem Halten der verkauften Auflage. Dafür haben wir in diesem Jahr unseren Maschinenpark erneuert und erweitert und das erstmal seit zehn Jahren wieder unsere Verlags- und Technikräume renoviert. Auch wenn wir nicht im Jammerland oder sichtbar im Gewand des Bettlers vor Euch hintreten, unsere Bitte: Tragt mit Eurer Weihnachtsspende dazu bei, den vorsichtigen Trend einer finanziellen Konsolidierung und des Subventionsabbaus für die Zeitung zu unterstützen. Wir haben nämlich den Ehrgeiz, nicht im politischen status quo zu verharren. Wir haben uns auch in diesem Jahr das Ziel gesetzt, 40.000 DM zu sammeln.

Spenden auf das neue Konto:
Heinrich Eckhoff, Postgrosamt Hamburg
Bankleitzahl 200 100 20
Kontonr. 4645 84-204

Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,- ☐ Förderabo DM 50,-
- ☐ Jahresabo DM 60,- ☐ Förderabo DM 100,-
- ☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgrosamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
- ☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Absender: An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
..... 2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr. BLZ
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

Ort, Datum dan
Unterschrift (Unterschrift)

INHALT

| | |
|--|----|
| Betrieb und Gewerkschaft | |
| Zwei Wochen, die das Revier erschütterten | 1 |
| Startbahn | |
| Tatsachen und die Wahrheit — Die "tar" am eigenen Anspruch gemessen | 8 |
| halten wir es für notwendig, uns Gedanken zu machen? | 6 |
| Verhöre Verhaftungen, Desinformation | 1 |
| Mut zur Verdrängung | 51 |
| Hafenstraße | |
| Anja Vollmer - Bußtagspredigt | 9 |
| Über „kämpfende“ und „gemäßigte“ Linke — Lagebericht des Hamburger Verfassungsschutzes | 10 |
| Von Wundern und Linken — Vorweihnachtliche Nachbetrachtung zur Hafenstraße | 9 |
| Grüne | |
| Aufwand der Mitte — Brief von 23 Abgeordneten an die Basis | 13 |
| Ein Zerrbild des „Fundi-Flügels“ — Regula Bött, Thomas Ebermann und Ellen Olms zum Brief der 23 | 13 |
| Guten Rutsch! Grüne vor dem Aufschwung | 12 |
| Brief an die Milikanten, ihre Sympathisanten und intellektuellen Helfer | 13 |
| Versöhnung oder Verhöhnung? Antje, die Sanftmütige, wütet | 13 |
| Das grüne Krisenjahr 1987 — ein Rückblick | 12 |
| Grüner Fraktionsbeschluss zur Bündnispolitik | 12 |
| Feste feiern wie sie fallen | 2 |
| Depech Frankfurt: Grüne versuchen Vergangenheitsbewältigung | 15 |
| AIDS | |
| Fakten, Hochrechnungen, Stammtisch-Apokalypsen | 16 |
| Der heutige Kenntnisstand — aus dem Memorandum der „Deutschen AIDS-Hilfe“ | 17 |
| Höhenrausch — vom Konjunktiv zum Indikativ | 18 |
| Militarismus | |
| Auf leisen Sohlen zur Bombe, Teil IV — Die europäische Option | 19 |
| Alles Kohl — Großmächte spielen mit falschen Zahlen | 2 |
| Antifa | |
| Bielefeld: Rückzug im antifaschistischen Widerstand | 23 |
| Antimilitarismus | |
| Aktionskonferenz der Friedensbewegung diskutiert die Forderung nach Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz | 20 |
| Frauen | |
| „Emma“ startet Anti-Porno-Kampagne | 14 |
| Klassenjustiz | |
| Beschlagnahme des „Info“ aufgehoben | 24 |
| „Arbeit macht frei“ als „wertfrei“ zu verstehen | 24 |
| Buchhändler wegen „Radikal“-Vertrieb verurteilt | 24 |
| Rechte | |
| Was nun? Die CDU windet sich! | 22 |
| Schule und Jugend | |
| Abitur gerettet! — Bildung flöten! | 21 |
| Asien | |
| Philippinen: Krieg gegen die gesellschaftliche Basis | 28 |
| Afrika | |
| Burkina-Faso: Tod eines Rebellen | 31 |
| Nahost | |
| Grenzüberschreitungen — Friedensgespräche in Jordanien, Syrien, Israel und den besetzten Gebieten | 25 |
| Lateinamerika | |
| Honduras: Gewerkschaften und politische Volksbewegung — Interview mit Hector Hernandez und Gladys Lanza | 30 |
| Der schwere Weg zum Frieden — Nicaragua zwischen „Nationalem Dialog“ und Bürgerkrieg | 29 |
| Roster Sozialismus | |
| Gorbatschow gegen Robin Hood? — Die Absetzung des Moskauer Parteichefs Jelzin | 34 |
| Unabhängige Initiativen im Schatten der Perestroika | 33 |
| Linke | |
| Gorbatschow und der linke Konservatismus — Gespräch mit Thomas Neumann („Düsseldorfer Debatte“) | 35 |
| 1. VSP-Konferenz: Ohne Schwung in die Arme des BWK | 36 |
| Eine schwere Bürde — Yilmaz übernimmt die Verantwortung für den Tod seines Freundes | 39 |
| Die Freunde der PKK | 38 |
| Zur Amnestiedebatte Ausrufe aus: | |
| Klaus Jürschke: Keine Amnestie ohne Versöhnung | 37 |
| Ralf Reinders/Roland Fritsch: Recht vor Gnade | 37 |
| Kultur | |
| Die wahre Kunst kann nicht im Käfig singen ...Literatur und Literaturpolitik nach der Oktoberrevolution | 42 |
| Leserbriefe | 41 |
| Diskussion | |
| Krieg und Frieden, oder: Zweierlei Kunstbetrachtung Anmerkungen zu „Deutsche und sowjetische Künstler ...“ aus: AK 288 | 40 |
| Eislers Niederlagen — Anmerkungen zum Eisler-Artikel in AK 286/287 | 39 |
| Kommentare | |
| Nach den Startbahnschüssen: Der Preis der Befriedung | 5 |
| Der Gipfel: Ein Grund zum feiern? | 1 |